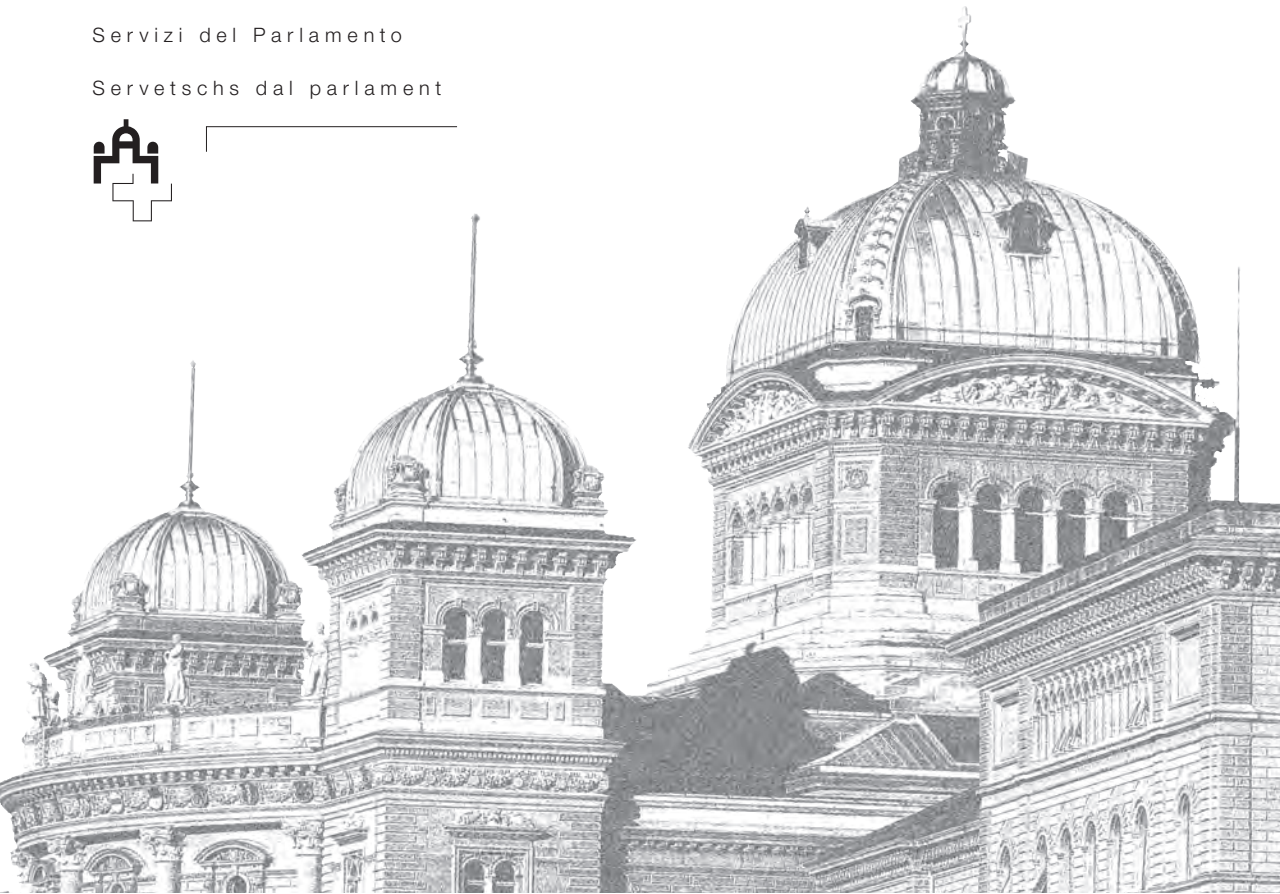


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 26.09.2021

Votation populaire du 26.09.2021

Votazione popolare del 26.09.2021

20.032

**Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern.
Volksinitiative**

**Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital.
Initiative populaire**

**Sgravare i salari, tassare equamente il capitale.
Iniziativa popolare**

VH 20.032

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek | Bibliothèque du Parlement | Biblioteca del Parlamento
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		V
Riassunto delle deliberazioni		VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	24.09.2020	1
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	02.03.2021	41
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	19.03.2021	51
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	19.03.2021	52
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		53
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» vom 19. März 2021		57
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire « Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital » du 19 mars 2021		59
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale» del 19 marzo 2021		61
7. Argumente		63
<p>Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.</p>		
<p>Arguments</p>		
<p>Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.</p>		
<p>Argomenti</p>		
<p>I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.</p>		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

20.032 n Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative

Botschaft vom 6. März 2020 zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ([BBI 2020 2797](#))

Neue Frist der Initiative nach verordnetem Fristenstillstand: 13. Dezember 2021 (siehe SR 161.16)

NR/SR *Kommission für Wirtschaft und Abgaben*

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ([BBI 2020 2841](#))

24.09.2020 Nationalrat. Beschluss gemäss Entwurf

02.03.2021 Ständerat. Zustimmung

19.03.2021 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

19.03.2021 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

[Bundesblatt 2021 662](#)

20.032 n Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire

Message du 6 mars 2020 concernant l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» ([FF 2020 2705](#))

Nouveau délai de l'initiative jusqu'au 13 décembre 2021 compte tenu de la suspension des délais arrêtée (voir RS 161.16)

CN/CE *Commission de l'économie et des redevances*

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» ([FF 2020 2747](#))

24.09.2020 Conseil national. Décision conforme au projet

02.03.2021 Conseil des Etats. Adhésion

19.03.2021 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

19.03.2021 Conseil national. Adoption (vote final)

[Feuille fédérale 2021 662](#)

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

20.032 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative

Botschaft vom 6. März 2020 zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ([BBl 2020 2797](#))

Die von den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (JUSO) im Oktober 2017 eingereichte Initiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" (inoffiziell auch "99-Prozent-Initiative") verlangt, dass Kapitaleinkommen stärker besteuert werden. Der dadurch resultierende Mehrertrag soll Personen mit niedrigen oder mittleren Einkommen zugutekommen.

Das Parlament empfiehlt Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative.

Die Schweizer Bevölkerung wird am 26. September 2021 darüber abstimmen.

Laut den Initiantinnen und Initianten sollen Kapitaleinkommensteile (also z. B. Zinsen oder Dividenden), die einen im Gesetz festgelegten Freibetrag übersteigen, 1,5-mal so stark besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Der so entstehende Mehrertrag soll für eine Reduktion der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt eingesetzt werden. Dadurch soll, so Juso-Präsidentin Tamara Funicello, die ungleiche Vermögensverteilung bekämpft werden, sei diese aktuell doch so hoch wie noch nie. Einen Grossteil der Gewinne würden die Superreichen nämlich nicht durch Arbeit, sondern durch Kapitalgewinne erwirtschaften.

Die Unterschriftensammelfrist dauerte von Oktober 2017 bis April 2019. Bereits Ende 2018 vermeldeten die Medien, dass die Initiative zustande gekommen sei. Und in der Tat bestätigte die Bundeskanzlei im Mai 2019, dass das Komitee 109 332 gültige Unterschriften gesammelt hatte.

Der Bundesrat beantragte dem Parlament in seiner Botschaft vom 6. März 2020, die Initiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" Volk und Ständen ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die Einkommen in der Schweiz seien "vergleichsweise gleichmässig verteilt" und das Umverteilungsvolumen sei bedeutend. Zur Umverteilung würden namentlich Sozialtransfers - wie die AHV oder Prämienverbilligungen - sowie die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern beitragen. Die von der Initiative vorgeschlagene Besteuerung des Kapitals sei nicht zielführend, weil dabei die Art und nicht die Höhe des Einkommens zentral sei. Die Gesamtbelastung auf Kapital sei im internationalen Vergleich wegen der Vermögenssteuer zudem bereits "recht hoch". Die Initiative schade deshalb der Standortattraktivität und den Anreizen zur Kapitalbildung und erhöhe das Umverteilungsvolumen, wobei dessen Grösse von den Steuervolumen und nicht von Bedarfsüberlegungen abhängt und schwer abzuschätzen sei.

Verhandlungen

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

([BBl 2020 2841](#))

24.09.2020	NR	Beschluss gemäss Entwurf
02.03.2021	SR	Zustimmung
19.03.2021	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
19.03.2021	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

Bundesblatt [2021 662](#)

Entwurf 2

Bundesbeschluss über die gerechte Kapitalbesteuerung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») (Entwurf der Minderheit der WAK-N vom 17.08.2020)

24.09.2020 NR Nichteintreten

In der Herbstsession 2020 behandelte der **Nationalrat** die "99-Prozent-Initiative". Neben dem Mehrheitsantrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) auf Empfehlung zur Ablehnung der Initiative lagen dem Rat die beiden Minderheitsanträge Bendahan und Wermuth vor. Die Minderheit Bendahan präsentierte dem Rat einen direkten Gegenentwurf: Anstatt

wie von der Initiative vorgesehen Kapitaleinkommen über einem Grenzwert zu 150 Prozent zu besteuern soll das höhere Kapitaleinkommen gleich wie das Arbeitseinkommen zu 100 Prozent besteuert werden. Die Initiative wolle das Kapital höher besteuern - wer die Initiative also für zu extrem halte, müsse eigentlich für den direkten Gegenentwurf stimmen, da mit diesem Lohn und Kapital gleichbehandelt würden, argumentierte Samuel Bendahan (S, VD). Die Minderheit Wermuth hingegen beantragte dem Rat, die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Die beiden Minderheitensprecher stellten vor allem eine Frage in den Mittelpunkt ihrer Reden: Wieso soll Einkommen aus Erwerbsarbeit zu 100 Prozent und Einkommen aus Kapital zu einem reduzierten Prozentsatz besteuert werden? Wert und Reichtum würden "genau an einem Ort produziert werden, und das ist die menschliche Arbeit", so Cédric Wermuth (S, AG). Da das Steuersystem dies aber nicht abbilde, nehme der "Unterschied zwischen unten und oben" auch in der Schweiz zu.

Kommissionssprecherin Daniela Schneeberger (RL, BL) und Kommissionssprecher Fabio Regazzi (M-E, TI) nahmen den Grossteil der Kritik an der Initiative, welche in der Folge von den bürgerlichen Mitgliedern im Rat geäussert wurde, bereits vorweg. Sie kritisierten, dass der Initiativtext sehr allgemein formuliert sei und zu viel Interpretationsspielraum lasse. So sei zum Beispiel nicht klar, welche Einkommensteile zu den Kapitaleinkommen gezählt würden. Denkbar sei gemäss Initiativtext, dass neben den Kapitalgewinnen auch Erträge aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen - wie Eigenmietwerte oder Renten aus der Vorsorge - betroffen wären, auch wenn die Initiantinnen und Initianten in ihren Erklärungen von einem engeren Begriff ausgegangen seien. Überdies bringe die Initiative der Schweiz einen Nachteil im Steuerwettbewerb und führe für Unternehmen, vor allem für die KMU, zu einer massiven zusätzlichen Steuerbelastung. In der Folge könnten die Unternehmen weniger investieren. Insgesamt würden durch Kündigungen oder Konkurse vor allem die Beschäftigten mit kleinen und mittleren Einkommen die Hauptlast der negativen Folgen der Initiative tragen. Aus diesen Gründen lehne die Kommission die Initiative mit 17 zu 8 Stimmen ab.

Es folgte eine lange Debatte mit vielen Wortmeldungen und zahlreichen Nachfragen. Besonders umstritten war die Frage, ob die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren zu- oder abgenommen habe. So argumentierte die Sprecherin der Grünen Fraktion Franziska Ryser (SG), dass zwar die Markteinkommen in der Schweiz weltweit am gleichmässigsten verteilt, die Vermögensanteile aber eben sehr einseitig verteilt sind: 1 Prozent der Bevölkerung halte 40 Prozent der Vermögensanteile. Und diese Ungleichheit nehme seit den 1970er Jahren zu. Dem entgegnete die Sprecherin der FDP-Liberalen Fraktion Petra Gössi (SZ), dass dies nur gilt, solange die steuerbefreiten Vermögen, insbesondere das Kapital der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge, nicht berücksichtigt werden. Nehme man diese jedoch hinzu, so werde der Unterschied zwischen Arm und Reich über die Zeit nicht grösser.

Grünen-Sprecherin Franziska Ryser brachte einige weitere Argumente zur Entkräftung der Kritik an der Initiative vor. Der Grossteil der sozialen Sicherheit und somit der Umverteilung geschehe über die Sozialversicherungen und diese würden durch Lohnbeiträge finanziert, nicht durch Steuern auf Kapital, betonte sie. Zudem würden den KMU durch die Initiative keine Mittel entzogen, da nur die natürlichen Personen zusätzlich besteuert würden. Wenn deren Besitzerinnen oder Besitzer die Kosten auf die Unternehmen abwälzten, sei das deren Entscheidung.

Der Sprecher der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, Thomas Burgherr (AG), betonte hingegen, bereits heute sei das Umverteilungsvolumen in der Schweiz bedeutend. Zu dieser Umverteilung würden namentlich Sozialtransfers - wie die AHV oder Prämienverbilligungen - sowie die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern beitragen. Ohne die AHV mitzuzählen würden bereits zwei von drei Haushalten Sozialtransfers erhalten. Und schliesslich wäre diese Initiative ein einschneidender Eingriff in die Steuerhoheit der Kantone und eine Einschränkung ihrer finanziellen Autonomie, weshalb sie abzulehnen sei.

Leo Müller (LU) als Sprecher der Mitte-Fraktion hob unter anderem hervor, dass diese Initiative zu wenig genau ausformuliert sei. So werde im Initiativtext nicht festgelegt, ab welcher Höhe Kapitaleinkommen höher besteuert werden sollen oder wie genau der Umverteilungsmechanismus funktionieren soll. Die Stimmberechtigten würden nicht wissen, worüber sie am Ende abstimmen.

Während die meisten bürgerlichen Sprecherinnen und Sprecher deutlich gegen die Vorlage Position bezogen, fanden Kathrin Bertschy (BE) und Michel Matter (GE) im Namen der Grünliberalen Fraktion auch wohlwollende Worte für die Initiative. Auch sie sähen Verbesserungspotenzial im Steuersystem bezüglich der hohen Belastung der Arbeitseinkommen, der Verteilung der Einkommen und Vermögen sowie der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Initiative wolle aber nicht primär die Besteuerung des Erwerbseinkommens reduzieren, sondern ziele vor allem auf Steuerermässigungen für Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder Transferzahlungen an diese ab. Deshalb könne die Grünliberale Fraktion die Initiative nicht unterstützen.

Zum Schluss legte Ueli Maurer die Position des Bundesrates dar und stimmte in seiner Argumentation weitgehend mit derjenigen der Kommissionssprecherinnen und -sprecher überein. Er hielt aber ergänzend fest, dass die Initiative zu einer weiteren Verlagerung der Steuerzahlenden von den armen zu den reichen Kantonen führen und damit den Zusammenhalt der Schweiz gefährden würde. Zudem bezahle ein Prozent der Steuerzahlenden bereits mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer; eine noch höhere Besteuerung würde den "Bogen überspannen". Umverteilung finde somit bereits heute statt, genauso wie auch die Besteuerung von Kapital und Gewinn etwa im Eigenmietwert, in der Grundstückgewinnsteuer sowie in der Vermögenssteuer bereits enthalten sei. Die Schweiz habe ein ausgewogenes Steuersystem, das "weder auf die eine noch auf die andere Seite überlastet" werden solle.

Nach ausführlicher Beratung stimmte der Rat schliesslich ab: Mit 123 zu 62 Stimmen bei 0 Enthaltungen sprach sich der Rat zuerst gegen die Minderheit Bendahan und somit gegen den direkten Gegenvorschlag aus. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde in der Folge auch der Antrag der Minderheit Wermuth auf Empfehlung zur Annahme der Initiative abgelehnt. Die Fraktionen der Schweizerischen Volkspartei, der Mitte, der FDP-Liberalen sowie der Grünliberalen stimmten geschlossen gegen den direkten Gegenvorschlag und gegen die Minderheit Wermuth. Die Stimmen der Minderheiten kamen beide Male geschlossen von der Sozialdemokratischen und der Grünen Fraktion.

Im Januar 2021 beantragte die vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) ihrem Rat mit 8 zu 4 Stimmen, sich dem Nationalrat anzuschliessen und die Initiative abzulehnen. Die Mehrheit sah keinen Anlass, bei der Besteuerung etwas zu verändern. Letztere sei schon heute relativ hoch und es gebe bereits jetzt eine beträchtliche Umverteilung zwischen Arm und Reich. Würden nun die Steuern zusätzlich weiter erhöht, so leide die Standortattraktivität der Schweiz darunter.

Eine Minderheit war hingegen der Meinung, die Vermögensverteilung sei aktuell derart ungleich, dass eine Anpassung der Besteuerung notwendig sei. Zudem sei nicht nachvollziehbar, dass Kapitaleinkommen tiefer besteuert würden als Arbeitseinkommen und Renten der ersten und zweiten Säule. Die Minderheit wollte, dass der Rat die "99-Prozent-Initiative" Volk und Ständen zur Annahme empfiehlt.

Der **Ständerat** befasste sich in der Frühjahrssession 2021 mit diesem Geschäft. Es gebe bereits heute eine beträchtliche Umverteilung der Steuern, betonte Kommissionssprecher Hannes Germann (V, SH). Und die Besteuerung in der Schweiz sei bereits relativ hoch: Mit einer weiteren Steuererhöhung würde die Standortattraktivität der Schweiz leiden, wodurch zahlreiche mittelständische Firmen und Start-ups gefährden würden. Die Initiative lasse zudem sehr viel Interpretationsspielraum. Es sei etwa unklar, was genau unter "Kapitaleinkommen" zu verstehen sei.

Aus Sicht der Minderheit ist die Besteuerung jedoch so ungerecht, dass es eine Anpassung brauche. Die Realität sei, dass bei der Besteuerung der Kapitaleinkommen zahlreiche Privilegien bestehen, wie etwa bei der Teilbesteuerung der Dividenden, sagte Minderheitssprecher Paul Rechsteiner (S, SG). Er fragte sich, wie den Menschen erklärt werden solle, dass jeder Lohnfranken versteuert werden muss, Kapitaleinkommen aber Privilegien geniessen. Deshalb sei es nun Zeit für mehr Steuergerechtigkeit, sagte Rechsteiner. Dafür spreche diese Initiative.

Schliesslich entschied auch der Ständerat mit 32 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen und die Vorlage Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Nein-Stimmen kamen von den Vertreterinnen und Vertretern der Sozialdemokratischen und der Grünen Fraktion.

In der **Schlussabstimmung** empfahl der Nationalrat mit 128 zu 66 Stimmen bei 0 Enthaltungen und der Ständerat mit 31 zu 13 Stimmen bei 0 Enthaltungen die "99-Prozent-Initiative" Volk und Ständen zur Ablehnung.

Für die Ablehnung der Initiative stimmten die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, die Mitte-Fraktion, die FDP-Liberale Fraktion sowie die Grünliberale Fraktion. Für die Annahme der Initiative stimmten die Sozialdemokratische und die Grüne Fraktion.

Quellen: [Botschaft des Bundesrates](#) vom 06.03.2020 / Amtliches Bulletin / Anträge und Fahren zum Geschäft / Publikation von Dr. Anja Heidelberger für das Année Politique Suisse [Link](#) / Keystone-SDA / Verschiedene Presseartikel

2. Résumé des délibérations

20.032 Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire

Message du 6 mars 2020 concernant l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» ([FF 2020 2705](#))

Déposée par la Jeunesse socialiste (JS) en octobre 2017, l'initiative populaire " Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital " (appelée officieusement " initiative 99 % ") vise à imposer plus lourdement le revenu du capital et à utiliser les recettes supplémentaires qui en résulteront au profit des personnes disposant de revenus faibles ou moyens.

Le Parlement recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Le peuple suisse se prononcera le 26 septembre 2021.

Les auteurs de l'initiative exigent que les parts du revenu du capital (par ex. sous la forme d'intérêts ou de dividendes) qui dépassent un montant à définir par le législateur soient imposées 1,5 fois plus que le revenu du travail, et que les recettes supplémentaires ainsi générées soient affectées à une réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail ou à des paiements de transfert en faveur de la prospérité sociale. Selon la présidente de la JS, Tamara Funciello, il s'agit de lutter contre la répartition inégale des richesses, qui n'a jamais été aussi criante. Elle souligne que les personnes les plus riches réalisent une grande partie de leurs bénéfices non pas par le travail, mais par des gains en capital.

La période impartie pour la récolte des signatures a couru d'octobre 2017 à avril 2019. Fin 2018, les médias ont déjà annoncé que l'initiative avait abouti. En mai 2019, la Chancellerie fédérale a confirmé que le comité d'initiative avait rassemblé 109 332 signatures valables.

Dans son message du 6 mars 2020, le Conseil fédéral a proposé au Parlement de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative sans lui opposer de contre-projet direct ou indirect. Selon lui, par rapport à d'autres pays, la Suisse connaît " une répartition plus homogène des revenus " et le volume de redistribution est important. Il souligne que les paiements de transfert, comme les rentes AVS ou les réductions de primes, ainsi que la progressivité des impôts sur le revenu et sur la fortune contribuent à cette redistribution. Il estime en outre que l'imposition du capital proposée par les auteurs de l'initiative n'est pas judicieuse, car cette solution se fonde essentiellement sur la nature des revenus et non sur leur montant. De plus, la charge fiscale globale qui pèse sur le capital est déjà " très lourde ", en raison notamment d'un impôt sur la fortune élevée par rapport au reste du monde. Pour ces raisons, le Conseil fédéral estime que l'initiative nuirait à l'attrait de la Suisse, aurait des effets négatifs sur les incitations à constituer un capital et entraînerait une augmentation du volume de redistribution dont l'ampleur serait déterminée non pas par une réflexion sur les besoins mais par les recettes fiscales, qui sont difficiles à prévoir.

Délibérations

Projet 1

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» ([FF 2020 2747](#))

24.09.2020	CN	Décision conforme au projet
02.03.2021	CE	Adhésion
19.03.2021	CE	Adoption (vote final)
19.03.2021	CN	Adoption (vote final)

Feuille fédérale [2021 662](#)

Projet 2

Arrêté fédéral concernant l'imposition équitable du capital (Contre-projet à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital») (Projet de la minorité de la CER-N du 17.08.2020)

24.09.2020	CN	Ne pas entrer en matière
------------	----	--------------------------

Le **Conseil national** s'est penché sur « l'initiative 99 % » à la session d'automne 2020. Il devait examiner non seulement la proposition de la majorité de la Commission de l'économie et des redevances, qui recommandait le rejet de l'initiative, mais également les deux propositions de minorité Bendahan et Wermuth. La minorité Bendahan a présenté au conseil un contre-projet direct : elle propose d'imposer à 100 % les parts de revenu du capital supérieures à un certain montant, comme pour le revenu du travail, au lieu de les imposer à 150 %, comme le demande l'initiative. Selon Samuel Bendahan (S, VD), les personnes qui pensent que l'initiative va trop loin en proposant d'imposer plus lourdement le capital devraient voter en faveur du contre-projet direct, car celui-ci permet de mettre salaire et capital sur un pied d'égalité. La minorité Wermuth a quant à elle proposé au conseil de recommander l'acceptation de l'initiative. Les deux porte-parole des minorités ont mis la même question au centre de leurs prises de position, se demandant pourquoi le revenu du travail est imposé à 100 % alors que le revenu du capital l'est à un taux réduit. Cédric Wermuth (S, AG) a souligné que la valeur et la richesse étaient toutes deux produites par le travail humain ; or, selon lui, vu que le modèle fiscal ne reflète pas cette réalité, les inégalités entre riches et pauvres croissent, même en Suisse.

Daniela Schneeberger (RL, BL) et Fabio Regazzi (M-E, TI), rapporteurs de la commission, ont anticipé la plupart des critiques que les membres bourgeois du conseil ont exprimées ensuite au sujet de l'initiative. Ils ont déploré que le texte de l'initiative soit formulé de façon très générale et laisse une trop grande marge d'interprétation. Par exemple, ils ont souligné qu'on ne savait pas clairement quelles parts du revenu seraient considérées comme revenu du capital : à en croire la teneur de l'initiative, outre les gains en capital, les rendements de la fortune mobilière et immobilière - comme les valeurs locatives ou les rentes de la prévoyance - pourraient également être concernés, même si les auteurs de l'initiative, dans leurs explications, en ont fait une interprétation moins large. Par ailleurs, ils ont estimé que l'initiative pénaliserait la Suisse en matière de concurrence fiscale et augmenterait massivement la charge fiscale des entreprises, surtout des PME, qui ne pourraient plus investir autant qu'actuellement. En fin de compte, c'est surtout sur les travailleurs aux revenus modestes ou moyens que retomberaient les conséquences négatives de l'initiative, en raison des licenciements et des faillites qu'elle provoquerait. Les rapporteurs ont déclaré que, pour ces raisons, la commission avait rejeté l'initiative par 17 voix contre 8.

Les longs débats qui ont suivi ont été ponctués de nombreuses prises de parole et questions. Les intervenants étaient particulièrement en désaccord sur la question de savoir si l'écart entre les riches et les pauvres avait diminué ou, au contraire, augmenté ces dernières années. Franziska Ryser (SG), porte-parole du groupe des Verts, a souligné que, même si les revenus du marché n'étaient nulle part ailleurs distribués aussi équitablement qu'en Suisse, la fortune n'en était pas moins répartie de façon très inégale : selon elle, 1 % de la population détient 40 % de la fortune dans notre pays, et les inégalités augmentent depuis les années 1970. Au contraire, la porte-parole du groupe libéral-radical, Petra Gössi (SZ), a souligné que cela n'était vrai que si l'on ne tenait pas compte des éléments de la fortune non imposables, en particulier le capital des deuxième et troisième piliers de la prévoyance vieillesse. Selon elle, si l'on prend en considération ces éléments, l'écart entre les riches et les pauvres n'a pas augmenté avec le temps.

Franziska Ryser a apporté quelques arguments supplémentaires pour contrer les critiques formulées envers l'initiative. Selon elle, la sécurité sociale, donc la redistribution des richesses, est principalement financée par les assurances sociales, c'est-à-dire par les cotisations salariales et non par l'imposition du capital. En outre, elle a souligné que l'initiative ne diminuerait pas les moyens financiers des PME, vu que seules les personnes physiques seraient davantage imposées. Selon elle, si les propriétaires de PME reportaient ces coûts sur leur entreprise, il s'agirait d'une décision qui leur appartiendrait. Le porte-parole du groupe UDC, Thomas Burgherr (AG), a souligné au contraire que, en Suisse, le volume de redistribution était déjà important aujourd'hui. Selon lui, les paiements de transfert, comme les rentes AVS ou les réductions de primes, ainsi que la progressivité des impôts sur le revenu et sur la fortune contribuent notamment à cette redistribution. Il a précisé que, sans compter l'AVS, deux ménages sur trois reçoivent des paiements de transfert. Enfin, il a estimé que l'initiative portait sensiblement atteinte à la souveraineté fiscale des cantons et limiterait leur autonomie financière, raisons pour lesquelles il y a lieu de la rejeter.

Leo Müller (LU), porte-parole du groupe M-E, a notamment souligné que la formulation de l'initiative n'était pas assez précise. Par exemple, elle ne définit pas le montant à partir duquel le revenu du capital doit être imposé plus lourdement ni le fonctionnement exact du mécanisme de redistribution. En fin de compte, selon lui, le peuple ne saura pas sur quoi il vote.

La plupart des intervenants du camp bourgeois ont clairement rejeté le projet. Au nom du groupe vert/libéral, Kathrin Bertschy (BE) et Michel Matter (GE) ont toutefois vu certains points positifs dans l'initiative. Ils ont notamment reconnu que le système fiscal pourrait être amélioré s'agissant de la forte imposition du revenu du travail, de la répartition des revenus et de la fortune et de l'imposition en fonction de la capacité économique. Ils ont précisé que, malgré tout, le groupe vert/libéral ne soutenait

pas l'initiative, car cette dernière visait en premier lieu non pas à réduire l'imposition du revenu du travail, mais à accorder des allègements fiscaux aux personnes aux revenus modestes ou moyens ou à leur octroyer des paiements de transfert.

Pour conclure, Ueli Maurer a présenté la position du Conseil fédéral et a largement partagé les avis des rapporteurs de la commission. Il a ajouté que l'initiative accentuerait l'exode des contribuables des cantons moins fortunés vers les cantons plus riches, ce qui nuirait à la cohésion de la Suisse. En outre, il a souligné que 1 % des contribuables s'acquittaient déjà de plus de 40 % de l'impôt fédéral direct et qu'on irait trop loin en alourdissant encore leur imposition. Selon lui, le système actuel prévoit déjà des redistributions, tout comme l'imposition du capital et des bénéficiaires est déjà prévue dans la valeur locative, dans l'impôt sur les gains immobiliers et dans l'impôt sur la fortune. D'après lui, la Suisse connaît un système fiscal équilibré, qui n'exagère ni d'un côté, ni de l'autre.

Après une longue discussion, le conseil a procédé aux votes : par 123 voix contre 62, il a d'abord rejeté la proposition de minorité Bendahan, relative au contre-projet direct. Dans la même proportion de voix, il a également rejeté la proposition de la minorité Wermuth, visant à recommander l'acceptation de l'initiative. Les groupes UDC, M-E, libéral-radical et vert/libéral ont voté en bloc contre le contre-projet direct et contre la minorité Wermuth, alors que le groupe socialiste et celui des Verts ont voté en bloc pour les deux propositions de minorité.

En janvier 2021, la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats, chargée de l'examen préalable, a proposé à son conseil, par 8 voix contre 4, de se rallier à la décision du Conseil national et de rejeter l'initiative. La majorité de la commission ne voyait aucune raison de modifier le système d'imposition. Elle a estimé que l'imposition était déjà relativement élevée et que le volume de redistribution était déjà important. Selon elle, une augmentation de l'imposition nuirait à l'attrait de la place économique suisse.

Une minorité considérait quant à elle que la répartition des richesses était si inégale qu'une adaptation de l'imposition était nécessaire. De plus, selon elle, il était inconcevable que les revenus du capital soient moins lourdement imposés que les revenus du travail et les rentes du premier et du deuxième pilier. Pour ces raisons, elle souhaitait que le conseil recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Le **Conseil des Etats** s'est penché sur cet objet à la session de printemps 2021. Hannes German (V, SH), rapporteur de la commission, a souligné que la redistribution du produit de l'impôt était déjà considérable et que l'imposition était déjà relativement élevée en Suisse ; par conséquent, il a estimé qu'une augmentation nuirait à l'attrait de la place économique suisse et, partant, à de nombreuses entreprises et start-up de taille moyenne. En outre, il a souligné que l'initiative laissait une grande marge d'interprétation et qu'on ne savait pas clairement ce qu'englobait la notion de " revenu du capital ".

La minorité a estimé que l'imposition était si injuste qu'il était nécessaire de modifier le système. Paul Rechsteiner (S, SG), porte-parole de la minorité, a souligné que l'imposition actuelle du revenu du capital offrait de nombreux privilèges, tels que l'imposition partielle des dividendes. Il s'est demandé comment expliquer à la population que chaque franc du salaire devait être imposé alors que le revenu du capital ne l'était pas entièrement. Par conséquent, il a estimé qu'il était temps de garantir plus d'équité fiscale, un but que l'initiative permet d'atteindre.

Par 32 voix contre 13, le Conseil des Etats s'est rallié à la décision du Conseil national de recommander le rejet de l'initiative au peuple et aux cantons. Le groupe socialiste et celui des Verts ont voté en bloc en faveur de l'initiative.

Aux **votes finaux**, le Conseil national et le Conseil des Etats ont décidé, respectivement par 128 voix contre 66 et par 31 voix contre 13, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Le groupe UDC, le groupe M-E, le groupe libéral-radical et le groupe vert/libéral ont voté pour le rejet de l'initiative, contrairement au groupe socialiste et à celui des Verts.

Sources : [Message du Conseil fédéral](#) du 6.3.2020 / Bulletin officiel / propositions et dépliants concernant l'objet / publication d'Anja Heidelberger pour la revue Année politique suisse [lien](#) / Keystone-ATS / divers articles de presse

2. Riassunto delle deliberazioni

20.032 Sgravare i salari, tassare equamente il capitale. Iniziativa popolare

Messaggio 6 marzo 2020 concernente l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale» ([FF 2020 2501](#))

L'iniziativa "Sgravare i salari, tassare equamente il capitale" (ufficiosamente detta "iniziativa 99 %") depositata dalla Gioventù Socialista Svizzera (GISO) nell'ottobre 2017 chiede che i redditi da capitale siano tassati maggiormente. Il gettito supplementare risultante dovrebbe andare a beneficio delle persone con redditi bassi o medi.

Il Parlamento raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

La popolazione svizzera voterà sull'iniziativa il 26 settembre 2021.

Secondo gli autori dell'iniziativa, la parte di reddito da capitale (ad es. interessi o dividendi) che eccede l'importo stabilito dalla legge dovrebbe essere imponibile in ragione del 150 per cento rispetto al reddito da lavoro. Il gettito supplementare risultante dovrebbe essere destinato alla riduzione dell'imposizione delle persone con redditi da lavoro bassi o medi o a uscite a titolo di riversamento in favore del benessere sociale. Secondo la presidente della GISO, Tamara Funicello, in questo modo verrebbe combattuta la disuguaglianza nella distribuzione della ricchezza, che al momento è più grande che mai. La maggior parte degli utili conseguiti dai super ricchi non provengono dal lavoro ma dagli utili da capitale.

Il periodo per la raccolta delle firme è andato da ottobre 2017 ad aprile 2019. Già a fine 2018 i media comunicavano il buon esito dell'iniziativa: nel maggio 2019 la Cancelleria federale ha confermato la raccolta di 109 332 firme valide da parte del Comitato.

Nel suo messaggio del 6 marzo 2020, il Consiglio federale ha proposto al Parlamento di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa "Sgravare i salari, tassare equamente il capitale" senza un controprogetto. In Svizzera i redditi sono "distribuiti in modo relativamente equo" e il volume della redistribuzione è già significativo se in particolare si considerano i trasferimenti sociali - come l'AVS o le riduzioni dei premi - e il sistema progressivo applicato alle imposte sul reddito e sulla sostanza. L'imposizione del capitale proposta dall'iniziativa non è adeguata, poiché riguarda principalmente un tipo di reddito e non il suo ammontare. Nel raffronto internazionale l'onere complessivo gravante il capitale risulta essere "elevato" a causa dell'imposta sulla sostanza. L'iniziativa danneggerebbe pertanto l'attrattiva della piazza finanziaria e gli incentivi alla costituzione di capitale, aumenterebbe il volume della redistribuzione, la cui dimensione dipenderebbe però dal gettito, la cui entità è difficile da stimare, e non da considerazioni di necessità.

Deliberazioni

Disegno 1

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale» ([FF 2020 2545](#))

24.09.2020	CN	Decisione secondo il disegno (progetto)
02.03.2021	CS	Adesione
19.03.2021	CS	Adozione nella votazione finale
19.03.2021	CN	Adozione nella votazione finale

Foglio federale [2021 662](#)

Disegno 2

Decreto federale concernente l'imposizione equa del capitale (controprogetto all'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale») (Disegno della minoranza della CET-N del 17.08.2020)

24.09.2020	CN	Non entrata in materia
------------	----	------------------------

Il **Consiglio nazionale** si è occupato dell'iniziativa cosiddetta "99 %" durante la sessione autunnale 2020. Oltre alla proposta di maggioranza della Commissione dell'economia e dei tributi (CET-N) che raccomandava di respingere l'iniziativa, il Consiglio doveva deliberare anche sulle proposte di minoranza Bendahan e Wermuth. La minoranza Bendahan ha presentato alla Camera un controprogetto diretto: invece di assoggettare il reddito da capitale che eccede l'importo stabilito al 150 per cento come preconizzato dall'iniziativa, il controprogetto prevedeva di assoggettare il reddito da capitale elevato al 100 per cento come il reddito da lavoro. Samuel Bendahan (S, VD) ha sostenuto che l'iniziativa mirava a tassare maggiormente il capitale e quindi chiunque considerasse l'iniziativa troppo estrema avrebbe votato il controprogetto diretto poiché tratta in modo paritario salario e capitale. La minoranza Wermuth ha invece proposto alla Camera di raccomandare l'accettazione dell'iniziativa. Nei loro discorsi i relatori di minoranza si sono concentrati su una questione in particolare: perché il reddito da lavoro è assoggettato al 100 per cento e il reddito da capitale in modo ridotto? Lavoro e ricchezza sarebbero "prodotti soltanto in un posto, laddove esiste il lavoro umano", ha detto Cédric Wermuth (S, AG). Poiché il sistema fiscale non rispecchia questo concetto il "divario tra alto e basso" aumenta anche in Svizzera.

I relatori della Commissione Daniela Schneeberger (RL, BL) e Fabio Regazzi (M-E, TI) hanno anticipato la maggior parte delle critiche all'iniziativa che sono state successivamente espresse dai membri conservatori della Camera. Hanno criticato il fatto che il testo dell'iniziativa fosse formulato in termini molto generali e lasciava troppo spazio all'interpretazione. Ad esempio non era chiaro quali parti di reddito fossero contati come reddito da capitale. Secondo il testo dell'iniziativa è ipotizzabile che oltre al reddito da capitale anche i redditi da beni mobili e immobili, come il valore locativo proprio o le rendite dalla previdenza, sarebbero interessati sebbene gli autori dell'iniziativa avessero limitato il concetto nelle loro spiegazioni. L'iniziativa metterebbe inoltre la Svizzera in una posizione di svantaggio nella concorrenza fiscale e porterebbe a un massiccio onere fiscale supplementare per le imprese, soprattutto le PMI. Di conseguenza le imprese potrebbero investire meno. In generale i dipendenti con redditi piccoli e medi sarebbero coloro che sopporterebbero il peso delle conseguenze negative dell'iniziativa attraverso licenziamenti o fallimenti. Per queste ragioni, la Commissione ha respinto l'iniziativa con 17 voti contro 8.

È seguito un lungo dibattito con molte prese di parola e numerose domande di replica. Particolarmente controversa è stata la questione se il divario tra ricchi e poveri sia aumentato o diminuito negli ultimi anni. Franziska Ryser (SG), portavoce per il gruppo dei Verdi, ha sostenuto che mentre i redditi di mercato in Svizzera sono i più equamente distribuiti al mondo, la distribuzione della ricchezza è molto unilaterale: l'un per cento della popolazione detiene il 40 per cento della ricchezza e questa disuguaglianza è in aumento dagli anni Settanta. Petra Gössi (SZ), portavoce per il gruppo liberale radicale RL, ha controbattuto che ciò è vero solo finché non si tiene conto della sostanza esente da imposte, in particolare del capitale di vecchiaia del secondo e terzo pilastro. Se questi fossero conteggiati, la divergenza tra ricchi e poveri non aumenterebbe nel tempo.

Franziska Ryser ha presentato altri argomenti per replicare alle critiche all'iniziativa. La maggior parte della sicurezza sociale e quindi della redistribuzione avviene tramite le assicurazioni sociali e queste sono finanziate dai contributi salariali e non mediante le imposte sul capitale, ha sottolineato. Inoltre l'iniziativa non priverebbe le PMI di mezzi finanziari poiché soltanto le persone fisiche sarebbero soggette a una maggiore imposizione. È una decisione dei proprietari quella di scaricare i propri costi sulle aziende.

Il portavoce del gruppo dell'Unione democratica di cento (V), Thomas Burgherr (AG), ha invece sottolineato che in Svizzera il volume di redistribuzione in Svizzera è già significativo. I trasferimenti sociali, come l'AVS o le riduzioni dei premi, nonché le imposte progressive sul reddito e sulla sostanza contribuiscono a tale redistribuzione. Escludendo l'AVS, due economie domestiche su tre beneficiano già dei trasferimenti sociali. Per concludere, questa iniziativa sarebbe una grave ingerenza nella sovranità fiscale dei Cantoni e una limitazione della loro autonomia finanziaria, ecco perché è da respingere.

Leo Müller (LU), portavoce del gruppo del centro. Alleanza del cento. PEV (M-E), ha inoltre sottolineato che questa iniziativa non è stata formulata con sufficiente precisione. Il testo dell'iniziativa non specifica ad esempio a partire da quale importo il reddito da capitale dovrebbe essere tassato maggiormente o come dovrebbe esattamente funzionare il meccanismo di redistribuzione. In conclusione i cittadini non saprebbero su cosa stanno votando.

Mentre la maggior parte dei relatori conservatori si è espressa contro l'oggetto, Kathrin Bertschy (BE) e Michel Matter (GE) a nome del gruppo Verde liberale hanno si sono espressi in parte a favore dell'iniziativa. Hanno riscontrato un potenziale di miglioramento nel sistema fiscale per quanto riguarda l'alta pressione fiscale del reddito da lavoro, la distribuzione del reddito e della sostanza nonché l'imposizione secondo la capacità economica. L'iniziativa non intende però ridurre l'imposizione del reddito da attività lucrativa ma mira soprattutto a ridurre le imposte per le persone con redditi da lavoro

bassi o medi e ad effettuare trasferimenti a loro favore. Per questo motivo il gruppo Verde liberale non può appoggiare l'iniziativa.

In ultima battuta, Ueli Maurer ha presentato la posizione del Consiglio federale e i suoi argomenti concordavano ampiamente con quelli espressi dai relatori della Commissione. Ha però aggiunto che l'iniziativa porterebbe a un ulteriore trasferimento dei contribuenti dai Cantoni poveri verso quelli ricchi, mettendo in pericolo la coesione della Svizzera. Inoltre, l'un per cento dei contribuenti paga già oltre il 40 per cento dell'imposta federale diretta; con un'imposizione ancora più elevata "si tirerebbe troppo la corda". Già oggi esiste una redistribuzione e un'imposizione del capitale e sugli utili come ad esempio il conteggio del valore locativo proprio, l'imposta sugli utili da sostanza immobiliare o l'imposta sulla sostanza. La Svizzera ha un sistema fiscale equilibrato che non dovrebbe essere "sovraccaricato fino a sbilanciarsi".

Dopo approfondite deliberazioni con 123 voti contro 62 e 0 astensioni, la Camera ha dapprima respinto la minoranza Bendahan e dunque il controprogetto diretto. Con lo stesso risultato ha poi bocciato anche la proposta di raccomandare l'accettazione dell'iniziativa della minoranza Wermuth. I gruppi dell'Unione democratica di centro, M-E, liberale radicale e Verde liberale hanno votato compatti contro il controprogetto diretto e la minoranza Wermuth. Entrambe le volte il gruppo Socialista (S) e il gruppo dei Verdi ha votato all'unanimità a favore delle proposte di minoranza.

Nel gennaio 2021, con 8 voti contro 4 la Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio degli Stati (CET-S) ha proposto alla propria Camera di allinearsi al Consiglio nazionale e di respingere l'iniziativa. La maggioranza non ha trovato alcun motivo per modificare l'imposizione, visto che è già relativamente alta e che la redistribuzione tra poveri e ricchi esiste già in modo molto significativo. Se le imposte dovessero essere ulteriormente aumentate, l'attrattiva della piazza finanziaria Svizzera ne risentirebbe.

Una minoranza era invece del parere che la distribuzione della ricchezza è oggi così squilibrata che sia necessario un adeguamento dell'imposizione. Inoltre, ritiene incomprensibile che i redditi da capitale siano assoggettati con un'aliquota inferiore rispetto ai redditi da lavoro e alle rendite del primo e secondo pilastro. La minoranza chiedeva che la Camera raccomandasse al Popolo e ai Cantoni di approvare l'iniziativa 99 %".

Il **Consiglio degli Stati** ha trattato questo affare nella sessione primaverile 2021. Già oggi si osserva una notevole redistribuzione delle imposte, ha sottolineato il relatore della Commissione Hannes Germann (V, SH), e l'imposizione in Svizzera risulta essere già relativamente alta: con un ulteriore aumento delle imposte, l'attrattiva della Svizzera come piazza finanziaria ne risentirebbe, mettendo in pericolo numerose medie imprese e start-up. L'iniziativa lascia inoltre molto spazio all'interpretazione. Ad esempio, non è chiaro cosa si intenda esattamente per "reddito da capitale".

Dal punto di vista della minoranza l'imposizione è tuttavia così ingiusta che deve essere corretta. La realtà è che esistono numerosi privilegi, come ad esempio nell'imposizione parziale dei dividendi, ha detto il relatore di minoranza Paul Rechsteiner (S, SG). Si è chiesto come fare a spiegare che ogni franco di salario deve essere tassato, ma che i redditi da capitale godono di privilegi. Ecco perché è giunto il momento per una maggiore giustizia fiscale, ha detto Rechsteiner. Questo è ciò di cui parla questa iniziativa.

Anche il Consiglio degli Stati ha deciso con 32 voti contro 13 e 0 astensioni di allinearsi alla decisione del Consiglio nazionale e di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa. Hanno votato contro il respingimento i rappresentanti del gruppo Socialista e dei Verdi.

Nella **votazione finale** il Consiglio Nazionale (128 voti contro 66 e 0 astensioni) e il Consiglio degli Stati (31 voti contro 13 e 0 astensioni) hanno raccomandato a Popolo e Cantoni di respingere l'iniziativa 99 %".

I gruppi dell'Unione democratica di centro, M-E, Liberale radicale e Verde liberale hanno votato per il respingimento dell'iniziativa. Il gruppo Socialista e il gruppo dei Verdi hanno votato a favore dell'iniziativa.

Fonti: [Messaggio del Consiglio federale](#) del 06.03.2020 / Bollettino ufficiale / Proposte e paragrammi concernenti l'oggetto / Pubblicazione della dott. Anja Heidelberger per Année Politique Suisse [Link](#) / Keystone-SDA / Diversi articoli di stampa



20.032

**Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern.
Volksinitiative**

**Alléger les impôts sur les salaires,
imposer équitablement le capital.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Dans le débat général nous traiterons également les propositions de minorité I (Bendahan) et II (Wermuth) à l'article 2 du projet 1, ainsi que le projet 2, le contre-projet direct à l'initiative.

Schneeberger Daniela (RL, BL), für die Kommission: Ich danke Ihnen, dass Sie Solidarität zeigen; es sind doch immerhin ein paar Nationalräte hier.

Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern", inoffiziell auch "99-Prozent-Initiative", hat den folgenden Wortlaut: "Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Artikel 127a, 'Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen', Absatz 1: Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar. Absatz 2: Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen. Absatz 3: Das Gesetz regelt die Einzelheiten."

Die Initiantinnen und Initianten fordern, dass Kapitaleinkommen über einem vom Gesetzgeber zu bestimmenden Betrag im Umfang von 150 Prozent besteuert werden, also um 50 Prozent höher als andere Einkommensarten. Der sich daraus ergebende Mehrertrag soll für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt eingesetzt werden. Das Gesetz soll die Einzelheiten regeln. Der Initiativtext lässt in Bezug auf eine allfällige Ausführungsgesetzgebung einen Interpretationsspielraum offen. Dies betrifft insbesondere den Begriff des Kapitaleinkommens, die Höhe des zu bestimmenden Betrags, ab dem die höhere Besteuerung zum Tragen kommt, und die Ausgestaltung der Rückverteilung der resultierenden Mehrerträge.

Ihre Kommission hat zu dieser Initiative am 12. Mai Anhörungen durchgeführt. An ihrer Sitzung vom 17. August fand die Detailberatung zur Initiative statt. Für die Mehrheit der Kommission lässt die Initiative sehr vieles offen. Es wird nicht definiert, welche Kapitaleinkommen wirklich betroffen sind. Der Initiativtext legt nicht exakt fest, welche Einkommensteile zu den Kapitaleinkommen zu zählen sind. Es können somit Kapitalgewinne und Erträge auf beweglichem sowie auf unbeweglichem Vermögen, also auch Eigenmietwerte, Grundstücksgewinne, Dividenden und Renten aus Vorsorge gemeint sein. Die Initianten haben sich zwar dahingehend geäußert, dass sie den Begriff enger fassen und Eigenmietwerte und Rentenbezüge ausklammern wollen. Das kommt jedoch im Initiativtext nicht zum Ausdruck. Die Initiative beabsichtigt ausserdem eine Umverteilung zugunsten tieferer Einkommen. Jedoch gibt es keine Definition, welche Transferleistungen im Sozialbereich anzustreben sind. Viele Ungewissheiten machen es schwierig, die Initiative zu präzisieren.

Die "99-Prozent-Initiative" berücksichtigt die Entwicklung des Steuersystems in den letzten Jahren in keiner Art und Weise. Es ist eine immer grössere Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen zulasten der höheren Einkommen erfolgt. Die Initiative würde diesen Trend fortsetzen. Hier besteht jedoch aus Sicht der Mehrheit



kein Handlungsbedarf. Was die Initiative fordert, hat in den letzten Jahren im Hintergrund ständig stattgefunden. Die Initiative würde sich negativ auf die Standortattraktivität auswirken. Die Schweiz gehört zu den wenigen OECD-Ländern, die eine Vermögenssteuer erheben.

Auch die Finanzdirektorenkonferenz lehnt diese Initiative ab. Sie betrifft die Kantone auf drei verschiedene Weisen: Sie verringert die Attraktivität des Steuersystems und wird zu Anpassungsreaktionen führen. Sie schränkt den Handlungsspielraum der Kantone bei der Festlegung ihrer Steuerpolitik ein, und die Frage eines Mehrertrags ist womöglich von den Einschränkungen der kantonalen Finanzpolitik abhängig. Mit der Initiative wäre ausserdem mit massiven zusätzlichen Steuerbelastungen zu rechnen, von denen vor allem die mittelständischen Firmen in der Schweiz betroffen wären, die nicht nur als Arbeitgeber, sondern auch als Steuerzahler eine grosse Bedeutung haben. Diese finanzielle Belastung würde auch Unternehmensnachfolgen oder auch Start-ups gefährden, wenn nicht sogar verunmöglichen.

Die Mehrheit der Kommission lehnt die Initiative aus formellen wie auch aus materiellen Gründen ab. Der Gegenentwurf beinhaltet die gleichen systematischen Fehler und Unsicherheiten wie der Hauptentwurf. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 17 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen, nicht darauf einzutreten. Aufgrund der langen Rednerliste verweise ich für weitere Pro- und Contra-Argumente auf die nachfolgenden Fraktions- und 38 Einzelsprecher.

Zusammenfassend bittet Sie die Kommission mit 17 zu 8 Stimmen bei 0 Enthaltungen, dem Entwurf des Bundesrates zu folgen und Volk und Ständen zu empfehlen, die Initiative abzulehnen.

Regazzi Fabio (M-CEB, TI), pour la commission: L'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital", dite "initiative 99 pour cent", vise à imposer plus lourdement le revenu du capital et à utiliser les recettes supplémentaires qui en résulteraient au profit des personnes disposant de revenus faibles ou moyens.

Le Conseil fédéral ne voit aucune nécessité d'agir. Il n'y a effectivement pas de nécessité d'agir, et donc aucune raison de recommander d'accepter une telle initiative. Cette initiative est floue et aurait pour conséquence de réduire l'attrait de la place économique suisse. Elle impacterait en premier lieu les personnes dont le capital génère un revenu et diminuerait alors le capital économiquement disponible par travailleur; les salariés seraient également touchés. De plus, l'affectation proposée des recettes supplémentaires se basant sur des recettes fiscales plutôt volatiles, la prévision budgétaire serait rendue très difficile.

Dans un contexte de reprise d'activité économique après le Covid-19, il n'est pas raisonnable de laisser cette initiative gagner du terrain. Par conséquent, il faut recommander de rejeter cette initiative dommageable.

Voici en détail les 3 raisons pour un rejet.

1. Il y aurait un désavantage comparatif en matière de concurrence fiscale pour la Suisse. Si l'initiative était acceptée, les propriétaires d'entreprises devraient payer encore plus d'impôts; ils n'auraient plus la marge de manoeuvre pour investir dans les capacités de production. Les propriétaires des entreprises seraient fortement affectés dans le cas de l'exercice de la distribution des dividendes aux membres de la

AB 2020 N 1855 / BO 2020 N 1855

famille propriétaires de l'entreprise. Cette initiative aurait pour conséquence de mener certaines entreprises à la faillite.

Dans le contexte lié au Covid-19, l'effet pourrait être décuplé, si bien qu'il faudrait compter avec encore plus de faillites, moins d'emplois et une forte dégradation de la qualité de vie. Dans le contexte actuel, il serait plus opportun de parler de la suppression pure et simple de l'impôt sur la fortune, ou au moins d'une sensible réduction de celui-ci.

2. Effet redistributif des impôts remis en question. L'initiative "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital" ne rend pas service aux salariés. Les salariés disposant de petits ou moyens revenus du travail feront également les frais des décisions des entreprises de diminuer les capacités de production, de réduire l'activité ou de devoir faire faillite. L'objectif de redistribution plus rigoureuse ne peut être atteint et les charges sociales incombant à la société ne feraient qu'augmenter. L'initiative rate complètement son objectif de redistribution et, si elle devait être mise en oeuvre, elle prêterait les employeurs comme les employés.

3. Failles importantes dans le contenu de l'initiative. La formulation de l'initiative présente de trop nombreuses failles. Une mise en oeuvre dépendrait trop fortement de l'interprétation du législateur sur les points suivants: interprétation de la nouvelle norme constitutionnelle – dans son interprétation la plus stricte, cette initiative serait déjà fortement dommageable; définition du revenu du capital – il n'en existe pas. Les auteurs de l'initiative inventent leur propre définition des revenus du capital, veulent supprimer le principe en vigueur de l'apport en capital et font tout pour imposer les gains en capitaux et pour supprimer l'imposition partielle des dividendes.



Je rappelle que l'imposition partielle des dividendes a déjà fait couler beaucoup d'encre, tant dans le cadre de la troisième réforme de l'imposition des entreprises menée par M. Merz que dans celui de la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS.

Il est grand temps de cesser de vouloir systématiquement revenir à la charge sur cette imposition et de vouloir toujours taxer plus les dividendes.

Selon la base de calcul choisie, l'initiative dite "initiative 99 pour cent" serait source d'inégalité de traitement fiscal entre différentes formes juridiques.

Les auteurs recommandent de fixer un montant seuil à 100 000 francs et un montant plus important pour les contribuables mariés. Plus inquiétant, l'initiative pourrait également avoir un effet sur les revenus de capital en-dessous du seuil fixé.

S'agissant des modalités de redistribution, là aussi, la marge d'interprétation du législateur est importante. Les recettes supplémentaires pourraient être affectées à deux canaux différents et en même temps, soit à la réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail et au paiement de transfert en faveur de la prospérité sociale. La marge d'interprétation est à nouveau très grande.

En matière de conséquences financières, l'imposition des revenus du capital modifierait les comportements des acteurs économiques. Les revenus du capital sont volatils et seraient encore moins prévisibles avec un tel régime fiscal. La planification des finances publiques à long terme devrait jongler avec des prévisions de recettes très volatiles, et le financement des canaux de redistribution pourrait être fortement compromis.

En conclusion, cette initiative est 100 pour cent dommageable pour la Suisse. Elle prêterait les conditions-cadres économiques à plusieurs égards. Elle renforcerait le désavantage comparatif en matière de concurrence fiscale en Suisse. Elle manquerait complètement sa cible en voulant une redistribution plus rigoureuse, et le flou qui la caractérise et qui la construit présente des failles trop importantes, laissant une trop grande marge d'interprétation au législateur.

Una minoranza della Commissione dell'economia e dei tributi ritiene invece inconcepibile che il reddito da capitale sia tassato meno del reddito da lavoro. Il crescente divario tra redditi bassi e alti crea infatti problemi di ordine economico, erodendo il potere d'acquisto del ceto medio e peggiorando la situazione delle classi con redditi più modesti. La stessa minoranza è dell'avviso che vi sia una relazione tra le crescenti disparità salariali e la concentrazione del patrimonio e che di conseguenza occorre aumentare l'imposizione fiscale del capitale e sgravare quella sui redditi più bassi. La Commissione dell'economia e dei tributi del Consiglio nazionale ha infine respinto una proposta di controprogetto diretto volta a tassare al 100 per cento – invece del 150 per cento previsto dall'iniziativa – la parte del reddito da capitale che eccede l'importo stabilito dalla legge, e questo per le stesse ragioni precedentemente addotte.

Per tutti questi motivi, la Commissione dell'economia e dei tributi raccomanda dunque, con 17 voti a favore e 8 contrari, di respingere l'iniziativa popolare "Sgravare i salari, tassare equamente il capitale", senza contrapporre nessun controprogetto.

Bendahan Samuel (S, VD): Diversi oppositori dell'"iniziativa 99 per cento" ritengono che non sia giusto che il reddito da capitale sia tassato più pesantemente del reddito da lavoro. Infatti l'iniziativa propone che a parità di reddito l'imposta sia più alta se non si è dovuto lavorare per guadagnare quel denaro piuttosto che se il reddito è il risultato di un vero e proprio sforzo. Se ciò che volete è la parità di trattamento vi chiedo di sostenere il controprogetto.

Der Gegenvorschlag zur "99-Prozent-Initiative", den wir empfehlen, ermöglicht es uns, auf all jene Menschen einzugehen, welche die Ungleichbehandlung als ungerecht empfinden. In der Tat fordert die Initiative lediglich eine strikte Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Kapital.

Ich möchte die Aufmerksamkeit all jener haben, welche die "99-Prozent-Initiative" für extrem halten: Wenn Sie diese Initiative für extrem halten, dann müssen Sie logischerweise die gegenwärtige Situation genauso extrem finden. Tatsächlich fordert die Initiative, dass das Einkommen, das als Grundlage für die Besteuerung dient, beim Kapitaleinkommen um 50 Prozent höher sein soll. Heute gibt es diese Unterscheidung schon – aber zugunsten des Kapitals! Grossaktionäre berücksichtigen bei der Abgabe ihrer Steuererklärung nur 70 Prozent ihres Einkommens aus Dividenden. Dies hat zur Folge, dass das Einkommen, das als Steuerbemessungsgrundlage dient, bei Arbeit zwischen 42 und 66 Prozent höher ist als bei Kapital.

Die Initianten, zu denen auch ich gehöre, sind der Meinung, dass die Einkünfte, die nicht aus Arbeit, sondern aus Kapital stammen, am meisten besteuert werden sollten, nicht umgekehrt.

Wenn Sie hingegen für Gleichbehandlung sind, ist die einzige logische Antwort die Unterstützung des Gegenvorschlages.



D'une certaine façon, le contre-projet que nous proposons est assez simple. Quelle que soit la source du revenu que l'on touche, quelle que soit la raison pour laquelle on touche le revenu, de toute façon, la base d'imposition serait la même et l'impôt résultant identique. Ce ne serait que justice.

Si, par hasard, même ce contre-projet était rejeté, il serait alors impossible de dire que ce qu'on voudrait c'est l'égalité. La situation qui se prolongerait serait un état d'injustice et d'inégalité de traitement où, lorsque l'on a fait un travail, dur, pour obtenir un revenu, on serait plus imposé que si on ne faisait rien pour obtenir le même revenu. C'est inacceptable. Mais si vous voulez au moins l'égalité de traitement, je vous invite toutes et tous à soutenir ce contre-projet modéré qui ne demande qu'une imposition juste et équitable entre les sources de revenu.

Wermuth Cédric (S, AG): Vor uns liegt ein Nachmittag, an dem wortgewaltig – wir haben es bei der Mehrheit der Kommission schon gehört –, in sicher sehr präzisen ökonomischen Modellen mit Stempeln von Harvard und HSG und ganz lehrbuchgemäss nachgewiesen wird, wie schädlich diese Initiative für unsere Volkswirtschaft sei. Am Ende laufen diese Modelle immer auf dasselbe hinaus, nämlich darauf, dass wir in einer Gesellschaft leben, die wie eine Pyramide aufgebaut ist: Zuoberst sind die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, und wir Normalos unten sollen doch bitte froh sein, wenn nicht nur Ruhm und Ehre zu uns

AB 2020 N 1856 / BO 2020 N 1856

herunterscheinen, sondern auch ein bisschen vom Reichtum heruntertröpfelt.

Ich meine, Sie können diese Argumentationen alle fahren, das ist kein Problem. Aber die zentrale Frage, die diese Initiative stellt, können Sie den Menschen nicht beantworten. Das ist die Frage, warum die Kassiererin an der Migros-Kasse, die angestellte Ingenieurin bei der ABB, der Arzt oder die Ärztin im Spital ihr mit jedem Tag Arbeit sauer verdientes Geld zu 100 Prozent versteuern sollen, aber Leute, die nichts tun, sondern das Geld aus Zinsen oder Dividenden oder Unternehmensgewinnen erhalten, tiefer besteuert werden als Menschen mit einem Arbeitseinkommen.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Sie werden uns jetzt sagen: Ja gut, das Kapital ist halt scheu wie ein Reh, und es trägt als Produktionsfaktor etwas Entscheidendes zum Mehrwert in dieser Gesellschaft bei. Sie können die Übung relativ einfach machen, dann sind wenigstens diese Plexiglasscheiben mal für etwas zu gebrauchen: Sie können eine Note hierhin kleben und die letzten zwei Minuten meines Votums anschauen, wie sich der Wert in dieser Note vermehrt. Sie werden feststellen, dass der Effekt relativ bescheiden ist. Das hat einen ganz simplen Grund. Der simple Grund ist, dass Wert und Reichtum in unserer Gesellschaft immer noch an genau einem Ort produziert werden, und das ist die menschliche Arbeit. Egal ob es am Schluss Dividenden sind, vorher hat immer jemand dieses Geld nicht nur verdient, sondern insbesondere auch erarbeitet.

Weil wir aber ein Steuersystem haben, das nicht diese menschliche Arbeit ins Zentrum stellt, sondern die Kapitalgewinne privilegiert, nimmt auch in unserem Land die Ungleichheit zwischen unten und oben, zwischen der gesellschaftlichen Mehrheit und den ganz wenigen, explosionsartig zu. Es ist ökonomisch gefährlich, wenn wir immer mehr Reichtum aus der Zone der Nützlichkeit in die Spekulation, in die Profitgier, in die Umweltzerstörung verschieben und zunehmend einen Cluster von Leuten schaffen, der sich nicht mehr mit politischen Argumenten auseinandersetzen muss, weil er sich den Einfluss kaufen kann, sei es über Lobbyismus, sei es über politische Werbung, sei es über private Medienmonopole.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit II zu folgen und mit dieser Initiative das ins Zentrum zu stellen, was menschliche Gesellschaft lebenswert und stark macht: unsere gemeinsame, solidarische Arbeit am Reichtum und am Wohlstand dieses Landes, ohne Privilegierung von ein paar wenigen. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Minderheiten I und II folgen.

Burgherr Thomas (V, AG): Die SVP-Fraktion lehnt diese Juso-Initiative und natürlich auch den Gegenvorschlag entschieden ab. Die Initiative ist unausgegoren und populistisch. Sie will eine Lösung für ein Problem, das gar nicht existiert. Ob die Lösung überhaupt funktionieren würde, kann mehr als bezweifelt werden. Der Initiativtext wirft diverse Fragen auf, zum Beispiel: Was versteht man unter dem Begriff "Kapitaleinkommen"? Wie hoch soll der Schwellenwert sein? Was aber klar ist: Sie würde der Wirtschaft und dem Wohlstand in der Schweiz massiv schaden. Sie würde den Föderalismus untergraben und mehr Ungerechtigkeit schaffen. Dazu erläutere ich Ihnen gerne drei Argumente:

1. Im internationalen Vergleich sind die Einkommen aufgrund von Steuern und Transferleistungen in der Schweiz gleichmässig verteilt. Es besteht zudem bereits eine hohe Gesamtbelastung auf Kapitaleinkommen. Das Umverteilungsvolumen ist heute bereits bedeutend. Zu dieser Umverteilung tragen namentlich Sozialtransfers



wie die AHV oder Prämienverbilligungen sowie die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern bei. Zwei von drei Haushalten erhalten Sozialtransfers, ohne die Alters- und Hinterlassenenleistungen mitzuzählen. Mittels dieser Umverteilung konnte auch die Armutsquote von 31 Prozent auf 8,2 Prozent im Jahr 2017 gesenkt werden. Aber auch im zeitlichen Verlauf muss festgehalten werden, dass die Verteilung der Einkommen heute gleichmässiger ist als früher. Es stimmt einfach nicht, dass in der Schweiz die Vermögen immer ungleichmässiger verteilt sind. Das wird oft behauptet, stimmt aber nicht. Es besteht also gar kein Handlungsbedarf.

Die Volksinitiative zielt zudem am Puls der internationalen Entwicklungen im Steuerbereich vorbei, denn andere Staaten senken die Dividendenbesteuerung oder schaffen sie ab, um eine Mehrfachbesteuerung zu vermeiden. Die Herausforderung würde in die komplett andere Richtung gehen. Nebenbei wird in der Schweiz als einem der wenigen OECD-Länder eine Vermögenssteuer erhoben. Auch hier zeigt sich, wie die Initianten an der Realität vorbei politisieren.

Zur Belastung der verschiedenen Einkommen: Eine 2019 veröffentlichte Studie der Universität Luzern zeigt erstmals, welche Einkommensklassen in der Schweiz wie viel in die Steuertöpfe einzahlen. Das Fazit ist: Die höchsten Einkommensklassen werden schon heute überproportional besteuert. Höhere Einkommensklassen schultern bereits eine deutlich höhere Steuerlast. Eine Annahme der Initiative wäre für unser Land gravierend. Die Schweiz würde als Standort geschwächt, und die Anreize, Kapital zu bilden, würden sicher schwinden. Dies würde dazu führen, dass in der Schweiz weniger Geld pro Arbeitskraft zur Verfügung steht. Dies würde genau jene Leute treffen, welche hoffen, von dieser Initiative zu profitieren.

2. Die Initiative ist ein ineffizientes Mittel gegen Einkommensungleichheit. Eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen würde die Standortattraktivität der Schweiz verschlechtern, sich negativ auf die Vermögensbildung auswirken und dadurch mittelfristig das zur Verfügung stehende volkswirtschaftliche Kapital verringern. Solche Entwicklungen hätten auch negative Auswirkungen auf die Löhne. Unter dem Banner der Gerechtigkeit würden wieder neue Ungerechtigkeiten geschaffen und unkalkulierbare Nebeneffekte ausgelöst. So ist auch die Initiative in ihrer Formulierung unklar, würde viele ungelöste Fragen aufwerfen und Unsicherheiten schaffen, die gerade im Moment Gift sind für unseren Standort Schweiz.

Für die Kantone bedeutet diese Juso-Initiative zudem einen Eingriff in die Steuerhoheit und eine Einschränkung der finanziellen Autonomie. Unser dezentrales System ist ein grosser Vorteil für die Schweiz, das dürfen wir nicht vergessen. Für die Kantone würde die Initiative definitiv eine Verschlechterung der steuerlichen Attraktivität bedeuten. Zudem besteht die Gefahr, dass mit den neuen Umverteilungsmassnahmen auch neue finanzielle Verflechtungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden entstehen – dies in Zeiten, in denen wir doch nach möglichst viel Entflechtungen und nach Einfachheit streben.

3. Ich möchte die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz hervorheben. Die Initiative hätte negative Auswirkungen auf die Spar- und Investitionsanreize der Steuerpflichtigen. Sämtliche Sparer mit direkten und indirekten Aktienanlagen wären von der Kapitalgewinnsteuer betroffen. Dies wäre kein gutes Signal, schon gar nicht für den Mittelstand, für jene, die einmal ein Eigenheim verwirklichen oder ein Unternehmen gründen möchten. Davon wären nicht nur Personen mit einem hohen Kapitaleinkommen betroffen, sondern insbesondere auch Lohnabhängige. Es würde also am Schluss alle treffen.

Schlussendlich wäre diese Initiative auch für den Unternehmensstandort Schweiz fatal. Der Anreiz zur Kapitalbildung würde geschwächt. Es gäbe dadurch weniger Investitionen, also auch weniger Innovationen. Damit betrifft die Initiative der Juso insbesondere KMU und ganz direkt Familiengesellschaften. Zukunftsinvestitionen und Nachfolgeregelungen würden massiv erschwert. Dies ist heute schon ein schwieriges und auch emotionales Thema. Da dürfen wir keinesfalls noch neue Hürden und Stolpersteine einbauen.

Ich komme zum Schluss: Diesen Angriff auf unseren Wohlstand und unser Erfolgsmodell müssen wir abwehren. Wir brauchen nicht mehr Umverteilung, sondern weniger. Das geht mit einem schlanken Staat einher. Wir brauchen eine gesunde und diversifizierte Wirtschaft. Dabei dürfen wir ganz besonders dem Gewerbe und den KMU nicht immer mehr Belastungen und Probleme aufhalsen. Unsere KMU und der starke Mittelstand sind die Basis unserer stabilen Wirtschaftsordnung. Diese dürfen wir nicht mit einem sozialistischen Experiment gefährden. Herr Nationalrat

AB 2020 N 1857 / BO 2020 N 1857

Wermuth: Menschen, welche Kapitaleinkommen erwirtschaften, tun nicht nichts. Sie haben viel gearbeitet. Höhere Steuern und Abgaben werden von der SVP grundsätzlich abgelehnt. Daher empfiehlt meine Fraktion diese extreme Initiative zur Ablehnung und lehnt natürlich auch den Gegenvorschlag ganz klar ab. Ich bitte Sie, das ebenfalls zu tun.





Funiciello Tamara (S, BE): C'è gente che dice che gli inizianti dell'"iniziativa 99 per cento" danno i numeri. Okay, vi do molto volentieri un paio di numeri.

Der Mindestlohn eines Gärtners EFZ beträgt 4450 Franken im Monat. Der Lohn einer Kassiererin beträgt etwa 3800 Franken. Der Mindestlohn einer Fachangestellten Gesundheit liegt bei 4385 Franken, der eines Oberarztes im Kanton Zürich bei 10 000 Franken. In der MEM-Industrie liegt er bei 3370 Franken bei 100 Prozent Berufstätigkeit. Der Lohn einer Mutter: Luft und Liebe. Das sind die Beträge, mit denen "Büezerinnen" und "Büezer" in der Schweiz auskommen müssen. Das ist die Realität der Menschen in diesem Land, die Tag für Tag arbeiten gehen, um Reichtum zu erwirtschaften. Mit diesen Löhnen müssen sie Miete bezahlen, sie müssen Krankenkassenprämien, Mobilität, Nahrung, Zahnarztrechnungen für ihre Kinder bezahlen. Eine Million Menschen in der Schweiz sind armutsgefährdet – nach Corona werden es wahrscheinlich noch mehr sein.

Gleichzeitig gibt es solche Zahlen: Die reichsten 300 Personen in der Schweiz besaßen 2009 ein Vermögen von 450 Milliarden Franken. Heute, zehn Jahre später, sind es – laut dem Magazin "Bilanz", nicht gerade eine linke Zeitschrift – mehr als 702 Milliarden. So gross kann also der Umverteilungseffekt nicht sein. Es ist Geld, das sie vor allem erhalten haben, weil sie schon Geld besitzen; sie haben Gewinne aus Zinsen, Dividenden und Kapitalgewinne.

Die Spitze der Perversion ist aber nicht einmal der Umstand, dass Menschen, die für ihr Geld arbeiten, kaum über die Runden kommen und dass Menschen einfach reich werden, weil sie schon Geld haben. Nein, die Spitze der Perversion ist das Steuersystem: Das heutige Recht sagt, der "Büezer" der Ems-Chemie, der 68 000 Franken verdient, muss den ganzen Betrag versteuern. Die Aktionärinnen, die letztes Jahr satte 467 Millionen Franken erhalten haben, müssen nur rund 60 Prozent versteuern. Anders ausgedrückt: Wenn Sie 100 000 Franken Lohn erhalten, versteuern Sie auch 100 000 Franken Lohn. Wenn Sie 100 000 Franken Dividenden erhalten und Sie Grossaktionärin sind, versteuern Sie gerade mal 60 000 Franken. Noch besser: Wenn Sie 100 000 Franken Kapitalgewinne erhalten, dann versteuern Sie null Prozent. Kein Wunder, konzentriert sich das Vermögen in diesem Land auf immer weniger Menschen. Auch das sind Zahlen der "Bilanz".

Unser Steuersystem sagt eigentlich: Wer hat, dem wird gegeben. Genau da setzt die "99-Prozent-Initiative" an: Wir wollen nichts anderes, als dieses System vom Kopf auf die Füße zu stellen. Kapitaleinkommen soll ab einem gewissen Betrag höher besteuert werden als Lohn und Rente. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger. Das Ziel der Initiative ist auch sehr klar. Wir wollen bei denen ansetzen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten massiv Kapital angehäuft haben. Darum steht im Titel der Initiative auch "99 Prozent", und darum spricht der Text auch von einem zu bestimmenden Freibetrag.

Zum Thema Mittelstand: Ich weiss nicht, wie viele Zinsen Sie Ende Jahr erhalten, bei mir sind es etwa Fr. 5.10. Bis Sie 100 000 Franken Zinsen erhalten, müssen Sie einen rechten Betrag auf dem Konto haben.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur AHV. Wissen Sie, woher ein Teil des Lochs kommt, das wir in der AHV haben? Von falschen Steueranreizen! Denn Dividenden sind nicht sozialversicherungspflichtig. Das haben Sie entschieden. Sprich, im Moment gibt es einen doppelten steuerlichen Anreiz, Dividenden auszuschütten, statt Löhne zu zahlen. Dadurch gehen der AHV Milliarden durch die Lappen. Die "99-Prozent-Initiative" kehrt diesen Anreiz um.

Ich mache mir keine Illusionen. Ich weiss, dass Sie diese Initiative mit scheinheiligen Argumenten ablehnen werden, weil hier drin eben die Interessen der Grosskonzerne und Aktionäre mehr zählen als die des Maurers, der Putzfrau und der Grossmutter. Doch bitte beantworten Sie mir noch folgende Fragen: Kann es sein, dass die Reichen immer reicher werden und gleichzeitig Leute in diesem Land in Armut leben? Kann es sein, dass der Lohn von Beschäftigten sinkt, während die Dividenden steigen? Kann es sein, dass wir im Kanton Luzern die Bildung nicht mehr bezahlen können und eine Woche länger Ferien machen, weil anscheinend kein Geld mehr da ist?

Es läuft doch einfach etwas falsch, wenn im Jahr 2019 die 300 reichsten Menschen in diesem Land 27 Milliarden Franken reicher wurden und Sie mir und den 99 Prozent der Menschen da draussen sagen, wir hätten nicht genügend Geld für die AHV. Einfache Gleichstellungsprojekte, Klimaprojekte, Krankenkassenverbilligungen, IV, EL: Nirgends scheint es Geld zu geben in diesem Land. Es ist aber nicht das Geld, das fehlt: Was fehlt, ist der politische Wille, Gerechtigkeit zu schaffen. Darum tragen wir diese Initiative vors Volk.

Bendahan Samuel (S, VD): Pour conclure ce brillant exposé, j'aimerais simplement vous raconter l'histoire du Léviathan. Ce monstre des mers biblique, qui se retrouve dans de nombreuses cultures, grandit et grandit encore et dévore tout. A la base, on pense que ce mythe n'a pas pour origine un immense monstre marin surnaturel, mais un crocodile qui aurait dévoré quelques personnes. Et puis, ce monstre a crû, il est devenu de plus en plus grand.



La première fois qu'on l'a utilisé dans un contexte politique, c'est dans les années 1980, en voulant caractériser l'Etat comme une force qui dévorerait de plus en plus les libertés individuelles.

Aujourd'hui, lorsqu'on parle du Léviathan, il ne s'agit plus de l'Etat. C'est un paradoxe, car il s'agit de l'incroyable pouvoir acquis par des gens qui détiennent des fortunes colossales, des fortunes qui, chaque année, grandissent. Alors que certains pouvaient craindre, dans le passé, que l'Etat était la force qui pouvait opprimer les peuples, aujourd'hui les Etats n'ont plus le pouvoir; le pouvoir est entre les mains de ceux qui possèdent des richesses, des fortunes, et entre les mains des grandes entreprises; ceux-ci, souvent, dictent leur politique aux Etats.

Cette initiative vise à atténuer l'effet de ce Léviathan, de ce monstre de pouvoir qui s'attaque à la liberté des peuples et à la capacité des gens de vivre décemment. N'est-ce pas choquant que certains actionnaires – dont certains peuvent être dans cette salle, ou pas – peuvent gagner plus d'argent grâce aux dividendes qu'ils perçoivent que tous les employés de leur entreprise? N'est-ce pas choquant que, pour un même revenu, ces personnes vont payer moins d'impôts que les personnes qui travaillent durement chaque jour, chaque heure, pour des salaires beaucoup plus bas? En effet, pour un même revenu, l'impôt n'est pas le même. Cette injustice serait corrigée par cette initiative, si elle devait être acceptée.

Le problème de l'accumulation des richesses est encore largement augmenté par un autre changement de société, la digitalisation, avec l'augmentation de la productivité du travail. Alors que la productivité du travail est de plus en plus élevée, que nous sommes capables de faire toujours plus et toujours mieux, les gains se retrouvent essentiellement dans les mains de ceux qui possèdent et qui détiennent. Celui qui détient un bâtiment aura plus de revenus demain. Celui qui détient un robot ou une intelligence artificielle ou une entreprise aura plus de revenus sans travailler, de par la simple possession.

Ce que cette initiative va faire, ce n'est pas résoudre le problème, car elle – même n'est pas assez forte pour combattre cette concentration des richesses et du pouvoir. Mais, s'il vous plaît, faites aujourd'hui au moins un premier pas pour que ce Léviathan, qui est celui de la concentration du pouvoir et des richesses, ne dévore pas l'humanité. Et que nous gardions comme priorité d'abord l'humain. Et si la priorité c'est l'humain, alors il devient logique que le gain qui est fait par

AB 2020 N 1858 / BO 2020 N 1858

un humain soit moins imposé que le gain qui est fait par du matériel, par de l'argent.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Vous parlez effectivement de la taxation plus élevée du revenu du capital, mais dans une grande partie des cas, ce capital provient du revenu du travail, qui a déjà été taxé, et le revenu du capital est encore taxé une fois, et vous voulez le taxer encore plus. N'y a-t-il pas là une inégalité de traitement?

Bendahan Samuel (S, VD): Monsieur Grin, pensez-vous sérieusement que le travailleur qui va tous les jours travailler à l'usine, dans les magasins ou dans les restaurants touche un gain en capital sur ce travail? Absolument pas. Les personnes qui gagnent de l'argent avec leur travail et celles qui en gagnent avec le capital ne sont pas les mêmes. Si un chef d'entreprise, par exemple, gagne de l'argent parce qu'il a travaillé dans l'entreprise, il ne sera pas imposé davantage. Ce que nous proposons, c'est que le chef d'entreprise, comme le travailleur, quel que soit son niveau hiérarchique, soient, lorsqu'ils travaillent, imposés moins que celui qui possède simplement quelque chose et gagne de l'argent pour cela ou a gagné au casino, et qui est, aujourd'hui, imposé moins.

Müller Leo (M-CEB, LU): Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" ist eine typische Umverteilungs-Initiative. Die Initiative will bewirken, dass Kapital höher besteuert wird als Arbeit und dass tiefe und mittlere Arbeitseinkommen entlastet werden. Zudem sollen Sozialtransfers geleistet werden.

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP lehnt die Initiative ab. Ebenso lehnen wir als Fraktion den Gegenvorschlag ab. Es gibt hierfür formelle und materielle Gründe.

Zu den formellen Gründen: Die Initiative ist zwar nicht als allgemeine Anregung formuliert, aber sie ist auch nicht sehr konkret. So wird im Initiativtext nicht festgelegt, ab welcher Höhe Kapitaleinkommen höher besteuert werden soll. Gesagt wird lediglich, dass das höhere Kapitaleinkommen zu 150 Prozent zu versteuern ist. Es ist in der Initiative also kein Schwellenwert festgelegt. Zudem ist in der Initiative auch nicht definiert, ob private Kapitalgewinne neu unter die Besteuerung fallen würden oder nicht. Ebenso ist nicht erwähnt, ob Auszahlungen aus Pensionskassen und aus der dritten Säule von der 150-prozentigen Besteuerung erfasst würden oder nicht. Somit kann als erstes Fazit festgehalten werden, dass die Stimmbürger gar nicht genau wissen, worüber sie abstimmen.

Auch ist der Umverteilungsmechanismus in der Initiative nicht einmal ansatzweise umschrieben. Es ist nicht



definiert, ob und zu welchem Anteil diese Umverteilung innerhalb des Steuerrechtes erfolgen soll. Auch ist nicht definiert, welcher Anteil über Transferzahlungen ausserhalb des Steuerrechtes in die soziale Wohlfahrt erfolgen soll. Sollen die Gelder in die Sozialhilfe fliessen? Sollen die Gelder in eine zusätzliche Verbilligung der Krankenkassenprämien fliessen? Sollen die Gelder in die Ergänzungsleistungen fliessen? Sollen die Gelder in die Invalidenversicherung fliessen?

Sie hören: Es stellen sich Fragen über Fragen, und der Stimmbürger hat wenig Ahnung, worüber er abstimmt. Das heisst, die Initiative ist zu wenig zielgenau formuliert. In der Initiative sind praktisch alle wesentlichen Punkte nicht definiert. Die Stimmberechtigten wissen nicht, worüber sie abstimmen. Auch aus diesem Grund ist diese Initiative abzulehnen.

Es gibt auch – damit komme ich zum zweiten Punkt – triftige materielle Gründe, die für eine Ablehnung der Initiative sprechen. So ist die Höhe der Besteuerung von Kapitaleinkommen gegenüber dem Arbeitseinkommen willkürlich. Dies widerspricht dem Verfassungsgrundsatz, der besagt, dass nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert wird.

Im Weiteren würden mit dieser Initiative Familienunternehmen und mittelständische Unternehmen hart getroffen. Viele dieser Unternehmen schütten Dividenden aus, um die Vermögenssteuern bezahlen zu können. Somit müssten, um diese höheren Steuern bezahlen zu können, massiv mehr Dividenden ausgeschüttet werden, zusätzliche Mittel, die dann in den Unternehmen fehlen, um wertvolle Investitionen tätigen zu können. Das würde die Weiterentwicklung dieser Unternehmen schwächen. Auch würde der Nachfolgeprozess für diese Unternehmen massiv erschwert. Würde der Fiskus realisierte Kapitalgewinne besteuern, müssten zur Bezahlung dieser Steuern mehr Mittel aus den Unternehmen abgezogen werden, und das würde den bereits heute schwierigen Prozess der Nachfolgeregelung zusätzlich erschweren.

Die Initianten vergessen auch, dass rund 80 Prozent der Unternehmen in Familienbesitz sind. Für die Mitte-Fraktion haben diese Unternehmen eine grosse Bedeutung für unsere Wirtschaft, für unser Land, für unseren Wohlstand. Deshalb engagieren wir uns für die Anliegen der Familienunternehmen und lehnen auch aus diesem Grund diese Initiative ab.

Ebenso würde die Überführung von Grundstücken vom Geschäfts- ins Privatvermögen markant beeinträchtigt respektive erschwert. Es ist damit zu rechnen, dass bei einer Überführung vom Geschäfts- ins Privatvermögen auch die kumulierten Abschreibungen besteuert würden. Eine solche Überführung würde massiv erschwert. Wir hatten hier grosse Probleme. Mit der Unternehmenssteuerreform II konnte das Problem entschärft werden. Jetzt würde dies rückgängig gemacht, ja sogar noch zusätzlich verschärft.

Zum Gegenvorschlag: Mit dem Gegenvorschlag soll in der Verfassung festgeschrieben werden, dass Dividenden ab einer nicht definierten Höhe zu 100 Prozent besteuert werden sollen. Wie Sie alle wissen, haben wir bei den Dividenden eine sogenannte Mehrfachbelastung. Die Gewinne werden in der Unternehmung versteuert, und dann müssen diese versteuerten Gewinne, wenn sie ausgeschüttet werden, beim Empfänger nochmals als Einkommen besteuert werden. Auch dieses Problem wurde mit der Unternehmenssteuerreform II gelöst. Es besteht seither eine gute Praxis. Auch wurde mit der STAF-Vorlage dieses Problem nochmals diskutiert. Diese Vorlage ist dann in einer Referendumsabstimmung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen worden. Diese Praxis wurde also wiederum bestätigt.

Zudem würde bei einer Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags massiv in die Steuerhoheit der Kantone eingegriffen. Die Kantone wären gezwungen, bei einer Annahme der Initiative ihr Steuersystem für die Kantons- und Gemeindesteuern anzupassen und sich der zentralistischen Lösung des Bundes unterzuordnen. Das wollen wir als Mitte-Fraktion nicht.

Noch ein Letztes: Man kann sich schon immer aufregen und meinen, die Leute mit hohem Einkommen müssten noch mehr Steuern bezahlen und man müsste sie noch mehr zur Kasse bitten. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie Folgendes zu beachten: Die Bundessteuer ist bereits heute sehr stark progressiv ausgestaltet. Hohe Einkommen leisten heute einen überproportional hohen Beitrag an das Steueraufkommen. Bedenken Sie: 1 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlt 40 Prozent der Steuern. Würde also dieses eine Prozent oder ein Teil davon aus der Schweiz weggehen, müssten ganz viele Leute aus dem Mittelstand massiv mehr Steuern bezahlen, oder es müssten entsprechend Leistungen abgebaut werden. Dieser Punkt wird oftmals vergessen. Ich komme zum Schluss: Die Mitte-Fraktion empfiehlt Ihnen, sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag abzulehnen. Ich hoffe, dass eine Mehrheit in diesem Rat dieser Empfehlung folgt.

Marti Samira (S, BL): Herr Kollege Müller, vielen Dank für Ihre Ausführungen! Ich habe eine Frage, die Sie mir nicht beantworten konnten: Finden Sie als Leo Müller es richtig, dass wir in einem der reichsten Länder dieses Planeten leben, wir in unserem Land eine Million Armutsbetroffene haben und gleichzeitig die 300 Reichsten in den letzten zehn Jahren ihr Vermögen auf über 700 Milliarden Franken verdoppelt haben? Können Sie mir



erklären, wie Sie einen solchen Zustand einer Gesellschaft als genügend werten können?

Müller Leo (M-CEB, LU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich danke Ihnen. Es freut mich, dass ich alle übrigen Fragen, die Sie gestellt haben, habe beantworten können.

AB 2020 N 1859 / BO 2020 N 1859

Jetzt zu Ihrer letzten Frage, die offenbar unbeantwortet blieb: Die Vermögenszunahme sagt ja nichts darüber aus, wie viel von diesem Vermögen bereits als Steuergeld zum Staat abgeflossen ist. Diese Zahlen allein, die Sie da nennen – ich weiss nicht mehr genau, von über 300 Milliarden auf über 700 Milliarden –, sagen ja nichts darüber aus, wie viel davon als Steuergeld abgeflossen ist. Die Leute würden vielleicht noch viel mehr Vermögen haben, wenn sie nicht bereits einen sehr hohen Steuerbetrag abführen lassen müssten. Das müssen Sie auch bedenken. Mit diesem Steuergeld konnten sehr viele staatliche Leistungen erbracht werden, und das wird oftmals zu wenig geschätzt.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Ma collègue Ryser ira davantage dans le détail de cette initiative. De mon côté, je transmettrai un seul message: nous allons devoir nous occuper de cette question. Une fois ou l'autre et d'une manière ou d'une autre, mais nous allons devoir le faire.

Aujourd'hui, la Suisse n'est pas la plus mauvaise élève concernant la différence entre les salaires. Mais le fossé se creuse néanmoins entre ceux qui s'appauvrissent de plus en plus et ceux qui s'enrichissent de plus en plus. Une raison: le capital privé qui augmente et se transmet de génération en génération. On s'enrichit plus parce qu'on est déjà riche. Il y a trente ans, 1 pour cent des individus les plus riches cumulaient 33 pour cent des richesses. Aujourd'hui, c'est près de 50 pour cent.

Ne sommes-nous pas en train de nous rapprocher d'une société à l'américaine, avec un fossé de plus en plus grand entre les classes sociales, bien loin d'un idéal de cohésion de notre pays? Pourquoi ne veut-on pas mieux répartir la ponction fiscale entre la richesse reliée au travail, donc à l'effort quotidien, et celle reliée au capital? Parce qu'on est très riche et personnellement concerné? Parce qu'on craint que les personnes riches quittent notre pays? Il n'est pas sérieux de servir à chaque fois cet argument lorsqu'on veut opérer des changements. Ce n'est pas ce qui arrivera en cherchant une solution mesurée, équitable et qui réponde aussi aux besoins de notre société. Et nous savons qu'ils sont bien réels, de même qu'est bien réelle l'imposition sur les salaires pour la classe moyenne.

Quel que soit votre avis sur cette initiative, s'attaquer à la question demeure nécessaire. C'est bien ce que propose aussi le contre-projet.

Ryser Franziska (G, SG): Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten Ländern, doch auch bei uns besteht ein zunehmendes wirtschaftliches Ungleichgewicht: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer stärker auf, und das, obwohl die Markteinkommen in der Schweiz sehr gleichmässig verteilt sind – mit einem Gini-Index von 0,386 belegt die Schweiz den Spitzenplatz im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern. Der Grund dafür liegt also nicht bei der Verteilung der Löhne, sondern bei der Verteilung des Vermögens.

In der Schweiz hält 1 Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent der Vermögensanteile. Diese extreme Konzentration von Reichtum nimmt seit den Siebzigerjahren zu. Die Ursachen liegen auf der Hand:

1. Wer viel Lohn hat, kann einfacher sparen. Unterschiede beim Einkommen summieren sich über die Zeit. Die Corona-Krise könnte diese Entwicklungen noch weiter verstärken, da Berufe im Tieflohnbereich stärker von Kurzarbeit betroffen waren und schneller durch Kündigungen bedroht sind.

2. Ein weitaus bedeutenderer Faktor ist die Weitergabe von Vermögen durch Erbschaften. Diese fallen öfters Personen zu, die bereits Vermögen besitzen, und hier ist ein Trend klar ersichtlich: In den kommenden Jahren wird immer mehr vererbt werden, wodurch die Ungleichheit erneut weiter steigen wird.

3. Die soziale Wohlfahrt garantiert zwar ein Mindesteinkommen, aber kein Mindestvermögen. Wenn man also die Verteilung des Vermögens erhebt, kommt man in etwa auf einen Gini-Index von 0,78. Vermögen ist mehr als aufgeschobene Konsumausgaben. Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und die wiederum zu ungleichen Vermögen, denn das Vermögen kann in der Zwischenzeit zusätzliches Geld generieren: Es wirft Zinsen oder Dividenden ab, sodass am Ende des Jahres mehr auf dem Konto liegt als zu Beginn des Jahres. Diese Kapitaleinkünfte sind längst nicht nur dazu da, um die Verwaltung des Vermögens zu finanzieren, Bankspesen zu decken und dessen Werterhalt zu sichern. Denn je grösser das Kapital ist, desto mehr Geld wirft es ab. Je mehr Vermögen man hat, desto reicher wird man, und das exponentiell, sodass ab einem gewissen Vermögen die Einkünfte aus dem angesparten Kapital nicht mehr nur dessen Werterhalt dienen, sondern eben höher sind als der Lohn, den man nebenher verdient. Allein an Dividenden werden in der Schweiz jedes Jahr über 75 Milliarden Franken ausgeschüttet. Wir sprechen hier also nicht von kleinen



Beträgen. Kapitaleinkünfte machen in der Schweiz einen beachtlichen Teil des Volksvermögens aus. Dadurch bleibt die Schere zwischen den Reichsten und dem Rest immer weit offen.

Gleichzeitig wird diese gesellschaftliche Ungleichheit aber kaum hinterfragt, als handle es sich um ein Naturgesetz. Wer viel besitzt, scheint es verdient zu haben, selbst wenn er oder sie nichts dafür geleistet hat. Die Kapitaleinkommen wurden in den letzten Jahren steuerlich entlastet. Das sieht man zum Beispiel an der rückläufigen Vermögenssteuerbelastung. Während Erbschaften und Schenkungen in den letzten Jahren zugenommen haben, sind die Einnahmen durch die Vermögenssteuern oder Erbschaften fast konstant gleich geblieben.

Die Initiative setzt hier an und verlangt, dass Kapitaleinkommen über einem vom Gesetzgeber zu bestimmenden Betrag im Umfang von 150 Prozent besteuert wird, also um 50 Prozent höher als andere Einkommensarten. Wir unterstützen dieses Anliegen, und zwar aus den folgenden Gründen:

1. Mit dem Leistungsfähigkeitsgrundsatz in Artikel 127 Absatz 2 der Bundesverfassung ist der allgemeine Gleichheitsgrundsatz verankert. Eine jede und ein jeder soll nach Massgabe seiner oder ihrer individuellen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Jede und jeder soll alle Vermögenszuflüsse als Einkommen versteuern. Mit der fehlenden Kapitalgewinnsteuer auf privaten Vermögen ist dieser Grundsatz heute nicht erfüllt. Auch die unterschiedliche Handhabung von ausgeschütteten und rückzahlbaren Dividenden ist nicht im Sinne einer gerechten und konzisen Steuerveranlagung. Die Initiative will dieses Element korrigieren, was wir grundsätzlich unterstützen.

2. Mit einer fairen Besteuerung von Kapitaleinkommen leisten diejenigen einen Beitrag, die in den letzten Jahren profitiert und ein grosses Vermögen angehäuft haben. Dies ist gerade jetzt mit Blick auf die uns bevorstehende Wirtschaftskrise richtig. Diejenigen mit den breiten Schultern sollen helfen, die Lasten der Krise zu tragen.

3. Der grösste Teil der Ausgaben gemäss der Gesamtrechnung der sozialen Sicherheit geht heute über die Sozialversicherungen AHV, berufliche Vorsorge und Krankenversicherungen. Diese werden aber primär über Lohnbeiträge finanziert, also über Erwerbseinkommen. Weder Vermögen noch Vermögenseinkünfte leisten aktuell einen Beitrag zu den wichtigsten und grössten Umverteilungsmechanismen.

Die geläufigen Argumente der Gegnerinnen und Gegner können wir nicht gelten lassen. Die Befürchtung, eine zusätzliche Veranlagung von Kapitaleinkünften würde zu einem massiven Abbau des Kapitals führen und das volkswirtschaftliche Potenzial der Schweiz schmälern, teilen wir nicht, im Gegenteil: Eine gleichmässige, gerechtere Verteilung von Kapital würde gerade den Schichten mit tieferen Einkommen eine grössere wirtschaftliche Selbstständigkeit bringen und die Sozialwerke entlasten.

Das Gleiche gilt für die Befürchtung, dass den KMU durch die Initiative grundsätzlich mehr Mittel entzogen würden, die dann für die Investitionen, Innovation und Arbeitsplätze fehlen würden. Die Initiative zielt auf die Besteuerung natürlicher Personen, nicht auf jene von KMU ab. Sie hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf Gesellschaften oder Unternehmen. Wenn ein Unternehmer oder eine Unternehmerin die zusätzliche Steuer auf das eigene Unternehmen abwälzt und damit das Investitions- und Innovationspotenzial der

AB 2020 N 1860 / BO 2020 N 1860

Unternehmung mindert, so ist das seine oder ihre eigene Entscheidung. Das wird von der Initiative weder verlangt noch beabsichtigt.

Auch Nachfolgeregelungen bei KMU sind weiterhin problemlos möglich, insbesondere wenn familieninterne Lösungen gefunden werden. Bei einer unentgeltlichen Übergabe innerhalb der Familie ändert die Initiative gar nichts, und wenn nur ein Kind das Unternehmen weiterführt, kann über den Verkaufspreis eine Lösung gefunden werden, die auch allfällige Erbsprüche von Geschwistern abzugelten vermag.

Die Feststellung, dass bereits heute ein Grossteil des Steuersubstrats von einem kleinen Teil der Bevölkerung beigesteuert wird, ist richtig. Doch die Befürchtung, dass bei einem Abbau heutiger Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen sämtliche vermögenshaltenden Privatpersonen ins Ausland abwandern, teilen wir nicht. Zudem macht uns dieses Totschlagargument politisch handlungsunfähig. Es kann doch nicht sein, dass diese Drohgebärde jegliche Diskussion von Anfang an verhindert, sobald es um fiskalpolitische Reformen geht. So ist politische Veränderung nicht möglich.

Wir unterstützen daher die Initiative ebenso wie den Gegenvorschlag. Damit werden Sonderbehandlungen von Vermögenseinkünften abgeschafft und private Kapitalgewinne besteuert, und das trägt zu einer gerechteren Verteilung der sozialpolitischen Kosten bei.

Gössi Petra (RL, SZ): Il gruppo liberale-radicalo raccomanda di respingere l'iniziativa popolare "Sgravare i salari, tassare equamente il capitale" dei giovani socialisti come anche il controprogetto.



Die Ablehnung der Initiative erfolgt sowohl aus formalen als auch – und zwar hauptsächlich – aus inhaltlichen Gründen. Die inhaltlichen Gründe gelten auch für die Ablehnung des Gegenvorschlages.

Zu den formalen Gründen: Der Begriff des Kapitaleinkommens wird von der Initiative nicht definiert. Aus steuersystematischer Betrachtung wären auch der Eigenmietwert oder der Grundstücksgewinn von der Initiative betroffen. Die Initianten haben aber bei ihren Ausführungen weder den Eigenmietwert noch den Grundstücksgewinn erwähnt. In ihrem Argumentarium weisen sie darauf hin, dass nur diejenigen Personen betroffen sind, die mehr als 100 000 Franken Kapitaleinkommen erhalten. Ein solches Vermögen besässen gemäss Initianten nur rund 60 000 Steuerpflichtige in der Schweiz. Eine allfällige Eingrenzung des Freibetrags oder des Kapitaleinkommens kommt im Initiativtext aber nicht zum Ausdruck. Das bedeutet: Wird der Freibetrag nun tiefer angesetzt und fallen gemäss steuerrechtlicher Definition auch der Eigenmietwert oder der Grundstücksgewinn unter die Bestimmung, sind sehr viel mehr Personen als nur 1 Prozent der Bevölkerung von der Initiative betroffen. Dann trifft es zum Beispiel auch viele Immobilienbesitzer, die ihr Haus oder ihre Wohnung mit Gewinn verkaufen.

Die Initiative schafft aber auch mit Blick auf Gewerbetreibende, auf KMU und auf Start-ups eine breite Betroffenheit. Dividenden würden voll besteuert, nachdem sie bereits einmal im Unternehmen als Gewinn versteuert wurden, und auch bei einem Verkauf oder bei einer Nachfolgelösung würde der Schwellenwert oft überschritten. Bei Start-ups würde sogar das Geschäftsmodell infrage gestellt werden, denn in vielen Start-ups werden aus Gründen der Liquidität nur moderate Löhne ausbezahlt. Bei einem Verkauf werden dann aber der Gründer und die Mitarbeitenden mit Aktien entschädigt. Sinkt nun der Nettoerlös aus dem Verkauf wegen einer Besteuerung zu 150 Prozent, verschlechtert sich die Standortattraktivität der Schweiz. Viele Start-up-Unternehmen würden sich wohl von vornherein einen anderen Standort suchen. Ein solches Vorgehen unterstützen wir nicht, denn wir sind der vollen Überzeugung, dass wir gut daran tun, Unternehmungen und Innovation in der Schweiz anzusedeln.

Eine Schlussfolgerung daraus ist, dass die Fixierung der Initiative darauf, dass 99 Prozent nicht betroffen sein sollen, irreführend ist. Mit Blick auf die geltenden Definitionen ist es naheliegend, dass weit mehr als 1 Prozent der Steuerzahler betroffen wären. Diese Unbestimmtheit der Initiative erachten wir als sehr heikel.

Es gibt weitere inhaltliche Gründe für die Ablehnung. Wir erachten die Initiative als gefährlich, weil sie versucht, einen Keil zwischen die sogenannten Arbeitenden und die Reichen zu treiben, die gemäss Kollege Wermuth ja nichts machen. Die Initiantinnen und Initianten stellen die moralische These auf, dass Einkommen aus Arbeit gutes Einkommen, Einkommen aus gespartem Kapital hingegen schlechtes Einkommen sei. In der Schweiz kennen wir bereits diverse Umverteilungskanäle. Aufseiten der Ausgaben findet der Hauptteil der Umverteilung über Transferleistungen in die Sozialversicherungen statt, die weitgehend über Steuern finanziert sind. Nehmen wir das Beispiel der AHV: Die Bezahlungen nach oben sind offen, die Einzahlungen sind nicht gedeckelt, die Auszahlungen dann aber schon. Einnahmenseitig haben wir die stark progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern. Das einkommensstärkste eine Prozent der Bevölkerung, das von den Initianten als überaus unsolidarisch dargestellt und auf das mit dieser Initiative Jagd gemacht wird, bezahlt bereits rund 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Jeder dieser Steuerzahler, der durch eine unausgeglichene zusätzliche Steuerbelastung vergraut wird, muss entsprechend durch viele kleinere Steuerzahler ersetzt werden, wenn das Ausgabenniveau des Staates beibehalten werden soll.

Noch eine weitere eindruckliche Zahl: Rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen liefern rund 78 Prozent der Steuereinnahmen, und 45 Prozent bezahlen gar keine Steuern. Finanzminister Ueli Maurer wies in der Kommissionssdebatte zur Initiative zu Recht darauf hin, dass es sich bei der direkten Bundessteuer bereits heute um eine Reichensteuer handelt. Zudem kennen wir auf Kantonsstufe eine progressiv ausgestaltete Vermögenssteuer. Das zeigt deutlich, dass in der Schweiz bereits genügend Umverteilungskanäle bestehen.

Die Annahme, dass die Reichen in der Schweiz immer reicher und die Armen immer ärmer werden, ist ausserdem schlicht falsch. Die von den Juso verwendeten Zahlen, die eine aufgehende Vermögensschere in der Schweiz beweisen sollen, widerspiegeln nur die steuerpflichtigen Vermögen. Berücksichtigt man auch die steuerbefreiten Vermögen, insbesondere das Kapital in der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge, gibt es keine auffällige Vermögensschere, denn gerade in der zweiten Säule steckt sehr viel Volksvermögen, insbesondere Vermögen des Mittelstandes.

Zentral für die Beurteilung der Gerechtigkeit der Vermögensverteilung ist nicht das Ausmass der Ungleichheit, sondern vielmehr die Chancengleichheit. Diese Chancengleichheit ist mit Blick auf unser Bildungssystem, auf die soziale Durchlässigkeit und auf den flexiblen und noch liberalen Arbeitsmarkt gesichert. Eine neue Studie von Patrick Chuard und Veronica Grassi von der Universität St. Gallen zeigt denn auch: Wer in der Schweiz aus dem untersten Fünftel aller Einkommenskategorien kommt, kann in der Regel ein höheres Fünftel erreichen.



Eine zusätzliche Besteuerung von Kapitaleinkommen zu 150 Prozent ist deshalb nicht nur nicht notwendig, sondern schlicht kontraproduktiv. Investitionen werden mit angespartem Kapital getätigt. Ich muss Ihnen nicht weiter erläutern, dass wir in der Schweiz mit Blick auf die Anzahl Arbeitsplätze und das Wohlergehen der Menschen auf Investitionen angewiesen sind. Im internationalen Vergleich wird bei uns das Vermögen im Verhältnis zur Arbeit bereits heute sehr hoch besteuert. Wir tun gut daran, für unsere Standortattraktivität Kapital und Investitionen zu erhalten, anstatt unnötigen Klassenkampf nach bester sozialistischer Manier zu betreiben.

Zusammengefasst lehnen wir die Initiative ab, weil sie Sparen und Investieren unattraktiv macht, weil sie Leistung bestraft und weil sie Bevölkerungsschichten ideologisch gegeneinander ausspielt. Ich lade Sie dazu ein, die Initiative ebenfalls abzulehnen.

Bertschy Kathrin (GL, BE): Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" will Kapitaleinkommen besteuern, und zwar im Umfang von 150 Prozent, und den

AB 2020 N 1861 / BO 2020 N 1861

daraus resultierenden Mehrertrag Personen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zugutekommen lassen. Wir sind mit den Initianten einig, dass es Verbesserungspotenzial im Steuersystem gibt. Aus unserer Sicht gibt es Überschneidungen, zum Teil sehen wir es aber auch anders gelagert. Wir sehen klar Verbesserungspotenzial, erstens was die hohe Belastung der Arbeitseinkommen anbelangt, zweitens was die Verteilung der Einkommen und Vermögen anbelangt, drittens was den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit anbelangt.

Zum letzten Punkt, der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Wir kennen zahlreiche Abzüge, die heute Intransparenz und Verzerrungen schaffen. Obwohl eine Vereinfachung des Steuersystems von vielen Seiten gewünscht und gefordert wird, wächst die Zahl und Vielfalt der Abzugsmöglichkeiten seit Jahren stetig an, und die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten und deren Folgen sind mittlerweile völlig unübersichtlich. Das ist weder der Transparenz noch der Effizienz des heutigen Steuersystems dienlich. Wir möchten Vereinfachungen periodisch überprüft haben und wünschen uns, dass Reformvorschläge unterbreitet werden. Es gibt entsprechende Postulate auch der grünliberalen Fraktion. Diese wurden bisher aus Zeitgründen meist abgeschrieben. Sie sollen aber wieder eingereicht werden. Das ist uns ein Anliegen, damit wir mehr Transparenz und mehr Effizienz erzielen.

Zum zweiten Punkt, der Einkommens- und Vermögensverteilung: Auch wir beobachten mit Besorgnis, wie sich die Schere bei der Vermögensverteilung und Einkommensverteilung wieder öffnet. Die Konzentration insbesondere der Vermögen in der Schweiz ist sehr hoch und eher wieder zunehmend. Das ist volkswirtschaftlich nicht erstrebenswert. Soziale Spannungen oder Ungleichheit sind keine stabilisierenden Faktoren, vor allem wenn diese sich öffnende Schere nicht auf Leistung zurückzuführen ist, sondern auf leistungsferne Zuwächse von Vermögen. Den grössten Zuwachs verzeichnen wir etwa bei den Erbschaften, welche nichts mit Leistung oder mit eigenverantwortlichem Handeln zu tun haben. Die steuerfreien Erbschaften sind aus Sicht liberaler Werte schwer zu rechtfertigen und tragen massgeblich zur Öffnung der Vermögensschere bei. Sosehr wir eine Erbschaftssteuer aus liberalen Grundsätzen befürworten, sind wir aber auch der Ansicht, dass die Einnahmen nicht dazu verwendet werden sollten, etwa die AHV vor Reformen zu bewahren, sondern eben dazu, die Einkommenssteuerbelastung, also die Belastung auf dem Faktor Arbeit, zu reduzieren. Auch für eine Erbschaftssteuer und eine Entlastung des Faktors Arbeit sind wir Grünliberalen offen.

Zum ersten Punkt, der Belastung der Arbeitseinkommen: Wir sind mit dem ersten Teil der Forderung – die Löhne zu entlasten – einverstanden. Es ist nicht effizient, Arbeit so stark zu besteuern. Heute ist das die Haupteinnahmequelle von Bund, Kantonen und Gemeinden. Eine hohe Besteuerung des Erwerbseinkommens schmälert die Arbeitsmotivation. Innerhalb der Arbeitsbesteuerung gibt es zusätzlich verstärkende Faktoren, welche die Unattraktivität noch steigern. Das gilt insbesondere für die Zweiteinkommen bei gemeinsamer Veranlagung.

Wir sind also überzeugt, dass es Kombinationen von Besteuerungen gäbe, die zu denselben Einnahmen, aber durch mehr Arbeitsvolumen zu einem besseren wirtschaftlichen Gleichgewicht führen würden. Aus unserer Sicht sollte im Vordergrund stehen, die Steuerbelastung auf Arbeit zu reduzieren und im Gegenzug die Besteuerung des Verbrauchs endlicher Ressourcen zu erhöhen sowie eine Besteuerung von leistungsfremden Einnahmen wie Erbschaften vorzusehen. Für all diese Reformen haben wir stets eine grosse Offenheit signalisiert, auch wenn wir mit eigenen Vorschlägen nicht nur Erfolge verzeichnen konnten. Für unsere Fraktion steht jetzt, in dieser Legislatur, aber im Vordergrund, dass der Übergang zur Individualbesteuerung gelingt.

Ich komme zu den Punkten, die wir an der Initiative und am Gegenvorschlag kritisieren:



1. Für uns ist die anderthalbfache Besteuerung von Kapitaleinkommen nicht sachgerecht. Sie stellt auch den kürzlichen Volksentscheid, die Dividendenbesteuerung anzuheben, infrage.
 2. Wenn wir Gewinne auf beweglichem Vermögen dazurechnen – was die Absicht ist –, dann müsste im Gegenzug die Vermögenssteuer wegfallen oder reduziert werden. Sonst wären wir international ein Sonderfall.
 3. Wenn Kapitaleinkommen steuerbar würden, müssten auf der anderen Seite Kapitaleinkommensverluste steuerlich abzugsfähig werden. Das wäre aktuell kein gutes Geschäft für das Finanzamt.
 4. Die Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge könnten massiv sein. Die Initianten sagen zwar, das sei nicht gemeint. Der Text sieht aber keine Ausnahme vor. Das müsste geklärt werden. Wir haben jetzt nicht die Erfahrung gemacht, dass diese Kreise sich für den Erhalt der zweiten Säule, für das Kapitaldeckungsverfahren, starkmachen.
 5. Die Initianten wollen gar nicht generell und primär den Faktor Arbeit entlasten, sondern die Einnahmen für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen verwenden. Das ist aber nicht ganz dasselbe. Wir sind offen für eine Entlastung der mittleren und tiefen Arbeitseinkommen oder auch für Transferzahlungen, aber es ist uns ein Anliegen, dass es gezielt erfolgen muss. Hier ist nicht sichergestellt, dass das so wäre.
 6. Wenn die Einnahmen verwendet würden, um die Besteuerung des Faktors Arbeit ganz generell zu reduzieren – und zwar über das gesamte Spektrum des Arbeitseinkommens –, dann hätten wir für die Initiative ein Gehör, aber natürlich nur, wenn die bereits genannten Punkte auch in unserem Sinn geklärt werden könnten. Im Unterschied zum Bundesrat erkennen wir einen Handlungsbedarf. Die starke Konzentration der Vermögen ist nicht etwas, was wir volkswirtschaftlich sinnvoll finden.
- Aus den genannten Gründen empfehlen wir die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung. Wir sind aber, wie gesagt, offen für Steuerreformen.

Matter Michel (GL, GE): Le groupe vert/libéral rejette avec conviction l'initiative de la Jeunesse socialiste "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital". Cette initiative, dite "initiative 99 pour cent", vise à ce que les revenus du capital, tels les dividendes ou les intérêts, dépassant un seuil qui resterait à déterminer par le législateur, soient imposés à 150 pour cent. Cela correspond à une imposition de 50 pour cent de plus que ce qui est pratiqué pour les autres types de revenus. Le seuil d'imposition pourrait être fixé à 100 000 francs, selon les initiants. Les modalités de redistribution par des transferts sociaux des recettes supplémentaires générées devraient également être définies et restent donc largement imprécises.

Cette initiative entraînerait une dégradation de l'autonomie financière, avec une réduction de la marge de manoeuvre fiscale et une détérioration de l'attractivité de la fiscalité cantonale. Et cela ne serait pas sans conséquences.

Cette initiative alourdirait la charge fiscale. Au lieu de simplifier le système fiscal, elle apporterait de la complexité. Selon les auteurs de l'initiative, celle-ci ne toucherait que 1 pour cent des contribuables, à savoir les contribuables qui déclareraient une fortune de plusieurs millions de francs. Cela semble trompeur, car de nombreux contribuables qui détiennent des participations dans des biens immobiliers ou dans des sociétés peuvent réaliser un gain substantiel, qui serait, de fait, imposé en cas d'acceptation de l'initiative.

La Suisse est faite d'un important tissu d'entrepreneurs et de PME. Elles subiraient frontalement une charge fiscale supplémentaire et délétère. On doit aussi évoquer les propriétaires de logement ou les agriculteurs qui, en cas de gain lors de la vente d'un bien, pourraient se voir directement impactés.

Divers impôts, tel l'impôt sur la fortune, existent. Une imposition supplémentaire diminuerait les possibilités d'investissement et de développement des entreprises pour assurer leur propre avenir. Dans la période de crise que nous traversons et qui aura un impact fort pendant les prochaines années, il est préférable, et c'est l'évidence, de tout faire pour

AB 2020 N 1862 / BO 2020 N 1862

maintenir les capacités des entreprises à surmonter les difficultés actuelles.

Cette initiative entraverait gravement la transmission d'entreprises. On parle ici de la taxation courante des PME, de la planification successorale des entreprises familiales et de la vente des start-up. Les entreprises deviendraient nettement moins attractives.

Non bisogna perdere di vista la capacità di creare posti di lavoro.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde viel von seiner Attraktivität für Unternehmer verlieren.

Le groupe vert/libéral vous propose de recommander le rejet de cette initiative ambiguë, qui rend la fiscalité moins attractive. Vous l'aurez compris, il vous recommande de ne pas entrer en matière sur le contre-projet.



Präsident (Aebi Andreas, erster Vizepräsident): Wir haben den Reigen der Fraktionsvertreterinnen und -vertreter somit abgeschlossen und kommen zur Liste der übrigen Rednerinnen und Redner. Von dieser haben sich bereits zehn Personen streichen lassen – es kann also plötzlich schnell gehen.

Marti Samira (S, BL): Die Corona-Krise hat unsere Welt mit einer Wucht getroffen, die für uns alle kurz davor noch unvorstellbar war. Die Familien mussten sich zuhause einrichten, Homeschooling, Homework und Haus- und Pflegearbeit parallel erledigen. Die Geschäfte wurden geschlossen, die Lohnarbeit teilweise sistiert, die sozialen Kontakte gekappt. Die wirtschaftlichen Folgen sind für die Menschen dramatisch. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Kurzarbeit ersetzt nur 80 Prozent des Lohns, und viele Selbstständige kämpfen bis heute mit Lohnausfällen. Sie alle tragen die Kosten dieser Krise, und es wird noch schlimmer kommen. In der Schweiz wird mit einem BIP-Einbruch von 9 Prozent im zweiten Quartal gerechnet. Um eine Verschärfung dieser Krise zu verhindern, hat die Schweiz nun Kredite, Kurzarbeitsentschädigung und weitere öffentliche Corona-Hilfen in Milliardenhöhe bereitgestellt. Die SP hat dafür gesorgt, dass das bundesrätliche Versprechen einigermaßen eingehalten wird. Niemand wird alleingelassen.

Nun, was hat uns diese Krise gelehrt? Sie hat uns gezeigt, dass unsere Gesellschaft von unserer Arbeit lebt. Kassierer und Kassiererinnen in der Migros oder im Coop, Mitarbeitende der Logistik, Pflegekräfte und alle anderen Beschäftigten – diese Menschen sind es, die unser Land zusammenhalten, speziell in der Krise und übrigens völlig unabhängig von der Passfarbe. Sie kriegen kaum Wertschätzung für ihre Arbeit, erhalten zu tiefe, stagnierende Löhne und leiden unter steigenden Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig wird aber seit Jahren die Arbeit steuerlich stärker belastet. Kurz: Während es für diese Menschen noch vor zehn Jahren klar war, dass sie in ihrem eigenen Leben wohlhabender sein würden als ihre Eltern, ist heute das Gegenteil der Fall. Für die grosse Mehrheit ist der Blick in die Zukunft mindestens ungewiss und im schlechtesten Fall düster. Einige Wirtschaftsbranchen haben Corona aber deutlich besser überstanden, ja haben sogar aktiv von der Krise profitiert. Diese Gewinner – die Pharmabranche oder die Logistik, die Online-Ketten – sind jene, die in den letzten Monaten dank der Krise grosse Gewinne eingestrichen haben. Doch auch in diesen Firmen profitieren davon nicht die Menschen, die morgens aufstehen und in diesen Konzernen arbeiten. Es sind andere, zum Beispiel die Familie Blocher, die 330 Millionen Franken Dividenden abschöpfen konnte. Die gesamte Belegschaft – über tausend Angestellte bei der Ems-Chemie, die jeden Tag neuen Wert erschaffen, Produkte entwickeln, erforschen und produzieren – erhält insgesamt nur 240 Millionen Franken Löhne.

Wenn man das kritisiert – ich sehe es schon im Blick meiner Kollegin –, hört man sofort Entgegnungen wie "Neidkultur!", "Trickle-down-Effekt!" oder "Seid doch dankbar für die Milliardäre dieser Welt!". Das Gegenteil ist der Fall: Wir können uns diese Reichen einfach nicht mehr leisten, denn sie kappen den allergrössten Teil des Vermögens, während wir aufgrund eines immer volatiler werdenden, krisenanfälligeren Systems hohe Staatsdefizite haben und die tiefen und mittleren Einkommen seit Jahren unter Druck stehen. Die Superreichen sind es, die die fetten Kapitalgewinne einstreichen, während die Arbeit stärker belastet wird – da läuft etwas gewaltig schief. Es sind eben genau diese Reichen, die neben der hemmungslosen Wertabschöpfung auch noch den Planeten zerstören. Wir haben das Thema in dieser Woche genug diskutiert: Das global gesehen reichste Prozent der Menschen ist für einen grösseren CO₂-Ausstoss mitverantwortlich als die ganze ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Auch in der Schweiz sind es die Superreichen, die mit ihren Privatjets, mit den riesigen Villen, mit den Sportwagen und den extravaganten Konsumgütern in überdurchschnittlichem Mass unsere Ressourcen verschwenden.

Was Sie erstaunen mag: Selbst Klaus Schwab, der Gründer des "Cüpli-Events" in Davos, hat die Zeichen der Zeit erkannt. Er erwartet global eine deutliche Zunahme der Rückverteilung von Kapital zu Arbeit, also zu den Menschen, die unseren Wohlstand erarbeitet haben; und zwar nicht aus altruistischen Motiven, sondern weil es im Gegenteil um das blanke Überleben geht. Unser Wirtschaftssystem gerät wegen steigender Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten und wegen des Klimawandels immer mehr aus den Fugen.

Die "99-Prozent-Initiative" bietet für all diese Probleme zumindest einen Teil einer Antwort, denn sie besteuert die leistungsfreien Einkommen der Superreichen eineinhalbmal so stark wie erarbeitete Leistungseinkommen. Sie verteilt damit den Wohlstand dorthin zurück, wo er herkommt: zu den Menschen, die jeden Tag arbeiten. So sieht eine Steuerpolitik in einem radikalisierten System des 21. Jahrhunderts aus. Ich glaube, wir kommen nicht darum herum, diese Diskussion zu führen.

Rüegger Monika (V, OW): Frau Kollegin Marti, Sie wettern jetzt gegen Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Sie glauben, wir können uns reiche Leute nicht mehr leisten. Können Sie mir sagen, wie viele Arbeitsplätze Sie selber schon geschaffen und wie vielen Familien Sie schon ein Einkommen gesichert haben?

Marti Samira (S, BL): Vielen Dank für die Frage, Frau Kollegin. Es geht nicht darum, ob ich Arbeitsplätze



schaffe oder nicht. Ich wurde von der Baselbieter Bevölkerung gewählt, um hier meine politische Meinung kundzutun. Lustigerweise kommen immer dann, wenn wir darüber sprechen, was die Mächtigen für eine Rolle in unserer Gesellschaft haben, solche Ablenkungsmanöver. Ich habe genau das gleiche Anrecht darauf, eine politische Meinung zu vertreten, egal ob ich Milliarden auf meinem Konto habe oder nicht. Genau die Ungleichheit und die ungleiche Behandlung der Menschen ist eben ein Grundproblem Ihrer Politik.

Sauter Regine (RL, ZH): Es gibt viele Gründe, diese Initiative abzulehnen. Lassen Sie mich drei ausführen: Erstens ist die Initiative schlecht gemacht. Zweitens ist die Initiative unnötig, es gibt keinen Handlungsbedarf. Drittens ist die Initiative in hohem Masse schädlich.

Zum ersten Punkt: Lesen Sie einmal den Text der Initiative für sich durch! Da steht nichts von alledem, was Sie nun von den Initiantinnen gehört haben. Diese Initiative lässt vieles offen bzw. ist in allen wesentlichen Punkten unbestimmt. Dennoch soll dies so in unsere Verfassung geschrieben werden. Man will Kapital "gerecht besteuern". Das Konzept der Gerechtigkeit ist an und für sich keines, das sich für die Gesetzgebung eignet. Aus liberaler Sicht kann der Staat nie Gerechtigkeit schaffen, sondern allenfalls Chancengleichheit gewährleisten, und wie kein anderer Begriff wird wohl "Gerechtigkeit" von jedem anders interpretiert. Auch die Definition von "Kapitaleinkommen" ist unklar, ebenso der Schwellenbetrag, der definiert, ab welchem Umfang solche Gewinne besteuert werden müssen. Wir haben vorhin Ideen dazu gehört. Schliesslich ist es auch die Absicht der Initiantinnen, die neuen Steuererträge umzuverteilen und der "sozialen Wohlfahrt", was immer darunter zu verstehen ist, zukommen zu lassen.

Unsere Verfassung darf keine Ansammlung von Vermutungen sein. Wir haben bereits genügend Erfahrung mit

AB 2020 N 1863 / BO 2020 N 1863

Initiativen, die schlecht oder unklar formuliert worden sind und die dann vom Gesetzgeber, also von uns, in ein Gesetz gequält werden oder später im Anwendungsfall vom Gericht interpretiert werden müssen. Wir brauchen nicht noch eine weitere.

Zum zweiten Punkt: Die Initiative will etwas regeln, bei dem kein Problem besteht. Das Robin-Hood-Konzept, das die Initiantinnen verwirklichen wollen, frei nach dem Motto "Das Geld bei den reichen Säcken holen und an die Armen verteilen", wie wir eben gehört haben, zielt völlig an der Realität vorbei: zum einen weil die Einkommensverhältnisse in der Schweiz nicht eklatant auseinanderklaffen – vielmehr ist die Einkommensverteilung seit Jahren stabil –, zum anderen weil unser bestehendes Steuersystem bereits eine stark umverteilende Wirkung hat. Dies wird deutlich, wenn man sich anschaut, wer wie viel Steuern bezahlt. Auf Bundesebene kommen die 10 Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen für beinahe 80 Prozent der Steuererträge auf, die Hälfte der Bevölkerung gerade mal für 2 Prozent der Steuererträge, und viele Menschen in diesem Land bezahlen gar keine Bundessteuer. Die gleiche Situation zeigt sich im Übrigen in den Kantonen, je nach Progression unterschiedlich akzentuiert. Im Kanton Zürich beispielsweise generieren jene knapp 50 Prozent der Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen bis zu 50 000 Franken nur 8 Prozent der Steuererträge, die 1,5 Prozent der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen hingegen rund einen Viertel der Steuererträge.

Eine zusätzliche Umverteilung findet im Bereich der sozialen Sicherheit statt. Unser Sozialversicherungssystem mit AHV, IV und ALV bildet eine tragende Basis der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Es ist für alle da, ob arm oder reich. Finanziert wird es jedoch massgeblich über Lohnbeiträge. Und hier tragen die Gutverdienenden einen überproportionalen Anteil. So ist Ihnen bekannt, dass AHV-Abzüge unplafoniert auf der gesamten Lohnsumme erfolgen; die bei den Initianten so verhassten Bonusbezüger liefern bis auf den letzten Rappen dieser Vergütungen ihren Beitrag an die AHV ab. Ähnlich funktioniert es bei der Arbeitslosenversicherung, beispielsweise mit dem Solidaritätsprozent. Gegen die umverteilende Wirkung von Steuern spricht per se nichts. Sie ist politisch so gewollt. Auch die solidarische Finanzierung der sozialen Sicherheit ist eine Stärke der Schweiz. Völlig fehl am Platz ist es jedoch angesichts dieser Tatsachen, einen Klassenkampf zu befeuern; ein solcher hat in der Schweiz nichts zu suchen.

Letztlich können Steuern nämlich auch schädliche Auswirkungen haben, und das bringt mich zum dritten Punkt: Die Juso-Initiative ist schlecht für unseren Wirtschaftsstandort. Sie hat zwar die Bonzen vom Zürichberg im Visier, treffen wird sie letztlich aber auch in erheblichem Ausmass die mittelständischen Unternehmen oder die Start-ups im Falle einer Unternehmensnachfolge oder Veräusserung. Wir rühmen uns heute der Innovationskraft unseres Wirtschaftsstandorts. Mit dieser Initiative, die die Start-ups vergrault, leisten wir ihm einen Bärendienst.

Es gibt somit genügend Gründe, klar Nein zu dieser Initiative zu sagen, und auch einen Gegenvorschlag braucht es nicht.



Page Pierre-André (V, FR): Mon intervention se concentrera sur les PME. Les PME sont le fondement de l'économie de notre pays. Elles forment, ensemble, un tissu fort, performant, efficient. Ces phrases sentent bon une campagne électorale, peut-être. N'empêche que ces mots traduisent bel et bien la réalité économique suisse. Les PME, les petites et moyennes entreprises: en réalité, trois lettres pour dire combien elles sont Pressées, Minorisées, Effeuillées.

Les PME de notre pays sont aujourd'hui pressées de partout: contraintes administratives lourdes, imposition fiscale élevée. Elles sont minorisées, oubliées lorsqu'il s'agit de les aider, de les soutenir. Elles sont effeuillées, dégarnies de leurs forces, de leurs atouts. Bref, elles sont à la peine et vous voudriez soutenir une initiative qui n'aurait d'autre résultat que de les presser encore davantage, de les exclure du monde économique, de leur enlever leur compétitivité. Je dis donc non et m'oppose à cette "initiative 99 pour cent".

Imposer les revenus du capital plus lourdement qu'ils ne le sont déjà revient, pour bon nombre de PME, d'entreprises familiales, à demander aux entrepreneurs de puiser dans les ressources de l'entreprise pour pouvoir régler l'impôt sur la fortune, alors qu'ils ont déjà payé l'impôt sur le revenu de l'entreprise. Accepter cette "initiative 99 pour cent" revient à priver les entrepreneurs de ressources financières qui leur permettraient d'investir, d'innover, en un mot de créer de nouveaux emplois. Vous coupez les ailes du développement, les ailes de l'incitation à activer, à dynamiser les activités entrepreneuriales dans notre pays.

Nous venons de subir de plein fouet une crise sanitaire qui s'est doublée d'une crise sociale et économique dont nous ne sommes pas encore sortis, et de loin. Alors veillons à ne pas nuire davantage à notre place économique. Car en acceptant cette "initiative 99 pour cent", nous courons le risque de décourager les investisseurs étrangers à venir en Suisse, respectivement, nous courons le risque de voir les investisseurs suisses s'en aller à l'étranger pour y déposer et y faire fructifier leurs capitaux. Ce n'est vraiment pas le bon moment.

Encore un point: les mesures suggérées par cette "initiative 99 pour cent" marchent des deux pieds sur l'autonomie fiscale des cantons. Sans qu'ils aient un mot à dire! Guère pensable chez nous. Je ne m'arrêterai pas sur quelques autres détails techniques, qui témoignent de la légèreté et des inexactitudes des initiants. Je dis non à cette "initiative 99 pour cent" et à son contre-projet, parce que je crois à nos PME, à nos petites et moyennes entreprises, à leur dynamisme et à leur créativité. Et je veux que nos PME restent, sans cette initiative, performantes, modernes et efficaces, finalement, pour le bien commun de notre pays. Nous ne voulons plus créer de nouvelles taxes et de nouveaux impôts.

Dandrès Christian (S, GE): Cette initiative met sur l'avant-scène la question sociale et propose une solution de financement qu'on peut qualifier de modeste, mais qui interroge sur le mode de production, sur ses fondements et sur ses conséquences sociales.

Je ne partage bien entendu pas la vision du Conseil fédéral sur l'origine et la nature du capital. Dans le message, il juge que l'initiative serait illégitime, au motif que: "avant de produire un revenu, le capital a été constitué par une création de valeur et par une abstention temporaire de consommer". Il ajoute: "Les intérêts sont au capital ce que le salaire est au travail."

On ne peut pas débattre de cette initiative sans rappeler une vérité fondamentale: "faire travailler son argent" est une image. Pour que de l'argent ou le capital produise un revenu, il faut que d'autres travaillent pour lui. L'intérêt ou le dividende n'est pas le fruit du travail du capitaliste, mais de celles et ceux qu'il emploie. Le capital est un titre de propriété, un droit de tirage sur la richesse produite par la société – j'entends par là produite par les travailleurs.

Selon le gouvernement suisse, le détenteur de capital devrait être récompensé pour avoir dans le passé fait preuve de tempérance et d'esprit d'économie, dans une approche assez calviniste. Je peux vous assurer que certains des locataires que je défends à l'Asloca se serrent la ceinture depuis la crise des subprimes, sans pour autant constituer un capital qui serait susceptible de procurer des rendements suffisants pour être concernés par cette initiative. Comment voulez-vous épargner lorsque votre salaire vous permet à peine de vivre, en particulier de payer votre loyer et les primes d'assurance-maladie?

J'aimerais maintenant faire quelques réflexions sur le message du Conseil fédéral concernant l'origine de certaines grandes fortunes. Il suffit de quelques rappels historiques pour comprendre que les grandes fortunes trouvent bien souvent leur origine dans d'autres sources de profits que l'ascèse et l'épargne des personnes qui en sont détentrices. Je suis élu de Genève, je citerai donc un exemple de mon canton: la banque Thellusson et Necker a financé la traite d'esclaves pendant des décennies; elle a également spéculé sur les matières premières avant la Révolution française et donc affamé des populations entières.

D'autres exemples plus récents devraient à mon avis appeler le Conseil fédéral à réviser un peu son jugement d'Epinal. J'ai grandi dans la région de Sierre, et c'est naturellement que je citerai la liquidation d'Alusuisse par un groupe d'actionnaires



AB 2020 N 1864 / BO 2020 N 1864

majoritaires. Je peux également vous assurer que les salariés qui ont perdu leur emploi à Sierre et à Viège ont ensuite dû faire preuve d'esprit de sacrifice, mais je peux aussi vous assurer que ces efforts n'ont pas débouché sur la constitution de capitaux.

Cette initiative répond donc au contexte actuel: des besoins de la population, en Suisse et ailleurs dans le monde, sont sacrifiés pour favoriser au maximum les rendements du capital, même si l'ampleur du phénomène en Suisse n'est évidemment pas le même que ce que l'on constate dans d'autres pays, comme la Chine.

Depuis des années, nous assistons à une modification des rapports de force au sein de la société. Tous les secteurs de l'économie sont peu à peu mis en coupe réglée pour permettre aux actionnaires de gratter la plus-value partout où cela est possible. En Europe, la Suisse n'est certes pas le pays le plus avancé dans ce processus. Les discussions qui ont lieu aujourd'hui en Grande-Bretagne sur le trafic ferroviaire en attestent. Mais il y a quand même des domaines où la Suisse est à la pointe de cette contre-réforme. Je pense en particulier au système de financement hospitalier, aux réformes du taux de capitalisation des caisses de pension publiques et au système de quote-part minimum de la LPP.

Concernant le financement du système hospitalier, depuis 2012, les assurés sont obligés de payer des soins dispensés par des cliniques privées, qui jusqu'alors étaient pris en charge par des assurances privées. Les cantons doivent en plus supporter 55 pour cent de cet effort supplémentaire. Pour Genève, cela représente 70 millions de francs par année, dont 30 millions de plus pour les assurés de l'assurance obligatoire des soins, sans qu'il en résulte un avantage pour les assurés, les usagers et la population.

Quelques mots aussi sur les personnes qui en profitent: ce sont naturellement les assurances ainsi que les deux groupes de cliniques privées Hirslanden et Genolier. Hirslanden a généré pour la période 2019/20, un bénéfice de 285 millions de francs. Aegis Victoria SA, qui possède Genolier, en 2019, selon Bloomberg – ce n'est pas un chiffre que je sors d'un chapeau –, a versé 0,76 centime par action, soit un versement de dividendes qui représente un total de plus de 59 millions de francs.

D'une manière générale, la part de la plus-value créée par les salariés, et qui leur reste sous forme de salaire direct ou indirect via le service public et les assurances sociales, n'augmente pas, mais stagne ou diminue pour les 10 pour cent des salaires les plus bas. En parallèle, la part reversée aux actionnaires a explosé, cela a déjà été dit dans le débat. Même le Conseil fédéral le relève dans son message: importante hausse de 43 pour cent de la fortune pour les plus riches et 18,6 pour cent pour le reste de la population.

Je ne vous parle pas de la situation au niveau international où 11 400 milliards de dollars ont été versés aux actionnaires, ce qui fait une augmentation de 95 pour cent. En Suisse, ce sont presque 40 milliards qui ont été versés en 2019, ce qui représente plus que tous les crédits alloués à la formation versés par les collectivités publiques.

Donc, cette initiative populaire répond à un besoin absolument fondamental. Elle est parfaitement en phase avec les réalités sociales et économiques de notre pays. C'est la raison pour laquelle il est évident qu'il faut recommander son acceptation.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Die Schweiz wurde im internationalen Ranking zu einem der Länder mit dem grössten Reichtum erkoren. Leider trifft das längst nicht für alle in der Schweiz zu. Jedes siebte Kind wächst in Armut auf; eine Million Menschen sind auf Unterstützungsleistungen angewiesen.

Weltweit und in der Schweiz ist es so, dass 1 bis 2 Prozent so viel Vermögen haben wie 98 oder 99 Prozent zusammen. Wenn ich nur schon die Zahlen unserer 300 Reichsten in den letzten fünf Jahren nehme: 2014 waren sie noch bei 589 Milliarden oder, etwas klarer ausgedrückt, bei 589 000 Millionen Franken. 2016 waren bereits 24 000 Millionen dazugekommen, 2016 waren sie schon bei 613 000 Millionen. 2017 kamen dann 60 Milliarden dazu. 2019 waren sie bei 702 Milliarden Franken. In fünf Jahren hatten sie also mehr als 100 Milliarden Franken oder 100 000 Millionen Franken mehr, ohne dafür einen Finger gerührt zu haben, indem sie quasi im Schlaf das Geld arbeiten liessen – wie es so schön heisst –, an der Börse, beim Spiel, mit Dividenden, Zinsen, Wertsteigerungen und Ähnlichem.

Auf der anderen Seite steht die Aussage von Swissinfo von 2016: "Historisches Defizit der AHV" – es waren gerade einmal 579 Millionen Franken. Dann die "NZZ" diesen Frühling: "Die AHV schreibt ein Milliardendefizit" – es ist gerade mal etwas mehr als 1 Milliarde Franken. Im Vergleich zu den Gewinnen der Reichsten ist das lächerlich. Locker könnten sie das Defizit der AHV bezahlen. Nehmen wir die 5 Milliarden Franken, von denen wir hier sprechen: Rechne 702 Milliarden minus 5 Milliarden Franken, dann bleiben noch immer 697 000 Millionen Franken – ich denke, davon kann man leben.

Sprich: Es ist nicht eine Frage des Geldes, sondern der Verteilung. Die Reichen werden aufgrund von Steu-



ensenkungen und Privilegien immer reicher, zuletzt mit der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung, obwohl wir im internationalen und europäischen Vergleich bereits tiefe Steuern haben. Es droht uns einmal mehr, international des Steuerdumpings angeklagt zu werden. Gleichzeitig gab es eine ganz gezielte Lohnpolitik, die in den letzten zwanzig Jahren dem obersten Prozent der Erwerbstätigen 40 Prozent mehr Lohn bescherte, den obersten 10 Prozent der Erwerbstätigen 20 Prozent mehr Lohn und den unteren und mittleren Einkommen null Lohnzuwachs oder, im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten, sogar ein Minus einbrachte. Die Reichsten sind auch immer etwa die Gleichen, mit Ausnahme von Blocher, der massiv mitverantwortlich war an der Finanzkrise 2008, in der der Staat 68 Milliarden Franken in eine einzige Bank schieben musste, und der heute, nicht zuletzt dank Gewinnmaximierung mit Unterstützung von Ebner, zu den zehn Reichsten gehört. Das Geld der Reichsten wird leider nicht investiert, es fließt nicht in die Wirtschaft. Es ist ein reines Spiel an der Börse statt Arbeit. Würde etwas mehr versteuert, wäre mehr in der realen Wirtschaft. Der Staat tätigt bekanntlich auch Investitionen, dafür gibt es Arbeit, Arbeitsplätze, was allen dient.

Der Bundesrat, damit werde ich dann aufhören, begründet – und so wurde jetzt auch vorhin argumentiert – die Ablehnung der Initiative mit dem Argument, die Schweiz werde mit einer solchen Regelung weniger attraktiv. Das ist das Killerargument, wenn man keine sachlichen Argumente hat. Denn wir haben, und das wissen Sie bestens, im internationalen Vergleich tiefe Steuern. Die internationalen Unternehmungen kommen in die Schweiz, weil unser Service public gut ist, mit Leistungen für alle. Genau diesen Teil würde die Initiative mehr befördern. Sie würde unteren und mittleren Einkommen ein bisschen mehr ins Portemonnaie geben, damit die Kaufkraft erhöhen und Leistungen für alle wie Kinderkrippen oder die Tilgung des AHV-Defizites ermöglichen. Bitte sagen Sie Ja zu dieser fairen Initiative.

Quadri Lorenzo (V, TI): L'iniziativa "Sgravare i salari, tassare equamente i capitali" che stiamo dibattendo di per sé non prevede sgravi ai salari; prevede un aggravio fiscale della sostanza. La richiesta dell'iniziativa è quella di tassare al 150 per cento il reddito da capitale sopra una certa asticella da fissare nella legge. Da notare è che il concetto di reddito da capitale non esiste nemmeno nella Costituzione svizzera. Il senso della proposta è comunque chiaro. Si tratta di aumentare in modo massiccio l'imposizione del reddito della sostanza mobiliare ed immobiliare. I proventi dell'aggravio secondo gli autori dell'iniziativa dovrebbero essere ridistribuiti tra i redditi medi e bassi. Su questa redistribuzione non vengono fornite indicazioni. L'obiettivo sarebbe quello di combattere la disparità salariale.

È vero, in Svizzera la disparità salariale è aumentata negli ultimi anni. In particolare, nel mio cantone le paghe sono oltretutto le più basse della Svizzera; la forbice si allarga sempre di più. Il motivo per questo però è un altro, è la libera circolazione delle persone. Quindi se i promotori dell'iniziativa volessero davvero combattere la disparità salariale dovrebbero

AB 2020 N 1865 / BO 2020 N 1865

per prima cosa opporsi alla libera circolazione delle persone e dunque sostenere l'iniziativa "per la limitazione" che è in votazione domenica. Invece sappiamo che non è così. Senza contare che questo Parlamento ha deciso di gravare i redditi medi e bassi con una pleora di ecotasse ed ecobalzi che peseranno sul bilancio delle economie domestiche per migliaia di franchi all'anno. Se questo è difendere il reddito, magari sarebbe meglio cominciare a non saccheggiarlo.

L'iniziativa parte poi da presupposti errati. Partendo dalla convinzione che il reddito del capitale è conseguito senza lavorare si pensa che esso merita di essere tassato di più. Ma si dimentica che la sostanza in questione non piove dal cielo ma deve essere costituita, e questo avviene tramite il lavoro, che è già tassato, e tramite il risparmio. Nel caso la sostanza fosse stata creata da una persona diversa da quella che ne beneficia, magari perché eredita, ricordo che chi ha costituito la sostanza ha già pagato le tasse e che per le eredità ci sono le imposte di successione.

Bisogna poi anche ricordare che l'aumento sproporzionato di taluni redditi, che suscita anche giusta indignazione, è dovuto ai salari più elevati e non di per sé al reddito del capitale. Va infine anche considerato che la Svizzera è uno dei pochi paesi che riscuote un'imposta sulla sostanza.

Per quanto riguarda la teoria della redistribuzione, contenuta nell'iniziativa, c'è da dire che il sistema fiscale svizzero, anche qui, è sociale. Pensando a quello del mio cantone posso dire che è già estremamente sociale, nel senso che le aliquote crescono in modo assai importante con l'aumentare del reddito. Questo naturalmente comporta un rischio, cioè che buoni contribuenti potrebbero emigrare per altri lidi, a danno del nostro erario.

Parlando ancora della situazione del mio cantone, il Ticino, risulta che oltre un quarto dei cittadini non paga alcuna imposta. Per contro il 10 per cento dei contribuenti versa il 60 per cento della totalità del gettito di



pertinenza delle persone fisiche. Mettere in fuga queste persone con una fiscalità di tipo predatorio vuol dire svuotare le casse pubbliche.

Infine l'iniziativa, se approvata, peggiorerebbe l'attrattiva della piazza finanziaria Svizzera, la quale è già devastata dalla capitolazione sul segreto bancario. Inoltre influirebbe negativamente sugli incentivi alla costituzione di capitale.

In conclusione: Se si vuole aiutare persone con redditi medi e bassi, cosa che è senz'altro giusta, le prime cose da fare sono smettere di inventarsi nuove tasse e disdire la libera circolazione delle persone.

Vi invito quindi a respingere l'iniziativa.

Marra Ada (S, VD): D'abord, un immense merci à la Jeunesse socialiste d'avoir lancé cette initiative et d'avoir récolté les signatures. Merci à elle d'être l'une des forces de proposition les plus importantes de cette dernière décennie. Elle avait déjà lancé la discussion sur les inégalités avec son initiative "1:12 – Pour des salaires équitables" et cassé un tabou très fort en Suisse, à savoir le niveau des salaires, dans un souci de cohésion sociale. Aujourd'hui, elle revient avec un problème qui touche non seulement la fiscalité, mais aussi la démocratie, à savoir la concentration des richesses.

Eh oui, nous sommes dans un débat classique marxiste, entre le capital et la force de travail. Souvent, on entend dans les milieux du capital que seul le néo-libéralisme garantit la démocratie. Eh bien, ici, j'affirme le contraire. Pourquoi? Je prends un exemple concret.

On a vu dans une commune vaudoise la construction d'un EMS selon le voeu d'un riche donateur, également constructeur de meubles. Mais peut-être que cette commune avait besoin d'une crèche ou d'une garderie. Quand des fortunes mondiales décident de créer des fondations privées et décident seules quelle recherche mérite d'être menée, quelle maladie d'être éradiquée, cela échappe au débat public et démocratique.

En Suisse, le 1 pour cent des plus riches accumule près de 50 pour cent des richesses. Nous avons un problème de redistribution des richesses. Entre 2006 et 2015, la distribution de cash aux actionnaires via les dividendes et les rachats d'actions en Suisse a doublé, passant d'un peu plus de 50 milliards de francs à plus de 100 milliards de francs, soit un accroissement de 5 milliards de francs chaque année en moyenne. Du côté de la population en revanche, les salaires réels ont baissé ou stagné. Alors, oui, il y a un problème de répartition et de cumul des richesses. Cette initiative ne fait pas la révolution, et son contre-projet non plus. Le système ne changerait pas réellement, mais cette initiative remet de l'ordre social.

Comment peut-on accepter que les gains réalisés sans effort soient moins taxés que le revenu du travail? Comment peut-on dire à quelqu'un qui a travaillé toute sa vie qu'il ne gagnera pas assez à sa retraite et que son propre pays, la Suisse, le pousse vers l'exil comme cela arrive si souvent? Alors oui, il ne faut pas avoir honte d'assumer de prendre l'argent là où il est, surtout s'il est gagné sans grande douleur. Il faut le redistribuer et il faut en donner le pouvoir aux collectivités publiques, aux gens, au débat démocratique.

Ne caricaturons pas non plus les choses, il n'y a pas non plus d'un côté les gentils travailleurs et de l'autre les méchants capitalistes. Il y a simplement un système qui favorise les deuxièmes. Pourtant, il y a parmi ceux-ci des gens qui se rendent compte de l'ineptie du système et qui demandent à être taxés plus fortement, notamment dans le monde anglo-saxon. Ils disent aux Etats: "Taxez-nous! Taxez-nous bien plus!" Il y a bien sûr parmi ceux-ci des philanthropes, mais il y a aussi des vrais libéraux, qui pensent que chaque génération doit repartir de zéro et qu'il ne faut pas accumuler l'argent de papa ou maman, que le cumul des richesses transmises entre générations ne relève pas d'une pensée libérale. S'en trouvera-t-il dans cette salle? C'est que nous verrons au moment des différents votes sur cette initiative.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Un journal populaire vient de montrer l'exemple d'une grande société suisse qui distribue à ses trois principales actionnaires chaque année plus d'argent que la masse salariale de ses milliers de salariés. Cela est aggravé par le fait que les dividendes de ces actionnaires sont au bénéfice d'un abattement fiscal que ne connaissent pas ces mêmes salariés. Il y a donc une moindre pression fiscale sur ces revenus, qui sont partagés entre peu de personnes, que sur ceux des travailleurs qui permettent l'accumulation de ces revenus.

La question qui se pose face à ce type d'exemple, c'est à partir de quand un système est devenu tellement injuste qu'il doit craindre pour sa survie et pour son acceptation auprès des gens qui vivent dans ce système? Jusqu'où l'injustice et l'inégalité sont-elles supportables pour celles et ceux qui les subissent? Ce sont ces questions que nous pose la Jeunesse socialiste, qui a récolté les signatures, et il faut peut-être un petit rappel historique pour se souvenir que ces questions, il est fort probable que certains se les posaient déjà dans quelque salon de l'aristocratie de l'Ancien Régime.

La fiscalité directe et progressive a été inventée par les radicaux quand ils étaient de gauche et quand ils ont



créé notre Etat moderne et démocratique. Ils avaient compris que les libertés gagnées par les libéraux ne resteraient que virtuelles si les inégalités économiques continuaient de se creuser. Ces principes ont permis à notre pays de se développer. L'action syndicale, la négociation sociale, la dialectique politique permise par le développement de la démocratie, ont perfectionné l'oeuvre des fondateurs du XIXe siècle. Et contrairement à ce que croyaient les opposants à la fiscalité directe et progressive, notre pays, en l'adoptant, ne s'est pas appauvri. Il s'est modernisé progressivement, il s'est apaisé, il a favorisé le travail et l'initiative personnelle.

Le problème est que cet édifice s'est progressivement défilé et que les inégalités ont recommencé à se creuser, dans des proportions inacceptables.

La crise dans laquelle nous entrons et que nous commençons à vivre depuis quelques mois est probablement l'une des plus violentes que nous aurons connues ces dernières décennies. Les déficits publics vont se creuser. La dette va à nouveau s'accumuler. Les faillites d'entreprises, les pertes d'emplois, le chômage, la perte de pouvoir d'achat risquent à nouveau d'accabler nos concitoyennes et nos concitoyens.

La question qui va se poser rapidement, c'est: qui paiera cette crise? Qui financera les services publics s'ils se

AB 2020 N 1866 / BO 2020 N 1866

trouvent dans un déficit important? Alors, dans quelques mois, quand nous voterons sur cette initiative populaire et que les dividendes des sociétés auront à nouveau été publiés et qu'ils atteindront probablement à nouveau des records, la question à laquelle je vous ai invités à réfléchir au début de mon intervention se reposera: jusqu'à quand un système injuste peut-il continuer à être soutenu? Jusqu'à quel point les inégalités sont-elles supportables? Je crois que, ce débat, il est sain dans notre démocratie directe de l'avoir, et je remercie les Jeunes socialistes de nous permettre de l'avoir. Il arrive à point nommé.

Je vous invite à répondre à cette question par la simple réponse suivante: nous sommes allés trop loin dans l'injustice et les inégalités. Il faut corriger, il faut revenir au principe de la fiscalité directe et progressive. Mais pour cela, nous avons un travail législatif à faire, ce que nous permet cette initiative.

Crottaz Brigitte (S, VD): Comme Stéphane Hessel, j'aimerais commencer cette intervention par vous dire: "Indignez-vous!" Pourquoi? Parce que nous vivons dans un pays incroyable; un pays à la première place du classement mondial en termes de fortune par habitant; un pays qui est le troisième pays le plus heureux du monde selon l'ONU; un pays où 6 pour cent de la population détient 97 pour cent des richesses. De ces 6 pour cent les plus riches, 5,7 pour cent ne sont "que" millionnaires, et 0,3 pour cent des riches sont multimillionnaires. Mais la Suisse est un pays où 7,9 pour cent de la population, soit 660 000 personnes, vivent sous le seuil de pauvreté; un pays où l'augmentation des inégalités a été continue depuis 2003.

Die Schweiz ist ein Land, in welchem die Reichen die Gewinne ohne jede Anstrengung in Form von Dividenden erzielen; sie müssen das Geld nur zu 70 Prozent versteuern. Die Schweiz ist ein Land, in welchem die Leute mit den tiefsten Einkommen und auch die Mittelschicht jeden Rappen ihres Arbeitseinkommens zu 100 Prozent versteuern müssen.

Una minoranza della popolazione è ricca, così ricca da poter accumulare grandi somme di denaro e aspettare che prosperi e porti ancora più denaro, che può ancora essere investito in azioni speculative che porteranno ancora più denaro, ancora poco tassato. Questo circolo vizioso non ha motivo di fermarsi a meno che non vengano emanate regole più eque per quanto riguarda la tassazione dei redditi da capitale e dei dividendi.

Au cours des années, la réduction des taux d'imposition des très hauts revenus et les exonérations fiscales sur les revenus du capital ont fini par aboutir à ce que les bénéficiaires des revenus les plus élevés accumulent plus de capital et de richesse, qu'ils lèguent à la génération suivante, d'où une concentration toujours plus forte du pouvoir et des privilèges. C'est ce cercle vicieux que l'initiative dite "initiative 99 pour cent" veut casser.

Il n'y a aucune raison que l'argent gagné sans travailler, mais grâce à la spéculation et au rendement du capital, soit moins taxé que l'argent gagné par le labeur. Ce n'est pas qu'en Suisse que ce problème est constaté. Dans la plupart des pays membres de l'OCDE, la croissance globale des revenus a bénéficié proportionnellement davantage au 1 pour cent parmi les plus riches, ces 30 dernières années. Au sommet de la hiérarchie des revenus, le poids des salaires diminue et les revenus du capital représentent la plus grande part.

In fast allen OECD-Ländern haben Steuerreformen die Einkommenssteuern der Reichsten gesenkt. Thomas Piketty hat kürzlich in seinem Buch aufgezeigt, wie die reichsten Individuen einen immer grösseren Anteil des Nationaleinkommens anhäufen. Er hat verschiedene Wege vorgeschlagen, um eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zu gewährleisten und ein integrativeres Wachstum zu fördern.

Le deduzioni multiple e le esenzioni che avvantaggiano in modo sproporzionato gli alti redditi devono essere eliminate. Dovremmo avere la stessa tassazione per tutti i redditi da capitale o da lavoro, compresi i benefici in natura.



Une harmonisation de la fiscalité des revenus du capital et du travail est indispensable. Il convient aussi d'améliorer la transparence et la coopération internationale sur les normes fiscales afin de lutter contre l'optimisation fiscale.

Ces quelques options de politique fiscale pourraient contribuer à faire en sorte que les individus les plus fortunés apportent leur contribution à une croissance plus inclusive.

Dans l'"initiative 99 pour cent", il est proposé d'aller encore un peu plus loin pour diminuer les inégalités. Il ne suffit pas en effet de taxer sur 100 pour cent les rendements du capital et les dividendes, mais, en les taxant sur 150 pour cent, d'essayer de rétablir un semblant de justice. L'excédent des recettes de l'"initiative 99 pour cent" doit en effet permettre un allègement de la pression sur les salaires en réduisant l'imposition des faibles et moyens revenus ou en finançant des prestations sociales.

Je vous encourage donc à vous indigner contre l'injustice fiscale et à soutenir cette initiative.

Schläpfer Therese (V, ZH): Geschätzte Kollegin Crottaz, laut Ihrem Votum gibt es mit Aktien immer nur Gewinne und nie einen Verlust. Weshalb legen die Mitglieder Ihrer Partei ihr erwirtschaftetes Geld nicht auch in Aktien an, wenn es nie Verluste gibt, sondern immer nur Gewinn?

Crottaz Brigitte (S, VD): Je ne suis pas sûre de vous avoir bien comprise. Je suis désolée. Peut-être pouvez-vous simplifier votre question?

Schläpfer Therese (V, ZH): Es geht um die Aktien und die Börsengewinne. In Ihrem Votum haben Sie gesagt: "Jemand, der Aktien hat, der hat immer mehr und mehr und noch mehr Gewinn." Weshalb macht das denn nicht jeder und fährt seinen kleinen Gewinn ein? Man könnte ja auch das Weihnachtsgeld in Aktien anlegen, dann hätte man immer mehr und noch mehr. Das wäre ein super System. Weshalb machen Sie das nicht?

Crottaz Brigitte (S, VD): Comme l'a dit tout à l'heure M. Grin, pourquoi taxe-t-on de l'argent pour lequel on a déjà payé des impôts? Oui, on a payé des impôts, mais ensuite on a pu acquérir un capital que l'on a fait fructifier. En le faisant fructifier, on accumule une nouvelle fortune sur laquelle, pour l'instant, on ne paie que 70 pour cent d'impôts, alors que l'on n'a pas du tout travaillé pour cela, on a laissé l'argent travailler. C'est donc sur cet argent qui travaille seul et qui rapporte quand même beaucoup que l'on demande une taxation supplémentaire, mais pas sur les revenus de Noël.

Andrey Gerhard (G, FR): 240 000 Dollar bei Microsoft, 300 000 Dollar bei Google und über 400 000 Dollar bei Facebook – das sind die Nettogewinne pro Vollzeitstelle für das Jahr 2019 einiger der digitalen Grossunternehmen. Ja, Sie haben richtig gehört: Nettogewinn pro Vollzeitstelle und Jahr. Und der Marktwert der erst 16-jährigen Firma Facebook entspricht astronomischen 15,5 Millionen Dollar – heruntergerechnet auf eine Vollzeitstelle. Mit wenig Personal erreichen Internetfirmen mit ihren Angeboten Kundinnen und Nutzer auf der ganzen Erde in Echtzeit. Das ist unter anderem eine der grossen Errungenschaften des Internets. Immer mehr Industrien ersetzen in grossem Stil Menschen durch Roboter. Prominentes Beispiel ist die chinesische Elektronikfirma Foxconn, die in kürzester Zeit 60 000 Arbeitsplätze durch Roboter ersetzt, Roboter, die immer anspruchsvollere menschliche Tätigkeiten übernehmen können; auch dies eine Konsequenz des technischen Fortschritts.

Die digitale Welt stellt Ertragsmodelle der Vergangenheit auf den Kopf und die Gesellschaft vor völlig neue Herausforderungen. Das erfahre ich in meiner unternehmerischen Tätigkeit in der Digitalbranche aus nächster Nähe. Mit der Verschiebung von immer mehr Wertschöpfung in den virtuellen Raum verschiebt sich auch potenzielles Steuersubstrat weg von der traditionellen Wirtschaft, denn es sind immer noch die Abgaben auf den Löhnen und Steuern, auf den Erwerbseinkommen der arbeitenden Menschen, mit welchen für das Gros der Kosten für den Service public, die Infrastruktur oder die Bildung aufgekomen wird.

Die Gewinne der Unternehmen – und damit, nachgelagert, die Aktionäre, die in den Dividendengenuss kommen – werden dagegen mit jeder Steuerreform entlastet. Zur

AB 2020 N 1867 / BO 2020 N 1867

Kompensation werden die Löhne immer stärker belastet. Die Unternehmenssteuervorlage aus dem letzten Jahr hat diesen Effekt gut illustriert.

Digitale Märkte stehen in direkter Konkurrenz zum KMU-Arbeitsplatz, und das mit doppelt ungleich langen Spiessen. Das Handwerks-KMU kann keine exponentiellen Effekte realisieren, die lassen sich eben nur im virtuellen Raum erreichen. Die KMU haben proportional einen viel höheren Anteil an Abgaben und Steuern zu erwirtschaften als Internet- oder eben roboterisierte Unternehmen. Etwas überspitzt auf den Punkt ge-



bracht: Die Schreinerei erwirtschaftet die öffentlichen Ausgaben, der Facebook-Aktionär profitiert grosszügig vom Bildungssystem und einer Topinfrastruktur und fährt nahezu kostenlos den Gewinn ein. Wenn dieser Trend weitergeht, erodiert auf Dauer die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Das kann letztlich nicht im Interesse der Wirtschaft sein, denn ohne Kaufkraft kann die Wirtschaft nicht funktionieren.

Wir müssen beginnen, die Zeichen der Zeit zu deuten, und unsere Abgabe- und Steuerpolitik anpassen. Es ist ein veritabler Richtungswechsel nötig. Abgaben auf den Löhnen sowie Steuern auf den Erwerbseinkommen sollten sukzessive reduziert, Abgaben auf Gewinnen und Ausschüttungen sollten erhöht werden. Damit erübrigt sich übrigens auch eine Diskussion um die Digital- und Robotersteuer und dergleichen, denn der Gewinn eines Unternehmens ist eine neutrale Grösse, egal mit welchem Mitteleinsatz er zustande kommt.

L'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital" offre une solution, même si l'argument repose sur une motivation différente. Toutefois, il vaut la peine de discuter de nouvelles solutions de manière non dogmatique, car ce qui va rester avec nous pendant un certain temps, ce sont les bouleversements économiques et sociaux massifs causés par la numérisation.

Grin Jean-Pierre (V, VD): L'initiative 99 pour cent de la Jeunesse socialiste est non seulement extrême par ses exigences, mais aussi difficile à mettre en oeuvre. L'augmentation usuraire de l'imposition des revenus du capital à hauteur de 150 pour cent, souhaitée par les initiants, toucherait particulièrement les entreprises familiales suisses. L'initiative entraînerait une surimposition arbitraire et extrême de certains revenus. Elle conduirait à une captation désastreuse des moyens financiers des entreprises pour l'investissement et, donc, à un affaiblissement massif de ces dernières. Son acceptation aurait des graves conséquences sur les PME, les entreprises familiales et les start-up. Elle propose des prélèvements annuels récurrents lors de la transmission d'entreprises et de la sortie des fondateurs d'une start-up. La place économique suisse perdrait énormément de son attrait pour les entrepreneurs.

Son texte ne précise pas exactement quels éléments du revenu feraient partie du revenu du capital. Selon les auteurs de l'initiative, il s'agirait des intérêts, des loyers ainsi que des dividendes et gains en capital, incluant donc les bénéficiaires et la vente des diverses sociétés familiales.

Les particuliers qui possèderaient des logements comme capital-retraite verraient les rendements financiers, donc les loyers, être aussi fortement fiscalisés. Les indépendants qui auraient constitué personnellement un capital-retraite passeraient aussi à la caisse s'ils retireraient l'entier du capital, alors que ce capital provient souvent d'un revenu qui a déjà été imposé une fois. Cela toucherait aussi la planification successorale des entreprises familiales. L'acceptation de la succession grèverait lourdement ces sociétés et feraient perdre à notre place économique son attrait pour l'entrepreneuriat.

Comme l'économie de notre pays est constituée d'une multitude de PME familiales, l'impact fiscal de l'initiative serait désastreux pour ces PME. Notre place économique s'en trouverait fortement affaiblie et perdrait de son attrait, avec à la clé aussi une perte de places de travail. Cette initiative affecterait en particulier l'activité entrepreneuriale au sein de la famille même.

Pour toutes ces raisons, les entreprises familiales suisses feront campagne contre cette initiative.

Je vous demande de rejeter cette initiative confiscatoire fiscalement pour les PME et vous invite à rejeter également le contre-projet.

Munz Martina (S, SH): Würden wir heute das Steuersystem neu erfinden, würden wir bestimmt die Erträge des Kapitals hoch besteuern und die Löhne fast ungeschoren davonkommen lassen. Sie alle hier drin würden das als gerecht empfinden. Jetzt ist es genau umgekehrt. Bei dieser Ungerechtigkeit setzt die Initiative an. Nicht nur die Lohnarbeit, auch die Arbeit des Kapitals muss gerecht besteuert werden. Wir diskutieren heute über eine gerechte Verteilung der Lasten, damit den Menschen in der Schweiz genügend Geld zum Leben bleibt. Heute ist der Tag der Mehrsprachigkeit. Aujourd'hui, c'est la journée du plurilinguisme. Je vous adresse donc quelques phrases en français.

La grande majorité des gens travaillent pour financer leur vie quotidienne. Ils ne peuvent pas mettre assez d'argent de côté pour remplir leur tirelire. D'autre part, il y a un pour cent de la population qui a un grand capital. Les revenus de leur capital les rendent plus riches chaque année. Leur richesse ne cesse de croître, année après année, sans cesse. En 2018, la plupart des employés n'ont pas pu bénéficier d'une augmentation de salaire. En même temps, les 300 personnes les plus riches de Suisse se sont enrichies de 60 milliards de francs, soit en moyenne chacune de 200 millions de francs. Je vous le demande: ne serait-il pas temps de trouver un meilleur équilibre entre les salaires et le capital? L'initiative donne la réponse à cette injustice intolérable.

Ein anschauliches Beispiel ist die Firma unserer geschätzten Kollegin Martullo-Blocher und ihrer Familie: Die



Ems-Chemie ist, ökonomisch betrachtet, ein vorbildlich geführtes Unternehmen. Man holt aus der Firma heraus, was möglich ist. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat das Unternehmen Dividenden in der Höhe von insgesamt 3,3 Milliarden Franken ausgeschüttet. Davon gingen 2,3 Milliarden Franken an Kollegin Martullo-Blocher und ihre zwei Schwestern, die zusammen 70 Prozent der Ems-Chemie-Aktien halten. Das Unternehmen hat fast zweimal so viel an Dividenden ausgeschüttet wie für Löhne. Es sind die Angestellten, die den Gewinn erarbeitet haben. Im Schnitt hat also jede Blocher-Tochter Jahr für Jahr 77 Millionen Franken an Dividenden eingesteckt. Das ist mehr als das Tausendfache des Durchschnittslohns ihrer Angestellten. Der "Blick" titelte: "Büezer-Löhne stagnieren, Dividenden der Blochers explodieren". Mit dieser Strategie ist die Ems-Chemie nicht allein: Die beliebte Firma Lindt und Sprüngli zum Beispiel hat sich entschieden, trotz Kurzarbeit – die ja bekanntlich von der Allgemeinheit finanziert wird – 45 Prozent mehr Dividenden auszuschütten als im Vorjahr. Das Medizinaltechnik-Unternehmen Straumann streicht weltweit 660 Stellen, schüttet aber gleichzeitig 32 Millionen Franken an Dividenden aus.

Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass eine stärkere Besteuerung des Kapitaleinkommens, wie sie von der "99-Prozent-Initiative" und vom Gegenvorschlag verlangt wird, nötig ist. Wir müssen jetzt über gerechte Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen sprechen und entsprechend handeln. Seien wir mutig und packen wir es an: Sagen wir Ja zur "99-Prozent-Initiative".

Friedli Esther (V, SG): Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" will, dass das Kapitaleinkommen über einem vom Gesetzgeber zu bestimmenden Schwellenbetrag im Umfang von 150 Prozent zu versteuern ist, also um 50 Prozent höher als andere Einkommen. Die daraus resultierenden zusätzlichen Steuereinnahmen sollen vor allem als Transferzahlungen und zur Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen und mittleren Einkommen eingesetzt werden.

Diese Initiative ist in aller Deutlichkeit abzulehnen. Sie ist absolut wirtschaftsfeindlich, unklar formuliert, unnötig und auch unsozial. Bereits heute haben wir in unserem Staat eine Umverteilung. Personen mit höheren Einkommen bezahlen über

AB 2020 N 1868 / BO 2020 N 1868

die Steuerprogression mehr. Auch über weitere Transferzahlungen gibt es eine Umverteilung von oben nach unten.

Frau Kollegin Marti hat vorhin gesagt, wir könnten uns die Reichen nicht mehr leisten. Frau Marti, wer bezahlt dann in Zukunft unseren gut ausgebauten Sozialstaat, unsere vielen Bildungseinrichtungen und allgemein die hohen Staatsleistungen? Das alles können wir uns nur leisten, weil wir Personen und Unternehmen haben, die diesen Staat massgeblich finanzieren. 1 Prozent der Steuerzahler bezahlt mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer. 45 Prozent der Leute bezahlen gar keine direkte Bundessteuer.

Wir haben heute ein System, das austariert ist. Die vorliegende Initiative will das System umkrepeln. Sie würde vor allem unserem Wirtschaftsplatz und der Standortattraktivität der Schweiz massiv schaden. Sie würde uns allen schaden.

Die Initianten bezwecken mit dieser Initiative mehr Gerechtigkeit; sie soll zu weniger Steuern für mittlere und tiefe Einkommen führen. Ich bin überzeugt, die Initiative würde genau das Gegenteil bewirken und zum Gegenteil führen. Betroffene Personen, die in Zukunft ihre Kapitaleinkünfte massiv besteuern lassen müssten, würden die Schweiz verlassen. Zudem würde die Initiative Arbeitsplätze kosten, es gäbe zum Beispiel gerade bei Nachfolgeregelungen oder bei Start-ups grössere Probleme. Dies alles führt zu einem massiven Einbruch der Steuereinnahmen in der Schweiz, und dann bräuchte es Sparprogramme oder Steuererhöhungen für den Mittelstand, also genau das Gegenteil dessen, was die Initianten wollen, daher ist die Initiative auch unsozial. Erlauben Sie mir noch ein Wort zu dem, was mich an dieser Initiative am meisten stört. Es ist die Neidkultur, die Sie hier schüren, dieses Bashing gegen Vermögende und Personen, die Arbeitsplätze schaffen. Seien Sie doch froh, dass es Leute gibt, die viel verdienen oder Kapital haben! Diese Leute leisten einen massgeblichen Beitrag zu unserem Wohlstand und bezahlen bereits heute Steuern und Transferleistungen. Dass diese Gleichmacherei durch massive Erhöhung der Kapitalbesteuerung oder Enteignung kein taugliches System ist, haben wir in den vergangenen Jahrzehnten in anderen Staaten gesehen. Es kann auf keinen Fall unser Ziel sein, wieder in ein solches System abzudriften.

Ich empfehle Ihnen daher, diese Volksinitiative ohne Gegenvorschlag klar abzulehnen.

Molina Fabian (S, ZH): Frau Kollegin Friedli, Sie haben gesagt, wir lebten in einem austarierten System. Finden Sie es austariert, wenn die 300 Reichsten in diesem Land im letzten Jahr ihr Vermögen um 27 Milliarden Franken vergrössert haben, während wir jetzt eine Massenarbeitslosigkeit haben und die Leute nicht mehr wissen, was ihre wirtschaftliche Zukunft bringt?



Friedli Esther (V, SG): Kollege Molina, die 300 reichsten Personen in der Schweiz haben ja viele Arbeitsplätze geschaffen und schaffen immer noch viele Arbeitsplätze. Ich glaube, wir müssen jetzt eben andere Massnahmen ergreifen. Eine Möglichkeit haben Sie nächsten Sonntag. Damit nicht immer mehr Leute in die Arbeitslosigkeit geraten: Sagen Sie Ja zur Begrenzungs-Initiative, dann schaffen wir Arbeitsplätze für Schweizerinnen und für Schweizer und schauen, dass nicht noch mehr Leute in dieses Land kommen.

Hurni Baptiste (S, NE): La fortune de Jeff Bezos culmine à 113 milliards de dollars. Celle de Bill Gates est de 98 milliards de dollars. Celle de Bernard Arnault est de 76 milliards de dollars. Ces sont les trois plus grosses fortunes au monde. Ces chiffres sont tellement invraisemblables qu'il faut trouver des trésors d'imagination pour les illustrer. Ainsi, chacune de ces trois personnes pourrait faire fonctionner le budget de la Confédération pendant une année, et cela assez largement. Elles pourraient aussi rembourser la dette de notre pays ou encore creuser douze fois les trois tunnels des nouvelles lignes ferroviaires alpines que nous venons d'inaugurer. Et les revenus de ces capitaux viennent encore grossir ces fortunes chaque année.

Ces fortunes extrêmes sont indécentes, non parce que ces chiffres donnent le tournis, non par jalousie ou par haine du riche, mais simplement parce qu'une telle concentration de richesse ne peut se faire qu'en répandant la pauvreté. Oui, pour qu'il y ait des super-riches, il faut beaucoup, beaucoup de super-pauvres. Il faut des milliers d'ouvriers et de travailleurs mal payés. Car on n'a rien sans rien. Il faut bien saigner quelqu'un pour devenir plus riche que la majorité des Etats de ce monde. C'est la foule immense et anonyme de celles et ceux qui sont payés au lance-pierre par les multinationales dirigées par les détenteurs de ces fortunes, de celles et ceux qu'on écrase sans ménagement, de celles et ceux qui sont condamnés à travailler dans des circonstances si extrêmes qu'ils en ressortent anéantis, qui crée ces fortunes.

Alors oui, ces trois personnes fortunées n'habitent pas la Suisse et cette initiative ne les concerne pas. Mais dans notre pays aussi, la concentration extrême des richesses dépasse l'entendement. Une fortune entre 27 et 28 milliards de francs en 2019 pour la famille Hofmann et Oeri, entre 24 et 25 milliards pour la famille Wertheimer ou encore entre 23 et 24 milliards pour la famille Safra.

Aucun argument raisonnable ne permet de justifier une telle concentration des richesses. Aucun travail ne mérite un tel salaire. Aucune qualité ne justifie d'accumuler tellement plus que le commun des mortels.

Et lorsque cette liste des grandes fortunes est mise à côté de la situation des autres, on ne peut que s'émouvoir. S'émouvoir des scènes qu'offrent les files de personnes à Genève attendant patiemment un sac d'une valeur de 20 francs pour manger. S'émouvoir des 30 pour cent de Suissesses et de Suisses que l'Etat doit aider pour payer les primes d'assurance-maladie. S'émouvoir de toutes celles et ceux qui travaillent dur, mais qui n'arrivent pas à joindre les deux bouts, ou alors le font au prix de sacrifices énormes chaque mois.

Cette initiative ne résoudra pas les injustices du capitalisme à elle seule. Mais cette initiative permettrait de soulager un peu celles et ceux qui travaillent dans notre pays, celles et ceux qui paient des impôts mais qui ne s'en sortent pas, celles et ceux qui créent cette richesse si injustement concentrée. Et si au passage quelques milliardaires ou multimillionnaires s'en offusquent, je dois bien avouer que cela ne m'empêchera pas de dormir. Nous sommes les représentants du peuple, soutenons-le en recommandant l'acceptation l'initiative.

Vincenz-Stauffacher Susanne (RL, SG): Kurz zusammengefasst: Die "99-Prozent-Initiative" der Juso ist in meiner Einschätzung nicht nötig. Sie schadet dem sozialen Zusammenhalt und schürt einen Klassenkampf. Ganz nüchtern betrachtet, besteht schlicht kein Handlungsbedarf.

Ziehen wir einen internationalen Vergleich, so sehen wir: Die Einkommen in der Schweiz vor Steuern und Unterstützungsleistungen sind ausgewogen verteilt. Trotzdem haben wir im bestehenden Steuersystem bereits ein erhebliches Umverteilungsvolumen erreicht, und zwar durch die progressiv ausgestalteten Einkommens- und Vermögenssteuern, aber auch durch Sozialtransfers wie die AHV oder die Prämienverbilligungen. Zudem wird Vermögen in der Schweiz bereits gemäss geltendem Recht überdurchschnittlich besteuert, insbesondere auch deshalb, weil darauf oft Mehrfachsteuern abzuführen sind.

Aber nicht genug der Gründe, warum die Initiative gar nicht nötig ist, sie schadet darüber hinaus dem Standort Schweiz. Unnötig auf der einen Seite, schädlich auf der anderen Seite – das ist eine unschöne Kombination. Der Zusammenhang ist einfach: Wenn Kapital zu hoch besteuert wird, dann geht dies in der Regel mit einem Rückgang an Investitionen einher. Unternehmertum und Innovationen werden behindert. Dadurch verringert sich das volkswirtschaftlich zur Verfügung stehende Kapital. Dies wiederum gefährdet, ohne schwarzmalen zu wollen, Arbeitsplätze.

Bemerkenswert im negativen Sinn erscheint mir Folgendes: Die Initiative betrifft insbesondere KMU und dabei im Speziellen Familiengesellschaften ganz direkt. Hier wird es richtig gravierend. Die vielen Familienunternehmerinnen und Familienunternehmer sähen sich plötzlich mit sehr viel höheren Steuerrechnungen konfrontiert.



Zu deren Begleichung wären

AB 2020 N 1869 / BO 2020 N 1869

sie gezwungen, ihre Unternehmen sukzessive zu entleeren. Zukunftsinvestitionen würden massiv erschwert. Besonders schwierig wird es bei Nachfolgeregelungen. Hier gute Lösungen zu finden, ist bereits an sich schon sehr anspruchsvoll. Mit einer Annahme der Initiative müssten viele kapitulieren. Das aufgebaute Geschäft müsste aufgrund der Besteuerung der realisierten Kapitalgewinne faktisch liquidiert werden, was zur Feststellung führt: Es geht um nichts Geringeres als die Substanz des Firmenbestandes der Schweiz, denn mehr als 80 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind Familienunternehmungen. Von diesen wird knapp die Hälfte innerhalb der Familie weitergegeben. Dies würde die "99-Prozent-Initiative" zukünftig massiv erschweren bis ganz verhindern.

Apropos "99-Prozent-Initiative": Der Name soll ja ausdrücken, dass 1 Prozent Superreiche mehr Steuern bezahlen müsste, wovon 99 Prozent profitieren würden. Dem ist nicht so. Wie erwähnt, träge die Initiative insbesondere auch KMU oder auch Start-ups. Ihr Geschäftsmodell würde schlicht torpediert. Gründerinnen und Gründer sowie Mitarbeitende in der Startphase geben sich mangels Liquidität des Jungunternehmens vielfach mit sehr tiefen Löhnen zufrieden. Kompensiert wird dies bei einem späteren Verkauf ihrer Gründer- und Mitarbeiteraktien. Bei einer Annahme der Juso-Initiative würde nun aber der Nettoerlös aus solchen Verkäufen massgebend sinken: um rund 25 bis 50 Prozent. Somit muss davon ausgegangen werden – heute sind bei uns in der Schweiz die beiden ETH in Zürich und Lausanne starke Inkubatoren –, dass die Schweiz für Start-ups kein interessanter Standort mehr wäre oder aber die Gründerinnen und Gründer ihr Unternehmen vor dem Verkauf ins Ausland verlegen würden. Es darf einfach nicht vergessen werden, wie mobil Kapital ist. Wenn sich diese Superreichen nicht mehr wohlfühlen sollten, fänden sie rasch Lösungen, um zusätzlichen Steuern auszuweichen.

Schliesslich spielt diese Initiative Arm gegen Reich aus, wobei den Reichen die Rolle der Unsozialen zugeschoben wird. Dabei wird ausgeblendet, dass Vermögende in der Regel massgebend zum allgemeinen Wohlstand der Schweiz beitragen, indem sie investieren und damit Arbeitsplätze schaffen, was gut ist. Wir dürfen den Bogen nicht überspannen; dies würde schlussendlich allen schaden, insbesondere auch denjenigen Menschen, denen die Initiantinnen und Initianten die zusätzlichen Steuererträge zukommen lassen möchten. Aus diesen Gründen lehne ich die Initiative ab.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" greift einige der gewichtigsten Fragen unserer Gesellschaft auf, nämlich diejenigen der Verteilungsgerechtigkeit: Wie sind Vermögen und Einkommen in unserem Land verteilt? Wer trägt wie viel zum Steuersubstrat bei?

Aus folgenden Gründen bitte ich Sie, der Initiative zuzustimmen:

1. Mit der Initiative Gerechtigkeit schaffen. Die Zahlen sind eindrücklich, die Vermögens- und Lohnemkommensschere geht rasant weiter auf: Im letzten Jahr sind die Auszahlungen an Aktionärinnen und Aktionäre gegenüber dem Vorjahr nochmals um 4,4 Milliarden Franken gestiegen. Das reichste Prozent der Schweizerinnen und Schweizer besitzt über 40 Prozent des Gesamtvermögens. Die Arbeit von 99 Prozent der Bevölkerung ermöglicht den Grossaktionärinnen und Grossaktionären Dividenden, denn jeder Franken an Kapitaleinkommen muss zuerst erarbeitet werden. Die Kassiererin in der Migros, die Versicherungsangestellte, die Lehrerin oder der selbstständige Grafiker – sie alle arbeiten, um ihr Einkommen zu erzielen. Es gibt aber auch einige Menschen – und es sind wenige –, die nicht selbst für ihr Geld arbeiten müssen, sondern ihr Geld für sich arbeiten lassen.

2. Heutige Fehlanreize als Nährboden für Ungerechtigkeit. Dank seinem Vermögen erhält das eine Prozent teilweise ohne Leistung mehr Geld. Heute sind Kapitaleinkommen auf diverse Arten privilegiert. So müssen Grossaktionäre beispielsweise nur auf 60 Prozent ihres Einkommens Steuern bezahlen, währenddem alle anderen ihr Lohnemkommen zu 100 Prozent versteuern. Dabei spielt der Matthäus-Effekt: Wer hat, dem wird gegeben. Wer sehr viel Geld besitzt, kann massiv höhere Risiken eingehen; dies auch, weil bei einer grösseren Menge an Kapitaleinlagen die Risikominimierung besser funktioniert, da das Geld auf vielfältige Arten angelegt werden kann. Zudem können vermögensstarke Personen oft Geld in Anlageberatung stecken, und die Beratenden verfügen über spezifisches Fachwissen der Finanzmärkte.

3. Mehr Geld im Portemonnaie. Durch die Besteuerung des Kapitaleinkommens um das Anderthalbfache des Arbeitseinkommens wird ein Mehrwert generiert. Dieser wird verwendet, das haben wir mehrfach gehört, um die Einkommenssteuern für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen zu senken. Ebenfalls können die Mehreinnahmen für Leistungen der sozialen Wohlfahrt verwendet werden. Dadurch wird die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt, und dies hat wiederum einen volkswirtschaftlichen Nutzen.



4. Frauen stärken. Frauen erhalten nicht nur weniger Lohn, sie leisten auch sehr viel mehr unbezahlte Arbeit und sind stärker von Armut betroffen. Die "99-Prozent-Initiative" hilft, dieses Machtungleichgewicht zu korrigieren, indem unbezahlte Arbeit auch wieder ins Zentrum gerückt wird. Mit den Mehreinnahmen wäre es zum Beispiel möglich, Kindertagesstätten und andere Betreuungseinrichtungen gezielt zu unterstützen.

J'en arrive à ma conclusion: avec cette initiative, nous rendons l'argent à celles et ceux qui ont travaillé pour le gagner. Je vous demande donc d'accepter l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital".

Gutjahr Diana (V, TG): Fangen wir beim Anfang an. Die Initiative kommt aus der Juso-Küche. Sie will Kapitaleinkommensteile über einem Schwellenwert im Umfang von 150 Prozent besteuern. Schon hier fangen die Fragen an.

Erste Frage: Was ist Kapitaleinkommen? Der Initiativtext sagt nicht, was damit gemeint ist. Nach Auslegung der Initianten wären es Zinserträge, auch Mietzinsen, Dividenden und Kapitalgewinne. Das bedeutet, ganz korrekt, das Ende der Dividendenteilbesteuerung und eine Steuer auf private Kapitalgewinne. Ausnahmen soll es gemäss den Initianten lediglich für den Eigenmietwert und für Renten der zweiten und dritten Säule geben. Der Initiativtext äussert sich dazu jedoch nicht.

Zweite Frage: Ab welchem Schwellenwert wird das genannte Kapitaleinkommen besteuert? Auch dazu gibt es keine Angaben im Initiativtext. Die Initianten sprechen von beispielsweise 100 000 Franken. Tatsächlich würde aber erst der Gesetzgeber, also das Bundesparlament, dann über die praktischen und relevanten Punkte entscheiden. Es besteht daher eine sehr grosse Unsicherheit. Weder weiss, wer an die Urne geht, worüber er oder sie effektiv abstimmt, noch wissen potenzielle Betroffene, was bei einem Ja überhaupt auf sie zukommen würde. Also ist der Initiativtext mehr als mehrdeutig, er ist unklar und schafft Rechtsunsicherheit.

Dritte Frage: Was soll mit dem Geld geschehen? Gemäss den Juso soll es für Steuerermässigungen für tiefe und mittlere Einkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt verwendet werden. Auch hier bleibt alles offen. Es sind unbestimmte Einnahmen für unbestimmte Ausgaben, die von der Altersversicherung über Migration bis zur Wohnbauförderung reichen.

Weil die Initiative so viele offensichtliche Konstruktionsfehler hat, lehnt sie auch der Bundesrat ab. Er sieht nach eigenen Angaben keinen Handlungsbedarf, da bereits eine spürbare Umverteilung stattfindet. Eine Erhöhung der Besteuerung von Kapitaleinkommen würde die Standortattraktivität der Schweiz für kapitalstarke Personen verschlechtern. Ich kann Ihnen sagen, wer unter der radikalen Initiative am meisten leiden würde: KMU und Familienbetriebe. Heute schon ist die Besteuerung von Vermögen in der Schweiz im OECD-Vergleich überdurchschnittlich. Die Juso-Initiative würde die Belastung von Vermögenseinkommen also zusätzlich massiv erhöhen.

Um diese exzessiv hohen Steuerrechnungen zu bezahlen, müssten KMU fortlaufend Geld aus ihrem Unternehmen herausnehmen. Wäre das sinnvoll? Zukunftsinvestitionen würden massiv erschwert. Bei ohnehin schwierigen

AB 2020 N 1870 / BO 2020 N 1870

Nachfolgelösungen würden wohl viele die Segel ganz streichen, wenn das Geschäft aufgrund der Besteuerung realisierter Kapitalgewinne faktisch liquidiert werden müsste. Wir werden ohnehin in den nächsten Jahren grosse Probleme haben, Nachfolgelösungen zu finden. Das bedeutet weiter hohe Arbeitslosigkeit, und ich frage mich dann schon: Wie viel sind Arbeitsplätze in diesem Land überhaupt wert?

Hier geht es also wortwörtlich an die Substanz des Schweizer Firmenbestandes. Über 80 Prozent der Unternehmen in der Schweiz sind Familienunternehmen, knapp die Hälfte davon wird familienintern weitergegeben. Die Initiative ist also unlogisch, sie ist schädlich; man kann diese Juso-Initiative nur so bezeichnen. Man kann sie also nur ablehnen.

Porchet Léonore (G, VD): Douze milliards. Douze milliards, c'est la fortune estimée d'un ancien conseiller fédéral qui a osé demander rétroactivement ses rentes après son passage au Conseil fédéral. C'est le montant auquel sa fortune est estimée. Il faudrait 160 000 ans à une infirmière pour réunir le même montant, 240 000 ans à une caissière, et cela, c'est sans compter les charges. C'est une société inégalitaire que je vous décris là, où les super-riches possèdent plus que quasi toute la population, où la richesse se crée elle-même, où elle se transmet de génération en génération, où elle ne correspond pas au travail, ni à l'apport à la société, ou en tout cas que très marginalement.

Le patrimoine est taxé, proportionnellement au travail, de manière beaucoup moins importante; le travail est donc imposé de manière disproportionnée et il est taxé lourdement. Cela grève les revenus et les capacités



de subsistance des ménages, et je ne parle pas des ménages pauvres, je parle simplement des ménages qui ne sont pas ceux des super-riches. Alors que la production a augmenté ces dernières années, et donc que la richesse des super-riches a augmenté, les salaires – en tout cas leur valeur – a diminué, puisque les primes ont augmenté, les loyers ont augmenté, les prix des biens de consommation ont augmenté. Alors que les salaires n'ont pas augmenté, nous sommes face à un trou, ou en tout cas un futur trou, dans le financement de l'AVS, alors qu'il suffirait de payer correctement les gens pour le combler.

Cette situation est honteuse. Le capital ne travaille pas, il se construit sur le travail des autres. Cette situation est injuste, parce que, fiscalement, les propriétaires ne sont pas imposés à 100 pour cent, alors que les emplois sont imposés à 100 pour cent. Cette situation est honteuse, parce que la richesse nourrit à l'étouffement les super-riches, alors que d'autres font la queue à Genève pour du pain et des pâtes. Il faut le rappeler: dans notre société, nous voulons de bons salaires, pas des sacs alimentaires.

En 2016, 1 pour cent de la population suisse possédait 40 pour cent des richesses totales. La crise du Covid-19 a non seulement rendu visible cette pauvreté et ces inégalités, mais elle les a aussi accentuées. Les ultrariches deviennent de plus en plus riches, alors que les pauvres deviennent de plus en plus pauvres.

Il est donc essentiel aujourd'hui de lutter contre les inégalités. Cela est non seulement essentiel, mais aussi vital, parce que c'est une mesure d'égalité. C'est aussi une mesure d'écologie, car Oxfam l'a dit récemment, 1 pour cent des plus riches polluent deux fois plus que la moitié des plus pauvres de la population. Ceux qui possèdent le plus polluent le plus. Le capital sans limite, sans générosité, sans redistribution, sans lien avec la réalité, détruit nos conditions de vie sur terre. Ces chiffres sont révoltants, tout comme sont révoltants, les chiffres sur le réchauffement de la planète que nous montre le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat. C'est un signe de bonne santé mentale que de le reconnaître, plutôt que de vivre dans le déni face au réchauffement climatique. Les objectifs de l'Accord de Paris, c'est-à-dire une augmentation maximale de 1,5 degré, sont intenables avec la politique actuelle. Notre loi sur le CO₂, sur laquelle nous voterons demain, est complètement insuffisante.

C'est un cri du coeur, donc, des jeunes, ceux qui sont venus sur la Place fédérale, que nous devons comprendre, parce qu'ils sont inquiets pour leur avenir, inquiets face à la réalité physique et à la réalité scientifique. Ils poussent un cri du coeur pour la justice climatique et pour la justice sociale, parce que l'une ne va pas sans l'autre. Le Covid-19 a montré que ceux qui paient le prix des crises, ce sont ceux qui possèdent le moins, et que les crises accentuent ces inégalités. Il y a donc une urgence à rétablir l'égalité et à garantir des conditions de vie sur terre heureuses et dignes à toutes et à tous. Au lieu de défendre l'ancien monde, il faut adapter la société aux urgences sociales et climatiques d'aujourd'hui.

Pour la justice sociale et la justice climatique, qui vont de pair, je vous encourage à accepter cette "initiative 99 pour cent".

Pult Jon (S, GR): (*discuorra vallader*) Jau crai che questa iniziativa ans dat la pussaivladad da discutir davart ina dumonda fundamentala per la giustia en nossa societad, numnadamain davart la dumonda: tgi duess pajar dapli taglia? Tgi che lavura u tgi che fa lavurar ils raps? Atgnamain è il concept da far lavurar ils raps in "fake", in "Etikettenschwindel" sco ch'ins di en bun rumantsch, perquai ch'i n'èn betg ils raps che lavuran, ma igl è outra glied che lavura. Quai vul dir: tgi che ha il privilegi da pudair far lavurar ils raps, fa en realitad lavurar tschellas personas. E nus avain oz ina situaziun cumpletamain malgista, nua che la lavur, la lavur concreta da las personas che creescha ritgezza, che creescha insatge real, vegn taxada cun taglias pli autas che las personas che fan lavurar tschels, che han il privilegi da betg stuair lavurar sez, ma che fan lavurar tschels. E quai stuain nus midar. Nus stuain avoir in equiliber, dapli giustia en noss sistem da taglia, en noss sistem fiscal, e precis quai vul far la "iniziativa 99 pertschient", precis quai.

Vielleicht noch eine eher volkswirtschaftliche Überlegung: In der Theorie und wenn es um Sonntagsreden geht, sagen die allermeisten, dass der Wohlstand, der Fortschritt, all das, was uns als Gesellschaft, als Land ausmacht, darauf basiert, dass tüchtige Menschen hart gearbeitet haben. Aber das widerspiegelt sich nicht in unserem Steuersystem: Wir besteuern diejenigen, die arbeiten, mehr als diejenigen, die andere für sich arbeiten lassen. Die stärkere Belastung des Produktionsfaktors Arbeit ist längerfristig, wenn wir weiterhin darauf bauen wollen, dass Menschen durch ihre Arbeit realen Fortschritt schaffen, auch volkswirtschaftlich nicht richtig. Es braucht mehr Balance, es braucht einen Ausgleich zwischen der Besteuerung der Arbeit und der Besteuerung des Kapitals. Hier setzt diese Initiative an. Ich glaube, wir tun gut daran, uns auf diesen Weg zu begeben, um eine bessere Balance hinzukriegen.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I (Bendahan) zu unterstützen, die tatsächlich eine Gleichheit in der Besteuerung der verschiedenen Einkommensarten will, oder, wenn Sie das nicht tun, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, die im Bereich der Besteuerung noch etwas konsequenter einen Ausgleich zwischen den



Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital schafft.

(discuorra vallader) Oz avain nus la schanza da dar in signal da dapli justia per tut quels che lavuran.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Es ist wieder einmal Klassenkampfstimmung angesagt: hier die Guten, da die Bösen, hier die Armen, da die Reichen, hier die Fleissigen, da die Faulen. Es lebt sich einfach mit diesem schablonenartigen Schwarz-Weiss-Denken. Doch die Welt ist doch ein wenig komplexer, als plumpe Parolen es erahnen lassen. So unterliegen die Jungsozialisten mit ihrer "99-Prozent-Initiative" mehreren Trugschlüssen.

1. Geld allein erfülle keine Aufgabe: Die Initianten zeichnen oftmals ein Bild von Abzockern, welche zwar viel Geld besitzen, im Gegensatz zu den Angestellten aber nicht arbeiten und anpacken, weshalb ihre Funktion nicht wichtig sei. Dabei wird einerseits verkannt, dass das Kapital in der Schweiz viel diverser verteilt ist, als uns die Initiative mit 99 Prozent gegenüber 1 Prozent weismachen will. Andererseits wird ausser Acht gelassen, dass eine Volkswirtschaft ohne Kapital langfristig nicht gedeihen kann. Gerade innovative Länder wie die Schweiz sind auf Kapitalgeber angewiesen. Diese übernehmen durch ihre Investition ein Risiko und haften im Falle eines Misserfolgs. Wenn ein solches Risiko nicht angemessen

AB 2020 N 1871 / BO 2020 N 1871

entschädigt wird, geht man es ganz einfach nicht mehr ein. Die Konsequenzen daraus wären verheerend: Schweizer Jungunternehmen, oftmals Spin-offs von Schweizer Hochschulen, müssten im Ausland nach einer Finanzierung suchen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen darauf, wo die Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber nicht nur junge, neue Ideen hätten es schwer, an Kapital zu kommen. Bestehende Investitionen müssten neu danach bewertet werden, ob die Entschädigung für das eingegangene Risiko nach wie vor angemessen ist. Wie Sie hören: Die Initiative hätte einen Investitionsstopp zur Folge, der sich direkt nicht nur auf die Anzahl, sondern auch auf die Qualität der Arbeitsplätze hier in der Schweiz auswirkte.

2. Reiche seien ärmer zu machen, um Arme zu unterstützen: Die Initianten denken kurzfristig, indem sie allfällige Mehreinnahmen direkt umverteilen wollen. Es bleibt fraglich, ob langfristig mehr Steuereinnahmen generiert würden, gehen doch führende Ökonomen bei einer solchen Initiative davon aus, dass die Investitionstätigkeit markant zurückgehen würde. Da eine unverhältnismässige Schröpfung von Kapitalgebern zu einem Rückgang der Investitionen führen würde, wäre den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht geholfen. Neue Arbeitsplätze würden im Ausland geschaffen, dort, wo Investitionen nach wie vor willkommen sind.

3. Kapital sei sesshaft: Als ehemaliger Bankmitarbeiter habe ich erlebt, was es heisst, wenn andere Länder neue Steuern auf Investitionen beschliessen. Das Kapital wird schnell neu alloziert. Nichts auf der Welt ist so mobil wie das Kapital. Gerade als kleines Land sind wir auf Investitionen aus aller Welt angewiesen. Eine übertriebene Steuer würde wichtiges Geld aus der Schweiz abziehen. Das kann niemand wollen. Der Fakt, dass jemand mehr besitzt als jemand anders, ist doch nicht verwerflich. Wichtig in der Schweiz ist die soziale Mobilität. Die ist gegeben. Drei Viertel der Kinder aus den ärmsten 20 Prozent bei den Einkommen schaffen es, in ein anderes Segment zu kommen. Sie nutzen die soziale Mobilität von unten nach oben. Das ist entscheidend in diesem Land. Hinter der sozialen Mobilität stehen Arbeitgeber, Lehrfirmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Ja, ein Arbeiter, der Lohn bezieht, arbeitet viel und hart, auch eine Arbeiterin arbeitet viel und hart. Aber sie können auch nur arbeiten, wenn die Maschinen da sind, wenn die Patente da sind, wenn die Büros da sind. Und dafür wird Kapital benötigt.

Das Kapital wird heute schon mehrfach besteuert. Es wird mit einer Vermögenssteuer besteuert. Man zahlt auf die Dividenden Steuern. Bevor man die Dividenden ausschütten kann, bezahlt man Gewinnsteuern. Jeder Franken wird in der Schweiz schon zwei- bis dreimal besteuert, wenn man unternehmerisch aktiv wird. Genau diese unternehmerische Aktivität will die Juso noch ein viertes Mal bestrafen. Das geht einfach zu weit.

Deshalb: Sagen wir Nein zu dieser Klassenkampf-Initiative, und schaffen wir gute Voraussetzungen für Investitionen in den Schweizer Werkplatz!

Molina Fabian (S, ZH): "Denn die einen sind im Dunkeln, und die anderen sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht." Was Bertolt Brecht 1930 dichtete, hat uns die Corona-Krise mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Es gibt gewaltige Unterschiede in der Art und Weise, in der wir von der Krise betroffen sind. Am allerstärksten sind neben den Risikogruppen jetzt die Menschen betroffen, die auf ihrem Konto nicht Millionen zählen. Es sind die Selbstständigen, es sind die KMU, es sind die Freischaffenden, und es sind die Millionen Angestellten in diesem Land, die nach wie vor unter dieser Krise leiden müssen.

1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt 45 Prozent des globalen Vermögens, und die Corona-Krise verstärkt diese Tendenz noch. Die Schweiz steht nicht besser da: Im letzten Jahr haben die reichsten 300 Personen



ihr Vermögen um 27 Milliarden Franken gesteigert. Und auch in diesem Corona-Jahr wird sich der Trend nicht kehren, obwohl Hunderttausende von Menschen in der Arbeitslosigkeit oder in der Kurzarbeit stecken und um ihre finanzielle Zukunft bangen.

Das ist nicht nur eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, es ist auch eine Gefahr für unsere Demokratie. Wenn sich ein paar wenige alles kaufen können, dann können sie auch unsere Demokratie erpressen und lenken – und das ist der Schweiz unwürdig.

Mit der vorliegenden "99-Prozent-Initiative" der Juso haben wir die Chance, etwas gegen diese Ungleichheit zu tun. Wir haben die Chance, der Pflegefachfrau, dem Bauarbeiter oder dem Coiffeur, die jeden Tag hart für ihr Geld arbeiten, etwas zurückzugeben. Wir haben die Chance, den Wohlstand in der Schweiz etwas fairer zu verteilen.

Auf Bundesebene sind Kapitaleinkommen, also Zinsen oder Dividenden, derzeit nur im Umfang von 70 Prozent zu versteuern. Personen, die für ihr Geld arbeiten und Lohn Einkommen verdienen, müssen es aber im Umfang von 100 Prozent versteuern. Das Ziel der Initiative ist nichts als fair und volkswirtschaftlich vernünftig. Es besteht darin, dass man Kapitaleinkommen mit dem Faktor 1,5 gewichtet. Wer jährlich Millionen an Dividenden verdient, soll sein Geld anständig versteuern müssen, denn Geld arbeitet nicht, Menschen arbeiten. Mit den Mehreinnahmen könnten untere und mittlere Einkommen entlastet werden, es könnten Kitas, Spitäler, Altenheime oder der Kampf gegen die Klimakrise finanziert werden.

Wir haben während der Corona-Krise immer von Solidarität gesprochen, von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Jetzt liegt es an uns als Parlament, den Worten Taten folgen zu lassen. Wir haben heute die Wahl. Wenn wir Politik nicht mehr nur für die im Lichte, sondern für alle, auch für die im Dunkeln, machen wollen, dann müssen wir heute zur "99-Prozent-Initiative" Ja sagen.

Je vous invite donc à soutenir l'initiative et le contre-projet en acceptant les minorités Wermuth et Bendahan.

Glättli Balthasar (G, ZH): Pour nous, les Verts, la justice est un enjeu principal. On lutte pour la justice climatique, on lutte aussi pour la justice sociale. Dans une situation où on doit se rendre compte que le 1 pour cent des plus riches du monde émet deux fois plus de gaz à effet de serre que la moitié la plus pauvre de la population, il est clair que la question de l'égalité ou de l'inégalité est étroitement liée à la question de l'écologie. Dans le contexte de la discussion sur la lutte contre le réchauffement climatique, dans la discussion également autour de la loi sur le CO₂, les opposants, notamment de droite, ont toujours dit qu'ils craignaient que cette loi crée une injustice, qu'elle soit trop dure pour les plus pauvres dans ce pays. Pour ceux qui croiraient à cette argumentation – qui n'a jamais vraiment été mise en avant en y croyant –, c'est maintenant le moment de prouver que vous estimez juste que ceux qui au niveau économique ont des épaules plus fortes puissent aussi contribuer de manière plus importante à trouver des solutions dans notre pays.

C'est là la preuve que vous devez apporter pour prouver votre sérieux, pour peu que vous vouliez vous occuper de la question sociale. Je n'y crois pas, d'après ce que j'ai entendu maintenant, en lien avec la présente discussion sur cette initiative.

On doit aussi mettre en avant un point important, à savoir que cette initiative ne vise pas à taxer ce qu'on gagne en travaillant. Bien au contraire! Elle vise à réduire les coûts du travail; elle vise à réduire les impôts sur le produit du travail et à augmenter les impôts sur le capital. Cela devrait parler à tous ceux qui se disent libéraux. En effet, si on se dit libéral, cela signifie qu'on doit avoir la liberté de créer par son travail une situation financière positive; on doit avoir de bonnes idées, être innovant. Mais le capital, et encore plus le capital hérité, c'est une chose qui n'est absolument pas libérale. Parce que le libéralisme, son idéal, c'est que chacun puisse se nourrir des fruits de son travail, pour lui-même et pour la communauté. Mais, dans les faits, tout le monde devrait partir du même niveau au début de sa vie, pour pouvoir créer sa propre richesse. C'est pourquoi ceux qui disent que cette initiative est radicale passent à côté de sa signification centrale. Avec cette initiative, on veut une société responsable, sociale, qui fasse reposer le soutien au tissu social sur les

AB 2020 N 1872 / BO 2020 N 1872

épaules de ceux qui ont plus que les autres. Et cette initiative doit, de l'autre côté, faciliter les choses, pour que ceux qui ne gagnent pas autant puissent quand même aussi avoir quelque chose pour vivre.

Cette initiative va avoir un effet positif, non seulement pour les pauvres, mais aussi pour la classe moyenne. C'est pourquoi le groupe des Verts la soutient.

Grin Jean-Pierre (V, VD): Monsieur Glättli, vous faites beaucoup de questions et de remarques, mais savez-vous que ce sont 20 pour cent des contribuables qui paient 80 pour cent de l'impôt perçu globalement?

Glättli Balthasar (G, ZH): Oui, et c'est en effet correct ainsi. Et on ne doit pas se demander pourquoi ces 20



pour cent de contribuables doivent payer ces 80 pour cent d'impôts, mais pourquoi est-ce qu'ils peuvent le faire. En effet, la richesse ne se crée pas seule; la richesse n'est pas créée par un individu, mais par le travail collectif de notre société.

Storni Bruno (S, TI): Lo scorso anno, il bisettimanale "Bilanz", nell'annuale statistica sui grandi capitali, informava che in Svizzera i 300 più facoltosi possiedono 700 miliardi di franchi; per rapporto al 2018 questo patrimonio è cresciuto del 4 per cento. Dal 1989, cioè da quando si stilano queste classifiche, il patrimonio è più che triplicato, passando da 200 a 700 miliardi di franchi. Sono patrimoni cresciuti sicuramente per meriti imprenditoriali, ma anche per il forte generale aumento del valore dei titoli borsistici. Negli ultimi trent'anni, malgrado le pesanti crisi finanziarie, l'indice SMI è cresciuto da 1600 a 8000 punti – più del 500 per cento. Attualmente, malgrado la crisi Covid-19, che ha già generato 50 000 disoccupati e causato un crollo del PIL del 10 per cento, l'indice ha già recuperato le perdite di marzo e si trova di nuovo sopra i livelli di un anno fa. Anche gli utili da capitale in questi anni sono cresciuti notevolmente, come possiamo leggere in dettaglio nella risposta all'interrogazione Badran 16.1061, "La distribuzione dei dividendi in Svizzera". Il volume dei dividendi distribuiti, sia quelli tassati con l'imposta preventiva che quelli tassati attraverso i canali di notifica nazionale e internazionale, è passato da 33 miliardi nel 1996 a 264 miliardi di franchi nel 2015, il che corrisponde ad un aumento del 800 per cento in vent'anni. Dividendi in crescita anche per aziende che chiudono i conti con diminuzione degli utili, e in molti casi i dividendi superano la massa salariale. Parallelamente, in questi anni abbiamo però assistito all'aumento del tasso di povertà. I premi di cassa malati, negli ultimi anni, sono più che raddoppiati e anche gli affitti sono cresciuti ben oltre il rincaro. I sussidi sui premi di cassa malati non hanno seguito l'aumento dei premi, e il reddito disponibile per molti è nettamente diminuito. L'aumento degli indici di borsa è anche frutto di continue ristrutturazioni di aziende tendenti ad aumentare gli utili, riducendo il costo del lavoro limitando la massa salariale anche tramite licenziamenti.

La forbice tra il reddito di chi lavora e produce e il reddito da capitale che produce nuovo capitale, si apre sempre di più. Il capitale rende sempre di più, e a livello fiscale gode ancora di vantaggi di posizioni contrari anche al principio dell'imposizione progressiva.

L'articolo 127 della Costituzione federale sancisce che l'imposizione fiscale dev'essere equa. I sistemi fiscali della Confederazione e dei cantoni devono soddisfare il principio dell'imposizione secondo la capacità economica. Ma intanto, oltre a non tassare il cosiddetto capital gain, in Svizzera abbiamo l'imposizione parziale o attenuata dei dividendi, accordata a investitori che controllano almeno il 10 per cento del capitale azionario – dividendi che vengono conteggiati per l'imposta sul reddito solo al 70 per cento.

Il reddito da capitale quindi è fiscalmente favorito per rapporto al reddito da lavoro, che porta all'ingiustificata penalizzazione del reddito da lavoro imposto al 142 per cento per rapporto a quello da capitale – in certi cantoni si arriva al 166 per cento. È una situazione sempre meno sostenibile.

Con l'iniziativa popolare della Giso "Sgravare i salari, tassare equamente il capitale" vogliamo correggere questa distorsione anche di fronte alla forte crescita del reddito da capitale per rapporto alla stagnazione e, per molti, alla diminuzione del reddito da lavoro e del potere d'acquisto.

Vi invito quindi ad accogliere l'iniziativa popolare.

Schläpfer Therese (V, ZH): Die vorliegende Initiative ist leider etwas unklar formuliert. Es soll wohl eine Aktiengewinnsteuer durch die Hintertüre eingeführt werden. Zuerst mal zur Definition: Kapitaleinkommen ist die Entschädigung in Form von Zinsen und Dividenden für geliehenes Geld. Aber im Argumentarium der Initianten steht unter anderem, dass auch Wertsteigerungen bei Immobilien darunterfallen sollen – die nicht zum Kapitaleinkommen gehören –, was ein Beweis dafür ist, dass schlussendlich alle möglichen Einnahmen der Zusatzbesteuerung unterliegen sollen. So kann beispielsweise eine Aktiengewinnsteuer eingeführt werden. Wenn also ein Kleinanleger ein paar Tesla-Aktien kauft und damit einen Gewinn realisiert, könnte dieser neu besteuert werden. Davon wären beileibe nicht nur die gescholtenen Superreichen betroffen, sondern Hunderttausende von Anlegern, also auch Lehrer und Arbeiter und sämtliche der über eineinhalb Millionen aktiven Anleger in der Schweiz.

Eine Vermögenssteuer, wie sie die Schweiz kennt, gibt es übrigens weltweit nur noch in Norwegen und Frankreich; und Frankreich ist dabei, die Steuer abzuschaffen. Es handelt sich hier um schon einmal versteuertes Geld; diese Steuer sollte man eigentlich abschaffen, nicht stärken. Höhere Kapitalsteuern führen tendenziell eher zu einer Verteuerung. Auch private Vermieter würden wahrscheinlich die Mietzinsen erhöhen, um die zusätzlichen Steuern zu decken. Ein Rechenbeispiel: Ein privater Vermieter hat vor Jahren als Altersvorsorge eine Liegenschaft mit sechs Wohnungen erworben, diese ist nun 2 Millionen Franken wert; Bares hat er davon nicht. Die Vermögenssteuer steigt um 1 Prozent; der Eigentümer müsste dann 20 000 Franken mehr Steuern



abliefern, was pro Wohnung und Jahr 3300 Franken ausmacht und monatlich etwa 200 Franken. Der Vermieter wird gezwungen, diese Mehrkosten auf die Mieter abzuwälzen. Diese Initiative schadet also den Mietern und ist nicht sozial.

Jeder einfache Einfamilienhausbesitzer wäre ebenfalls betroffen, denn jedes Haus hat sich in den letzten Jahren verteuert. Die Initianten sprechen von beispielsweise 100 000 Franken als Grenze, ohne dabei zu unterscheiden, ob das Vermögen oder das Einkommen gemeint ist. Oder wird der Eigenmietwert auch noch dazugezählt? Die Initianten sagen Nein, aber eben nur mündlich, im Initiativtext steht davon nichts. Unklarheiten überall! Das Parlament muss die Gesetze zur Initiative erlassen. Die Erfahrung zeigt, dass hier viel passieren kann. Der Urnengänger weiss absolut nicht, worauf er sich einlässt und was ihn bei einem Ja erwartet, ausser garantiert steigende Steuern, was eine allgemeine Teuerung nach sich zieht. Werden plötzlich zusätzliche Steuermittel ins Ausland oder ins Asylwesen fliessen usw.? Geldverteilen ist so schön.

Die Initianten sprechen immer wieder von den Superreichen. Dabei sind die arbeitende Bevölkerung sowie Familienunternehmen betroffen, denn die Dividendenbesteuerung von Grossaktionären von KMU wurde auf 60 Prozent reduziert, damit eine Firma bei einem Generationenwechsel nicht aufgelöst werden muss, sondern weitergeführt werden kann. Auch diese Reduktion müsste wegfallen, oder die Besteuerung müsste zumindest wieder auf 90 Prozent erhöht werden.

Die Volksinitiative scheint auch die Einheit der Materie zu verletzen. Der Zusammenhang zwischen einer Besteuerung und diversen Finanzierungen im Bereich der sozialen Wohlfahrt ist schwer nachvollziehbar. In der Schweiz hat es jeder in der Hand, seinen Weg und, falls er das will, sein Glück zu machen. Nicht Herkunft, sondern Ausbildung, Wille und Leistung bestimmen in der Schweiz, ob man nach oben kommt. Im Übrigen ist in der Schweiz die Vermögensverteilung recht demokratisch. Beim Gini-Index, welcher weltweit mit 60 die grösste Ungleichheit und mit 23 die kleinste darstellt, liegt die Schweiz mit 32 sehr gut im Rennen. In Europa ist die Schweiz das Land mit der ausgewogensten Einkommenssteuer vor Steuern und Unterstützungszahlungen.

AB 2020 N 1873 / BO 2020 N 1873

Der Schaden dessen, was hier in eine Initiative gegossen werden soll, ist weit grösser als der Nutzen. Die jungen Sozialisten sind hier klar übers Ziel hinausgeschossen.

Deshalb empfehle ich diese Initiative zur Ablehnung.

Meyer Mattea (S, ZH): In der Schweiz gibt es Menschen, die jeden Tag reicher werden – nicht weil sie am Morgen früh aufstehen und arbeiten gehen, sondern weil sie derart viel Geld besitzen, dass sie von den Zinsen ihres Vermögens leben können. Rund ein Prozent der Bevölkerung hat so viel Geld, dass darauf pro Jahr 100 000 Franken an Zinsen und Dividendeneinnahmen anfallen. Dann gibt es Menschen, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten gehen, krampfen und am Ende des Monats nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Über eine halbe Million Menschen in diesem Land sind von Armut betroffen. Das ist die Realität in unserem Land.

Die Ungleichheit zwischen denen, die arbeiten, und denen, die besitzen, wird immer grösser. Das sagen nicht nur die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, es macht mittlerweile sogar dem Internationalen Währungsfonds Sorgen – wahrlich nicht eine linke Organisation. Kristalina Georgieva, die Direktorin des IWF, schreibt dazu: "An der Spitze der Einkommensverteilung können die Steuersätze erhöht werden, ohne dass das Wirtschaftswachstum darunter leidet." Deshalb schlägt der IWF auch eine höhere Steuerbelastung vor, um diese Ungleichheit zu stoppen. Er ist nicht alleine damit. In den USA gibt es eine regelrechte Bewegung von Millionären und Milliardenären, die sagen: "Besteuert uns stärker, wir wollen diese Steuern bezahlen." Ja, Kollege Silberschmidt, Sie können schon kommen und sagen: Hört mal auf mit diesem Klassenkampf! Man kann auch einmal hinstehen und sagen, dass dieses viel propagierte Trickle-down-Prinzip – wenn man den Reichen gibt und es denen gutgeht, geht es allen anderen auch gut – in der Realität einfach schlichtweg nicht funktioniert. In der letzten Zeit konnten die 300 reichsten Schweizerinnen und Schweizer Jahr für Jahr ihr Vermögen um 60 Milliarden Franken erhöhen. 60 Milliarden Franken: Das ist nahezu so viel Geld, wie der Bund Jahr für Jahr für 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ausgibt – das sind die Dimensionen, über die wir hier diskutieren. Dieser Vermögenszuwachs bei den 300 Reichsten passiert nicht einfach so. Dahinter steckt die Arbeit von Menschen, die tagtäglich im Büro stehen; dahinter stecken Menschen, die überbezahlte Mieten bezahlen und diese Vermögenszuwächse überhaupt ermöglichen. Genau hier setzt die "99-Prozent-Initiative" an, indem sie Kapitaleinkommen ab einer bestimmten Höhe stärker, zu 150 Prozent, besteuern will. Kritikerinnen und Kritiker, wir haben es heute mehrfach gehört, schimpfen diese Initiative radikal. Nein, nicht die Forderung, Kapital endlich wieder anständig zu besteuern, ist radikal – das, was eine rechte Mehrheit hier seit Jahren tut,



ist radikal: Kapital zu entlasten und privilegiert zu besteuern.

Wir haben die Situation, dass Dividenden in sehr vielen Kantonen privilegiert besteuert werden; sie werden bis zu 50 Prozent privilegiert. Umgerechnet auf ein Lohneinkommen, bedeutet das: Ich verdiene zwar 70 000 Franken pro Jahr, muss aber nicht auf diesen 70 000 Franken Steuern bezahlen, sondern lediglich auf 35 000 Franken. So eine Situation gibt es für die Menschen, die arbeiten oder in Pension sind, nirgends. Die Kehrseite der Situation, dass wir jetzt seit Jahren das Kapital entlasten, ist, dass eben auf der anderen Seite Lohn- und Renteneinkommen stärker belastet werden, nicht nur mit Steuern: Es muss immer mehr Geld für Prämien ausgegeben, immer mehr Geld für Mieten bezahlt oder immer mehr Geld z. B. für externe Kinderbetreuung aufgewendet werden. Ja, Kapital soll in Zukunft wieder stärker besteuert werden; nicht einfach so, sondern um eben Steuern auf tiefe und mittlere Löhne und Renten senken, um Krankenkassenprämien oder Kinderkrippenkosten senken zu können.

Geschätzte Kollegin Schläpfer, es liegt nicht an Ihnen, darüber zu urteilen, ob die Initiative die Einheit der Materie verletzt; dies wurde bereits überprüft, die Initiative wurde als gültig erklärt. Sie ist nicht radikal, sie ist vernünftig.

Ich bitte Sie, der Minderheit II (Wermuth) und der Minderheit I (Bendahani) zuzustimmen.

Cottier Damien (RL, NE): Madame Meyer, je vous dirai, comme M. Silberschmidt: arrêtez avec la lutte des classes! A écouter certains des propos qu'on a entendus aujourd'hui, et à vous écouter tout à l'heure, on a l'impression que la plupart des entrepreneurs de Suisse sont des gens qui sont assis sur leur fauteuil toute la journée, à attendre que leur capital fructifie. Ce n'est pas la réalité! 99,7 pour cent des entreprises dans notre pays sont des petites et moyennes entreprises, et elles représentent deux tiers des emplois du secteur privé. Et je peux vous dire que les personnes qui sont à la tête de ces entreprises sont généralement des personnes qui travaillent beaucoup, et qui n'attendent pas que leur capital fructifie. Mais elles ont besoin de ce capital, pour assurer le bon fonctionnement de leur entreprise.

Les PME, c'est la colonne vertébrale de notre économie. Or, de nombreuses petites et moyennes entreprises, à peu près 80 pour cent d'entre elles, ont une structure familiale. Et, dans la moitié des cas, elles sont transmises au sein de la famille. Dans de tels cas, un gain en capital de plus de 100 000 francs, qui est le seuil évoqué par les initiants, bien que leur texte ne précise pas ce point – comme il ne précise d'ailleurs pas beaucoup d'autres points –, ce seuil de 100 000 francs est fréquemment atteint lors d'une transmission, même pour des entreprises dont les propriétaires n'ont absolument rien ni de Crésus ni de l'oncle Picsou, contrairement à ce que semblent penser la Jeunesse socialiste et une partie de cette assemblée. Il s'agit tout bonnement de rémunérer les propriétaires et d'indemniser les autres membres de la famille pour la transaction. Et l'impact de l'initiative sur de telles opérations serait massif, ce qui réduirait fortement la capacité d'action financière de ces entreprises.

Par ailleurs, le renchérissement du capital prévu par l'initiative serait également un problème de taille pour les start-up, qui s'appuient souvent sur un intéressement via des prises de participation au capital, car elles ne peuvent pas verser des salaires élevés.

Enfin, les auteurs de l'initiative partent de l'idée que le capital est peu imposé en Suisse. Or, c'est faux, notamment car le revenu du capital est fiscalisé via une imposition sur la fortune déjà "très lourde" – et je cite ici le Conseil fédéral qui l'écrit dans son message. De fait, cette imposition est supérieure à la moyenne de l'OCDE. Imposer davantage n'est donc pas imposer plus "équitablement", comme le prétend le titre de l'initiative.

Je représente une région, le canton de Neuchâtel et, plus largement, l'Arc jurassien, qui est très industrielle, dans laquelle les PME doivent se battre au quotidien pour résister à la concurrence internationale et continuer à se positionner sur des marchés très compétitifs. C'est avec ce contexte à l'esprit que je pose les trois questions suivantes, toutes simples: voulons-nous affaiblir nos PME, voulons-nous pénaliser les start-up, voulons-nous alourdir un type de fiscalité qui n'est déjà pas particulièrement attractive en Suisse?

A ces trois questions, je vous propose de répondre clairement non, ce d'autant plus que la nécessité d'agir n'a rien d'évidente, car le niveau de répartition des revenus est relativement homogène en Suisse, comme le montre le Conseil fédéral dans son message, en évoquant notamment l'indice de Gini. En fait, cette initiative répond mal à un problème qui ne se pose pas vraiment.

En cette journée du plurilinguisme, et avec l'appui de ce joli ouvrage que nous avons reçu et qui s'intitule "D'une pierre quatre coups", je vous propose de dire, en romanche: Ils iniziants mettan la scrotta sper la rusna; en italien: Gli autori dell'iniziativa prendono un granchio; en allemand: Die Initianten haben mit dieser Initiative den Bock abgeschossen. Et donc les initiants se mettent le doigt dans l'oeil!

Je vous recommande dès lors le rejet de cette initiative, sans contre-projet.



Fivaz Fabien (G, NE): La théorie du ruissellement, si chère aux économistes libéraux, est un mythe. Les inégalités sociales augmentent presque partout dans le monde. Si

AB 2020 N 1874 / BO 2020 N 1874

pendant longtemps on a pu penser que la Suisse était épargnée, des études récentes montrent que le mouvement nous touche aussi. Les inégalités de revenu sont stables, mais les inégalités de fortune augmentent depuis plus de quinze ans.

Das ist nur ein Teil des Problems. Die Löhne stagnieren, und die fixen Haushaltskosten, insbesondere Mieten und Krankenkassenprämien, steigen. Die soziale Unsicherheit bedroht zunehmend die Einkommensmitte.

Die Covid-19-Krise wird sicherlich einen negativen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen haben. Es wird sicherlich zu Einschnitten bei den Sozialleistungen kommen. Die ersten Budgets für 2021 in den Kantonen sind da eindeutig: Leider gehen Sparbudgets immer Hand in Hand mit Kürzungen bei der Unterstützung der Ärmsten und der Familien.

La crise du Covid-19 nous a fait réaliser, quand tout s'arrête, l'importance des métiers parmi les moins bien rémunérés, des métiers souvent précaires, par exemple dans la vente ou les soins. Elle nous a fait prendre conscience de l'importance des tâches non rémunérées – s'occuper des enfants, s'occuper de ses proches; des métiers et des tâches typiquement féminins, des métiers et des tâches souvent portés par des personnes issues de l'immigration. Mais, pendant que les 99 pour cent ramment, le 1 pour cent restant encaisse. Pendant la crise du Covid-19, une très petite minorité de personnes, assises sur leur capital, ont engrangé des sommes colossales, sans rien faire.

Es ist nicht nur eine finanzielle Frage. Gemäss einer kürzlich erschienenen Oxfam-Studie stösst das reichste eine Prozent so viel CO2 aus wie die ärmere Hälfte der Welt. Die Häufung von Kapital in den Händen einer kleinen Minderheit ist nicht nur ein Problem der sozialen Gerechtigkeit: Sie führt auch zu massivem Ressourcenverbrauch.

De la part de la droite libérale, qui prône l'importance du travail pour l'économie, il est étonnant de voir à quel point on protège des capitaux qui ne créent aucune place de travail, aucune richesse pour notre société, qui ne créent aucune innovation ou amélioration sociale. Il est temps de rétablir un équilibre entre l'imposition du travail et des dividendes.

L'"initiative 99 pour cent" – je l'aurais appelée "Robin des Bois" – tombe à point nommé. Elle est adéquate et proportionnée, parce qu'elle ne touche qu'une toute petite partie de la population, mais avec quel effet pour le reste! La proposition formulée par le biais de cette initiative permettrait des rentrées fiscales de plusieurs milliards de francs, des milliards qui doivent permettre de soutenir les personnes aux revenus les plus bas, en abaissant leur imposition et en soutenant des dépenses qui améliorent le bien-être social – j'en ai des dollars dans les yeux!

Im Namen der sozialen Gerechtigkeit und der Klimagerechtigkeit, im Namen der 99 Prozent bitte ich Sie, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Steinemann Barbara (V, ZH): Herr Fivaz, Sie haben gesagt, die Löhne würden stagnieren. Wollen Sie uns nicht im Rahmen der Abstimmungskampagne gegen die Begrenzungs-Initiative genau das Gegenteil weismachen?

Fivaz Fabien (G, NE): Je ne crois pas que la question se pose ici. Le problème des salaires, ce n'est pas de savoir si on doit avoir des migrants ou pas en Suisse, de savoir si on doit arrêter d'être aligné sur l'Union européenne. Le problème de l'initiative, c'est qu'elle ne crée aucun bien-être en Suisse. Ce n'est pas parce qu'on va arrêter d'engager des Européens qu'on va engager des Suisses. On doit investir dans la formation; on doit investir dans d'autres domaines, plutôt que de remettre en question notre lien avec l'Union européenne. Je crois aussi que, dans le cadre de l'initiative, notre lien économique avec l'Union européenne est important. Et vous ne pouvez pas avoir le beurre et l'argent du beurre, en arrêtant d'un côté et en espérant simplement que l'Union européenne va nous aider de l'autre. Ce n'est pas comme cela que cela fonctionne.

Badran Jacqueline (S, ZH): Erinnerst dich jemand noch an die Fünfziger-, Sechziger-, Siebziger-, Achtzigerjahre, als wir sagenhafte Wachstumsraten des BIP pro Kopf hatten? Wissen Sie, was die drei Erfolgsrezepte für diese sensationelle Wirtschaftsentwicklung waren? Erstens: eine sozialdemokratische, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, d. h. Kaufkraft für alle: jedem seinen Kühlschrank, jedem sein Auto. Die Produktivitätsgewinne flossen in Form von wesentlich besseren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten an die arbeitende Bevölkerung. Zweitens: Grundgüter wie Strom, Wasser usw. wurden, ohne jemandem Gewinne finanzieren zu müssen, zu Selbstkosten von der Gemeinschaft bereitgestellt. Drittens: Kapital wurde sehr hoch besteuert, Arbeit und Konsum dagegen sehr tief. Vier bis fünf Prozent Eigenkapitalrendite waren die Norm.



Das war, über Jahrzehnte hinweg, das Erfolgsmodell der Schweiz. Das hat zur einmaligen Entwicklung eines breiten Mittelstands geführt; die Wissenschaft nennt das "the rise of the middle class". Ab den späteren Neunzigerjahren haben wir diesen Pfad der Tugend verlassen, wir schwenkten um in eine sogenannt angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Erstens: Produktivitätsgewinne flossen statt an die Arbeit ans Kapital. Zweitens: Teile der Grundgüter wurden privatisiert. Drittens: Kapital wurde massiv entlastet, während Arbeit und Konsum in Bund und Kantonen belastet wurden.

Ich erinnere an das Jahr 1999: Abschaffung der Kapitalsteuer auf Bundesebene, Einführung des Holding- und des Statusprivilegs. Ich erinnere an das Jahr 2005 und an die Unternehmenssteuerreform II: Einführung des Dividendenprivilegs und des Kapitaleinlageprinzips. Das, Kollege Cottier, ist Klassenkampf, weil es Umverteilung von Kapital zu Arbeit ist! Das musste nämlich refinanziert werden. Allein in der Stadt Zürich kostete die Entlastung des Kapitals im Kanton Zürich 300 Millionen Franken – jährlich wiederkehrend! Das sind 20 Steuerprozente, um die wir bei den natürlichen Personen nicht runtergehen können. Das ist Umverteilung! Das ist erwiesene Umverteilung – nicht behauptete, wie Sie es immer so salopp formulieren, ohne Evidenzen zu bringen.

Was waren die Folgen dieses Politikwechsels? Die Folgen waren ein mehr oder weniger stagnierendes BIP pro Kopf, mehr oder weniger stagnierende respektive sinkende Realinvestitionen, dafür explodierende Gewinne und Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe zur Steigerung der Eigenkapitalrendite – ach, und ein paar Finanzmarktkrisen. Das war das Gegenteil von "the rise of the middle class": Das war die Stagnation der Mittelklasse.

Und wie soll es weitergehen? Die Wunschliste des Kapitals geht weiter: Die Abschaffung der Verrechnungssteuer steht bevor, die Abschaffung der Stempelsteuer, einer der ältesten Steuersorten, die wir in der Schweiz kennen – neben der Kapitalsteuer, die wir auf Bundesebene schon abgeschafft haben; ich hoffe, unser lieber Bundesrat Ueli Maurer hört zu –, sowie die Abschaffung der Emissionsabgaben. Das ist Klassenkampf, Kollege Cottier! Es geht weiter und weiter so: Das Kapital bestellt, die Arbeit bezahlt.

Das ist falsch! Diese Politik führt eben nicht zu mehr Wohlstand, wie hier seit bald zwanzig Jahren herbeibehauptet wird. Ich wiederhole: Erstens resultieren massiv sinkende Investitionen, dafür explodierende Asset-Preise. Das Geld fliesst eben nicht in Investitionen, sondern in explodierende Aktienwerte und aufgeblähte Immobilienwerte – Andi Silberschmidt, du weisst genau, wovon ich rede. Bring es in Zusammenhang damit, und du hast eine gute Denkleistung vollbracht!

Zweitens resultiert eine Stagnation von Löhnen und BIP pro Kopf, dafür explodieren Gewinne und Dividendenausschüttungen. Im Jahr 1996 wurden noch 33 Milliarden Franken Dividenden ausgeschüttet. 2015 waren es 264 Milliarden Franken. An die Adresse jener, die immer behaupten, das Geld werde investiert: 75 Prozent davon fließen ins Ausland. Wo wird das in den Kreislauf investiert? Das Geld wird eben investiert, wenn man es in der Firma lässt und keine Anreize schafft, es auszuschütten.

Dieser wirtschaftspolitische Pfad ist auch systemwidrig. Ich möchte doch gerne mal die Bürgerlichen hier im Rat daran erinnern, gegen wen sich die bürgerliche Revolution gerichtet hat: gegen die Kapital- und Eigentumsakkumulation in den Händen des Adels und des Klerus. Ziel war, dass das Eigentum und das Kapital breit unter den Bürgern verteilt sind. Das

AB 2020 N 1875 / BO 2020 N 1875

war der Kern Ihres liberalen Freisinns und Ihrer bürgerlichen Tugenden!

Also, kurz und gut: Wir müssen wieder zurück auf den Pfad der Tugend und zu einer Wirtschaftspolitik, die tatsächlich das Erfolgsmodell der Schweiz widerspiegelt und von der empirisch belegt ist, dass sie erfolgreich ist. Deshalb plädiere ich dafür, diese Initiative zu unterstützen. Denn sie bringt uns diesem Erfolgsmodell ein Stück näher.

Maurer Ueli, Bundesrat: Nach diesem Exkurs durch Parteiideologien und Parteiprogramme möchte ich versuchen, Ihnen die Haltung des Bundesrates in dieser Frage etwas darzulegen, und dies auf die pragmatische Art, wie wir im Bundesrat arbeiten.

Der erste Grund, weshalb der Bundesrat die Initiative ablehnt, betrifft das Formale. Es wurde auch von Ihnen hier angesprochen: Es gibt eigentlich drei Mängel an der Initiative, die in der Umsetzung, sollte sie angenommen werden, zu unglaublichen Schwierigkeiten führen könnten. Das eine ist die Frage: Was sind Vermögen, was ist Kapital? Diese Definition fehlt im Verfassungstext. Nach den Voten heute Nachmittag ist das nicht klarer, sondern unklarer geworden. Wenn schon diese Messgrösse nicht klar ist – was ist Vermögen, was ist Kapital? –, wie wollen Sie dann diese Initiative umsetzen?

Der zweite Punkt, der nicht definiert ist, ist die Frage des Schwellenwertes. Wo beginnt diese Besteuerung, ab



welcher Grössenordnung? Auch das ist eine ganz zentrale Frage in der späteren Umsetzung.

Der dritte formale Mangel dieser Initiative schliesslich ist die Frage der Umverteilung. Wie soll das Geld umverteilt werden: über die Steuer, über Sozialbeiträge, über Direktbeiträge? Wer soll davon profitieren: die Grünen, die Jungen, die Alten, wer auch immer? Wer soll von der Umverteilung profitieren, die angestrebt wird, für wen soll das passieren?

Das sind drei wesentliche Mängel. Das dann umzusetzen, ist mehr als die Quadratur des Kreises, es ist fast nicht möglich.

Ich denke, wir sollten uns hier auf die Grundsätze besinnen. Unsere Verfassung soll für die Bürger klar sein, und sie soll verständlich sein. Mit diesem Artikel wird etwas in unsere Verfassung eingefügt, das zu Unsicherheiten führt. Ich würde meinen – schon rein aus Respekt vor der Verfassung, sozusagen dem Grundgesetz unseres Landes -: Es ist falsch und fast fahrlässig, einen solchen Artikel einzufügen, der in der späteren Auslegung eigentlich nur zu Unsicherheiten und zu weiteren ideologischen Auseinandersetzungen führen kann. Selbst wenn Sie materiell im Ansatz für diese Initiative sind: So kann das nicht in die Verfassung geschrieben werden. Diese formalen Mängel sind ein wichtiger Grund für die Ablehnung durch den Bundesrat. Aus Respekt vor der Verfassung bitte ich Sie, die Initiative in dieser Form abzulehnen.

Ein zweiter Grund: Diesem Verfassungstext fehlt eine Gesamtbeurteilung. Als ich die Voten heute Nachmittag hörte, hatte ich das Gefühl, dass Sie auf der grünen Wiese ein neues Steuersystem bauen. Unser Steuersystem ist während Jahrzehnten gewachsen. Mit Feinsteuern und Feintuning korrigieren wir fast jedes Jahr etwas an unserem Steuersystem. Das ist ganz ausgewogen. Wir können nicht einfach auf der grünen Wiese etwas völlig Neues pflanzen.

Vielleicht auch hier vorab ein staatspolitischer Aspekt: Wenn diese Initiative umgesetzt wird, dann entsteht etwas, vor dem wir uns alle fürchten, nämlich eine weitere Verlagerung von den armen zu den reichen Kantonen. Wenn das Kapital auch noch 50 Prozent höher besteuert werden soll, dann werden sich diese Leute, wenn sie in der Schweiz bleiben, sehr wohl überlegen, in welchem Kanton sie Steuern bezahlen. Dann wird dieser Sturm und Drang auf die reichen Kantone noch grösser. Damit ist die Umsetzung dieser Initiative auch staatspolitisch gefährlich, weil sie den Zusammenhalt unseres Landes gefährden kann. Das ist zu berücksichtigen, weil wir ja eben nicht auf der grünen Wiese planen, sondern mit unterschiedlichen kantonalen Steuerkonzepten und Steuerfüssen arbeiten. Die Umsetzung dieser Initiative geht so nicht. Sie ist gefährlich, weil sie eben den Zusammenhalt des Landes gefährden kann.

Die Initiative – und damit komme ich zu einem weiteren konkreten Punkt – möchte eigentlich zwei Dinge: Sie sagt aus, dass die jetzige Besteuerung ungerecht ist, weil sie die Leistung ungenügend berücksichtigt und die Umverteilung nicht stattfindet. Darf ich in Erinnerung rufen – es wurde zwar schon mehrmals gesagt -: Heute bezahlen etwa 50 Prozent der Bevölkerung keine direkte Bundessteuer, und 1 Prozent bezahlt mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Ist hier nicht die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit vielleicht schon überzogen? Stellen Sie sich vor, Sie würden zu diesem einen Prozent gehören, das mehr als 40 Prozent bezahlen muss. Würden Sie das in dieser Position gerecht finden? Ich glaube, wir haben den Bogen angespannt. Hier noch weiter zu gehen, würde den Bogen wahrscheinlich doch überspannen. Wir können also nicht so tun, wie wenn das nicht schon stattfinden würde. Aus den Voten heute habe ich eigentlich gehört, dass das überhaupt nicht stattfindet. Man könnte, etwas übertrieben, sogar sagen: Die Befürworter sagen, die armen Leute dieses Landes bezahlen die reichen. Es ist selbstverständlich eher umgekehrt, wenn 50 Prozent keine direkte Bundessteuer bezahlen und 1 Prozent dafür 40 Prozent.

Sie können das dann auch bei den Kantonen weiterziehen. Auch die Kantone haben Progressionen nach Einkommenshöhe. Auch dort ist eigentlich bereits umgesetzt, was die Initiative fordert, nämlich dass die Leistungsfähigkeit sehr stark besteuert wird. In den letzten Jahren wurden sowohl auf eidgenössischer wie auf kantonalen Ebene tiefere Einkommen entlastet, und höhere Einkommen wurden mehr besteuert. Die Frage ist einfach, wann dieser Bogen überspannt ist oder wann der Krug zerbricht, der zum Brunnen geht. Das ist zur Frage der Besteuerung zu sagen. Aus Sicht des Bundesrates ist das jetzige System ausgereizt, hier lässt sich wohl kaum mehr machen.

Auch die Frage der Umverteilung wurde angesprochen. Die Umverteilung findet mit der hohen Besteuerung der hohen Einkommen, aber auch mit anderen Dingen heute schon statt. Nehmen Sie die AHV: Mehr als zwei Drittel der Leute erhalten mehr AHV, als sie einbezahlen. Also bezahlen die Gutverdienenden mit hohen Lohnabzügen einen Teil dieser AHV-Renten. Das ist gerecht, aber die Frage ist, ob Sie das weiterziehen wollen. Oder nehmen Sie die Prämienverbilligung: Etwa 50 Prozent der Leute, je nach Kanton, erhalten eine Krankenkassenprämienverbilligung. Auch das wird von den höheren Einkommen bezahlt, auch hier finden also Umverteilungen statt. Sie können weitergehen zu Ergänzungsleistungen, Sozialleistungen, Kitas, zu allem Möglichen: Die Umverteilung von Reich zu Arm findet bereits statt.



Es ist ein fein austariertes System. Es gibt Dutzende von Positionen, die diesen Ausgleich heute vornehmen, die immer wieder erkämpft und abgestimmt wurden und ausgewogen sind. Sie können hier nicht einfach auf der grünen Wiese noch etwas umverteilen, von dem Sie nicht einmal wissen, weshalb. Dieser Initiative fehlt also die Gesamtoptik. Bei einer Steuerpolitik, die während Jahrzehnten gewachsen, mit den Kantonen und Gemeinden abgestimmt worden ist, können Sie nicht einfach auf der grünen Wiese ein neues System pflanzen. Das geht so nicht! Das geht so nicht, weil Sie dann überall wieder korrigieren müssten. Sowohl in Bezug auf die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, also in Bezug auf die Besteuerung der hohen Einkommen, als auch in Bezug auf die Umverteilung haben wir aus Sicht des Bundesrates eine Grenze erreicht. Wenn wir diese Umverteilung im Detail anschauen, dann werden wir feststellen, dass in den letzten zehn, zwanzig, dreissig Jahren mehr Geld von Reich zu Arm verschoben wurde. Das war gerechtfertigt, das waren immer Mehrheitsentscheide. Aber diese Initiative geht in dieser Richtung zu weit. Ein dritter Punkt zur Besteuerung des Kapitals oder des Vermögens: Wir haben das bereits. Wir haben das bereits in Bezug auf den Eigenmietwert, der entsprechend besteuert wird. Wir haben das auch in Bezug auf die Grundstückgewinnsteuer, wo der Gewinn ebenfalls entsprechend abgeschöpft wird. Wir haben also bereits Elemente der Besteuerung bei all diesen Punkten. Zudem müssen wir immer auch sehen, dass die Schweiz eines der ganz wenigen verbleibenden Länder ist, die eine Vermögenssteuer kennen. Wenn Sie also Vermögen haben, das in Ihrem Land besteuert wird und in einem

AB 2020 N 1876 / BO 2020 N 1876

anderen nicht, dann ist es relativ einfach – viel einfacher als bei einer Betriebsstätte –, es zu verschieben. Auch hier stellt sich also wieder die Frage, wann dieser Bogen überspannt ist oder wann wir das entsprechende System überlasten.

Ich habe auch etwas darüber gestaunt, dass zur Begründung der Initiative heute im Nachhinein immer die Corona-Krise herangezogen wurde. Als Unterschriften für die Initiative gesammelt wurden, wusste man von der Corona-Krise noch nichts. Es war ideologisch, und jetzt wird die Corona-Krise herangezogen, um zu sagen, wie wichtig das sei. Selbst wenn wir das wollten, könnten wir nicht auf solche Einzelelemente hinweisen.

Wir reden hier ja über die Vermögensbesteuerung, und Sie haben die Dividendenbesteuerung angesprochen. Sie alle – alle! – in diesem Saal profitieren von Dividenden. Nur dank hoher Dividenden und hoher Kapitalerträge sind unsere Sozialwerke noch knapp im Lot. Sowohl die zweite Säule mit einem knappen Kostendeckungsgrad von 100 Prozent wie auch die AHV profitieren davon, dass Kapital vorhanden ist, dass dieses Kapital arbeitet. Sie alle profitieren bei Ihrer Altersvorsorge davon, dass dieses System so ausgelegt ist, wie es eben ausgelegt ist. Wenn Sie hier jetzt am Ast sägen, dann sägen Sie am eigenen Ast.

Also, es braucht dieses System eben. Es mag wie jedes System da und dort vielleicht zu einer Ungerechtigkeit führen, aber das System als Ganzes ist eben etwas, was das Land trägt und von dem alle entsprechend profitieren.

Vielleicht noch ein letzter Punkt. Aus den Voten habe ich gehört, dass man Kapital fast als etwas Unmoralisches darstellt: Nur Arbeit sei gut, und Kapital zu haben, sei unmoralisch. Wer aber Arbeit schaffen will, braucht zuerst Kapital. Er muss investieren, er muss in Arbeitsplätze investieren, muss Arbeitsplätze unterhalten, muss Innovation, Entwicklung, Forschung betreiben. Das alles braucht Geld. Ohne Kapital, das investiert werden kann, funktioniert das nicht. Kapital zu haben, ist nichts Unmoralisches, Kapital zu haben, ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Tätigkeit. Dass sich dieses Kapital dann da und dort anhäuft, das ist gut. Als Finanzminister habe ich eigentlich gerne gut verdienende Leute, weil diese am Schluss den Staat bezahlen. Mit unserem Steuersystem haben wir ein ausgewogenes System. Dieses ausgewogene System ist auch ein Element unseres nationalen Zusammenhaltes. Sie können das System weder auf die eine noch auf die andere Seite überlasten. Im Laufe der Jahre ist bei uns ein Steuersystem entstanden, das diese Ausgewogenheit hat. Da kann man immer wieder diskutieren, wir werden immer wieder Korrekturen vornehmen. Die Initiative ist aber, zusammengefasst, aus formaler Sicht kaum umsetzbar. Sie hat Elemente, die so kaum gehen, und sie gefährdet ein System, das ausgewogen ist, das akzeptiert ist. Sie können das System weder auf die eine noch auf die andere Seite überlasten.

Ich bitte Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Badran Jacqueline (S, ZH): Geschätzter Bundesrat Ueli Maurer, Sie haben jetzt sehr wortreich erklärt, wie die hohen Arbeitseinkommen die tieferen Arbeitseinkommen mitfinanzieren. Das ist unser Umverteilungssystem, da würde ich Ihnen mit keinem Wort widersprechen. Nur: Bei dieser Initiative geht es um die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital, und da habe ich relativ wortreich erklärt, dass wir Milliarden von Arbeit zu Kapital umverteilt haben. (*Teilweise Unruhe; Zwischenruf der Präsidentin: Une brève question!*) Machen Sie etwas



durcheinander, oder habe ich vielleicht etwas falsch verstanden?

Maurer Ueli, Bundesrat: Es braucht keine Zwischenrufe, wir verstehen uns sehr gut – wir lieben uns schon fast ein bisschen. (*Heiterkeit, teilweiser Beifall*) Manchmal funktionieren wir wie ein älteres Ehepaar. In dieser Frage haben wir aber andere ideologische Ansichten. Dort liegt die Begründung für die unterschiedliche Beurteilung. Wir kommen aus einer anderen Ecke, aber wir können auch mit unterschiedlichen Ansichten leben. Das war vielleicht auch ein Abschluss: Sie – links bzw. rechts – beurteilen diese Initiative eben unterschiedlich, aber man kann trotzdem gut miteinander auskommen, auch wenn man eine unterschiedliche Ausgangslage hat.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital"

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Avant de passer à la recommandation de vote concernant l'article 2, nous allons traiter le contre-projet, le projet 2.

2. Bundesbeschluss über die gerechte Kapitalbesteuerung (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern")

2. Arrêté fédéral concernant l'imposition équitable du capital (contre-projet à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit I

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Titel

Bundesbeschluss über die gerechte Kapitalbesteuerung (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 2. April 2019 eingereichten Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 6. März 2020, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 127a Titel

Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen


Ziff. I Art. 127a Abs. 1

Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 100 Prozent steuerbar.

Ziff. I Art. 127a Abs. 2

Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 100 Prozent statt des geltenden reduzierten Steuersatzes oder der Nichtbesteuerung ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen.

Ziff. I Art. 127a Abs. 3

Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

AB 2020 N 1877 / BO 2020 N 1877

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité I

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Titre

Arrêté fédéral concernant l'imposition équitable du capital (Contre-projet à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital" déposée le 2 avril 2019, vu le message du Conseil fédéral du 6 mars 2020, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Ch. I art. 127a titre

Imposition du revenu du capital et du revenu du travail

Ch. I art. 127a al. 1

Les parts du revenu du capital supérieures à un montant défini par la loi sont imposables à hauteur de 100 pour cent.

Ch. I art. 127a al. 2

Les recettes supplémentaires qui découlent de l'imposition à hauteur de 100 pour cent au lieu du taux réduit actuel ou de la non-imposition des parts du revenu du capital au sens de l'alinéa 1 sont affectées à une réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail ou à des paiements de transfert en faveur de la prospérité sociale.

Ch. I art. 127a al. 3

La loi règle les modalités.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.032/21511)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 62 Stimmen

(0 Enthaltungen)



1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern"
1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "über die gerechte Kapitalbesteuerung" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Wermuth, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Abs. 1

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Bendahan, Badran Jacqueline, Baumann, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula, Wermuth)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet "concernant l'imposition équitable du capital", selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition de la minorité II

(Wermuth, Badran Jacqueline, Baumann, Bendahan, Birrer-Heimo, Michaud Gigon, Ryser, Rytz Regula)

Al. 1

... d'accepter l'initiative.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): La proposition de la minorité I (Bendahan) est devenue caduque, parce que le conseil n'est pas entré en matière sur le projet 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.032/21508)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 62 Stimmen

(0 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): L'entrée en matière étant acquise de plein droit, il n'y a pas de

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Herbstsession 2020 • Achtzehnte Sitzung • 24.09.20 • 15h00 • 20.032
Conseil national • Session d'automne 2020 • Dix-huitième séance • 24.09.20 • 15h00 • 20.032



vote sur l'ensemble.

Schluss der Sitzung um 18.50 Uhr
La séance est levée à 18 h 50

AB 2020 N 1878 / BO 2020 N 1878



20.032

**Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern.
Volksinitiative**

**Alléger les impôts sur les salaires,
imposer équitablement le capital.
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Germann Hannes (V, SH), für die Kommission: Die WAK-S hat die "99-Prozent-Initiative", die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern", am 21. Januar 2021 beraten. Der Ständerat ist bei diesem Geschäft Zweitrat.

Unsere Schwesterkommission, die WAK-N, hat am 11. Mai des letzten Jahres das Initiativkomitee und weitere interessierte Kreise angehört, darunter namentlich auch die Kantone. Der Nationalrat ist am 24. September 2020 den Empfehlungen seiner WAK gefolgt und hat die Initiative mit 123 zu 62 Stimmen abgelehnt.

Ihre Kommission empfiehlt Ihnen mit 8 zu 4 Stimmen analog zum Bundesrat und zum Nationalrat, die Initiative abzulehnen. Eine Minderheit beantragt deren Annahme. Der Sprecher der Minderheit wird den Antrag nachher entsprechend begründen. Vorweg weise ich darauf hin, dass Eintreten obligatorisch ist und die Gesamtabstimmung entfällt. Die entscheidende Abstimmung findet im Rahmen der Detailberatung statt.

Was will die "99-Prozent-Initiative" der Juso genau? Die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" hat folgenden offiziellen Wortlaut: "Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Art. 127a, 'Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen'. Absatz 1: Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar. Absatz 2: Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen. Absatz 3: Das Gesetz regelt die Einzelheiten."

Die Initiantinnen und Initianten fordern also, dass Kapitaleinkommen über einem vom Gesetzgeber festzulegenden Betrag, wo immer dieser auch liegen mag, im Umfang von 150 Prozent besteuert werden, also anderthalbmal so hoch wie andere Einkommensarten. Der sich daraus ergebende Mehrertrag soll für die ermässigte Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt eingesetzt werden. Auch hier soll der Gesetzgeber die Einzelheiten regeln. Der Initiativtext lässt somit in Bezug auf eine allfällige Ausführungsgesetzgebung einen erheblichen Interpretationsspielraum offen. Dies betrifft insbesondere den Begriff des Kapitaleinkommens, die Höhe des zu bestimmenden Betrags, ab dem die höhere Besteuerung zum Tragen kommt, und die Ausgestaltung der Rückverteilung der resultierenden Mehrerträge. Immerhin spricht die Kommission in ihren eigenen Unterlagen von 5 bis 10 Milliarden Franken Mehrerträgen, die es dann über verschiedene Kanäle rückzuverteilen gälte.

Die Mehrheit Ihrer Kommission sieht keinen Handlungsbedarf. Die Besteuerung ist in der Schweiz heute schon relativ hoch. Es gibt auch bereits jetzt eine eigentliche Umverteilung. Würden nun die Steuern noch weiter erhöht, litte darunter die Standortattraktivität der Schweiz. Ausserdem setzt die Volksinitiative andere Massstäbe als die Bundesverfassung, die insbesondere festhält, dass die Besteuerung allgemein, gleichmässig und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen soll.

Die Minderheit hingegen ist der Meinung, die Vermögensverteilung sei derart ungleich, dass eine Anpassung



der Besteuerung notwendig sei. Zudem sei nicht nachvollziehbar, dass Kapitaleinkommen tiefer besteuert würden als Arbeitseinkommen und Renten der ersten und zweiten Säule.

Ich habe bereits einleitend darauf hingewiesen: Die Initiative lässt sehr viel Interpretationsspielraum offen. Es wird nicht definiert, welche Kapitaleinkommen wirklich betroffen sind. Der Initiativtext legt nicht exakt fest, welche Einkommen zu den Kapitaleinkommen zu zählen sind. Es können somit Kapitalgewinne und Erträge auf beweglichem sowie auf unbeweglichem Vermögen gemeint sein. Wie wir wissen, werden Kapitalerträge auf beweglichem Vermögen ja schon heute regulär besteuert.

Dann stellt sich aber auch die Frage der Eigenmietwerte, der Grundstückgewinnsteuer, der Dividenden sowie so, welche heute bereits besteuert werden – es gibt ja die Sicherheitssteuer, die abgezogen wird. Schliesslich könnten auch Renten aus der Vorsorge gemeint sein. Die Initianten haben sich zwar dahingehend geäussert, dass sie den Begriff enger fassen und Eigenmietwerte und Rentenbezüge ausklammern wollen. Im Falle einer Annahme der Initiative werden das jedoch nicht mehr die Initianten zu bestimmen haben, sondern das Parlament. Diese Absichtserklärungen der Initianten kommen im Initiativtext aber freilich nicht zum Ausdruck. Die Initiative beabsichtigt ausserdem eine Umverteilung zugunsten tiefer Einkommen. Es gibt jedoch keine Definition, welche Transferleistungen im Sozialbereich anzustreben sind. Transferzahlungen im Sozialbereich gibt es heute wahrlich schon reichlich.

Viele Ungewissheiten machen es auch für die Kommission schwierig, die Initiative zu präzisieren. Die "99-Prozent-Initiative" berücksichtigt die Entwicklung des Steuersystems in den letzten Jahren in keiner Art und Weise. Es ist eine immer grössere Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen zulasten der höheren Einkommen erfolgt. Die Initiative würde diesen Trend fortsetzen. Hier besteht jedoch aus Sicht der Mehrheit der Kommission kein Handlungsbedarf. Was die Initiative fordert, das hat in den letzten Jahren über Austarierungen im Steuersystem, aber auch in den Transfersystemen bereits stattgefunden. Das ist ein laufender Prozess.

Dazu kommt, dass sich die Initiative negativ auf die Standortattraktivität auswirken würde. Die Schweiz gehört nämlich zu den wenigen OECD-Ländern, die eine Vermögenssteuer erheben. Das ist quasi das Pendant zur Besteuerung des Kapitalgewinns.

Übrigens lehnt auch die Finanzdirektorenkonferenz die Initiative ab, denn sie betrifft die Kantone auf drei verschiedene Weisen: Sie verringert die Attraktivität des Steuersystems und wird zu Anpassungsreaktionen führen. Dann schränkt sie den Handlungsspielraum der Kantone bei der Festlegung ihrer Steuerpolitik massiv ein. Schliesslich ist die Frage eines Mehrertrags womöglich von den Einschränkungen der kantonalen Finanzpolitik abhängig.

Mit der Initiative wäre ausserdem mit massiven zusätzlichen Steuerbelastungen zu rechnen, von denen vor allem die mittelständischen Firmen in der Schweiz betroffen wären. Diese sind, wie wir wissen, wichtige Arbeitgeber, aber auch als Steuerzahler haben sie eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Diese finanzielle Belastung oder, besser gesagt, Mehrbelastung der Unternehmen würde auch Unternehmensnachfolgen oder Start-ups gefährden, wenn nicht sogar verunmöglichen.

Damit sei noch einmal kurz auf die Schwachpunkte der Initiative verwiesen und auf die offenen Fragen, die sich stellen: Was ist überhaupt ein Kapitaleinkommen? Das sagt der Initiativtext nicht exakt; es wären natürlich Zinserträge, aber auch Mietzinse, Dividenden und Kapitalgewinne. Dies bedeutete ganz konkret eigentlich das Ende der Dividendenbesteuerung und eine Besteuerung des bis anhin steuerfreien privaten Kapitalgewinns, der ja existiert, weil wir eben die

AB 2021 S 26 / BO 2021 E 26

Vermögenssteuer haben, und die ist in verschiedenen Kantonen sehr, sehr hoch, im internationalen Vergleich sowieso, weil es sie in den meisten Ländern gar nicht gibt.

Die zweite Frage, die sich stellt, ist die des Schwellenwerts, also ab wann sogenannte Kapitaleinkommen zu einem höheren Satz besteuert würden. Auch dazu gibt es im Initiativtext keine Angaben, aber in den Erläuterungen der Initianten ist die Rede von 100 000 Franken. Tatsächlich würde aber erst der Gesetzgeber, das Bundesparlament, über die Höhe entscheiden. Es besteht also auch hier eine grosse Ungewissheit.

Schliesslich stellt sich auch noch die Frage, was mit dem Geld geschehen und wie die Umverteilung aussehen soll. Gemäss den Unterlagen der Juso soll das Geld für Steuerermässigungen für tiefe und mittlere Einkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt verwendet werden. Aber, wie gesagt, es sind unbestimmte Einnahmen für unbestimmte Ausgaben. Sie reichen von der Altersversicherung über die Migration bis zur Wohnbauförderung.

Ich kann bei den Fragen der Rückverteilung, die wir auch in der Kommission erörtert haben, einfach auf die Ausführungen in der Botschaft des Bundesrates verweisen. Dort heisst es: "Für die Verwendung der aus der höheren Besteuerung erzielten Mittel auf kantonaler Ebene kann der Bund in der geltenden Kompetenzord-



nung den Kantonen ausschliesslich formelle, nicht aber materielle Vorgaben zur Erhebung der direkten Steuern machen [...]. So ist es in Artikel 29 Absatz 2 der Bundesverfassung festgelegt. Solche Dinge werden über das Steuerharmonisierungsgesetz geregelt.

Dann stellte sich bei einer Rückumverteilung auch die Frage, wie mit der allfälligen Teilbesteuerung der Dividenden umzugehen wäre und wie zwischen den tieferen und den höheren Einkommen, also jenen über dem Schwellenwert, unterschieden werden soll.

Noch einmal, damit es klar ist: Insbesondere zu Steuertarifen, Steuersätzen und Steuerfreibeträgen darf der Bund den Kantonen keine Vorgaben machen. Das war in der ständerätlichen Kommission, in welcher wir ja unsere Kantone vertreten, ebenfalls ein wichtiges Argument.

Weil die Initiative so viele offensichtliche Konstruktionsfehler hat, empfiehlt sie auch der Bundesrat zur Ablehnung. Er sieht nach eigenen Angaben keinen Handlungsbedarf, da bereits eine spürbare Umverteilung stattfindet. Dann macht er ebenfalls das Argument der Standortattraktivität der Schweiz für kapitalstarke Personen geltend; sie könnte sich verschlechtern. Der Bundesrat ist auch der Überzeugung, dass KMU und Familienbetriebe in ganz erheblichem Masse tangiert würden. Und zu guter Letzt verweist der Bundesrat darauf, dass die Besteuerung von Vermögen in der Schweiz im OECD-Vergleich überdurchschnittlich hoch ist; auch hier würde die Initiative zu einer Verschlechterung führen.

All diese Überlegungen und Erwägungen haben die Kommission dazu gebracht, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, wie es auch der Bundesrat und der Nationalrat tun.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich nehme an, dass ich in dieser Debatte nun den Minderheitsantrag begründe, weil das auch das einzige Diskussionsthema ist, das in dieser Debatte relevant ist.

Die Steuergerechtigkeit und die Bekämpfung der Ungleichheit gehören – zusammen mit dem Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe – zu den grossen politischen Fragen des 21. Jahrhunderts. Jede steuerpolitische Vorlage muss sich daran messen lassen, ob sie die Steuergerechtigkeit verbessert oder die Steuergerechtigkeit erhöht. Gemessen daran, schneidet die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern", die wir heute behandeln, sehr gut ab. Niemand kann bestreiten, dass diese Initiative die Steuergerechtigkeit verbessern würde. Ausserdem würde sie die Ungleichheit bekämpfen, müssten doch die zusätzlichen Einnahmen aus der Besteuerung der Kapitaleinkünfte den Leuten mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder dem Sozialstaat zugutekommen.

Wenn Kapitaleinkünfte ab einer gewissen Höhe als Arbeitseinkommen besteuert würden, dann gäbe es dafür gute Gründe. Bei den Arbeitseinkommen muss nämlich auch immer berücksichtigt werden, dass sie sozialversicherungspflichtig sind. Das fehlt bei den Kapitaleinkünften. Solange es hier keinen Ausgleich gibt, drängt sich ein höherer Steuersatz auf.

Die heutige Realität ist allerdings so, dass bei der Besteuerung des Kapitals zahlreiche Privilegien bestehen, die gerade im Vergleich zu den Arbeitseinkommen nicht zu rechtfertigen sind. Das beginnt bei der Teilbesteuerung der Dividenden. Nach wie vor sind auch private Kapitalgewinne steuerfrei, wenn wir von den Grundstückgewinnsteuern absehen – ein Zustand, der nach der Logik der Besteuerung aller relevanten Einkommen, unabhängig von der Quelle, unhaltbar ist.

Dazu kommt, dass die Steuergerechtigkeit bei der Besteuerung des Kapitals in den letzten Jahren noch grösser geworden ist, beispielsweise durch die Unternehmenssteuerreform II und das sogenannte Kapitaleinlageprinzip mit der steuerfreien Rückzahlung von Kapitaleinlagereserven in Milliardenhöhe. Mit dieser Vorlage hatte der seinerzeitige Bundesrat Merz das Stimmvolk irreführt, so lautete das unmissverständliche Verdikt des Bundesgerichtes.

Sicher kennt das Schweizer Steuersystem auch Elemente, die heute unter dem Titel "Steuergerechtigkeit und Bekämpfung der Ungleichheit" sehr gut abschneiden; allen voran gilt das für die direkte Bundessteuer, aber auch für die Vermögenssteuer, selbst wenn diese als Folge von Steuersenkungen in einigen Kantonen inzwischen bedenklich tief geworden ist. Insgesamt spielt sie aber auf der Ebene der Kantone nach wie vor beträchtliche Beträge ein. Zuletzt waren es rund 7,3 Milliarden Franken. Neben diesen Steuern, die progressiv sind, gibt es aber auch jene, die degressiv wirken, also die tiefen und mittleren Einkommen ungerechterweise mehr belasten. Dies ist, trotz des Sondersatzes für den Grundbedarf, bei der Mehrwertsteuer der Fall. Für die grosse Mehrheit der tieferen und mittleren Einkommen ist die Wirkung der Mehrwertsteuer verteilungspolitisch nur dann positiv, wenn sie für die Sozialversicherungen, vor allem für die AHV, eingesetzt wird.

Krass degressiv, sprich ungerecht, wirken die Krankenkassenprämien. Allen Korrektiven zum Trotz: Krankenkassenprämien sind Kopfsteuern, die für Reichere und Ärmere gleich hoch sind und damit die tieferen und mittleren Einkommen viel mehr treffen. Kopfsteuern sind nicht nur ungerecht, sie sind auch anachronistisch. Die Abschaffung der Kopfprämien zugunsten einer gerechteren Finanzierung hätte bei den Korrekturen im



Abgabesystem die mit Abstand beste Wirkung.

Kommen wir auf die "99-Prozent-Initiative" der Juso zurück. Diese stellt mit einem höheren Steuersatz für Kapitaleinkünfte Grundsatzfragen in der Logik der Steuergerechtigkeit. Damit verdient sie Unterstützung. Wie wollen Sie erklären, dass jeder Lohnfranken voll versteuert werden muss, zuzüglich Sozialversicherungen, die Kapitaleinkünfte aber steuerlich privilegiert sind? Das geht nicht auf! Wir stehen somit wieder einmal an einem Punkt, an dem sich entscheidet, wie es steuerpolitisch weitergehen soll. Es stehen hier im Parlament politische Begehren im Raum, die Hauseigentümer oder den Finanzplatz mit neuen Privilegien zu beglücken – Stichworte: Abschaffung des Eigenmietwerts, Abschaffung der Stempelsteuer. All diese Wünsche würden die Steuergerechtigkeit noch erhöhen.

Wir können uns aber auch entscheiden, endlich wieder in die Gegenrichtung zu gehen, in Richtung mehr Gerechtigkeit, auch bei den Steuern. Das ist die akute Frage, die sich heute stellt, gerade in Zeiten von Corona, in denen der Staat Summen wie noch nie stemmen muss. Die hohen Einkommen und die Reichen, die in den letzten zwanzig, dreissig Jahren bei den Einkommen, bei den Vermögenszuwächsen und bei den Steuern nur profitiert haben, sie müssen endlich wieder einen grösseren Beitrag zu den allgemeinen Lasten leisten. Damit vertragen sich die heutigen Privilegien bei der Besteuerung des Kapitals definitiv nicht mehr.

Noch ist die Corona-Krise nicht bewältigt. Verteilungspolitisch sehen wir aber schon heute, wie stark diese Krise die Ungleichheit verschärft. Menschen mit tieferen Einkommen sind nach einer Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH, die letzte Woche publiziert wurde, mit Einbussen von

AB 2021 S 27 / BO 2021 E 27

im Schnitt rund 20 Prozent konfrontiert. Dabei ist es bei vielen von ihnen heute schon finanziell eng. Leute mit hohen Einkommen haben dagegen unter dem Strich mehr zur Verfügung als vorher – und die Börsen boomen. Umso berechtigter ist die Forderung der Initiative, gerade zum heutigen Zeitpunkt.

Werfen wir noch einen Blick auf die Weltebene. Emmanuel Saez und Gabriel Zucman haben in ihrem brillanten Buch über Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert mit dem Titel "Triumph der Ungerechtigkeit" herausgearbeitet, wie stark sich die Steuerpolitik der letzten dreissig, vierzig Jahre an den Reichen der Welt und ihren Interessen orientierte. Das Mittel war der Steuerwettbewerb mit dem Ziel der Steuersenkungen, insbesondere für die Eigentümer grosser Kapitalien. Umso überfälliger ist eine steuerpolitische Wende zu mehr Steuergerechtigkeit geworden.

Symbolische Speerspitze dieser steuerpolitischen Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte war Präsident Trump in den USA. Trump brüstete sich bekanntlich damit, als Milliardär keine Bundessteuer bezahlt zu haben, was doch nur zeige, wie smart er sei – getreu nach dem Motto, dass es Leute gibt, die so reich sind, dass sie keine Steuern mehr bezahlen. Aber Trump ist nun Geschichte; auch der Sturm auf das Capitol hat ihm nicht geholfen. Geschichte werden sollten auch die steuerpolitischen Fehlentwicklungen, für die er steht – in den USA, weltweit und auch in der Schweiz.

Zum Schluss: Erinnern wir uns an Bundesrat und Finanzminister Otto Stich, den langjährigen Wächter unserer Bundeskasse. Otto Stich war in den Siebzigerjahren, ein paar Jahre vor seiner Wahl in den Bundesrat, Vater der Initiative für eine Reichtumssteuer. Formell hiess die Reichtumssteuer-Initiative "Initiative zur stärkeren Besteuerung des Reichtums und zur Entlastung der unteren Einkommen". Das müsste Ihnen gerade im Zusammenhang mit der "99-Prozent-Initiative" der Juso bekannt vorkommen. Die Reichtumssteuer-Initiative erreichte an der Urne fast 45 Prozent Ja-Stimmen. Auch wenn sie nicht durchkam, prägte sie damals den politischen Diskurs in eine steuerpolitisch positive Richtung. Lassen Sie uns mit der Initiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern" wieder beim bewährten Otto Stich anknüpfen.

Noser Ruedi (RL, ZH): Ich glaube, der Kommissionssprecher hat zu Recht als Erstes die Frage gestellt, ob es in unserem Land bei der Besteuerung überhaupt Handlungsbedarf gibt. Schauen Sie alle Zahlen an, dann stellen Sie fest: Wenn es in einem Land keinen Handlungsbedarf für so eine Initiative gibt, dann in der Schweiz. Die Schweiz hat erstens einmal enorm grosse Transferzahlungen. Diese funktionieren. Es gibt ganz, ganz viele Menschen in diesem Land, die sehr viel dazu beitragen, dass der Staat funktioniert, und es gibt in diesem Land ganz viele Menschen, die sehr stark von diesem Staat profitieren. Ich möchte einfach daran erinnern: Fast 50 Prozent zahlen keine Bundessteuern. Es ist so, dass fast 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mehr vom Staat beziehen, als sie bezahlen. Wir kennen die Zahl aus der AHV; dort haben wir die Situation, dass 7 Prozent mehr einzahlen, als sie bekommen, der ganze Rest bekommt mehr, als er einbezahlt. Das heisst, wir haben Systeme, die funktionieren, und es gibt eigentlich keinen dringenden Handlungsbedarf für diese Initiative, ausser man geht von Neid aus, aber darauf möchte ich später noch einmal zurückkommen.

Der zweite Punkt: Ich glaube, man kann nicht sagen, dass man hier in unserem Land die Vermögen entlastet



und die Lohneinkommen belastet hat. Das ist nicht der Fall. Wir haben ganz viele Entlastungen für Familien gemacht, in Milliardenhöhe; wir haben Entlastungen gemacht bei den Grenzwerten, wir haben Entlastungen gemacht in vielen Bereichen, bei Tagesstrukturen usw. Auch im Lohnbereich wird nicht alles besteuert – es ist überhaupt nicht so! Es gibt Freigrenzen usw. Im Gegenzug ist es so: Wenn Sie die letzten dreissig Jahre anschauen, sehen Sie, dass wir vielleicht da und dort bei der Firmensteuer entgegengekommen sind. Ich schaue mir aber an, was bei der Bemessungsgrundlage passiert ist: Man hat die Bemessungsgrundlage immer weiter ausgedehnt – vielleicht hat man den Steuersatz ab und zu gesenkt –, das sieht man auch daran, dass unter dem Strich die Zunahmen bei der Unternehmenssteuer und der Vermögenssteuer, der Vorredner hat es ja selbst gesagt, nach wie vor erklecklich sprissen.

Aber schauen wir uns an, was es heisst, wenn Sie sagen, Lohneinkommen solle zu 100 Prozent und Kapitaleinkommen zu 150 Prozent besteuert werden. Ich habe das kurz für mich ausgerechnet: Wenn Sie die Vermögenssteuer hinzuziehen, zahlen Sie 230 Prozent auf Vermögenserträge, denn Sie müssen für jeden Vermögensertrag auch noch die Vermögenssteuer zahlen. Das heisst: Wir sind weit über dem, was die Juso fordert. Wir haben eine sehr hohe Vermögensbesteuerung in unserem Land.

Ohne jetzt noch zu lange zu sprechen: Weil es eine Initiative von Jungen ist, ist es das Wichtigste, nicht darüber zu diskutieren, ob die Reichen zu wenig oder zu viel beitragen. Das Wichtigste, was wir hier diskutieren müssen, ist die soziale Durchlässigkeit in unserem Land.

Es ist noch lustig: Vor nicht allzu ferner Zeit fand eine Kommissionssitzung der WBK mit akademisch gebildeten Leuten statt, die eine Studie über die soziale Durchlässigkeit, über die Lohneinkommen und über den damit verbundenen Erfolg durchgeführt hatten. Sie stellten als Erstes fest, dass die Bildung relativ wenig mit dem Einkommen korrelierte, das man nachher habe, was für sie eine Überraschung war. Mich hat das nicht überrascht: Die Schweiz ist das durchlässigste Land bezüglich der sozialen Mobilität. Wir schlagen sogar Dänemark und Norwegen, wie die neusten Zahlen zeigen.

Was heisst das? Jeder Siebte, der in einer Familie auf die Welt kommt, die zu den ärmsten zwanzig Prozent gehört, wird, wenn er sein Leben beendet, bei den reichsten zwanzig Prozent sein. Das ist vielleicht nicht die erstaunliche Zahl. Sie müssen sich aber bewusst sein: Das funktioniert nur, wenn auch jeder Siebte, der in einer Familie aus den reichsten zwanzig Prozent auf die Welt kam, am Ende zu den ärmsten zwanzig Prozent gehört. Das muss ja ausgeglichen sein. Das heisst, wir haben eine sehr hohe soziale Mobilität, sprich: Die Schweiz ist ein Chancen-Land für die Jungen. Allen Jungen kann man klar und deutlich sagen: Wenn du weisst, was du willst, wenn du was leistest, dann kannst du es in unserem Land auch erreichen. Bei uns gilt das noch, was man als amerikanischen Traum bezeichnet und was in Amerika überhaupt nicht mehr funktioniert. In der Schweiz funktioniert das noch. Das ist doch das Wichtigste! Wir sollten uns nicht darüber aufregen, dass der eine reicher ist als der andere, sondern wir sollten dafür sorgen, dass jeder die Chance hat, diesen Reichtum auch zu bekommen. Das funktioniert in unserem Land.

Darum bin ich der Ansicht: Es gibt keinen Handlungsbedarf. Wir müssen dieser Initiative ein klares Nein entgegenstellen, und zwar ein selbstbewusstes klares Nein.

Baume-Schneider Elisabeth (S, JU): Je n'ouvrirai pas le débat sur la mobilité sociale dans le cadre des études, parce que j'ai lu la même étude et que j'observe d'autres constats concernant le fait d'avoir des parents non universitaires et de connaître des problèmes pour accéder à l'enseignement tertiaire, en particulier dans les universités. Bref, ce n'est pas la thématique. Je ne reviendrai pas non plus sur les nombreux arguments développés pour la minorité par notre collègue Paul Rechsteiner.

Par contre, je souhaite indiquer que notre système fiscal, la manière dont nous distribuons ou redistribuons les richesses, est le reflet de notre projet de société. A ce titre, le rapport est précis et instructif, et j'ai même imaginé que M. le conseiller fédéral Maurer m'inviterait à un cours de droit fiscal pour me rappeler les vertus de l'imposition progressive et surtout pour me démontrer la dimension incongrue de cette idée. Mais la chose est somme toute claire: il s'agit de se baser sur la nature des revenus et de proposer une redistribution de ces derniers.

Si je peux envisager de vous épargner le discours militant qui dénonce les écarts de revenus globaux en Suisse, je ne peux par contre pas passer sous silence les effets, les conséquences de ces écarts, et omettre de mentionner que le taux de pauvreté en Suisse était de 8,2 pour cent en 2017 – c'est

AB 2021 S 28 / BO 2021 E 28

indiqué dans le message – et, je le précise, de 8,7 pour cent en 2019.

Le message indique sobrement – ou pudiquement, c'est selon – qu'en Suisse l'"inégalité n'a guère augmenté ces dernières années, si l'on prend en compte l'ensemble de la population". Pour les personnes concernées,





mentionner qu'une inégalité n'a guère augmenté n'est ni rassurant, ni satisfaisant. Les familles monoparentales, les jeunes, les travailleurs pauvres, je peux vous l'assurer, attendent autre chose qu'une assertion de ce type. Si notre Constitution précise dans son préambule que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres, alors nous avons à retravailler et à adapter notre système fiscal pour contribuer à une meilleure équité dans la prise en compte des revenus du capital et des revenus du travail. Je me demande d'ailleurs ce que l'on penserait d'un indicateur qui stagne ou qui régresse – certes de manière modeste mais néanmoins implacable – en matière d'innovation ou de création de start-up. Dans le cadre du classement des meilleurs écosystèmes de start-up, si la Suisse se trouvait en huitième position, je ne pense pas qu'on se contenterait, l'année suivante, de dire: "Certes, nous sommes encore en huitième ou en neuvième position, mais cela va quand même."

La question de l'imposition permet véritablement de travailler sur les iniquités concernant les personnes en difficulté financière. En se focalisant sur les inégalités sociales, les auteurs de l'initiative abordent un sujet présent dans le discours politique, mais aussi, de plus en plus fréquemment, dans le discours scientifique. Donner suite à cette initiative permettrait de reconstruire des éléments factuels pour précisément éviter que l'écart entre les revenus et les fortunes continue à s'accroître implacablement. Cela contribuerait ainsi à ce que la prospérité économique soit profitable à chacune et à chacun.

Effectivement, la redistribution fonctionne en partie. Effectivement, les chiffres sont bien là. Le pour cent des contribuables ayant les revenus les plus élevés génère près de 40 pour cent des recettes fiscales. Mais effectivement aussi, cette situation peut encore être améliorée en imposant de manière plus importante les parts du revenu du capital. A cet égard, l'initiative laisse une marge d'appréciation et de manoeuvre. Lorsqu'on indique clairement: "Es gibt keinen Handlungsbedarf", cela dépend quel projet de société on souhaite défendre. Je vous invite à réserver bon accueil à cette initiative.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): L'iniziativa denominata anche "99 per cento", depositata nel maggio 2019, è stata firmata anche da tante persone della Svizzera italiana. E la gente che ha firmato ha ragione, perché l'iniziativa tocca una questione fondamentale, quella della redistribuzione della ricchezza. L'iniziativa si basa su una constatazione oggi più che mai evidente, e cioè che il benessere in Svizzera non è distribuito in maniera equa. Infatti, nel nostro paese l'1 per cento più ricco possiede oltre il 40 per cento del capitale complessivo – eppure il benessere è il risultato del lavoro di tutte e tutti coloro che vivono e lavorano nel nostro paese.

Quando nell'ottobre del 2017 gli autori dell'iniziativa hanno iniziato a raccogliere le firme non potevano certo prevedere che la trattazione dell'iniziativa in Parlamento sarebbe stata effettuata durante una pandemia globale che ha messo in difficoltà l'economia mondiale e ha mostrato le fragilità del nostro sistema economico. Le immagini delle numerose persone in fila a Ginevra per ottenere un sacco contenente alimenti per il valore di 20 franchi hanno fatto il giro del mondo. Il "New York Times" intitolava il suo articolo a riguardo così: "Una fila lunga un miglio per il cibo gratis a Ginevra, una delle città più ricche del mondo" – una delle città più ricche in una delle nazioni più benestanti, aggiungerei io.

La pandemia ha reso visibile quello che già si sapeva, vale a dire che anche in Svizzera vivono persone in situazioni di povertà; lo ha ricordato prima la collega Baume-Schneider. La povertà in Svizzera è importante: tocca l'8,7 per cento della popolazione. L'Ufficio federale della sanità calcolava che nel 2018 il 7,8 per cento della popolazione in Svizzera, ossia 660 000 persone, era colpita da povertà reddituale.

Con la pandemia non si può credere che la situazione sia migliorata. Alcune settimane fa Caritas segnalava che il numero di persone che si rivolgono a loro rimane costantemente elevato e tende ad aumentare.

Lavorare non è più una garanzia per evitare la povertà: il 3,7 per cento delle 660 000 persone colpite da povertà reddituale, citate prima, è attivo professionalmente. Sono dati molto preoccupanti che non possiamo ignorare. Oggi più che mai è importante che la grande ricchezza della Svizzera sia ridistribuita in modo equo fra la sua popolazione. Sgravare i salari permette che a fine mese rimangono più soldi, il che potrebbe favorire i consumi e aiutare la ripresa economica.

L'iniziativa popolare che oggi trattiamo prevede di sgravare i salari e tassare equamente il capitale, al fine, appunto, di redistribuire al 99 per cento della popolazione circa 10 miliardi di franchi provenienti dall'1 per cento della popolazione, dai cosiddetti super-ricchi. Non si tratta di fare regali, l'iniziativa è chiara a questo proposito. Intende tassare maggiormente il reddito da capitale e destinare il risultante gettito supplementare alle persone con redditi bassi o medi. Lo vuole fare con un'imposizione del 150 per cento per la parte di reddito capitale superiore a una soglia definita per legge. La soglia non è precisata nel testo dell'iniziativa e sarebbe oggetto di un esame approfondito nell'ambito dell'iter legislativo nel caso l'iniziativa venisse accettata. L'iniziativa mira ad aumentare le imposte per i più ricchi in modo da sgravare, appunto, i redditi bassi e medi.



Purtroppo la maggioranza del Consiglio nazionale e anche la maggioranza commissionale del nostro Consiglio, così come pure il Consiglio federale, non hanno voluto contrapporre un controprogetto all'iniziativa. Almeno alcuni degli elementi sollevati con l'iniziativa popolare avrebbero potuto essere trattati nel contesto di un controprogetto. Si tratta oggi di affrontare il tema delle disuguaglianze e si tratta di affrontare la questione dell'equità. "L'iniziativa 99 per cento" oggi ce ne dà la possibilità.

Vi invito quindi a sostenere la minoranza Rechsteiner Paul e raccomandare il sì all'iniziativa popolare.

Häberli-Koller Brigitte (M-CEB, TG): Ich möchte meine Interessenbindung offenlegen: Ich bin Vizepräsidentin des Hauseigentümergebietes Schweiz.

Die Immobilieneigentümer sind durch diese Vorlage ganz besonders betroffen. Sie bezahlen nämlich bereits heute Einkommens- oder Gewinnsteuern, Vermögens- oder Kapitalsteuern, bei der Veräusserung von Immobilien eine Grundstückgewinnsteuer und je nach Kanton oder Gemeinde auch noch eine Liegenschaftssteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern. Die Vorlage könnte nun neben einer steigenden Steuerbelastung zu einer zusätzlichen neuen Grundstückgewinnsteuer auf Bundesebene und damit zu einer Verschärfung der Situation führen.

Der Text der Volksinitiative definiert nicht, was unter den Begriff "Kapitaleinkommen" fällt. Dabei besteht die Gefahr, dass nicht nur die im heutigen Steuerrecht der Einkommens- bzw. Gewinnsteuer unterworfenen Erträge darunterfallen, sondern auch geschäftliche und private Kapitalgewinne. Aus Sicht der Immobilieneigentümer besteht also das Risiko, dass künftig auch der Bund die Gewinne beim Immobilienverkauf von Privaten als Kapitaleinkommen besteuern und dadurch eine zusätzliche Steuer geschaffen werden könnte. Es ist offen, inwieweit die Verfassungsvorlage damit gegen das Verbot der Doppelbesteuerung verstösst.

Bereits heute werden Grundstückgewinne bei der Veräusserung von Immobilien von der kantonalen Grundstückgewinnsteuer erfasst. Die kantonalen Steuergesetze sehen allerdings zum Beispiel reduzierte Steuertarife bei längerer Haltedauer von Immobilien vor. Bei einer zusätzlichen Besteuerung von privaten Veräusserungsgewinnen aufgrund der Vorlage wären solche Reduktionen allerdings nicht vorgesehen.

Die Initiative sieht weiter vor, dass Kapitaleinkommensteile nach Abzug eines Freibetrags zu 150 Prozent besteuert werden. Neben der Begriffsdefinition lässt die Initiative auch offen, wie hoch der geforderte Freibetrag sein soll. Dieser soll dann, wir haben es bereits gehört, vom Gesetzgeber definiert werden. Damit ist völlig unklar, wer durch die Vorlage

AB 2021 S 29 / BO 2021 E 29

wie stark betroffen sein wird. Da der Gewinn bei einem Immobilienverkauf, insbesondere bei einer längeren Haltedauer, nominell rasch einen relativ hohen Betrag ergibt, dürfte der vorgesehene Freibetrag wohl häufig übertroffen werden. Immobilieneigentümer wären daher besonders stark von der Zusatzbesteuerung aufgrund der Volksinitiative betroffen.

Die von den Initianten in ihrem Argumentarium erwähnten Ausnahmen, wie der Eigenmietwert und Auszahlungen aus der zweiten und dritten Säule, sind im Initiativtext nicht erwähnt und damit für die gesetzliche Umsetzung der Initiative auch nicht verbindlich. Es besteht also das Risiko, dass diese Einkommensbestandteile der höheren Steuerbelastung unterliegen könnten.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen und die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Sommaruga Carlo (S, GE): Je n'entendais pas intervenir dans ce débat, après l'argumentation brillante de notre collègue Paul Rechsteiner et les arguments de la minorité. Mais j'avoue que, en ma qualité de président de l'Asloca Suisse, qui défend les locataires, et après le plaidoyer qui a été fait en faveur des propriétaires, je ne peux pas m'abstenir de réagir.

Je rappelle que, si l'on examine les statistiques produites par l'Office fédéral de la statistique, il apparaît que, dans ce pays, ceux qui détiennent leur propre logement ou les propriétaires immobiliers ont une situation de richesse et de revenu qui est supérieure à celle des locataires. Je rappelle que le révélateur qu'a été la pandémie a montré l'impact qu'il y avait sur la situation extrêmement fragile des locataires de ce pays, que ce soit les locataires commerciaux ou les locataires de logements – des locataires de logements qui, en raison de leur faible revenu et de leur très faible fortune, n'arrivent pas à payer le loyer et qui sont menacés par des résiliations. Cela fait partie de cette pauvreté qui a été évoquée tout à l'heure dans le débat, de cette fragilité sociale, qui mérite comme réponse une répartition plus importante de la richesse de ce pays, à travers une imposition qui favorise le gain du travail plutôt que celui du capital.

Je rappelle que cette initiative populaire, outre le principe, ne précise en rien les modalités de mise en oeuvre. En d'autres termes, une large marge de manoeuvre est laissée au Parlement dans la mise en oeuvre. Ainsi,



en ce qui concerne le gain en capital et en ce qui concerne également la valeur locative, il y a des marges suffisantes pour faire en sorte que les petits propriétaires, ceux qui sont en situation difficile, qui ont une petite fortune, ne soient pas touchés par cette initiative.

D'ailleurs, c'est même l'esprit des auteurs de l'initiative, qui l'ont expliqué dans le cadre de débats et de présentations. Il n'y a pas de volonté de toucher les personnes les plus fragiles, même si elles sont propriétaires. Il s'agit de faire en sorte qu'une majorité se dégage au sein du Parlement en faveur de la mise en oeuvre.

Aujourd'hui, c'est comme si nous jetions le bébé avec l'eau du bain. Nous jetons simplement le tout par la fenêtre alors même que nous avons un instrument qui permet d'instaurer plus de justice sociale, qui permet une meilleure répartition et permet également de préserver les intérêts de certaines catégories, comme les propriétaires, lorsque ceux-ci sont dans une situation difficile.

Je vous invite à suivre la majorité, en tenant compte aussi de ces réflexions qui touchent le secteur immobilier.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat beantragt Ihnen, zu dieser Volksinitiative die Nein-Parole zu fassen. Die Initiative hat aus unserer Sicht formale Mängel bzw. Unklarheiten, die in der Umsetzung zu Problemen führen könnten.

Zuerst einmal wird der Begriff "Kapitaleinkommen" verwendet. Diesen Begriff kennen wir in unserer Gesetzgebung nicht. Was sind Kapitaleinkommen? Im Text heisst es dann "Kapitaleinkommensteile". Es wäre also zu definieren, was Kapitaleinkommensteile und was die Erträge daraus sind. Das ist eine der Schwierigkeiten, die im Gesetz gelöst werden müssten.

Die zweite formale Schwierigkeit besteht im zweiten Absatz dieser Initiative. Der Mehrertrag, der sich aus dieser höheren Besteuerung ergeben soll, ist dann für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Einkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt umzuverteilen. Wenn wir das genauer betrachten und mit dem Ist-Zustand vergleichen, stellen wir fest, dass die Umverteilung eine Komponente unserer Steuerpolitik ist. Diese Umverteilung besteht aus sehr vielen Einzelteilen. Bei einem detaillierten Blick darauf stellen wir fest, dass es natürlich durchaus Kapitalgewinne oder Kapitaleinkommen gibt, die zusätzlich besteuert werden. Es wurde bereits angetönt: Wir haben den Eigenmietwert, die Grundstückgewinnsteuer; im Geschäftsvermögen wird das Kapital auch bereits besteuert; wir haben die Dividendenbesteuerung. Kapitaleinkommen wird also zum Teil bereits zusätzlich besteuert. Jetzt zu definieren, was noch nicht darunterfällt oder was in der Folge wieder eingesetzt werden müsste, dürfte ausserordentlich schwierig werden. Sie sehen, dass es immer wieder Elemente gab, die zu einer höheren Besteuerung geführt haben. Damit ist klar: Man muss diese Initiative in unserem gesamten Steuersystem beurteilen. Sie ist nicht etwas, was auf der grünen Wiese umgesetzt werden kann, sondern sie müsste in unsere Steuerpolitik eingebettet werden.

Wir halten fest, dass der Begriff "Einkommensbestandteile" nicht definiert ist. Er müsste also definiert werden. Zudem haben wir in der Praxis bereits eine höhere Besteuerung für dieses Kapital. Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern kennen wir keine Reduktion der Kapitalgewinnsteuer. Sie wird stattdessen zum Einkommen dazugerechnet und kommt damit in die automatische Progression.

Wenn wir jetzt den Bereich der möglichen Umverteilungen und dort zuerst die Einkommen betrachten, stellen wir fest, dass 50 Prozent der Bevölkerung gerade einmal für 2 Prozent der direkten Bundessteuer aufkommen, das heisst, die Hälfte der Bevölkerung bezahlt 2 Prozent der direkten Bundessteuer. Umgekehrt bezahlt 1 Prozent der Steuerpflichtigen mehr als 40 Prozent der direkten Bundessteuer. Ich frage mich schon, ob es richtig ist, hier noch einmal eine Umverteilung vorzunehmen, respektive ob die 10 Prozent alles bezahlen müssen, damit der Rest entlastet werden kann. Es ist ganz wichtig, dass auch tiefere Einkommen noch irgendwo eingebunden sind.

Wenn wir die Einkommensverteilung anschauen, dann sehen wir – ich habe es gesagt -: 1 Prozent bezahlt über 40 Prozent der direkten Bundessteuer, während 10 Prozent rund 80 Prozent der direkten Bundessteuer bezahlen. 10 Prozent sind also für 80 Prozent der Einnahmen zuständig. Hier noch zusätzliche Entlastungen für die anderen einzubauen, wie es in der Volksinitiative gefordert wird, würde schon schwierig werden, bzw. es wäre eine Ermessensfrage, wie weit man das treiben kann.

Das waren jetzt die Ausführungen bezogen auf die Einkommen.

Eine weitere Forderung der Initiative ist, Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen. Auch hier sehen Sie anhand der Entwicklung unserer Steuerpolitik, dass ein solcher Transfer bereits und immer wieder erfolgt. Wenn wir das Beispiel AHV nehmen, dann können wir auch dort feststellen, dass mehr als drei Viertel der Leute mehr aus der AHV erhalten, als sie jemals einbezahlt haben. Auch die AHV ist also eine Art Reichtumssteuer, wenn Sie so wollen. Auch dort bezahlen 20 Prozent der Leute mehr ein, als sie je erhalten werden. 80 Prozent bekommen umgekehrt mehr, als sie je einbezahlt haben. Das ist auch



der Charakter dieser Versicherung. Es zeigt doch, dass wir auch dort schon eine Umverteilung respektive Transferzahlungen vorgenommen haben.

Sie können im Bereich der Sozialversicherungen weiterschauen. Wir haben die Krankenkassenprämienverbilligung: Rund 50 Prozent der Bevölkerung erhalten eine Prämienverbilligung bei der Krankenkasse. Auch innerhalb der Krankenversicherung findet bereits ein Transfer zugunsten der tieferen Einkommen statt. Wir haben das überall: Wir haben Kinderkrippen und entlasten auch im Bereich weiterer

AB 2021 S 30 / BO 2021 E 30

Sozialleistungen tiefere Einkommen, indem wir beispielsweise Einrichtungen günstiger zur Verfügung stellen. Auch im Sozialversicherungsbereich finden bereits Transferzahlungen von den höheren Einkommen zu den tieferen statt.

Das ist natürlich alles eine Ermessensfrage, aber wir sind in einem Prozess, in dem solche Verbesserungen laufend erzielt werden. Diese Initiative müsste daher in diesen Gesamtzusammenhang gestellt werden.

Aus Sicht des Bundesrates ist das, was eigentlich gefordert wird, weitgehend erfüllt. Wir haben bereits ein Verhältnis erzielt, das hohe Einkommen sehr stark belastet. Der Ausgleich, der gefordert wird, ist aus Sicht des Bundesrates bei den Kapitaleinkommen bzw. bei der Besteuerung – Eigenmietwert, Grundstückgewinnsteuer usw. – bereits gegeben. Bei der Besteuerung der Einkommen haben wir das mit der hohen Progression auch bereits erreicht oder weitgehend erreicht.

Es ist zu berücksichtigen, dass die Kapitaleinkommen, also die Erträge aus Kapital, bei der Einkommenssteuer natürlich ebenfalls bereits progressiv mit einberechnet werden. Wenn Sie ein hohes Einkommen haben – Arbeitseinkommen plus Kapitaleinkommen –, sind Sie wahrscheinlich im Vergleich zu tieferen Einkommen längst bei 50 Prozent plus oder wie auch immer. Die Progression fördert diesen Aspekt eigentlich auch.

Wenn man das zusammenfasst, müsste man sagen, dass die Initiative wahrscheinlich Begehren weckt, die aus unserer Sicht bereits weitgehend umgesetzt sind. Mit der unklaren Formulierung dürfte der Teufel im Detail stecken. Die Schwierigkeiten würden sich dann zeigen, wenn man das Anliegen mit einem Gesetz umsetzen muss. Die Initiative ist nicht direkt anwendbar. Es braucht vielmehr ein Gesetz. In diesem Gesetz die Kapitaleinkommensteile zu definieren und vorgängig die Transferzahlungen und die Progression bei der Bundessteuer noch einmal anzuschauen, das dürfte schon schwierig werden.

Ich glaube, wir begehen einen bewährten Weg, indem wir sektoriell entsprechende Entlastungen machen. Wir müssen schon feststellen, dass tiefere Einkommen in der Vergangenheit nicht schlechter behandelt wurden. Wir haben durch verschiedenste Massnahmen tiefere Einkommen entlastet bzw. bereits entsprechende Unterstützungsleistungen geschaffen.

Das führt dazu, dass wir Ihnen diese Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfehlen. Es ist eine Ermessenssache, inwieweit Sie das machen wollen. Aus Sicht des Bundesrates haben wir mit all diesen Massnahmen eine ausgewogene Verteilung zwischen hohen und tiefen Einkommen erzielt. Wir sind sogar der Meinung, dass wir eher aufpassen müssen, dass wir hohe Einkommen nicht noch mehr belasten, denn wir wissen, dass gerade hohe Einkommen bzw. grosse Kapitalien flexibel sind: Sie können sich auch einen günstigeren Standort suchen.

Aus dieser Sicht ist die Initiative abzulehnen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern"

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Titre et préambule, art. 1***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 2***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Rechsteiner Paul, Levrat, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Rechsteiner Paul, Levrat, Thorens Goumaz, Zanetti Roberto)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Kuprecht Alex, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.



20.032

**Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern.
Volksinitiative**

**Alléger les impôts sur les salaires,
imposer équitablement le capital.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern"
 Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital"**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 20.032/22755)
 Für Annahme des Entwurfes ... 128 Stimmen
 Dagegen ... 66 Stimmen
 (0 Enthaltungen)



20.032

**Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern.
Volksinitiative**

**Alléger les impôts sur les salaires,
imposer équitablement le capital.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 24.09.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 02.03.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.03.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern"
 Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital"**

Abstimmung – Vote
 (namentlich – nominatif; 20.032/4339)
 Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen
 Dagegen ... 13 Stimmen
 (0 Enthaltungen)

Geschäft / Objet:

20.032-2 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die gerechte Kapitalbesteuerung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern») (Entwurf der Minderheit der WAK-N vom 17.08.2020)
 Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'imposition équitable du capital (Contre-projet à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital») (Projet de la minorité de la CER-N du 17.08.2020)

Gegenstand / Objet du vote:

Entrer en matière

Abstimmung vom / Vote du: 24.09.2020 18:44:59

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	0	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	0	M-CEB	FR
Amaudruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	0	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	+	GL	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaiche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	0	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	0	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	+	GL	ZH	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller-Altarmatt	0	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	0	S	AG
Cattaneo	0	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vincenz	+	RL	SG
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Huber	0	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de la Reussille	0	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prezioso	-	G	GE	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Python	-	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichelt-Picard	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	0	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			14	54	27	28		123
- Nein / non / no		36					26	62
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1						1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	3	4	13
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas entrer en matière)
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bendahan (enter en matière)

Geschäft / Objet:

20.032-1 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire: Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital»

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2 - recommandation du vote

Abstimmung vom / Vote du: 24.09.2020 18:46:50

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	0	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	0	M-CEB	FR
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rüeggli	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Arslan	-	G	BS	Fridez	E	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	0	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	+	GL	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bertschy	0	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	0	G	ZH
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	0	M-CEB	BL
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	P	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	+	GL	ZH	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller-Altermatt	0	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brunner	+	GL	SG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Buffat	+	V	VD	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nicolet	+	V	VD	Streiff	+	M-CEB	BE
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	0	S	AG
Cattaneo	0	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vincenz	+	RL	SG
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Huber	0	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de la Reussille	0	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prezioso	-	G	GE	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pythou	-	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichelt-Picard	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	0	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			14	54	27	28		123
- Nein / non / no		36					26	62
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1						1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	3	4	13
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (recommandation d'rejeter l'initiative populaire)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Wermuth (recommandation d'accepter l'initiative populaire)

Geschäft / Objet:

20.032-1 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

«Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire: Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital»

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 19.03.2021 09:24:54

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebi Andreas	P	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Mäder	+	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	+	GL	ZH
Barrile	E	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schilliger	+	RL	LU
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Martullo	+	V	GR	Schläpfer	+	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Masshardt	-	S	BE	Schlatter	-	G	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Matter Michel	+	GL	GE	Schneeberger	+	RL	BL
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Meret	-	G	ZH
Bertschy	E	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Mettler	E	GL	BE	Schneider Schüttel	-	S	FR
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Michaud Gigon	-	G	VD	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Molina	-	S	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Moret Isabelle	+	RL	VD	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moser	+	GL	ZH	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	+	GL	ZH	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Sollberger	+	V	BL
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO	Stadler	+	M-CEB	UR
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	+	GL	BE	Munz	0	S	SH	Steinemann	+	V	ZH
Brunner	+	GL	SG	Grüter	+	V	LU	Nantermod	+	RL	VS	Storni	-	S	TI
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nicolet	+	V	VD	Streff	+	M-CEB	BE
Buffat	+	V	VD	Gugger	+	M-CEB	ZH	Nidegger	+	V	GE	Strupler	+	V	TG
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nordmann	-	S	VD	Studer	+	M-CEB	AG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Suter	-	S	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Paganini	+	M-CEB	SG	Töngi	-	G	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Page	+	V	FR	Trede	-	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Tuena	+	V	ZH
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Umbricht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Piller Carrard	-	S	FR	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Pointet	+	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Porchet	-	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prezioso	-	G	GE	Walti Beat	+	RL	ZH
de Montmolin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Python	0	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichelt-Picard	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Widmer Céline	-	S	ZH
Eymann	+	RL	BS	Klopfenstein Broggini	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Farinelli	+	RL	TI	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Wyss	-	S	BS
Feller	+	RL	VD	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			14	54	29	31		128
- Nein / non / no		37					29	66
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1	2					3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1					1	2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage
 Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage

**STÄNDERAT**
Abstimmungsprotokoll**CONSEIL DES ETATS**
Procès-verbal de vote**Geschäft / Objet:**

20.032-1 Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern. Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»
 Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital. Initiative populaire
 Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital»
 Sgravare i salari, tassare equamente il capitale. Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale»

Gegenstand / Objet du vote: Gesamtabstimmung**Abstimmung vom / Vote du:** 19.03.2021 08:28:53

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	P	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	+	AG

Kuprecht	Alex	0	SZ
Levrat	Christian	-	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	-	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	31
- Nein / non / no	13
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»

vom 19. März 2021

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
 gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
 nach Prüfung der am 2. April 2019² eingereichten Volksinitiative
 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern»,
 nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 6. März 2020³,
beschliesst:

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 2. April 2019 «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 127a Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen

¹ Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.

² Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen.

³ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

1 SR 101
 2 BBl 2019 3435
 3 BBl 2020 2797

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 19. März 2021

Der Präsident: Andreas Aebi

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 19. März 2021

Der Präsident: Alex Kuprecht

Die Sekretärin: Martina Buol



Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital»

du 19 mars 2021

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,

vu l'initiative populaire «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» déposée le 2 avril 2019²,

vu le message du Conseil fédéral du 6 mars 2020³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 2 avril 2019 «Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 127a Imposition du revenu du capital et du revenu du travail

¹ Les parts du revenu du capital supérieures à un montant défini par la loi sont imposables à hauteur de 150 %.

² Les recettes supplémentaires qui découlent de l'imposition à hauteur de 150 % au lieu de 100 % des parts du revenu du capital au sens de l'al. 1 sont affectées à une réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail ou à des paiements de transfert en faveur de la prospérité sociale.

³ La loi règle les modalités.

¹ RS 101

² FF 2019 3339

³ FF 2020 2705

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 19 mars 2021

Le président: Andreas Aebi

Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des Etats, 19 mars 2021

Le président: Alex Kuprecht

La secrétaire: Martina Buol



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale»

del 19 marzo 2021

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale»,
depositata il 2 aprile 2019²;

visto il messaggio del Consiglio federale del 6 marzo 2020³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 2 aprile 2019 «Sgravare i salari, tassare equamente il capitale» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 127a Imposizione del reddito da capitale e del reddito da lavoro

¹ La parte del reddito da capitale che eccede l'importo stabilito dalla legge è imponibile in ragione del 150 per cento.

² Il gettito supplementare risultante dall'imposizione in ragione del 150 per cento invece che del 100 per cento della parte del reddito da capitale di cui al capoverso 1 è destinato alla riduzione dell'imposizione delle persone con redditi da lavoro bassi o medi o a uscite a titolo di riversamento in favore del benessere sociale.

³ La legge disciplina i particolari.

1 RS 101
2 FF 2019 2845
3 FF 2020 2501

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 19 marzo 2021

Il presidente: Andreas Aebi

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Consiglio degli Stati, 19 marzo 2021

Il presidente: Alex Kuprecht

La segretaria: Martina Buol



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

99%
INITIATIVE



JA ZUR 99%-INITIATIVE!
**INFORMATIONEN UND ARGUMENTE
ZUR INITIATIVE „LÖHNE ENTLASTEN,
KAPITAL GERECHT BESTEUERN“**

DIE 99%-INITIATIVE: FÜR GERECHTIGKEIT UND EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC!

Ein JA zur 99%-Initiative bedeutet:

Mehr Gerechtigkeit!

Der Wohlstand in der Schweiz wird von den 99% erschaffen, die jeden Tag in Büros, Supermärkten oder Spitälern arbeiten, nicht von einer Handvoll Superreichen, die von leistungsfreien Profiten leben. Mit einer höheren Besteuerung der Reichsten geben wir das Geld an die wahren Leistungsträger*innen unserer Gesellschaft zurück.

Ein starker Service Public und eine Entlastung der Löhne!

Steigenden Mieten und Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens der Menschen. Die 99%-Initiative entlastet die Löhne, durch Steuersenkungen und eine Stärkung des Service Public, z.B. durch höhere Prämienverbilligungen, Investitionen in Kitas oder einen Ausbau des ÖVs.

Weniger Krisen auf dem Buckel der 99%!

Mit dem Anstieg der Vermögensungleichheit droht sich unser Wirtschaftssystem selbst zu zerfleischen. Die Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit begünstigt Wirtschaftskrisen, während die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sinkt. Darunter leiden die 99% und insbesondere kleine Unternehmen.

Ein Schritt in eine feministische Zukunft!

Frauen leisten in der Schweiz noch immer doppelt so viel unbezahlte Arbeit im Haushalt und erhalten tiefere Löhne für dieselbe Arbeit. Armut ist in der Schweiz vorwiegend weiblich. Mit der 99%-Initiative ermöglichen wir einen Ausbau des Service Public und eine Entlastung der tiefen Einkommen, wovon insbesondere Frauen profitieren.

Eine Stärkung der Demokratie!

Die soziale Ungleichheit droht unsere Gesellschaft zu zerreißen. Superreiche kaufen sich ganze Medienhäuser und beeinflussen die Politik durch Lobbying und teure Abstimmungskampagnen. Die Folge sind undemokratische Machtverhältnisse auf Kosten der 99%. Unsere Initiative gibt Gegensteuer.

WORUM GEHT ES?

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz nimmt seit Jahren zu. Das reichste 1% besitzt heute mehr als 43% der Gesamtvermögen. Ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sind Kapitaleinkommen, also Dividenden, Aktiengewinne und Zinsen, welche den Reichsten jedes Jahr Milliarden in die Taschen spülen. Die 99%-Initiative will diese leistungsfreien Einkommen endlich gerechter besteuern: Kapitaleinkommen über 100'000 Franken sollen 1.5-fach so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Mit den zusätzlichen 10 Milliarden Steuereinnahmen sollen die tiefen und mittleren Einkommen entlastet werden. Entweder durch Steuersenkungen oder einen Ausbau des Service Public.

INHALT

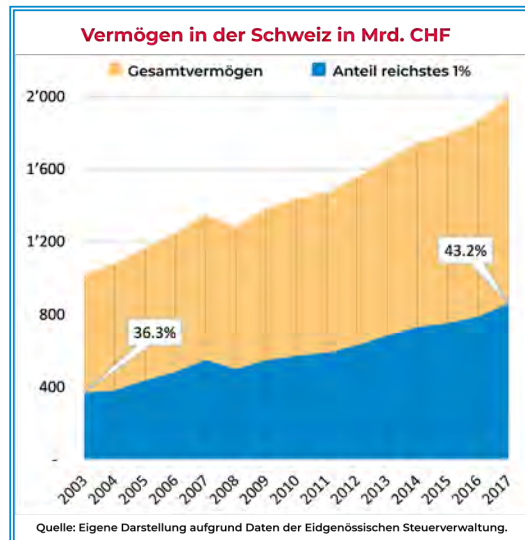
Ausgangslage	4
Anstieg der Vermögensungleichheit	4
Kapitaleinkommen:	6
Treiber der Ungleichheit	6
Entlastung des Kapitals, Belastung der Arbeit	8
Politische Macht der Reichsten	10
Ungleichheit führt zu Krisen und schadet der Gesellschaft	11
Ungleichheit: Affront gegenüber der arbeitenden Bevölkerung	12
Digitalisierung und Automatisierung stärken das Kapital	13
Die Corona-Krise führt zu weiterer Spaltung	13
Die 99%-Initiative	15
Initiativtext	15
Was will die Initiative?	15
Auswirkungen der Initiative	16
Rechenbeispiel	16
Wer ist betroffen?	17
Mehreinnahmen	17
Wohin geht das Geld	18
Was die Schweiz gewinnen kann	18
Mehr Gerechtigkeit!	18
Stärkung der Demokratie!	19
Entlastung der Löhne und mehr Service Public	20
Schutz vor Krisen und ökonomischer Instabilität	20
Stärkung der Frauen	21
Behauptungen unserer Gegner*innen	22
«Alle Reichen ziehen weg»	22
«Die Initiative schadet den KMU»	22
«Am Schluss leiden die tiefen Einkommen»	24
«Die Initiative zerstört die Startup-Szene in der Schweiz»	24
«Höhere Steuern behindern Investitionen»	25

AUSGANGSLAGE

ANSTIEG DER VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Die Schweiz ist heute eines der wohlhabendsten Länder der Welt, es gibt keinen Staat in dem das Durchschnittsvermögen höher liegt als in der Schweiz. In den letzten Jahrzehnten ist der Wohlstand in der Schweiz stark angestiegen, doch von diesem Zuwachs hat insbesondere eine kleine Minderheit profitiert: Während das reichste 1% 2003 gut 36% der Gesamtvermögen in der Schweiz auf sich vereinte, liegt ihr Anteil heute bereits bei über 43%.

Am stärksten zugelegt haben dabei die Reichsten der Reichen: 2003 besaßen die 300 Reichsten in der Schweiz insgesamt 352 Milliarden Franken¹. 2020 waren es schon 707 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Zuwachs von 355 Milliarden Franken. Im Durchschnitt haben die 300 Reichsten ihr Vermögen also jede Stunde um 2.4 Millionen Franken erhöht. Die Ungleichheit in der Schweiz ist seit 100 Jahren statistisch erfasst. In dieser Zeit lag der Vermögensanteil des reichsten 0.1 Prozent noch nie so hoch wie heute².



Am unteren Ende der Vermögensverteilung sieht es anders aus: Jede vierte Person in der Schweiz besitzt gar kein Vermögen oder ist sogar verschuldet³. Während die Reichen immer reicher werden und unvorstellbare Privilegien erhalten, steigt die Zahl der Armutsbetroffenen an: 2019 waren in der Schweiz 735'000 Menschen von Einkommensarmut betroffen - das ist fast jede zehnte Person. 155'000 Personen sind sogar erwerbstätig und kommen dennoch nicht über die Runden⁴. Auch für die Menschen mit mittleren Einkommen wird die Luft dünner: Die steigenden Krankenkassenprämien und Mieten fressen einen immer grösseren Teil ihrer Löhne.

1 [300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch](#)

2 Lampart, Gallusser, Schüpbach (2015): SGB-Verteilungsbericht 2015

3 [Vermögensverteilung - Die Welt wird reicher – aber reicht's für alle?](#)

4 [Caritas: Armut in der Schweiz](#)

Der Mythos des sozialen Aufstiegs

Die Türen zu diesem exklusiven Club der Superreichen sind weitgehend geschlossen. Wer in der Schweiz einmal zu den Superreichen gehört, bleibt es in aller Regel auch. 99% der Menschen, welche 2003 zum vermögendsten 1% gehörten, zählten auch 10 Jahre später noch zu den 10% der Reichsten. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit verschwindend klein, dass Personen von ganz unten nach oben aufsteigen - nur 2% aus dem ärmsten Fünftel schaffen es in die reichsten 10%⁵.

Anders als das Märchen der Leistungsgerechtigkeit uns glauben machen will, sind grosse Vermögen in der Schweiz meist die Folge von privilegierten familiären Verhältnissen. Dabei stechen insbesondere die hohen Erbschaften ins Auge, die seit Jahren stetig ansteigen.

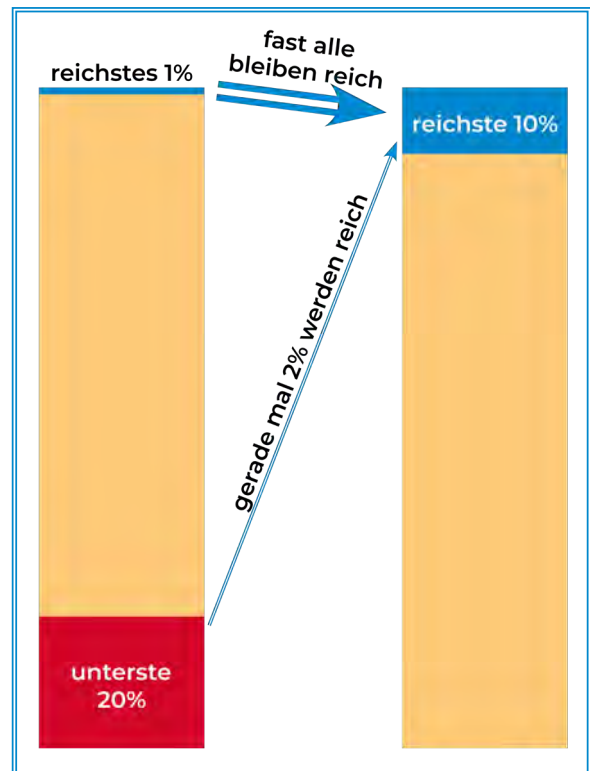
2010 wurden in der Schweiz knapp 60 Milliarden Franken vererbt, heute liegt dieser Betrag bereits bei 95 Milliarden Franken, was ca. 13.5% des gesamten BIP entspricht.

Hohe Beträge fliessen dabei nur an eine kleine Minderheit: Nur 1.5% der Erbschaften liegt über einer Million⁶. In den Genuss dieser grossen Erbschaften kommen insbesondere jene Menschen, die schon vor ihrer Erbschaft an der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung standen. Aus dem Kanton Bern wissen wir, dass das vermögensstärkste 1% rund 42 Prozent aller Erbschaften über 2 Millionen erhält⁷. Ein Mitglied des reichsten 1% erhält so im Mittel 75'000 Fr. an Erbschaften und Schenkungen⁸.

Die breite Bevölkerung profitiert immer weniger von diesen enormen Vermögenstransfers: Während 1990 von jedem vererbten Franken ca. 4.1 Rappen als Erbschaftssteuer an die öffentliche Hand floss, liegt dieser Beitrag heute bei mickrigen 1.4 Rappen. Reichtum wird in der Schweiz innerhalb von Familien weitergegeben und wer nicht das Glück hatte, in privilegierte Verhältnisse hineingeboren zu werden, hat nur geringe Chancen, sich ans obere Ende der Vermögensverteilung zu kämpfen.

Die höchsten Vermögen haben sich verselbständigt

Während die Schweiz im Hinblick auf die Vermögensverteilung eines der ungleichsten Länder der Welt ist, befindet sie sich bei der Einkommensungleichheit im untersten Drittel. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, doch es bestätigt auch eine wichtige Erkenntnis: Die krasse Vermögensungleichheit in der Schweiz rührt nicht nur von ungleichen Löhnen, sondern von exorbitanten Vermögen, deren Wachstum sich längst verselbständigt hat. Der Motor dieser



5 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

6 SRF: [So viel erben Schweizer 2020](#)

7 Fluder (2015): [Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern, 2002-2012](#)

8 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

zunehmenden Konzentrierung des Reichtums sind Kapitaleinkommen, die den Reichsten ohne Leistung immer mehr Geld auf ihre Bankkontos spülen und so auch die Einkommensungleichheit zunehmend verschärfen.

KAPITALEINKOMMEN:

TREIBER DER UNGLEICHHEIT

Unter Kapitaleinkommen verstehen wir jene Einkommensteile, welche nicht durch Lohnarbeit oder selbständige Tätigkeit generiert werden. Sie entstehen auch nicht aus Ansprüchen auf Sozialversicherungen, sondern belohnen angelegtes Vermögen.

Darunter fallen etwa Dividenden, Zinsen, Aktienkursgewinne und Mieteinnahmen. Kapitaleinkommen und Lohneinkommen stammen dabei aus dem gleichen Topf. Die erwirtschaftete Wertschöpfung in Unternehmen wird aufgeteilt: Ein Teil des Geldes fließt als Löhne an die Belegschaft und der Rest fließt als Kapitaleinkommen an die Eigentümer*innen von Unternehmen und Grossaktionär*innen. Der Anteil des Kapitals wird nicht immer sofort ausgeschüttet, sondern wird zum Teil zur Erzielung von zukünftigen

Profiten im Unternehmen belassen. Daraus resultieren Wertsteigerungen, welche z.B. beim Verkauf von Aktien als Gewinne realisiert werden (Aktien werden also günstig gekauft und

Was sind Kapitaleinkommen?

Unter Kapitaleinkommen verstehen wir alle Einkommen, die nicht durch Lohnarbeit, selbständige Tätigkeit oder Ansprüchen aus Sozialversicherungen generiert werden. Darunter fallen etwa Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Kapitalgewinne.

Was sind Kapitalgewinne?

Kapitalgewinne sind eine Kategorie von Kapitaleinkommen, bei denen Profite erwirtschaftet werden, indem Anlagen günstig gekauft und anschliessend teurer veräussert werden. Kapitalgewinne können z.B. beim Verkauf von Immobilien, Unternehmen oder Aktien anfallen. Bei letzterem sprechen wir von Aktiengewinnen oder Kursgewinnen. Aktiengesellschaften haben die Wahl, ob sie ihre Profite jährlich als Dividendenausschütten oder ob sie den Gewinn im Unternehmen belassen wollen, damit der Aktienkurs steigt und die Aktionär*innen beim Verkauf ihrer Anteile Kursgewinne einstreichen können. Diese Milliarden-Profite müssen in der Schweiz heute nicht versteuert werden.

teurer verkauft).

Dabei besteht ein klarer Interessenkonflikt zwischen Besitzenden und Arbeitenden: Höhere Löhne für die Angestellten bedeuten tiefere Profite fürs Kapital und umgekehrt. Die Besitzenden sitzen dabei immer am längeren Hebel, weil die endgültige Entscheidungsmacht über die Unternehmensführung alleine bei ihnen liegt.

Unser Wirtschaftssystem funktioniert heute nach einem klaren Muster: Die Kapitalbesitzenden legen ihr Geld an, damit werden Produktionsmittel gekauft und Arbeiter*innen angestellt. Durch die investierte Arbeitskraft entsteht ein Mehrwert, der aus der Differenz der Produktionskosten und dem erzielten

Verkaufspreis besteht. Über diesen Mehrwert bestimmen alleine die Besitzenden und einer der einfachsten Wege ihn zu vergrössern, ist eine Senkung der Lohnkosten.

Um Grossaktionär*innen höhere Kapitaleinkommen auszuzahlen, werden also Löhne gedrückt, der Leistungsdruck am Arbeitsplatz wird erhöht und wenig gewinnbringende Stellen werden gestrichen.

Ein Blick auf 33 der grössten börsenkotierten Konzerne in der Schweiz verdeutlicht, wie die Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit in der Schweiz verteilt wird. Im Jahr 2019 stiegen die Zahlungen an die Aktionär*innen in besagten Unternehmen auf 63 Milliarden Franken an, während die Lohnzahlungen für die 1.6 Millionen Angestellten mit 140 Milliarden Franken zu Buche schlugen⁹. Jeder dritte Franken, den die Belegschaft erwirtschaftet hat, floss also an Kapitalbesitzende, die keinen Finger dafür gekrümmt haben.

Die Reichsten profitieren

Gemäss der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)¹⁰ werden in der Schweiz jährlich mehr als 70 Milliarden Franken Kapitaleinkommen an Privatpersonen ausgeschüttet. Darin nicht erfasst sind die Kapitalgewinne, also Profite zum Beispiel aus Aktienverkäufen, sowie Mieteinnahmen.

Auch wenn Zahlen für die Schweiz nicht erfasst werden, wissen wir aus anderen Ländern, dass diese Kapitalgewinne insbesondere bei den Einkommen der Reichsten von zentraler Bedeutung sind. So erhält das einkommensstärkste 1% in den USA rund 36% seines Einkommens durch Kapitalgewinne¹⁰.

Auch die Mieteinnahmen dürften in der Schweiz eine wichtige Rolle spielen bei der Erklärung der grossen Differenz zwischen dem Grad der Vermögens- und der Einkommensungleichheit. In Europa gibt es keinen Staat, in dem die Wohneigentumsquote tiefer liegt als in der Schweiz. Während in der Europäischen Union im Durchschnitt rund 70% der Menschen ihren eigenen Wohnraum besitzen, liegt diese Zahl hierzulande nur bei rund 40%¹¹. Die überhöhten Mieten sorgen damit für eine ungewöhnlich hohe Umverteilung von jährlich 15 Milliarden Franken von Mieter*innen zu reichen Immobilieneigentümer*innen¹².

Kapitaleinkommen kommen in ihrer überwältigenden Mehrheit den reichsten Schweizer*innen zu. Kleinsparer*innen, welche Zinsen auf ihrem Sparkonto erhalten oder ein paar tausend Franken in Aktien angelegt haben, fallen dabei kaum ins Gewicht.

Schon wenn Kapitaleinkommen bloss proportional zur Grösse des investierten Vermögens wären, würde die überwältigende Mehrheit ans reichste 1% gehen¹³. Eine Studie für die Schweiz zeigt zudem, dass die Kapitalrenditen auf Finanzvermögen beim reichsten 1% mehr als doppelt

9 [VGR 2020, Kontensequenz der Gesamtwirtschaft und der institutionellen Sektoren, zu laufenden Preisen](#)

10 <https://fivethirtyeight.com/features/the-top-1-percent-earns-a-lot-from-cashing-in-on-investments/>

11 <https://www.capital.de/immobilien/das-sind-die-laender-mit-den-meisten-und-den-wenigsten-hausbesitzern>

12 <https://www.mieterverband.ch/mv/politik-positionen/news/referenzzinssatz/raiffeisenbank-vor-ueberhitzung.html>

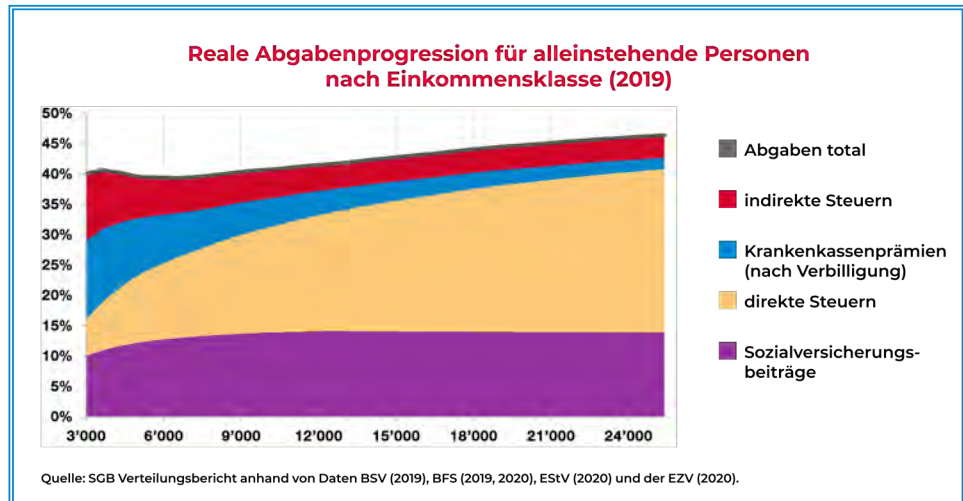
13 Vgl. Zahlen zur Vermögensverteilung in der Schweiz

so hoch sind wie diejenigen am Median¹⁴. Die Kapitalgewinne werden dabei nicht berücksichtigt und dürften das Bild noch zusätzlich zugunsten des 1% verzerren, weil mit grösserem Vermögen mehr Aktien und Wertschriften gehalten werden, die auch Kursgewinne abwerfen. Die Reichen kriegen damit höhere Kapitaleinkommen pro Franken Vermögen als die übrige Bevölkerung. So erstaunt es nicht, dass das reichste 1% heute über 60% der gesamten Kapitaleinkommen in der Schweiz auf sich vereint¹⁵. Die Vermögenskonzentration verstärkt sich damit zunehmend selbst.

ENTLASTUNG DES KAPITALS, BELASTUNG DER ARBEIT

In der Vergangenheit waren Staaten bemüht, durch Rückverteilung die gefährliche Konzentration der Vermögen zu bremsen. Klassisches Beispiel ist Roosevelts „New Deal“, der umfangreiche Sozialprogramme einführte – finanziert mit höheren Steuern und einem Spitzensteuersatz von 79%.

Seit der neoliberalen Wende in den 70er Jahren werden diese Bemühungen unter dem Schlagwort „Standortwettbewerb“ mehr und mehr durch Steuersenkungen für die Reichsten ersetzt. In den letzten Jahren wurden viele Kapitaleinkommen und Gewinne sogar komplett von der Steuerpflicht befreit. Die Schweiz war hier ganz vorne mit dabei und senkte die Einkommenssteuern für Topverdiener*innen seit 1984 um rund 15%. Zudem müssen Grossaktionär*innen, welche mindestens 10% der Aktien eines Unternehmens besitzen, auf Bundesebene nur 70% und auf kantonaler Ebene mindestens 50% ihrer Dividenden versteuern. Anders als in den meisten Ländern, erhebt die Schweiz auch keine Steuer auf Aktiengewinne. Für die Reichsten sind die effektiv bezahlten Einkommenssteuern in der Schweiz real nicht mehr progressiv, weil sie den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden ausnützen, um tiefer besteuert zu werden.¹⁶ Die Progression der Steuern und Abgaben



ist in der Schweiz aber auch insgesamt äusserst tief, besonders weil die Krankenkassenprämien nicht über progressive Steuern finanziert werden.¹⁷

14 [Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data by Marc Brunner, Jonas Meier, Armando Naef: SSRN](#)

15 Eigene Berechnung auf Basis von Brunner Meier, Naef und der aktuellen Vermögensverteilung (die Reichsten besitzen über 40%)

16 Roller & Schmidheiny (2016): Effective Tax Rates and Effective Progressivity in a Fiscally Decentralized Country

17 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2020): Verteilungsbericht 2020

Steuersenkungen fürs Kapital

Nebst den insgesamt tieferen Steuersätzen kam es auch zu einer Verschiebung der Steuerlast: Kapital und die daraus entstehenden Gewinne und Einkommen werden weniger besteuert. Die Liste der Reformen zugunsten des Kapitals ist lang, deswegen beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Reformen, welche zwischen 1998 und 2016 durchgeführt wurden. Alle aufgeführten Steuerreformen auf Bundes- und Kantonsebene haben zu grossen jährlich wiederkehrenden Steuerausfällen geführt, doch präzise Schätzungen fehlen bei vielen:

- Abschaffung der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen (ca. 2 Milliarden Franken Steuerausfälle)
- Einführung von Steuerregimes für Statusgesellschaften, unter anderem das Holding-Privileg
- Senkung der Stempelabgaben von 2001 bis 2012 (600 Mio. Franken Steuerausfälle)
- Unternehmenssteuerreform I: Proportionaler Steuertarif und Abschaffung der Kapitalsteuer
- Reduktion der Grundsteuern (ca. 1 Milliarde Franken Steuerausfälle)
- Unternehmenssteuerreform II: Kapitaleinlageprinzip und privilegierte Dividendenbesteuerung (1.6 bis 2.2 Milliarden Franken Steuerausfälle)
- Verrechnungssteuerbefreiung von Coco-Bonds (21 Mio. Franken Steuerausfälle)

Das Kapital kam in den letzten Jahren also in den Genuss von Steuersenkungen, welche die öffentliche Hand jedes Jahr mindestens 5-6 Milliarden Franken kosten. Dies entspricht etwa den gesamten jährlichen Militärausgaben der Schweiz.¹⁸ Dazu kommen alle Reformen, bei denen es keine Ausfall-Schätzungen gibt.

Gleichzeitig wurden der Konsum und Arbeitseinkommen stärker belastet. Etwa durch die steigende Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer oder die gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge. Die Reichsten wurden in den letzten Jahren also massiv steuerlich entlastet, während die 99% mehr bezahlen.

Standortwettbewerb zerstört Wohlstand

Dies ist nicht nur aus Gesichtspunkten der Gerechtigkeit kaum legitimierbar, diese Politik kann langfristig auch nicht erfolgreich sein: Selbst wenn ein Land durch aggressive Steuersenkungen einige reiche Zuzüger*innen verzeichnen kann, ist dieser Vorteil nur vorübergehend. Sobald weitere Länder nachziehen, verschwindet der vermeintliche Gewinn. Bei diesem "race to the bottom" verlieren schlussendlich fast alle Staaten und vor allem die 99% – ihnen entgehen wichtige Steuereinnahmen. Gewinner ist das reichste Prozent, wie der inzwischen weltbekannte Ökonom Thomas Piketty genau nachzeichnete¹⁹: Die Vermögen wuchsen massiv an, die Kapitalerträge machten einen immer grösseren Teil der Volkswirtschaft aus.

In einer zusehends vernetzten, globalisierten Welt sehen sich die Bevölkerungen vieler Länder immer wieder den Drohungen der Reichen ausgesetzt, ihr Kapital in das nächste, billigere, steuergünstigere Land zu verschieben. Wir wollen uns nicht länger erpressen lassen und fordern, dass zumindest ein Teil der Gelder des reichsten Prozents rückverteilt wird.

18 https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/finanzberichterstattung/bundeshaushalt_ueb/ausgaben.html

19 Piketty T. (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert

POLITISCHE MACHT DER REICHSTEN

Die massive finanzielle Entlastung der Reichsten in den letzten Jahren ist kein Zufall: Reichtum schlägt sich auch in politischer Macht nieder. Bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen fliesst von Jahr zu Jahr mehr Geld, vor allem die Reichsten können sich solche Ausgaben leisten. Dieselben Menschen können ihren Einfluss auch durch massive politische Lobbyarbeit, einflussreiche Thinktanks oder den Kauf von ganzen Medienhäusern oder Universitätsinstituten geltend machen.²⁰

Der Einfluss von Reichen auf die Politik wird verstärkt, weil Menschen mit tiefen Einkommen weniger politisch partizipieren und viele mit der Demokratie unzufrieden sind.²¹ Vielen fehlt inzwischen schlicht der Glaube, angesichts der Machtverhältnisse eine reale Veränderung der Lebensumstände erreichen zu können. Es ist berechtigt zu fragen, welche reale Mitbestimmung die 99% heute noch haben und ob viele relevante politische Entscheidungen vorwiegend von einer kleinen, reichen Minderheit geprägt werden. Zumindest in den USA, dem westlichen Land mit der grössten Zunahme der Ungleichheit, scheint sich diese These zu bewahrheiten: Während die politischen Präferenzen von Personen mit mittlerem Einkommen praktisch keinen Einfluss darauf haben, ob eine Forderung umgesetzt wird, haben die Wünsche der einkommensstärksten 10% einen massiven Einfluss auf die tatsächliche Umsetzung einer Forderung.²² Diese Erkenntnisse lassen sich nicht unmittelbar auf die Schweiz übertragen, doch trotzdem bedroht die steigende soziale Ungleichheit auch das Funktionieren der Schweizer Demokratie, wenn wir nicht rechtzeitig handeln.

Gefangen im Teufelskreis

Es ist höchste Zeit, dass wir uns aus dem herrschenden Teufelskreis befreien: Mit zunehmender Reichtumskonzentration werden die politischen Spielregeln immer mehr nach den Interessen des Reichsten 1% ausgestaltet. In der Folge wachsen ihre Vermögen noch stärker an und ermöglichen ihnen schlussendlich noch mehr politischen Einflussnahme.

Dabei droht eine Intensivierung der Politik der letzten Jahrzehnte: Superreiche und Grossaktionär*innen werden systematisch entlastet, während Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen die Rechnung dafür zahlen.

Privilegien und Extrawürste für Superreiche

Die politische Macht der Reichsten manifestiert sich nicht nur in der Ausgestaltung der Schweizer Finanz- und Steuerpolitik, sie verschaffen sich durch ihre Übermacht auch rechtliche Privilegien und Zugriff zu Ressourcen, die zahlreiche Menschen dringend für ihr Überleben bräuchten. Die Personen mit den höchsten Einkommen verursachen in der Schweiz pro Kopf CO₂-Emissionen, die 20 Mal so hoch sind wie diejenigen der unteren 50%.²³

Dazu können sich reiche Personen Aufenthaltsbewilligungen kaufen und auch Beschränkungen des Immobilienbesitzes durch Personen im Ausland werden oft umgangen, weil lokale

20 vgl. das neu gegründete "Institut für Wirtschaftspolitik" an der Uni Luzern, finanziert von Milliardär Alfred Schindler

21 Schäfer (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa

22 Gilens M./Page B. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics

23 Chancel & Piketty (2015): Carbon and inequality: From Kyoto to Paris

Politiker*innen in einem so grossen Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen stehen.²⁴ In vielen anderen Ländern können sich Superreiche sogar Pässe kaufen und damit visafrei auf dem ganzen Globus reisen.

UNGLEICHHEIT FÜHRT ZU KRISEN UND SCHADET DER GESELLSCHAFT

Die Zunahme der ökonomischen Ungleichheit stellt nicht nur grosse Gerechtigkeits-Fragen, sie schwächt auch die Funktionsweise unserer Wirtschaft.

Durch die herrschende Umverteilung von Unten nach Oben wechselt Geld nicht nur den/die Besitzer*in, es wird auch anders verwendet. Die Reichsten besitzen mehr Geld, als man in einem Leben ausgeben könnte. So müsste SVP-Nationalrätin und Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher bis zu ihrem Lebensende jeden Tag mehr als eine halbe Million Franken verprassen, um ihr Geld loszuwerden. Ähnlich sieht es auch bei anderen Superreichen aus. Viele von ihnen legen ihre Vermögen deswegen zusehends an den Finanzmärkten an, wo keine realen Güter produziert werden. Ursprünglich waren Finanzmärkte dazu gedacht, die Finanzierung von Unternehmen sicherzustellen, doch heute wird daran zusehends schädliche Spekulation betrieben, die alleine auf die Vermehrung von Vermögen zielt.

Überschuldung und Wirtschaftskrisen

Neuere Studien aus den USA zeigen nun: Die Vermögenskonzentration führt nicht nur zu unproduktiven Investitionen, sondern gleichzeitig zu immer mehr Schulden bei Menschen mit tieferen Einkommen. Denn die Banken vergeben günstige Kredite an ärmere Menschen, um die steigenden Ersparnisse der Reichen anzulegen.²⁵ Diese ärmeren Menschen sind wegen stagnierender Einkommen auf Schulden angewiesen, insbesondere wenn sie sich gängige Statussymbole leisten wollen, welche ihre schlechte ökonomische Situation verschleiern.²⁶ Die steigende Verschuldung ärmerer Haushalte führt zu ökonomischer Instabilität, unter der die tiefen Einkommen meist am stärksten leiden, weil sie bei Wirtschaftskrisen oft als erstes ihre Stelle verlieren. Gleichzeitig konzentrieren sich Vermögen am oberen Ende der Verteilung weiter.²⁷ Diese Schuldenspirale wegen steigender Ungleichheit war verantwortlich für die globale Wirtschaftskrise von 2008.²⁸

Kaufkraft stagniert - das System zerfleischt sich selber

In der Schweiz ist die Situation noch nicht so dramatisch wie in den USA, aber die Tendenz ist eindeutig. Die Vermögensungleichheit steigt, das Geld fehlt gleichzeitig den arbeitenden Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, deren Kaufkraft stagniert - zwischen 2000 und 2019 hat bei Personen mit den tiefsten Löhnen das verfügbare Einkommen abgenommen, während es in der Mitte nur um 100-300 Franken gewachsen ist - also maximal 15.- pro Jahr.²⁹

24 <https://www.srf.ch/news/schweiz/aufenthaltsrecht-fuer-reiche-goldene-visa-spalten-die-politik>; [Lex Koller gebrochen: Behörden drücken bei reichen Ausländern alle Augen zu](#)

25 [How the 1 percent's savings buried the middle class in debt](#)

26 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis

27 [Wealth Inequality and Private Savings: The Case of Germany](#)

28 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis; Wising (2013): Wage stagnation, rising inequality and the financial crisis of 2008

29 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2020): Verteilungsbericht 2020

Diese Stagnation der Kaufkraft führt dazu, dass weniger Konsumausgaben getätigt werden und die Nachfrage und damit auch die Produktion sinkt.³⁰ Immer mehr internationale Organisationen wie der internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die OECD, warnen deshalb vor den Konsequenzen der Ungleichheit für die Wirtschaftsleistung.³¹ Der Währungsfonds kommt in einer Studie zum Schluss, dass sowohl tiefere Ungleichheit als auch höhere Rückverteilung gut für die wirtschaftliche Entwicklung sind.³² Inzwischen wollen sogar moderate Kräfte wie US-Präsident Joe Biden die Trickle-Down Theorie in den Mülleimer der Geschichte werfen: Steuersenkungen für Reiche nützen eben nur den Reichen.³³

Daneben droht Ungleichheit aber auch, unsere Gesellschaft zu spalten. Egal ob die Anzahl Gefängnisinsass*innen, schlechte Gesundheit, Gewalt, Drogen, oder psychische Erkrankungen, lange Arbeitszeiten oder fehlende Gemeinschaft - all diese Probleme sind in Gesellschaften mit höherer Einkommensungleichheit ausgeprägter. In besonders ungleichen Gesellschaften wie den USA führt die Ungleichheit auch dazu, dass die Lebenserwartung der Menschen mit tiefen und hohen Einkommen auseinander driftet, mittlerweile geht sie sogar trotz steigendem BIP zurück.³⁴

UNGLEICHHEIT: AFFRONT GEGENÜBER DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG

Auf den vergangenen Seiten haben wir gesehen: Die grossen Vermögensungleichheit und die Übermacht der Superreichen in der Schweiz stellt unsere Gesellschaft vor massive Probleme. Doch die steigende soziale Ungleichheit ist mehr als ein Effizienzproblem, sie ist auch ein Affront gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, die von früh bis spät schuftet und unsere Gesellschaft am laufen hält.

Der Wohlstand in unserer Gesellschaft wird von Kassierer*innen, Pfleger*innen, Lehrpersonen und Büroangestellten erarbeitet, sowie von Menschen - überwiegend Frauen - die unbezahlte Arbeit leisten indem sie Kinder erziehen, kochen oder ältere Angehörige Pflegen. Trotzdem fliesst der Löwenanteil des erarbeiteten Wohlstandes in die Taschen von superreichen Abzocker*innen, die ohne einen Finger zu rühren Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe einstreichen. Diese Kapitaleinkommen gehen dabei immer zulasten der Löhne der arbeitenden Bevölkerung.

In den vergangenen Jahrzehnten konnten das reichste Prozent und seine Helfer*innen das Steuersystem zunehmend zu seinen Gunsten umbauen. Wir stellen diese Macht und Privilegien in Frage. Wir wollen ein Steuersystem, das den Menschen dient – nicht dem Kapital. Die Vermögenden haben in diesem Land eine unglaubliche Macht. Die bürgerlichen Politiker*innen agieren nach dem Gusto ihrer Geldgeber*innen. Banken- und Pharamalobby bestimmen die Politik. Nicht zuletzt zielt die Initiative genau auf das ab, was den Neoliberalen ein Dorn im Auge ist: Nicht das reichste Prozent soll über die Politik bestimmen, sondern wir alle. Die Bevölkerung

30 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft - Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur

31 OECD (2014):

32 Ostry, Berg, Zangarides (2014): Redistribution, Inequality, and Growth (IMF Staff Note)

33 <https://www.theguardian.com/business/2021/apr/29/biden-trickle-down-economics-us-president>

34 [Life Expectancy and Inequality in Life Expectancy in the United States | SIEPR.](#)

muss die Spielregeln festlegen, nach denen die Wirtschaft zu funktionieren hat. Die Lohnabhängigen müssen endlich ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg zurückerhalten und sollen nicht länger die Milliardenrenditen der Superreichen mit ihrer Arbeit bezahlen müssen.

Die Rückverteilung von Wohlstand und Macht ist ein Gebot der Gerechtigkeit, denn die Vermögen der Superreichen lassen sich längst nicht mehr mit harter Arbeit legitimieren.

So müsste eine Krankenpfleger*in seit über 100 000 Jahre arbeiten und sparen, ohne auch nur einen Rappen auszugeben, um das Vermögen von Magdalena Martullo-Blocher zu erreichen. Das war zehntausende Jahre bevor die ersten Menschen überhaupt den Europäischen Kontinenten besiedelten.

Wenn wir eine gerechte Welt schaffen wollen, dürfen angeborene Privilegien nicht mehr zählen als harte Arbeit.

DIGITALISIERUNG UND AUTOMATISIERUNG STÄRKEN DAS KAPITAL

Die Entwicklung der Wissensökonomie, die massive Stärkung des geistigen Eigentums und die zunehmende Automatisierung sind Faktoren, die die Produktivität des Kapitals erhöhen. Die Macht der großen Konzerne und der Superreichen, die Wissen besitzen, wird dadurch massiv gestärkt und Monopolisierungstendenzen nehmen zu. Letzteres ist eine logische Konsequenz von wissensbasierter Wertschöpfung: Wenn Apple eine neue Technologie entwickelt, kann diese ohne Aufwand einer unbegrenzten Zahl von Kund*innen zugänglich gemacht werden, anders als in einer Schreinerei, wo jeder Tisch neu gebaut werden muss.

Heute gibt es kaum politische Projekte, die sicherstellen, dass die Vorteile des technologischen Fortschritts an die Bevölkerung zurückfließen. Dabei wäre genau das von zentraler Bedeutung, wenn wir verhindern wollen, dass sich die Kontrolle über Produktionsmittel und die gesellschaftliche Macht weiter in den Händen der Reichsten konzentriert.

Eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen ermöglicht es wissensbasierte Wertschöpfung an die gesamte Bevölkerung zurückzuverteilen.

DIE CORONA-KRISE FÜHRT ZU WEITERER SPALTUNG

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt wer die wahren Stützen unserer Gesellschaft sind. Wir werden durch die Krise getragen von Pflegekräfte in den Spitälern, Logistiker*innen in den Paketzentralen, Kassierer*innen in den Einkaufsläden, Apotheker*innen, Lehrer*innen, Kinderbetreuer*innen, Mitarbeitende der Abfallentsorgung. Wir waren froh über die Gärtner*innen, die im Lockdown unsere Gärten, Parks und Balkone begrüneten oder die Handwerker*innen, die unser Home Office am Funktionieren hielten. Nach der Krise freuen wir uns darüber, dass wir im Restaurant wieder vom Servicepersonal bedient werden können, dass uns das Personal am SBB-Schalter und im Reisebüro die lang ersehnte Urlaubsreise verkauft und Reinigungsfachkräfte nach uns Fussballstadien und Konzerthallen reinigen werden.

Klassenkampf von oben verschärft sich

Die beeindruckende Leistung der Lohnabhängigen wurde jedoch nicht wertgeschätzt, die Löhne werden 2021 real als Reaktion auf die Krise wohl stagnieren.³⁵ Menschen mit tiefen Haushaltseinkommen mussten einen Einkommensrückgang von 20% wegstecken oder verloren ihren Job. Arme Haushalte mussten in der Folge ihren Konsum reduzieren, weil ihnen das Geld fehlte und ihre Ersparnisse schmolzen zusammen.³⁶

Der Rückgang der Kaufkraft gefährdet auch die Erholung der Selbständigen und der KMU, die von der rechten Parlamentsmehrheit während der Krise im Stich gelassen wurden. Die rechten Parteien verhinderten einen Teilmieterlass für corona-gebeutelte KMU, um die Profite der Immobilienkonzerne zu sichern und setzten sich dafür ein, dass die Millionen-Dividenden der Grossaktionär*innen trotz staatlich finanzierten Kurzarbeitsgeldern weiter flossen.

Entsprechend hat sich die soziale Ungleichheit im Krisenjahr 2020 weltweit weiter verschärft. Die Credit Suisse erwartet für das Jahr 2020 eine Zunahme der Vermögen des reichsten 1% von 6.1%.³⁷ Alleine die wohlhabendsten sechs Schweizer Milliardär*innen wurden zwischen März 2020 und Februar 2021 um 15,5 Milliarden reicher - das ist mehr als die gesamten Corona-Ausgaben des Bundes im Jahr 2020. Gleichzeitig konnten sich die Reichsten auch den meisten anderen Folgen der Pandemie einfacher entziehen. Ärmere Personen waren nicht nur stärker von wirtschaftlichen Ausfällen der Pandemie betroffen, auch ihre physische und mentale Gesundheit verschlechterte sich stärker.

Menschen aus sozioökonomisch weniger starken Quartieren der Schweiz wurden seltener getestet, erkrankten häufiger und mussten öfter corona-bedingt ins Spital. Sie lagen mehr als doppelt so oft auf der Intensivstation und starben 20% häufiger.³⁸

35 [KOF Konjunkturprognose: Fragile Erholung der Wirtschaft – zwei Szenarien für die Zukunft.](#)

36 [Coronavirus crisis is exacerbating inequality in Switzerland – KOF Swiss Economic Institute | ETH Zurich](#)

37 Credit Suisse (2020): Global Wealth Report 2020

38 Riou et al. (2021): Socioeconomic position and the cascade from SARS-CoV-2 testing to COVID-19 mortality: Analysis of nationwide surveillance data

DIE 99%-INITIATIVE

INITIATIVTEXT

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «LÖHNE ENTLASTEN, KAPITAL GERECHT BESTEUERN»
Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 127a Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen

¹ Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.

² Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen.

³ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Es gibt Menschen, die müssen arbeiten um zu leben, und es gibt Menschen, die lassen die anderen für sich arbeiten. Die 99%-Initiative will Superreiche, die nur von ihren Kapitalerträgen und somit von der Arbeit anderer leben, höher besteuern. Die Lohnabhängigen sollen wieder mehr Geld zum Leben haben. Dazu sollen Kapitaleinkommen, ab einem durch das Parlament festzulegenden Betrag, mit dem Faktor 1.5 besteuert werden. Betroffen sind insbesondere Dividenden, realisierte Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Der Eigenmietwert, Rentenauszahlungen und die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit sollen dagegen von einer erhöhten Besteuerung ausgenommen werden.

Während Kapitalgewinne, wie Aktiengewinne in der Schweiz bis heute nur in Ausnahmefällen besteuert werden und neu steuerpflichtig sein sollen, führt die Initiative bei den meisten Kapitaleinkommen nicht zu einer neuen Besteuerung, sondern nur zu einer Erhöhung der Steuern.

Unsere Initiative setzt dabei nicht bei den Steuersätzen an, sondern ändert die Berechnung des steuerbaren Einkommens: Hohe Kapitaleinkommen sollen neu 1.5fach gezählt werden. Dies gilt für alle Staatsebenen gleichermassen, also für Gemeinden, Kantone und den Bund. Eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage ist dabei kein neues Mittel im Steuergesetz. Heute werden beispielsweise Grossaktionär*innen privilegiert besteuert: Wenn sie mindestens 10% der Aktien eines Unternehmens besitzen, müssen die die entsprechenden Dividenden auf Bundesebene nur 0.7fach und in den Kantonen mindestens 0.5fach versteuert werden (also weniger als Lohneinkommen).

Ab welcher Höhe Kapitaleinkommen 1.5fach besteuert werden sollen, wird vom Parlament festgelegt. Wir schlagen dabei für Alleinstehende einen Freibetrag von 100'000 Franken vor. Damit stellen wir sicher, dass Kleinsparer*innen nicht betroffen sind, sondern nur Superreiche, welche so viel Kapitaleinkommen erhalten, dass sie nicht arbeiten müssen.

Nur wer alleine mit Kapitaleinkommen mehr als 100'000 Franken pro Jahr verdient, ist von einer erhöhten Besteuerung betroffen. Allfällige Lohneinkommen werden also beim Freibetrag nicht mitgerechnet. Für Verheiratete und Paare in eingetragener Partnerschaft, sowie bei langdauernder Haltungsdauer einer Kapitalanlage kann dabei ein abweichender Freibetrag festgelegt werden.

Die zusätzlichen Steuereinnahmen werden zur Entlastung der breiten Bevölkerung verwendet. Hierzu sieht die Initiative zwei Möglichkeiten vor, die sich gegenseitig ergänzen können: tiefe und mittlere Arbeitseinkommen (z.B. steuerbares Einkommen unter 100'000 Franken) werden reduziert besteuert oder Zahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt werden erhöht. Möglich wären z.B. eine Erhöhung der Prämienverbilligungen, Investitionen in Kindertagesstätten, den öffentlichen Verkehr oder Weiterbildungsmöglichkeiten.

AUSWIRKUNGEN DER INITIATIVE

RECHENBEISPIEL

Die Initiative sieht einen durchs Parlament zu bestimmenden Freibetrag vor. Kapitaleinkommensteile, die über diesem Freibetrag liegen, werden für die Berechnung der Steuererträge mal 1.5 gerechnet. Es wird also das steuerbare Einkommen für die Berechnung erhöht. Im nachfolgenden Beispiel wird mit dem von uns vorgeschlagenen Freibetrag von 100'000 Franken gerechnet:

Eine Person, die im Moment 170 Millionen Franken angelegt hat, erhält bei einer Rendite von 3% rund 5.1 Millionen steuerbares Kapitaleinkommen. Bei einem Freibetrag von 100'000 Franken werden dabei 5 Millionen 1.5fach gezählt, was 7.5 Millionen ergibt. Hierzu würden dann die 100'000 Franken, die nicht betroffen sind, wieder dazugerechnet. Die besagte Person würde also neu über 7.6 Millionen statt 5.1 Millionen steuerbares Einkommen verfügen, was einen höheren Steuerbetrag zur Folge hat. Das Steuerbare Einkommen wird anschliessend mit dem jeweiligen Steuersatz multipliziert, um die geschuldeten Steuern zu ermitteln.

170 Mio	Steuerbares Investiertes Vermögen
$170 \text{ Mio} \times 3\% = 5.1 \text{ Mio.}$	Erwartete Kapitaleinkommen (bisher)
$5.1 \text{ Mio.} - 100'000 = 5 \text{ Mio.}$	Abzug des Freibetrags
$5 \text{ Mio.} \times 1.5 = 7.5 \text{ Mio.}$	Neues steuerbares Einkommen über dem Freibetrag
$7.5 \text{ Mio.} + 100'000 = 7.6 \text{ Mio.}$	Gesamtes steuerbares Einkommen
$7.6 \text{ Mio} \times \text{Steuersatz}$	Geschuldeter Steuerbetrag

Beispiel kantonale Steuer Zug:

$5.1 \text{ Mio} \times 8\% = 326'399 \text{ CHF}$	geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
$7.6 \text{ Mio} \times 8\% = 486'399 \text{ CHF}$	geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

Beispiel kantonale Steuer Graubünden:

5.1 Mio x 11% = 561'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
7.6 Mio x 11% = 836'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

Beispiel kantonale Steuer Freiburg:

5.1 Mio x 13.5% = 688'500 CHF	geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
7.6 Mio x 13.5% = 1'026'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

WER IST BETROFFEN?

Durch den hohen Freibetrag sind nur die Allerreichsten von der Initiative betroffen. Um den vorgeschlagenen Freibetrag von 100'000 Franken Kapitaleinkommen zu erreichen, sind bei einer angenommenen Rendite von 3,37% etwas mehr als 3 Millionen Franken angelegtes Vermögen nötig. Ein entsprechendes Vermögen besitzen in der Schweiz nur rund 60'000 Steuerpflichtige – also rund 1% der Bevölkerung.

Eine tatsächliche höhere Besteuerung ist bei einem Vermögen von 3 Millionen Franken aber sehr unwahrscheinlich: Im Normalfall haben Menschen nicht ihr gesamtes Vermögen in gewinnbringende Anlagen investiert, da ein Teil ihres Vermögens aus Gebrauchsgütern wie einem selbstbewohnten Haus besteht, das keinen regelmässigen Profit abwirft.

Wer den Freibetrag von 100'000 Franken nur knapp übersteigt, muss dabei nur mit einer geringen zusätzlichen Steuerbelastung rechnen.

Unternehmen werden mit der Initiative explizit nicht höher besteuert, da die Initiative nur auf natürliche Personen zielt.

MEHREINNAHMEN

Die Initiative schliesst Steuerschlupflöcher und besteuert Kapitaleinkommen höher. Dadurch entstehen Mehreinnahmen von mehreren Milliarden für Bund, Kantone und Gemeinden. Der Hauptteil der Initiative, die erhöhte Besteuerung der Kapitaleinkommen (also z.B. Mieteinnahmen, Zinsen und Dividenden), bringt rund 6.8 Milliarden Franken ein. Doch auch die Abschaffung der Steuerprivilegien wird viel bewirken: Bis zu 2 Milliarden brächte alleine die Besteuerung der Kapitalgewinne ein (z.B. Kursgewinne bei Aktien), hinzu kommen noch mindestens 1.4 Milliarden durch die Aufhebung diverser weiterer Privilegien. Total wird die Initiative Mehreinnahmen von ca. 10 Milliarden generieren. Davon fallen rund 67% bei den Kantonen und Gemeinden an und 33% kommen dem Bund zugute.

Mit der 99%-Initiative würde zusätzlich auch die AHV von höheren Einnahmen profitieren: Unternehmensbesitzer*innen, die selber in ihrem Betrieb arbeiten, haben heute die Wahl, ob sie sich ihr Einkommen als Dividenden oder Lohn ausbezahlen wollen. Die steuerliche Privilegierung von Dividenden hat die erste Option wesentlich attraktiver gemacht, weil Dividenden im Vergleich zu Lohneinkommen nur zu 50%-70% steuerpflichtig sind, wenn Personen mindestens 10% eines Unternehmens besitzen. Unter dieser Verschiebung leidet auch die AHV, denn anders als Lohneinkommen sind Dividenden nicht AHV-abgabepflichtig. So hat die steuerliche Privilegierung von Dividenden bei der AHV zu jährlichen Ausfällen in der Höhe von

300-350 Millionen Franken geführt.

Die 99%-Initiative schafft Anreize, dass Einkommen wieder vermehrt als Löhne ausbezahlt werden, statt als Dividenden und sorgt damit für mehr Geld in der AHV-Kasse.

WOHIN GEHT DAS GELD

Steigende Krankenkassenprämien, Abbaumassnahmen beim Gesundheitssystem und bei der Bildung - das alles weil angeblich nicht genügend Geld zur Verfügung steht. Die 99%-Initiative räumt auf mit diesem Märchen der fehlenden Mittel.

Mit den zusätzlichen 10 Milliarden Franken pro Jahr sollen die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlastet werden. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können aber auch für die soziale Wohlfahrt und eine Stärkung des Service Public verwendet werden. Konkret ermöglicht die Initiative damit z.B. eine Senkung der Krankenkassenprämien und generiert zusätzliche Mittel für Weiterbildungsangebote, Kinderkrippen, das Gesundheitssystem oder den öffentlichen Verkehr. Diese Investitionen sind bitter nötig: Hinter uns liegen Jahrzehnte des Abbaus beim Gesundheitssystem und der Bildung, welche zu einer Verschlechterung der öffentlichen Leistungen geführt haben und unser System krisenanfälliger gemacht haben. Dies hat auch die Corona-Pandemie bewiesen, welche in der Schweiz auf ein Gesundheitssystem getroffen ist, welches schon seit Jahren am Anschlag läuft.

Dank der 99%-Initiative können wir den Service public stärken, helfen den unteren Einkommenschichten und bringen das Geld zurück zu denen, die es erarbeitet haben. Damit Krankenkassenprämien keine Luxusfrage werden und Familien mehr zum Leben haben.

WAS DIE SCHWEIZ GEWINNEN KANN

MEHR GERECHTIGKEIT!

Die 99%-Initiative bringt mehr Gerechtigkeit. Wir haben während der Corona-Krise einmal mehr gesehen, dass es die lohnabhängigen 99% sind, die unsere Gesellschaft tragen: Pflegefachkräfte, Kassierer*innen, Logistiker*innen, Apotheker*innen, Lehrer*innen, Kinderbetreuer*innen, Wissenschaftler*innen. Sie erarbeiten den Wohlstand in unserer Gesellschaft, während das reichste 1% die Früchte ihrer Arbeit abkassiert.

Wer für sein / ihr Einkommen arbeiten muss, soll darauf weniger Steuern bezahlen, als Superreiche, die von leistungsfreien Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe leben. Schon heute besitzt das Reichste 1% über 43% der Gesamtvermögen in der Schweiz und die 300 Reichsten konnten ihr Vermögen in den letzten sieben Jahren von 352 Milliarden auf unvorstellbare 707 Milliarden Franken verdoppeln.

Zum Vergleich: Eine Pflegerin müsste über 100'000 Jahre arbeiten, um das Vermögen solcher

Multimilliardär*innen wie Hansjörg Wyss oder Gianluigi Aponte zu erreichen - sie müsste also ungefähr 40'000 Jahre bevor erstmals Menschen aus Afrika ausgewandert sind mit der Arbeit begonnen haben.

Die 99%-Initiative verhindert, dass Abzocker*innen wegen Kapitaleinkommen noch reicher werden, während die tiefen und mittleren Einkommen immer mehr unter Druck geraten und und 155'000 Menschen in der Schweiz nicht von ihrem Lohn leben können. Wir wollen diese Ungerechtigkeit stoppen und das Geld an jene Menschen rückverteilen, die dafür gearbeitet haben.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE!

In einer Demokratie müssen alle Menschen dieselben politischen Rechte und Möglichkeiten haben. Die krasse Vermögensungleichheit in der Schweiz gefährdet diesen Grundsatz, denn übermässige finanzielle Macht schlägt sich immer auch in politischer Macht nieder. Wenn sich Superreiche wie Alfred Schindler und Christoph Blocher Universitätsinstitute und Zeitungen kaufen können und damit den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne steuern, dann bedroht das die Demokratie genauso wie wenn bürgerliche Parteien im Parlament Klientelpolitik für ihre reichen Geldgeber machen. Den übermässigen Einfluss der Reichen sehen wir auch bei der Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen. So auch bei der 99-Prozent-Initiative, die unter anderem vom Verband "Swiss Family Business" bekämpft wird, in dessen Vorstand Milliardär*innen wie Magdalena Martullo-Blocher oder Klaus Endress ihre eigenen Privilegien verteidigen.

Wir befinden uns heute in einem Teufelskreis, der unsere Gesellschaft zu zerreißen droht: mit zunehmender Konzentration des Reichtums, steigt auch der Einfluss des reichsten 1%. Dies ermöglicht es ihnen, die politischen Rahmenbedingungen immer mehr zu ihren Gunsten auszugestalten und noch mehr Geld anzuhäufen. So wurden die Reichsten in den letzten Jahren systematisch steuerlich entlastet (z.B. bei der Unternehmenssteuerreformen II oder durch Senkungen der Erbschaftssteuer) und superreiche Ausländer*innen können sich sogar Aufenthaltsbewilligungen kaufen.

Die negativen Folgen der Politik fürs reichste 1% bedroht dabei unser Zusammenleben: Mit zunehmender Ungleichheit sinkt das physische und psychische Wohlbefinden der Menschen und Kriminalität und Gewalt nehmen zu.

Wegen dem grossen politischen Machtungleichgewicht verlieren zudem immer mehr Menschen den Glauben an die Politik und verzichten auf politische Partizipation.

Um diese schädlichen Tendenzen zu stoppen, müssen wir die Zunahme der sozialen Ungleichheit aufhalten und den 99% endlich die Macht zurückgeben.

ENTLASTUNG DER LÖHNE UND MEHR SERVICE PUBLIC

Das Steuer- und Abgabensystem in der Schweiz ist insgesamt kaum progressiv und die Kaufkraft von Menschen mit tiefen und mittleren Löhnen stagniert seit 20 Jahren - sie schufteten und haben wegen Mieten und Krankenkassenprämien trotzdem weniger im Portemonnaie. Zudem wurde der Service Public in den letzten Jahren vor allem in den Kantonen massiv geschwächt - Leistungen bei der Bildung, beim ÖV und beim Gesundheitssystem wurden zusammengestrichen und abgebaut. Die Leidtragenden sind auch hier die 99%, zuletzt die Pfleger*innen, welche uns unter der Last eines kaputtgesparten Gesundheitssystems durch die Corona-Pandemie getragen haben.

Mit der 99%-Initiative wollen wir das ändern. Die Initiative generiert jährliche Mehreinnahmen von 10 Mrd. Franken bei Bund und Kantonen. Diese Einnahmen sollen dazu verwendet werden, die lohnabhängige Bevölkerung zu entlasten, indem Steuern auf tiefe und mittlere Arbeitseinkommen gesenkt werden oder der Service Public gezielt ausgebaut wird. Konkret könnten wir mit der Initiative:

- Den ÖV ausbauen oder vergünstigen, um klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle Menschen sicherzustellen
- Gebührenfreie KITAS finanzieren, damit die Schweiz bei der Gleichstellung endlich vorwärts kommt und vorwiegend Frauen von der Doppelbelastung der Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit entlastet werden.
- Ins Gesundheitssystem und in Prämienverbilligungen investieren, um Familien und tiefe Einkommen bei einem der grössten Ausgabenposten zu unterstützen.
- Weiterbildungsangebote finanzieren, damit Menschen in schrumpfenden oder klimaschädigenden Branchen eine Zukunftsperspektive erhalten.

Damit können wir dafür sorgen, dass jene Menschen, die den Wohlstand unserer Gesellschaft erarbeiten, endlich mehr Geld im Portemonnaie haben.

Mit der 99%-Initiative stärken wir zudem auch die AHV: Die Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen, welche in den letzten Jahren durchgeboxt wurden, haben bei der AHV zu jährlichen Ausfällen von 300 bis 350 Millionen Franken geführt. Dieses Geld holen wir uns mit der 99%-Initiative zurück und stärken den solidarischsten Teil des Rentensystems.

SCHUTZ VOR KRISEN UND ÖKONOMISCHER INSTABILITÄT

Wenn Superreiche mehr Geld erhalten, dann spekulieren sie damit oft unproduktiv auf den Finanzmärkten, weil sie mehr Geld haben, als man in einem Leben für Konsum ausgeben kann. Gleichzeitig verschulden sich die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen immer stärker. Dies destabilisiert die Wirtschaft und führt zu Krisen.

Zudem haben Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen wegen der zunehmenden Vermögenskonzentration immer weniger Geld zur Verfügung, was die Nachfrage nach Konsumgütern und schwächt und damit auch den Unternehmen schadet, die sie verkaufen.

Dieses Problem wird längst auch ausserhalb der Linken anerkannt: Der Internationale Währungsfonds hat 2017 bemängelt, dass die Durchschnittsbesteuerung für Spitzeneinkommen in der OECD zwischen 1981 und 2015 von 62% auf 35% gefallen ist. Die neoliberale Organisation schlägt

deshalb eine Erhöhung der Progression und stärkere Besteuerung der höchsten Einkommen vor.³⁹ Während der Corona-Pandemie haben sich zudem die Stimmen von Ökonom*innen gemehrt, die zur Stärkung der Wirtschaft und des Service Public eine höhere Besteuerung der Reichsten und Krisengewinner fordern.

Die Erkenntnis ist inzwischen auch in der breiten ökonomischen Debatte angekommen: Das System zerfleischt sich durch die Ungleichheit selbst, darunter leiden die 99% und kleine Unternehmen.

Die 99%-Initiative gibt Gegensteuer, indem sie Geld von den Superreichen ins Portemonnaie der Lohnabhängigen rückverteilt.

STÄRKUNG DER FRAUEN

Frauen erhalten nicht nur weniger Lohn,⁴⁰ sie leisten auch viel mehr unbezahlte Arbeit – als Mütter, die sich um Kinder kümmern, als Töchter, die kranke Eltern pflegen, als Hausfrauen, die abends noch „kurz“ den Abwasch machen.⁴¹ Ohne diese Arbeit würde unsere Gesellschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen.

Trotzdem wird diese enorme Arbeit heute kaum wertgeschätzt und Frauen müssen harte ökonomische Einbusse in Kauf nehmen, weil die Belastung durch Care-Arbeit sie zu Teilzeitarbeit zwingt. Die Lohnungleichheit und der tiefere Anteil bezahlter Arbeit führen dazu, dass Frauen heute in der Schweiz trotz gleicher Arbeitsbelastung rund 108 Milliarden Franken weniger verdienen als Männer.⁴² Dies entspricht einer Einkommenslücke von ca. 25'000 Franken pro weiblicher Person in der Schweiz.

Entsprechend sind Frauen bei den tiefsten Einkommen übervertreten.⁴³ Armut ist heute weiblich: Die Armutsquote liegt bei den Frauen mit 8.5% deutlich über derjenigen der Männer (6.2%).⁴⁴ Der Kampf der 99%-Initiative gegen die soziale Ungleichheit ist auch ein feministischer Kampf, mit dem wir das Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern korrigieren. Wir rücken die Arbeit – auch unbezahlte! – wieder ins Zentrum, entlasten tiefe Einkommen und belasten die Kapitaleinkommen stärker. Mit den Mehreinnahmen wäre es zum Beispiel möglich, Kindertagesstätten und andere Betreuungseinrichtungen zu unterstützen – und somit Frauen ganz gezielt zu entlasten.

39 <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/umverteilen-wenn-lagardes-leute-so-toenen-wie-linker-story/20516585>

40 Gemäss Bund verdienen Frauen im Schnitt rund 12.5% weniger als Männer, für Kaderpositionen sogar fast 20% weniger. Für einen Grossteil des Lohnunterschiedes gibt es keine andere Erklärung als Diskriminierung. Vgl. Strub/Bannwart 2017: Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2014.

41 Frauen arbeiten in der Schweiz rund 30 Stunden unbezahlt pro Woche. Vgl. Bundesamt für Statistik 2016: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung.

42 <https://www.moneta.ch/es-waere-ein-riesiger-befreiungsschlag>

43 Fast 20% der Frauen müssen von Tiefstlöhnen leben. Der Anteil bei den Männern ist fast dreimal tiefer. Vgl. Derungs et al 2014: Gleichstellung von Frau und Mann.

44 [Frauen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen.](#)

BEHAUPTUNGEN UNSERER GEGNER*INNEN

«ALLE REICHEN ZIEHEN WEG»

Dieses Argument wird bei jeder Steuervorlage wieder aus der Mottenkiste geholt - und wird immer wieder wissenschaftlich widerlegt. Trotz interkantonalem Steuerwettbewerb lohnen sich tiefere Einkommenssteuern für Kantone nicht, denn obwohl einige Reiche wegen Steuer-senkungen zuziehen, wiegen die Steuerausfälle bei den bereits im Kanton wohnhaften Personen schwerer. Dies bestätigen mehrerer Studien⁴⁵, sowie bisherige Erfahrungen im Rahmen der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich. Bei der 99%-Initiative kommt ein weiterer Faktor dazu: Die Steuermobilität der Reichsten innerhalb der Schweizer Kantone ist wesentlich höher als jene zwischen verschiedenen Ländern. Mit unserer Initiative Erhöhen wir die Steuern in allen Kantonen. Superreiche können ihren Wohnsitz also nicht einfach in einen anderen Kanton verschieben, um die Steuer zu umgehen. Die Schweiz wäre auch mit einer Annahme der 99%-Initiative ein steuergünstiger Wohnort für Superreiche und bietet auch anderen Standortfaktoren, wie eine ausgebaute Infrastruktur oder hohe politische Stabilität und Sicherheit.

In Anbetracht dieser Ausgangslage, muss davon ausgegangen werden, dass auch bei einer Annahme der 99%-Initiative ein positiver Effekt resultiert, wovon sogar die liberale NZZ ausgeht.⁴⁶ Bei Untersuchungen zu Vermögenssteuern in der Schweiz konnte zwar durchaus festgestellt werden, dass die Reichsten bei tieferen Steuern höhere Vermögen angeben, jedoch kommen die Studienautor*innen zum Schluss, dass der grösste Teil nicht durch ökonomische Effekte zustande kommt, sondern durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung durch die Reichsten.⁴⁷ Dagegen helfen nicht tiefere Steuern, sondern mehr Ressourcen für Steuerinspektor*innen, um die Superreichen aufzuspüren, die im Vergleich zu den Normalverdienenden ihre Steuern nicht bezahlen.

Für uns ist klar: Wir sind nicht länger bereit uns von den Superreichen erpressen zu lassen. In einer Demokratie müssen alle Stimmen gleich viel zählen, auch wenn die Reichsten versuchen, uns durch Drohungen des Wegzugs oder Steuervermeidung in Geiselnhaft zu nehmen. Wenn wir diesen Drohungen nachgeben, wäre die Konsequenz am Ende ein System, welches sich nur noch nach dem Gusto der Reichsten richtet, dies hat mit einer Demokratie nichts mehr zu tun.

«DIE INITIATIVE SCHADET DEN KMU»

Die Initiative besteuert keine Unternehmen, sondern nur das reichste 1% der steuerpflichtigen Privatpersonen. Die Initiative führt also in keinem Fall zu einer höheren Besteuerung von KMU.

45 Martinez (2017): Beggar-Thy-Neighbour Tax Cuts: Mobility after a Local Income and Wealth Tax Reform in Switzerland

46 [Die Juso und das böse Kapital](#)

47 <http://www.hec.unil.ch/mbrulhar/papers/wealthtax.pdf>

Die 99%-Initiative stärkt den KMU sogar den Rücken: Dank der Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes steigt die Kaufkraft der Bevölkerung, wovon insbesondere lokal orientierte Betriebe wie Restaurants oder Coiffeursalons profitieren. So gibt das einkommensschwächste Fünftel der Haushalte 88% jedes zusätzlichen Frankens für den Konsum aus, während dieser Wert bei den reichsten Haushalten auf 42% sinkt.⁴⁸

Statt Unternehmensgewinne zu besteuern, zielt die 99%-Initiative auf Kapitaleinkommen von natürlichen Personen. Darunter fallen einerseits die Dividenden, welche Unternehmen an ihre Aktionär*innen ausschütten und andererseits die Kapitalgewinne, die beim Verkauf von ganzen Unternehmen oder Aktien anfallen.

Die Mehrheit der KMU-Besitzer*innen wird von der höheren Besteuerung der Dividenden nicht tangiert: 56% der Firmen in der Schweiz zahlen keine Unternehmensgewinnsteuer - Diese Firmen erzielen also gar keinen Gewinn, denn sie in irgendeiner Form als Kapitaleinkommen ausschütten könnten. Dazu kommen über 34% der Unternehmen, welche maximal 10'000 Franken Steuern bezahlen.⁴⁹ Auch ihre Eigentümer*innen dürften die Schwelle von 100'000 Franken Kapitaleinkommen nur selten überschreiten. Bei den wenigen KMU-Eigentümer*innen, die mehr Kapitaleinkommen einstreichen ist es richtig und wichtig, dass wir diese hohen Summen mit der 99%-Initiative gerecht besteuern.

Anders als Dividenden werden Kapitalgewinne nicht immer in dem Jahr ausgeschüttet, in dem die Wertsteigerung stattgefunden hat. Diese kann sich folglich über Jahre summieren und wird dann einmalig ausbezahlt. Etwa wenn Aktien über Jahre gehalten werden und dann mit Gewinn verkauft werden. Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten, dies führe dazu, dass KMU-Eigentümer*innen ihre Unternehmen verkaufen müssten, um ihre Steuern zu bezahlen und dass erfolgreiche Unternehmensübergaben oder Verkäufe dadurch durch die Besteuerung der Kapitalgewinne verhindert werden.

Beides ist falsch: Die Mehrheit der EU-Länder kennt schon heute eine Kapitalgewinnsteuer ohne, dass die entsprechenden Schreckensszenarien eingetreten sind. Genauso wie in diesen Ländern schlagen wir vor, dass Kapitalgewinne erst dann besteuert werden, wenn sie tatsächlich realisiert werden. Wertsteigerungen führen also erst dann zu höheren Steuern, wenn das Geld zur Begleichung der Steuerlast auch tatsächlich ausgeschüttet wurde.

Auch der Verkauf von Unternehmen wird durch die 99%-Initiative nicht erschwert.

Unsere Gegner*innen behaupten, KMU-Eigentümer*innen würden den Verkaufspreis ihres Unternehmens wegen der drohenden Steuerlast erhöhen und Nachfolgelösungen seien deswegen gefährdet. Schon die Erhöhung der Verkaufspreise ist dabei reine Spekulation. Expert*innen von Schweizer Banken, sowie eine Studie der Raiffeisenbank orten die grossen Herausforderungen bei Unternehmensübergaben heute zudem an einem gänzlich anderen Orten.

Die Raiffeisenbank hält fest, dass der Preis für viele Unternehmer*innen zu Beginn des Nachfolgeprozesses ein wichtiges Kriterium darstelle, aber mit fortlaufendem Prozess immer unwich-

48 Haushaltsbudget- erhebung des Bundesamts für Statistik (BFS) für die Jahre 2015 bis 2017, Botschaft des Bundesrats vom 06.03.2020, S. 19

49 [Mehr als die Hälfte aller Firmen zahlt keine Steuern](#)

tiger werden. Die grössten Herausforderungen und Probleme bei Unternehmensübergaben bestehen im emotionalen Bereich oder werden durch zu späte Planung ausgelöst.⁵⁰ Eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen ändert daran rein gar nichts.

«AM SCHLUSS LEIDEN DIE TIEFEN EINKOMMEN»

Diese Behauptung ist zweifach falsch. Wer Kapitaleinkommen im Wert von über 100'000 Franken erhält, hat kein "tiefes Einkommen", alle anderen Menschen sind mit der 99%-Initiative nicht von einer höheren Besteuerung betroffen. Auch die Vorstellung, dass tiefe Steuern für Reiche "heruntertröpfeln" und so Wohlstand für alle schaffen (so die Theorie gemäss "Trickle Down"-Economics) wurde von mehreren Studien widerlegt. Steuersenkungen für das reichste 1% führen zu einer signifikanten Zunahme der Einkommensungleichheit, haben aber keinen positiven Effekt auf ökonomische Kennzahlen wie das BIP pro Kopf oder auf die Arbeitslosigkeit. Tiefere Steuern für Reiche nützen den Reichen, aber sonst niemandem.⁵¹

Es gibt also keinen Anhaltspunkt, dass tiefe Einkommen wegen höherer Steuern für die Reichen leiden müssten, im Gegenteil: Mit der 99%-Initiative schaffen wir die Möglichkeit, die tiefen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten und den Service Public zugunsten der 99% zu stärken.

«DIE INITIATIVE ZERSTÖRT DIE STARTUP-SZENE IN DER SCHWEIZ»

Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten Startup-Gründer*innen würden ihre Unternehmen aus Angst vor einer erhöhten zukünftigen Besteuerung ihrer Kapitaleinkommen nicht mehr in der Schweiz gründen. Dem widersprechen die Angaben von Unternehmen, welche die Besteuerung selber nicht als wichtigen Standortfaktor betiteln: Laut einer Studie der FDP-nahen Denkfabrik Avenir Suisse bewerten CEOs die leichte Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und gute überregionale Verkehrsanbindungen als mit Abstand wichtigste Standortfaktoren. Danach folgen gute Ausbildungsangebote und tiefe administrative Belastung.⁵²

Für fast alle diese Standortfaktoren ist eine Stärkung des Service Public, wie sie die 99%-Initiative bietet, von zentraler Bedeutung.

Für die Standortwahl bei Start Ups kommen andere wichtige Punkte dazu, welche noch weniger mit gängigen Kriterien des Standortwettbewerbs zu tun haben. Laut einer Umfrage des Berufsverbandes Bitkom liegen persönliche Gründe, also die Nähe zu Freund*innen und Familie, klar auf dem ersten Platz der wichtigsten Standortkriterien. Neben guter Infrastruktur und der Verfügbarkeit von geeignetem Personal sprechen Startup-Gründer*innen zudem der Lebensqualität am Unternehmensstandort eine hohe Bedeutung zu. Darunter fallen beispielsweise Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote.⁵³

50 <https://www.raiffeisen.ch/content/dam/www/rch/pdf/firmenkunden/gruendung-und-nachfolge/unternehmens-nachfolge/de/nachfolgestudie-broschuere.pdf>

51 Hope & Limberg (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich

52 [CEOJ-Umfrage zur Standortqualität in der Schweiz](#)

53 [Startups: Persönliche Gründe sind bei der Standortwahl entscheidend](#)

Wenn wir die Liste der beliebtesten Startup-Standorte Europas betrachten, bestätigt sich dieses Bild. Die drei populärsten Standorte - London, Tel-Aviv und Stockholm - liegen allesamt in Ländern, die schon heute eine Kapitalgewinnsteuer kennen. Ihrer Beliebtheit bei Startup-Unternehmern scheint die Steuer nicht zu schaden.⁵⁴

«HÖHERE STEUERN BEHINDERN INVESTITIONEN»

Auch diese Mär wird bei jeder Steuervorlage wieder ausgepackt, um uns weiszumachen, dass Steuern wirtschaftsfeindlich und um jeden Preis zu senken seien. Die Aktionär*innen müssten sich bei höheren Steuersätzen noch höhere Dividenden auszahlen, um ihre Rendite aufrechtzuerhalten und die Steuern bezahlen zu können. Dieses Geld fehle dann in der Wirtschaft - und deshalb müssten die Steuern angeblich gesenkt werden. Diese Aussage lässt sich gleich doppelt widerlegen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der Schweiz immer wieder Unternehmens- und Kapitalsteuern gesenkt oder ganz gestrichen (vgl. Ausgangslage: Steuervergünstigungen für das reichste Prozent). Trotz all dieser Steuergeschenke ist die Investitionsquote gleich geblieben.⁵⁵ Zu ähnlichen Schlüssen kommen auch Studien zu Kapitaleinkommenssteuerreformen in den USA⁵⁶ und Schweden⁵⁷: Der Effekt von Kapitaleinkommenssteuern auf den Umfang von Investitionen ist gesamtwirtschaftlich höchst gering. Die Ausfälle durch die Steuerreformen der letzten Jahrzehnte fließen nicht wie versprochen in die Realwirtschaft, sondern direkt in die Taschen des reichsten Prozents.

Parallel zu den stagnierenden Investitionen nehmen die Vermögen zu, die zu Spekulationszwecken eingesetzt werden. Die gehandelten Volumina auf den Finanzmärkten entsprechen dabei einem Vielfachen der realen Produktion (vgl. Entwicklung OTC-Derivate). Dem liegen die Vermögen der Superreichen zugrunde, die Kapitaleinkommen einstreichen - ohne realen Gegenwert. Das Geld, das wir durch tiefere Steuern verlieren, fehlt nicht nur in der Realwirtschaft: Es fließt in ein fiktives Spekulations-System, das nur dem reichsten Prozent dient.

Die höhere Besteuerung von realisierten Kapitalgewinnen und Dividenden schafft dagegen einen Anreiz, den Wert im Unternehmen zu erhalten und damit Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

54 [Startup Genome](#)

55 vgl. Bundesamt für Statistik, 2020

56 Yagan 2015

57 Alstadsaeter et al. 2017

INITIATIVE

99%



OUI À L'INITIATIVE 99 % !

**INFORMATIONS ET ARGUMENTS
SUR L'INITIATIVE 99 % (ALLÉGER LES
IMPÔTS SUR LES SALAIRES, IMPOSER
ÉQUITABLEMENT LE CAPITAL)**

L'INITIATIVE 99 % : POUR LA JUSTICE ET UN

SERVICE PUBLIC FORT !

Un OUI à l'initiative 99 % signifie...

... plus de justice !

En Suisse, la richesse est créée par les 99 % de la population qui, chaque jour, travaillent dans des bureaux, des supermarchés ou des hôpitaux, et non par une poignée de super-riches qui laissent leur argent leur offrir des rendements massifs sans qu'elles et ils n'aient besoin de travailler. En imposant davantage les plus grands revenus de la fortune, nous rendons l'argent aux personnes qui contribuent réellement à notre société.

... un service public fort et un allègement des impôts sur les salaires !

L'augmentation des loyers et des primes d'assurance-maladie dévore une part toujours plus grande du revenu des gens. L'initiative 99% réduit la charge pesant sur les salaires grâce à des diminutions d'impôts et un renforcement du service public, notamment par le biais d'une augmentation des subsides pour les primes d'assurance-maladie, des investissements dans les crèches ou encore par le développement des transports publics.

... moins de crises sur le dos des 99 % !

Avec l'augmentation des inégalités de richesse, notre système économique menace de causer sa propre perte. La concentration de la richesse entre les mains d'une petite minorité favorise les crises économiques, tandis que le pouvoir d'achat de l'ensemble de la population diminue. Ce sont les 99 % qui en souffrent, et aussi les petites entreprises.

... un pas vers un avenir féministe !

En Suisse, les femmes effectuent toujours deux fois plus de travail non rémunéré que les hommes au sein du ménage et reçoivent un salaire inférieur pour le même travail. Dans notre pays, la pauvreté est avant tout féminine. L'initiative 99 % permet de développer le service public et de soulager les personnes aux bas revenus, ce qui profitera en particulier aux femmes.

... un renforcement de la démocratie !

L'inégalité sociale menace de déchirer notre société. Les super-riches achètent des groupes de presse entiers et influencent la politique par du lobbying et des campagnes électorales coûteuses, ce qui donne lieu à un rapport de force anti-démocratique jouant en défaveur des 99%. Notre initiative veut inverser cette tendance.

DE QUOI S'AGIT-IL ?

En Suisse, les inégalités de richesse augmentent depuis des années. Le 1 % le plus riche de la population possède désormais plus de 43 % de la richesse totale. Cette évolution est en grande partie due aux revenus du capital, soit les dividendes, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les intérêts, grâce auxquels les plus riches se mettent chaque année des milliards dans les poches.

L'initiative 99 % veut enfin imposer plus équitablement ces revenus obtenus sans lever le petit doigt : les revenus du capital de plus de 100 000 francs suisses seront imposés une fois et demie de plus que les revenus du travail. Les 10 milliards de francs de recettes fiscales générées en plus devront soulager les personnes disposant de bas ou moyens revenus, par exemple en baissant leurs impôts ou en investissant dans les services publics.

CONTENU

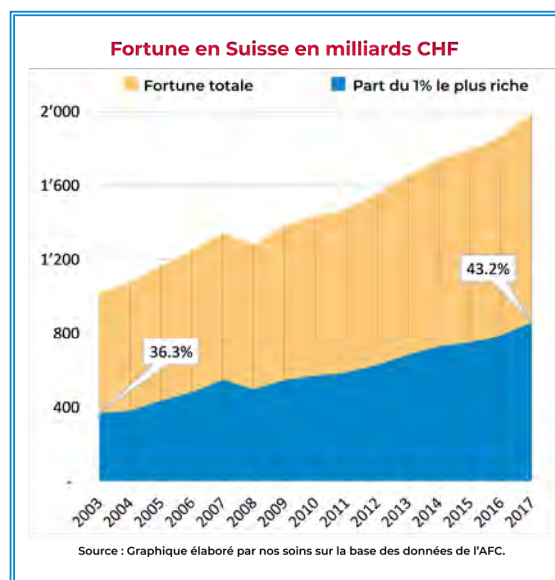
Contexte	4
Augmentation des inégalités de richesse	4
Les revenus du capital – moteurs de l'inégalité	6
Allègement fiscal du capital, pression sur le travail	8
Le pouvoir politique des plus riches	10
L'inégalité entraîne des crises et nuit à la société	11
Les inégalités : un affront envers les travailleuses et travailleurs	12
La digitalisation et l'automatisation : un renforcement du capital	13
La crise du coronavirus entraîne de nouvelles divisions	13
L'initiative 99 %	15
Texte de l'initiative	15
Que veut l'initiative ?	15
Impact de l'initiative	16
Exemple de calcul	16
Qui est concerné ?	17
Recettes supplémentaires	17
Où va l'argent ?	18
Ce que la Suisse peut gagner	18
Davantage de justice !	18
Renforcer la démocratie !	19
Allègement des impôts sur les salaires et renforcement du service public	20
Protection contre les crises et l'instabilité économique	20
Amélioration de la condition des femmes	21
Les affirmations de nos adversaires	22
« Les riches partiront »	22
« L'initiative est nuisible pour les PME »	23
« Au bout du compte, ce sont les bas revenus qui souffriront »	24
« L'initiative détruit la scène suisse des start-ups »	24
« Des impôts plus élevés nuisent aux investissements »	25

CONTEXTE

AUGMENTATION DES INÉGALITÉS DE RICHESSE

Aujourd'hui, la Suisse est l'un des pays les plus riches du monde. Il n'y a aucun pays où la richesse moyenne est plus élevée qu'en Suisse. Au cours des dernières décennies, la prospérité en Suisse a fortement augmenté, mais cette croissance n'a profité qu'à une minorité de la population. Alors qu'en 2003 le 1% le plus riche possédait environ 36% de la fortune totale en Suisse, cette part s'élève aujourd'hui à plus de 43%.

Les augmentations les plus importantes ont été enregistrées chez les plus riches des riches : en 2003, les 300 personnes les plus riches de Suisse possédaient un total de 352 milliards de francs¹. En 2020, ce chiffre atteignait 707 milliards de francs, soit une augmentation de 355 milliards. Ainsi, les 300 personnes les plus riches ont augmenté leur patrimoine de 2,4 millions de francs par heure en moyenne. Depuis 100 ans de prise en compte de l'inégalité de richesses dans les statistiques en Suisse, jamais la fortune des 0,1 % les plus riches n'a été aussi élevée qu'aujourd'hui.²



En bas de l'échelle de la distribution des richesses, les choses sont bien différentes : en Suisse, une personne sur quatre ne possède aucune fortune ou est même endettée.³ Alors que les riches deviennent de plus en plus riches et bénéficient de privilèges inimaginables, le nombre de personnes vivant dans la pauvreté augmente : en 2019, 735 000 personnes étaient concernées en Suisse, soit près d'une personne sur dix. Parmi elles, 155 000 personnes ont un emploi mais n'arrivent malgré cela pas à s'en sortir dignement⁴. Les personnes disposant d'un revenu moyen sont également soumises à une pression croissante : la hausse des primes d'assurance-maladie et des loyers absorbe une part toujours plus grande des salaires.

1 [300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch](#)

2 Lampart, Galusser, Schüpbach (2015): Rapport 2015 de l'USS sur la répartition des salaires

3 [Répartition des richesses – Le monde s'enrichit, mais est-ce suffisant pour tous ?](#)

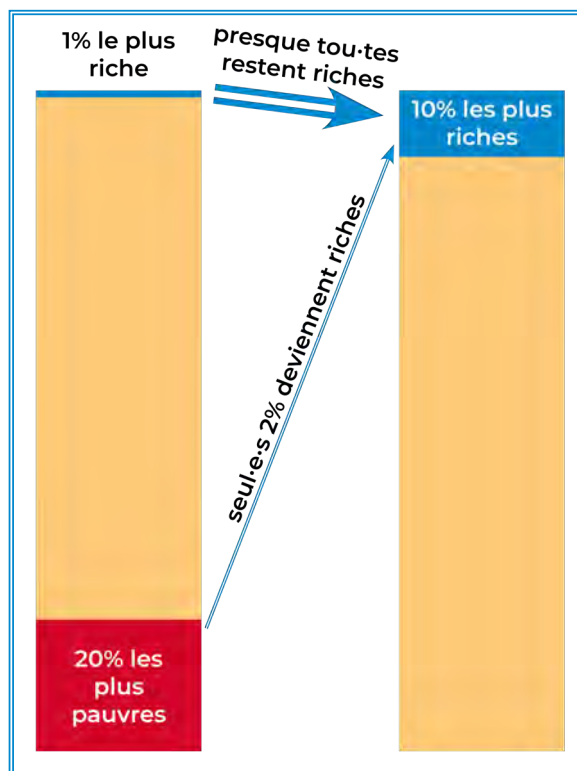
4 <https://www.caritas.ch/fr/ce-que-nous-disons/faits-et-chiffres/pauvrete-en-suisse.html>

Le mythe de l'ascension sociale

Les portes du club exclusif des super-riches ne s'ouvrent que rarement : celui ou celle qui a le privilège d'y entrer n'en sort généralement pas. 99 % des personnes qui faisaient partie du 1 % le plus riche en 2003 faisaient toujours partie des 10% les plus riches 10 ans plus tard. De l'autre côté, la probabilité que des personnes passent du bas de l'échelle à son sommet est extrêmement faible : à peine 2 % des personnes provenant du 5% le plus pauvre parviennent à entrer dans le club des 10 % les plus riches.⁵

Contrairement à ce que le mythe mensonger de la méritocratie voudrait nous faire croire, les grandes fortunes en Suisse sont généralement issues d'un environnement familial privilégié. Cela est particulièrement frappant lorsqu'on regarde les héritages élevés, qui augmentent constamment depuis des années.

En 2010, un peu moins de 60 milliards de francs étaient hérités chaque année en Suisse. Aujourd'hui, ce montant atteint 95 milliards de francs, ce qui correspond à environ 13,5 % du PIB total.



Seule une petite minorité touche un héritage élevé : à peine 1,5 % des héritages sont supérieurs à un million.⁶ De plus, les personnes bénéficiant de ces héritages sont avant tout des personnes disposant d'une fortune et de revenus situés dans les tranches supérieures. Le canton de Berne nous apprend également que le 1 % des personnes au plus hauts revenus bénéficie de près de 42% des héritages dépassant les 2 millions. De plus, les personnes appartenant au 1% le plus riche reçoivent en moyenne 75 000 francs en héritages et en donations.⁷

La majorité de la population profite de moins en moins de ces énormes transferts de richesse : alors qu'en 1990, pour chaque franc hérité, 4,1 centimes environ finissaient en mains publiques par le biais de l'impôt sur les successions, cette contribution n'est aujourd'hui plus que de 1,4 centime. En Suisse, la richesse se transmet au sein des familles, et celles et ceux qui n'ont pas eu la chance de naître dans un environnement privilégié ont peu de chances d'atteindre le sommet de la pyramide des richesses.

5 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

6 <https://www.srf.ch/news/schweiz/rekordjahr-2020-95-milliarden-so-viel-erben-schweizer-2020#:~:text=SRF%20News%3A%2095%20Milliarden%20Franken,in%20der%20Schweiz%20ist%20geerbt>

7 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

Les plus grandes fortunes s'envolent

Alors que la Suisse est l'un des pays les plus inégalitaires en termes de répartition des richesses, elle se classe dans le dernier tiers des pays où les inégalités de revenu sont les plus grandes. Ce résultat est surprenant mais confirme un constat important : l'inégalité flagrante des richesses en Suisse ne découle pas seulement de l'inégalité des salaires, mais aussi de fortunes exorbitantes dont la croissance s'envole. Le moteur de cette concentration croissante de richesses sont les revenus du capital, remplissant d'argent les comptes des plus riches sans que ces personnes n'aient à lever le petit doigt et contribuant ainsi à accentuer également les inégalités de revenu.

LES REVENUS DU CAPITAL – MOTEURS DE L'INÉGALITÉ

Par revenus du capital, nous entendons les parts du revenu qui ne sont pas gagnées par le travail salarié ou l'activité indépendante, ni qui ne naissent d'un droit comme une assurance sociale, mais qui sont gagnés comme rendement d'actifs placés. Cela comprend les dividendes, les intérêts, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les revenus locatifs. Les revenus du capital et les revenus du travail ont la même origine : la valeur est créée au sein des entreprises et est ensuite répartie sous forme de salaires pour les travailleuses et travailleurs, et sous forme de revenus du capital pour les propriétaires des entreprises et les grand·e·s actionnaires. La part du capital n'est pas toujours distribuée immédiatement mais peut être laissée dans l'entreprise pour générer de futurs bénéfices. Il en résulte une augmentation de valeur, qui peut par exemple permettre de réaliser des bénéfices lors de la vente d'une action grâce à la montée de son cours (l'action est achetée lorsqu'elle est bon marché et revendue plus chère) .

Néanmoins, il y a ici un conflit d'intérêt évident entre les travailleuses et les possédant·e·s. En effet, des salaires plus élevés entraînent des profits plus faibles pour le capital, et vice versa. Mais ce conflit est toujours remporté par celles et ceux qui possèdent car le pouvoir de décision final sur la gestion de l'entreprise leur appartient.

Qu'est-ce que les revenus du capital ?

Par revenus du capital, nous entendons les parts du revenu qui ne sont pas gagnées par le travail salarié ou l'activité indépendante, ni qui ne naissent d'un droit comme une assurance sociale, mais qui sont gagnées comme rendement d'actifs placés. Cela comprend les dividendes, les intérêts, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les revenus locatifs.

Notre système économique actuel fonctionne selon un schéma clair : celles et ceux qui possèdent du capital placent leur argent, avec lequel on achète des moyens de production et emploie des travailleuses et travailleurs. La force de travail investie génère une plus-value, qui est la différence entre les coûts de production et le prix de vente obtenu. Seul·e·s les personnes qui possèdent le capital gèrent cette plus-value. L'un des moyens les plus faciles de l'augmenter, et d'ainsi verser plus de revenus du capital aux grand·e·s actionnaires, est de réduire les coûts salariaux : pour ce faire, les salaires sont soumis à une pression à la baisse, les employé·e·s sont poussé·e·s à la performance et les emplois qui ne sont pas rentables sont supprimés.

Les 33 plus grandes entreprises suisses cotées en bourse permettent de voir comment la valeur créée est répartie entre travail et capital en Suisse. En 2019, les versements aux actionnaires de ces entreprises ont atteint 63 milliards de francs, tandis que les salaires des 1,6 million d'employé·e·s de ces entreprises se sont élevés à 140 milliards de francs⁸. Un franc sur trois produit par les employé·e·s a fini dans les poches des propriétaires du capital sans qu'elles et ils ne lèvent le petit doigt.

Seul·e·s les plus riches y gagnent

Selon la comptabilité nationale¹⁰, plus de 70 milliards de francs sont distribués chaque année sous forme de revenus du capital à des personnes physiques en Suisse. Ce montant ne comprend pas les gains en capital¹¹,

qui sont les profits provenant par exemple de la vente d'actions, ni les revenus locatifs^{11a}. Aucun chiffre n'est disponible à ce sujet en ce qui concerne la Suisse, mais l'observation d'autres pays montre qu'ils jouent un rôle crucial dans le revenu des plus riches. Ainsi, aux Etats-Unis, le 1% disposant des plus hauts revenus tire 36% de son revenu total des gains en capitaux.

Les revenus locatifs joueraient également un rôle important dans l'explication de la grande différence entre le degré d'inégalité des richesses et le degré d'inégalité des revenus en Suisse. Nulle part ailleurs en Europe est le taux de propriété du logement plus faible qu'en Suisse. Alors qu'environ 70 % des personnes vivant dans l'Union européenne sont propriétaires de leur habitation, ce chiffre avoisine à peine 40 % dans notre pays.⁹ Combiné avec des loyers excessivement élevés, cela résulte en une redistribution inhabituellement élevée de 15 milliards de francs chaque année des poches des locataires vers celles des riches propriétaires.¹⁰

L'écrasante majorité des revenus du capital est perçue par les Suissesses et les Suisses les plus riches. Les petit·e·s épargnant·e·s qui touchent des intérêts sur leur compte d'épargne ou qui ont investi quelques milliers de francs en actions ont ici un poids négligeable.

Qu'est-ce que les gains en capitaux ?

Les gains en capitaux sont une catégorie particulière de revenus du capital. Ils consistent en la réalisation de profits grâce à l'achat d'un placement bon marché et sa vente à un prix supérieur. Les gains en capitaux peuvent par exemple être réalisés lors de la vente de biens immobiliers, d'entreprises ou d'actions. Dans ce dernier cas, on parle de bénéfice sur les actions ou de bénéfice sur les cours d'actions. Les sociétés par actions ont le choix de verser annuellement des dividendes ou de laisser les bénéfices au sein de l'entreprise, afin que le cours de ses actions monte et que les actionnaires puissent réaliser des bénéfices sur les actions lors de la vente de leurs parts. Aujourd'hui, ces profits de plusieurs milliards ne sont pas imposés en Suisse.

8 Étude d'Unia sur les écarts salariaux 2020

9 <https://www.capital.de/immobilien/das-sind-die-laender-mit-den-meisten-und-den-wenigsten-hausbesitzern>

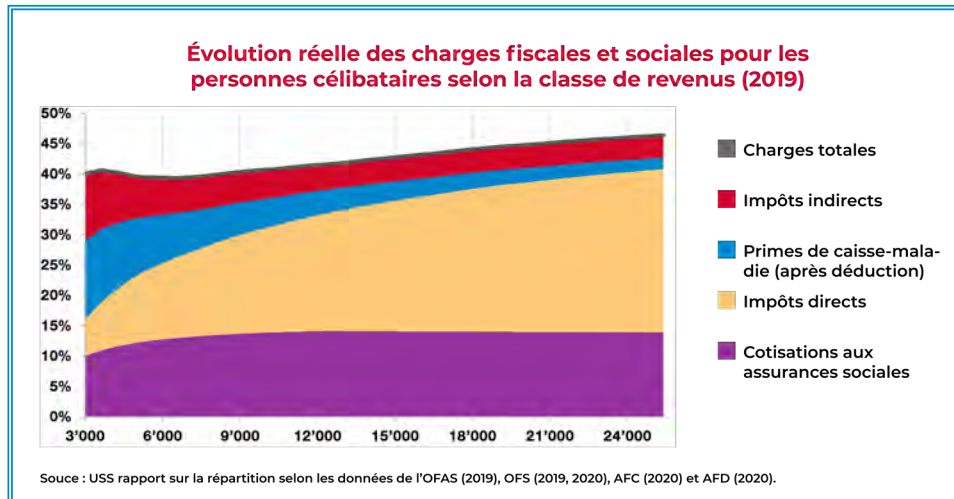
10 <https://www.mieterverband.ch/mv/politik-positionen/news/referenzzinssatz/raiffeisenbank-vor-ueberhitzung.html>

Si les revenus du capital étaient proportionnels à la taille de la fortune investie, l'écrasante majorité irait déjà au 1 % le plus riche.¹¹ Mais ils ne sont pas proportionnels : une étude réalisée pour la Suisse montre que les rendements du capital sur les actifs financiers appartenant au 1 % le plus riche sont plus de deux fois supérieurs aux rendements des actifs des personnes disposant d'une richesse située sur la médiane.¹² De plus, ce calcul ne prend pas en compte les gains en capital, qui feraient encore plus pencher la balance en faveur du 1 %, car plus une personne est riche, plus elle détient d'actions et de titres, et plus elle perçoit de gains de cours. Pour chaque franc dont ils et elles disposent, les riches obtiennent donc des revenus du capital plus élevés que le reste de la population. Il n'est donc pas étonnant que le 1% le plus riche concentre aujourd'hui 60 % des revenus du capital totaux de Suisse. La concentration de richesse a donc tendance à toujours plus s'auto-renforcer.

ALLÈGEMENT FISCAL DU CAPITAL, PRESSION SUR LE TRAVAIL

La concentration des richesses était par le passé considérée comme dangereuse et combattue par les États par des efforts de redistribution. L'exemple classique est le « New Deal » de Roosevelt, qui a introduit de vastes programmes sociaux financés par des impôts plus élevés et un taux d'imposition maximal de 79 %.

Depuis le tournant néo-libéral des années 1970, ces efforts ont gentiment laissé place à des réductions d'impôts pour les plus riches au nom de la « concurrence internationale ». De nombreux revenus du capital et gains ont même été totalement exonérés d'impôts durant les dernières années. La Suisse a été l'une des pionnières de cette course vers le bas et a réduit l'impôt sur le revenu des hauts salaires de 15 % depuis 1984. De plus, les grand·e·s actionnaires, qui possèdent plus de 10% des actions d'une entreprise donnée, se voient imposé·e·s sur



seulement 70% de leurs dividendes sur le plan fédéral et au minimum 50% de leurs dividendes sur le plan cantonal. Contrairement à de nombreux autres pays, la Suisse ne dispose pas du tout d'impôt sur les gains en capitaux. Les impôts sur le revenu effectivement payés par les plus riches en Suisse ne sont plus réellement progressifs, car elles et ils profitent de la concurrence fiscale entre les cantons et les communes pour être imposé·e·s au taux le plus faible¹³.

11 Cf. les chiffres sur la répartition des richesses en Suisse

12 [Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data](#) by Marc Brunner, Jonas Meier, Armando Naef : SSRN

13 Roller & Schmidheiny (2016): Effective Tax Rates and Effective Progressivity in a Fiscally Decentralized Country

Mais de façon générale aussi, la progression des impôts et des taxes est extrêmement faible en Suisse, notamment parce que les primes de caisse-maladie ne sont pas financées par des impôts progressifs.¹⁴

Réductions d'impôts pour le capital

Outre la baisse générale des taux d'imposition, un déplacement de la charge fiscale a également été observé : le capital, ainsi que les bénéficiaires et les revenus qui en découlent, sont généralement moins taxés. La liste des réformes en faveur du capital est longue. Nous nous limiterons donc ici à celles qui ont été mises en œuvre entre 1998 et 2016. Toutes les réformes fiscales fédérales et cantonales énumérées ont entraîné chaque année d'importantes pertes fiscales, mais des estimations précises manquent pour un grand nombre d'entre elles :

- Suppression de l'impôt sur les successions pour les descendant·e·s direct·e·s (environ 2 milliards de francs de pertes fiscales)
- Introduction de régimes fiscaux pour les sociétés à statut particulier, comme le privilège accordé aux sociétés holding
- Réduction des droits de timbre de 2001 à 2012 (600 millions de francs de pertes fiscales)
- Réforme de l'imposition des entreprises I : barème fiscal proportionnel et suppression de l'impôt sur le capital
- Réduction des impôts fonciers (environ 1 milliard de francs de pertes fiscales)
- Réforme de l'imposition des entreprises II : principe de l'apport en capital et imposition privilégiée des dividendes (1,6 à 2,2 milliard de francs de pertes fiscales)
- Exonération de l'impôt anticipé sur les obligations convertibles contingentes (perte fiscale de 21 millions de francs)

Ces dernières années, le capital a ainsi bénéficié de réductions d'impôts qui coûtent au moins 5 à 6 milliards de francs par an au secteur public, soit l'équivalent des dépenses militaires annuelles totales de la Suisse.¹⁵ Et ce n'est encore sans compter les réformes pour lesquelles les estimations de pertes ne sont pas disponibles.

En parallèle, les pressions sur la consommation et les revenus du travail n'ont fait qu'augmenter, par exemple via la hausse de la taxe sur la valeur ajoutée, de l'impôt sur le tabac ou l'augmentation des cotisations aux assurances sociales. En conclusion, les plus riches ont bénéficié d'allègements fiscaux massifs ces dernières années, alors que les 99 % paient davantage.

La concurrence fiscale internationale détruit la prospérité

Cette politique ne peut non seulement difficilement être légitimée du point de vue de la justice, mais elle est aussi vouée à l'échec à long terme : même si un pays réussit à attirer quelques immigrant·e·s fortuné·e·s grâce à des baisses d'impôts agressives, cet avantage n'est que temporaire car il disparaît aussitôt que d'autres pays font de même. Dans cette course vers le bas, les perdant·e·s sont au final presque tous les États mais surtout les 99 %, qui ne peuvent pas profiter d'importantes ressources fiscales. Et les gagnants sont les 1 % les plus riches, comme l'a bien montré l'économiste Thomas Piketty¹⁶ : la richesse a augmenté massivement, et les revenus du capital représentent une part de plus en plus importante de l'économie.

14 Union syndicale suisse (2020) : Rapport sur la répartition 2020

15 https://www.efv.admin.ch/efv/fr/home/finanzberichterstattung/bundeshaushalt_ueb/ausgaben.html

16 Piketty T. (2013): Le Capital au XXIe siècle

Dans un monde de plus en plus interconnecté et globalisé, les populations de nombreux pays font régulièrement face aux menaces des riches de déplacer leurs capitaux vers un autre pays moins cher et avantageux fiscalement. Nous ne voulons plus subir de chantage : nous exigeons qu'au moins une partie de l'argent du 1 % le plus riche soit redistribué et bénéficie à l'ensemble de la population.

LE POUVOIR POLITIQUE DES PLUS RICHES

Ce n'est pas un hasard si les plus riches ont été massivement privilégiés au niveau fiscal ces dernières années : plus d'argent signifie également plus de pouvoir politique. De plus en plus d'argent afflue chaque année dans les campagnes politiques, et seules les personnes les plus riches peuvent se permettre de telles dépenses. Elles exercent également leur influence par du travail de lobbying massif, la mise en place de think tanks influents, l'achat de groupes de presse ou d'instituts universitaires entiers.¹⁷

Cette influence des riches sur la politique est encore accrue par une faible participation des personnes à faibles revenus dans la vie politique et leur mécontentement de la démocratie.¹⁸ Beaucoup de personnes ne sont aujourd'hui simplement pas convaincues qu'elles peuvent obtenir une réelle amélioration de leurs conditions de vie avec les rapports de force en vigueur. Il est légitime de se demander quel poids réel ont encore les 99 % dans les décisions politiques prises et si ces dernières ne sont pas principalement influencées par une petite minorité de riches. Cette thèse semble se vérifier au moins aux États-Unis, pays occidental où les inégalités ont le plus augmenté ces dernières années : alors que les préférences politiques des personnes au revenu moyen n'ont presque aucune influence sur la mise en œuvre ou non d'une revendication, elle est par contre massivement influencée par les souhaits des personnes appartenant aux 10% des revenus les plus élevés¹⁹. Ces constats ne sont pas directement transposables à la Suisse, mais l'augmentation des inégalités sociales reste une menace réelle pour le fonctionnement de la démocratie suisse et nous devons agir à temps.

Enfermé·e-s dans un cercle vicieux

Il est grand temps que nous sortions du cercle vicieux actuel : plus les richesses se concentrent, plus les règles du jeu politique s'adaptent aux intérêts du 1 % le plus riche. En conséquence, leur fortune s'accroît encore davantage et leur permet de gagner encore plus d'influence politique.

Les politiques des dernières décennies menacent de s'intensifier : l'imposition des super-riches et les grand·e-s actionnaires est systématiquement allégée, tandis que les personnes disposant d'un revenu faible ou moyen paient la facture.

17 Cf. le nouvel « Institut de politique économique » de l'Université de Lucerne, financé par le milliardaire Alfred Schindler

18 Schäfer (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa

19 Gilens M./Page B. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics

Privilèges et traitements de faveur pour les super-riches

Le pouvoir politique des plus riches ne se manifeste pas seulement dans l'organisation de la politique financière et fiscale suisse ; du fait de leur domination, ils obtiennent également des privilèges juridiques et l'accès à des ressources dont de nombreuses personnes auraient urgemment besoin pour survivre. En Suisse, les personnes ayant les revenus les plus élevés sont par exemple à l'origine d'émissions de CO2 par habitant-e 20 fois supérieures à celles des 50 % de personnes les plus pauvres.²⁰

En plus, les personnes riches peuvent souvent se permettre d'acheter des autorisations de séjour et contourner les restrictions sur la propriété immobilière pour les personnes vivant à l'étranger, car la politique locale en est fortement tributaire.²¹ Dans de nombreux autres pays, les super-riches peuvent même acheter des passeports et les utiliser pour voyager sans visa dans le monde entier.

L'INÉGALITÉ ENTRAÎNE DES CRISES ET NUIT À LA SOCIÉTÉ

L'augmentation des inégalités économiques pose non seulement une question majeure de justice, mais elle fragilise également le fonctionnement de notre économie.

Du fait de la réallocation des richesses du bas vers le haut, l'argent ne fait pas que changer de mains, il est aussi utilisé différemment. Les plus riches ont aujourd'hui plus d'argent que l'on ne pourrait en dépenser en une vie entière. Par exemple, la conseillère nationale UDC et milliardaire Magdalena Martullo-Blocher devrait dépenser plus d'un demi-million de francs par jour jusqu'à la fin de sa vie pour pouvoir se débarrasser de tout son argent. La situation est la même pour d'autres personnes super-riches. Ainsi, un grand nombre d'entre elles investissent une part grandissante de leurs actifs sur les marchés financiers, où aucun bien réel n'est produit. Si les marchés financiers ont été conçus à l'origine pour assurer le financement des entreprises, ils sont aujourd'hui toujours plus utilisés pour des spéculations nuisibles visant uniquement à grossir les fortunes des super-riches.

Surendettement et crises économiques

De récentes études étatsuniennes montrent que la concentration des richesses entraîne non seulement des investissements improductifs, mais aussi un endettement de plus en plus important des personnes à faible revenu. Les banques accordent en effet des prêts avantageux aux personnes les plus pauvres pour pouvoir placer l'épargne croissante des riches.²² En raison de la stagnation des revenus, ces personnes pauvres se retrouvent obligées de s'endetter, en particulier si elles souhaitent s'offrir des symboles de statut social pour dissimuler leur mauvaise situation économique.²³ L'endettement croissant des ménages les plus pauvres entraîne une instabilité économique, qui touche alors davantage les personnes à faible revenu, car elles sont souvent les premières à perdre leur emploi en cas de crise économique. En parallèle, la concentration des richesses continue d'augmenter au sommet de la pyramide de répartition des

20 Chancel & Piketty (2015): Carbon and inequality: From Kyoto to Paris

21 <https://www.srf.ch/news/schweiz/aufenthaltsrecht-fuer-reiche-goldene-visa-spalten-die-politik>; Lex Koller gebrochen: Behörden drücken bei reichen Ausländern alle Augen zu

22 [How the 1 percent's savings buried the middle class in debt](#)

23 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis

richesses.²⁴ Cette spirale de l'endettement, due à l'accroissement des inégalités, est à l'origine de la crise économique mondiale de 2008²⁵.

Le pouvoir d'achat stagne – le système s'autodétruit

En Suisse, la situation n'est pas encore aussi dramatique qu'aux États-Unis, mais la tendance vers un accroissement des inégalités des richesses est claire. En même temps, cet argent manque pour les personnes actives disposant de bas et moyens revenus, dont le pouvoir d'achat stagne. Ainsi, entre 2000 et 2019, les personnes aux salaires les plus bas ont vu leur revenu disponible diminuer, tandis que le revenu disponible des personnes aux salaires moyens n'a augmenté que de 100 à 300 francs, soit de 15.– au maximum par an²⁶. Cette stagnation du pouvoir d'achat entraîne une diminution des dépenses de consommation et une baisse de la demande, et donc de la production²⁷. Un nombre croissant d'organisations internationales, telles que le Fonds monétaire international (FMI), la Banque mondiale et l'OCDE, sonnent l'alerte face aux conséquences des inégalités sur les performances économiques²⁸. Dans une étude, le FMI conclut qu'une réduction des inégalités et une redistribution plus importante favoriseraient le développement économique²⁹. Désormais, même des forces modérées comme le président américain Joe Biden veulent enterrer la théorie du ruissellement pour de bon : les réductions d'impôts pour les riches ne profitent précisément qu'aux riches.³⁰

Les inégalités menacent également de diviser notre société. Qu'il s'agisse du nombre de personnes en prison, des problèmes de santé, de la violence, de la consommation de drogue, des maladies psychiques, des horaires de travail prolongés ou encore du manque de vie communautaire, tous ces problèmes sont plus prononcés dans les sociétés où l'inégalité des revenus est plus forte.³¹ Dans les sociétés fortement inégalitaires, comme les États-Unis, elle conduit même à une augmentation de l'écart de l'espérance de vie entre les personnes à faible et celles à haut revenu, qui diminue même de façon générale malgré la hausse du PIB.³²

LES INÉGALITÉS : UN AFFRONT ENVERS LES TRAVAILLEUSES ET TRAVAILLEURS

Les pages précédentes l'ont bien montré : dans notre société, les grandes inégalités de richesse et la domination des super-riches posent d'énormes problèmes. Mais l'accroissement des inégalités sociales est plus qu'un problème d'efficacité ; c'est aussi un affront envers les travailleuses et travailleurs qui triment du matin au soir pour faire tourner notre société.

La prospérité de notre société est créée par les caissière*ers, les infirmière*ers, les enseignant-e-s

24 [Wealth Inequality and Private Savings: The Case of Germany](#)

25 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis; Wising (2013): Wage stagnation, rising inequality and the financial crisis of 2008

26 Union syndicale suisse (2020) : Rapport sur la répartition 2020

27 Union syndicale suisse (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft - Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur

28 OCDE (2014)

29 Ostry, Berg, Zangarides (2014): Redistribution, Inequality, and Growth (IMF Staff Note)

30 <https://www.theguardian.com/business/2021/apr/29/biden-trickle-down-economics-us-president>

31 Wilkinson und Piketty (2011): The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger

32 [Life Expectancy and Inequality in Life Expectancy in the United States | SIEPR](#).

et les employé·e·s de bureau, ainsi que par toutes les personnes, principalement des femmes, qui travaillent gratuitement pour élever des enfants, cuisiner ou s'occuper de parents âgé·e·s. Malgré cela, la majeure partie de la valeur créée finit dans les poches des profiteuses et profiteurs super-riches qui accumulent des milliards de francs de revenus du capital sans même lever le petit doigt, au détriment des salaires des travailleuses et travailleurs.

Au cours des dernières décennies, le système fiscal a été remodelé par le 1 % le plus riche et ses complices en leur faveur. Nous remettons aujourd'hui en question ce pouvoir et ces privilèges. Nous voulons un système fiscal au service des gens – et non du capital. Dans notre pays, les riches ont un pouvoir incroyable : les politicien·ne·s bourgeois·es sont à la solde de celles et ceux qui les financent, tandis que les lobbies des banques et de la pharma régissent la politique. Enfin et surtout, l'initiative lutte précisément contre ce que les néolibéraux redoutent : ce n'est pas le 1 % le plus riche qui doit déterminer la politique, mais nous toutes et tous. C'est la population qui doit fixer les règles du jeu selon lesquelles l'économie doit fonctionner. Les personnes salariées doivent enfin récupérer la part de la prospérité économique qui leur revient et ne doivent plus payer de leur sueur les milliards de bénéfices des super-riches.

La redistribution des richesses et du pouvoir est bien un impératif de justice, car il y a longtemps que la légitimation de la fortune des super-riches par leur travail ne passe plus.

En comparaison, une infirmière devrait travailler et économiser pendant plus de 100 000 ans sans dépenser un seul centime pour devenir aussi riche que Magdalena Martullo-Blocher. Pour y arriver aujourd'hui, elle aurait ainsi dû commencer à travailler des dizaines de milliers d'années avant que les premiers humains ne marchent sur le continent européen.

En conséquence, si nous voulons créer un monde juste, les privilèges de naissance doivent arrêter de compter plus que le travail.

LA DIGITALISATION ET L'AUTOMATISATION : UN RENFORCEMENT DU CAPITAL

Le développement de l'économie du savoir, le renforcement massif de la propriété intellectuelle, l'automatisation et l'économie 4.0 en général, sont des facteurs qui renforcent massivement la productivité du capital, et le pouvoir des grandes entreprises et des super-riches qui possèdent le savoir. Toutefois, seuls peu de projets visent à permettre de rendre à la population les bénéfices du progrès. Il devient fondamental de permettre à toutes et tous de pouvoir profiter des progrès technologiques et des avancées, plutôt que de nous retrouver dans une société où seuls les plus riches auront le contrôle de l'essentiel des moyens de production et donc du pouvoir. Une taxation plus forte du gain en capital permet de redistribuer la valeur produite par le savoir à l'ensemble de la population, plutôt que de la laisser dans les mains des personnes qui concentrent le pouvoir.

LA CRISE DU CORONAVIRUS ENTRAÎNE DE NOUVELLES DIVISIONS

La pandémie de coronavirus a clairement montré qui étaient les véritables piliers de notre société : le personnel soignant des hôpitaux, les logisticien·ne·s des centres de tri de colis, les caissière*ers des magasins, les pharmaciens·ne·s, les enseignant·e·s, les accompagnatrice*eurs d'enfants ou encore les personnes chargées de l'élimination des déchets. Nous étions reconnaissant·e·s que les jardinière*ers fleurissent nos jardins, parcs et balcons pendant le confi-

nement, ou que des technicien·ne·s assurent le fonctionnement de notre bureau en télétravail. Après la crise, nous nous réjouissons aussi de pouvoir de nouveau être servis au restaurant, que le personnel du guichet des CFF et de l'agence de voyages puisse nous vendre les vacances que nous avons tant attendues et que des agent·e·s d'entretien nettoient les stades de football et les salles de concert après notre passage.

La lutte des classes par les dominant·e·s s'intensifie

Malgré cela, les accomplissements impressionnants des salarié·e·s n'ont pas été valorisés et les salaires réels risquent de stagner en 2021 en réponse à la crise.³³ Les ménages ayant des bas revenus ont subi une baisse allant jusqu'à 20 % de leur revenu, ou ont perdu leur emploi, tandis que la consommation des ménages pauvres fut diminuée par manque d'argent et la fonte de leurs économies.³⁴

La baisse du pouvoir d'achat menace également la reprise de l'activité des indépendant·e·s et des PME, abandonné·e·s par la majorité parlementaire de droite pendant la crise. Afin de sécuriser les profits des groupes immobiliers, la droite a empêché une exonération partielle des loyers pour les PME, durement touchées par le coronavirus, et a agi pour que les dividendes des grands actionnaires puissent continuer d'être versés par millions, et ce même aux entreprises qui bénéficiaient du chômage partiel, financé par l'argent de l'Etat.

Par conséquent, les inégalités sociales se sont aggravées dans le monde entier au cours de cette année de crise de 2020. Ainsi, Credit Suisse prévoit que la richesse du 1 % le plus riche a augmenté de 6,1 % en 2020.³⁵ Rien que les six milliardaires suisses les plus riches ont vu leur fortune croître de 15,5 milliards de francs entre mars 2020 et février 2021, ce qui représente plus que l'ensemble des dépenses de la Confédération liées au coronavirus en 2020. Par ailleurs, les plus riches n'ont pas été touché·e·s par la plupart des autres conséquences de la pandémie. Les personnes les plus pauvres ont été non seulement plus durement touchées par les pertes économiques liées à la crise, mais leur santé physique et mentale s'est également davantage détériorée. Concernant les personnes issues de quartiers socio-économiquement moins favorisés de Suisse, elles ont été moins souvent testées, sont tombées plus souvent malades et ont dû être hospitalisées plus souvent pour des raisons liées au coronavirus. En conséquence, elles étaient deux fois plus susceptibles d'arriver aux soins intensifs et 20 % plus susceptibles de mourir.³⁶

33 [Prévisions conjoncturelles du KOF : fragile relance de l'économie.](#)

34 [Coronavirus crisis is exacerbating inequality in Switzerland – KOF Swiss Economic Institute | ETH Zurich](#)

35 Credit Suisse (2020): Global Wealth Report 2020

36 Riou et al. (2021): Socioeconomic position and the cascade from SARS-CoV-2 testing to COVID-19 mortality: Analysis of nationwide surveillance data

L'INITIATIVE 99 %

TEXTE DE L'INITIATIVE

Initiative populaire fédérale « Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital »

La Constitution fédérale est modifiée comme suit :

Art. 127a Imposition du revenu du capital et du revenu du travail

1 Les parts du revenu du capital supérieures à un montant défini par la loi sont imposables à hauteur de 150 %.

2 Les recettes supplémentaires qui découlent de l'imposition à hauteur de 150 % au lieu de 100 % des parts du revenu du capital au sens de l'al. 1 sont affectées à une réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail ou à des paiements de transfert en faveur de la prospérité sociale.

3 La loi règle les modalités.

QUE VEUT L'INITIATIVE ?

Il y a des gens qui doivent travailler pour vivre, et il y a des gens qui font travailler les autres pour elles et eux. Dans ce contexte, l'initiative 99 % veut taxer plus fortement les profiteuses et profiteurs qui ne vivent que des revenus de leur capital, et donc du travail des autres. Les salarié·e·s doivent enfin disposer de plus d'argent pour vivre. À cette fin, la part des revenus du capital qui dépasse un montant que le Parlement devra déterminer devra être imposée selon un facteur 1,5.. Cela concerne particulièrement les dividendes, les bénéfices réalisés sur les actions, les intérêts, les gains en capitaux et les revenus locatifs. En revanche, la valeur locative, les rentes versées et les revenus issus de l'activité indépendante seront exemptées de l'augmentation de l'imposition.

Alors que certains revenus du capital tels que les bénéfices sur les actions ne sont imposés aujourd'hui que dans des cas exceptionnels en Suisse et que l'initiative entraînera effectivement une nouvelle imposition de ces revenus, la plupart des revenus du capital sont déjà imposés aujourd'hui et l'initiative ne fera qu'augmenter leur imposition.

Notre initiative ne change pas les taux d'imposition mais modifie le calcul du revenu imposable : les hauts revenus du capital y seront désormais comptés une fois et demie. Cela s'appliquera à tous les niveaux de l'État, c'est-à-dire aux communes, aux cantons et à la Confédération. C'est donc une modification de la base imposable, ce qui ne constitue pas un nouvel outil dans la législation fiscale. Aujourd'hui, les grand·e·s actionnaires sont imposé·e·s à un taux privilégié : si elles ou ils possèdent au moins 10 % des actions d'une société donnée, ils-elles ne doivent payer des impôts que sur 0,7 fois le montant de leur dividendes au niveau fédéral et au minimum

sur 0,5 fois le montant leurs dividendes au niveau cantonal (alors que le revenu du travail est imposé entièrement).

Le seuil à partir duquel les revenus du capital devront être imposés à hauteur d'une fois et demi sera déterminé par le Parlement. Nous proposons un montant exonéré de 100 000 francs pour les personnes seules. Ainsi, l'application de l'initiative ne toucherait pas les petits épargnant-e-s, mais seulement les super-riches qui amassent tellement de revenus du capital qu'ils et elles n'ont pas besoin de travailler.

Seules les personnes qui gagnent plus de 100 000 francs issus exclusivement de revenus du capital sont concernées par l'augmentation de l'imposition. Le montant exonéré ne comprend donc pas d'éventuels revenus salariaux. Dans le cas de personnes mariées, dans un partenariat enregistré ou détenant un placement de capital sur une longue durée, un montant exonéré différent peut être fixé. De nombreux pays considèrent déjà la durée de détention d'un actif dans l'imposition des gains en capital.

Les recettes fiscales supplémentaires seront utilisées pour alléger la charge fiscale de la population en général. À cette fin, l'initiative prévoit deux options complémentaires : une réduction de l'imposition des revenus salariaux faibles et moyens (par exemple, les revenus imposables inférieurs à 100 000 francs) et une augmentation des transferts en faveur de la prospérité sociale peuvent être augmentés, par exemple en versant davantage de subsides aux primes d'assurance-maladie et en investissant dans les crèches, les transports publics ou les offres de formation continue.

IMPACT DE L'INITIATIVE

EXEMPLE DE CALCUL

L'initiative propose que le montant exonéré soit déterminé par le Parlement, et les parts du revenu qui dépasseront ce montant seront multipliées par 1,5. C'est donc une augmentation du revenu imposable pour le calcul des recettes fiscales. Dans l'exemple qui suit, nous utiliserons un montant exonéré de 100'000 francs, tel que le nous proposons pour l'application de l'initiative.

Avec un rendement de 3%, une personne qui a investi 170 millions de francs toucherait à l'heure actuelle environ 5,1 millions de revenus du capital imposables. Les premiers 100'000 francs étant exonérés, 5 millions sont multipliés par 1,5, ce qui donne 7,5 millions, et les 100'000 francs non concernés par le facteur 1,5 sont ajoutés à nouveau. Cette personne aurait donc un nouveau revenu imposable de 7,6 millions au lieu de 5,1 millions, ce qui augmente logiquement le montant de l'impôt. Le revenu imposable est ensuite multiplié par le taux d'imposition applicable pour déterminer l'impôt dû.

170 mio	Fortune imposable investie
$170 \text{ mio} \times 3\% = 5.1 \text{ mio.}$	Revenu du capital attendu (actuel)
$5.1 \text{ mio.} - 100'000 = 5 \text{ mio.}$	Soustraction du montant exonéré
$5 \text{ mio.} \times 1.5 = 7,5 \text{ mio.}$	Nouveau revenu imposable au-dessus du montant exonéré
$7,5 \text{ mio.} + 100'000 = 7,6 \text{ mio.}$	Revenu imposable total
$7,6 \text{ mio.} \times \text{taux d'imposition}$	Montant de l'impôt

Exemple impôt cantonal Zoug :

5,1 mio. x 8% = 326'399 CHF

impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7,6 mio. x 8% = 486'399 CHF

impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

Exemple impôt cantonal Grisons :

5.1 Mio x 11% = 561'000 CHF

impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7.6 Mio x 11% = 836'000 CHF

impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

Exemple impôt cantonal Fribourg :

5.1 Mio x 13.5% = 688'500 CHF

impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7.6 Mio x 13.5% = 1'026'000 CHF

impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

QUI EST CONCERNÉ ?

En raison du haut montant exonéré, seul·e·s les plus riches sont concerné·e·s par l'initiative. Pour arriver à 100 000 francs de revenu du capital tel que proposé, il est nécessaire de disposer d'un peu plus de 3 millions de francs de fortune investie, avec un rendement supposé de 3,37 %. En Suisse, ce ne sont que 60 000 contribuables en Suisse qui possèdent une telle fortune – soit environ 1 % de la population. Toutefois, il est peu probable que les personnes qui détiennent une fortune de 3 millions de francs soient plus fortement imposées par l'initiative. En effet, les gens n'investissent en règle générale pas toute leur fortune dans des placements profitables, car certains de leurs actifs sont des biens de consommation qui ne génèrent pas de bénéfices sur une base régulière, comme une maison occupée par son propriétaire.

Une personne dont le revenu dépasserait de peu le montant exonéré de 100 000 francs ne serait soumise qu'à une légère charge fiscale supplémentaire.

Les entreprises ne sont explicitement pas concernées par cette taxation plus lourde car l'initiative ne vise que les personnes physiques.

RECETTES SUPPLÉMENTAIRES

L'initiative lutte contre l'évasion fiscale et impose plus lourdement les revenus du capital. Cela générera des recettes supplémentaires de plusieurs milliards de francs pour la Confédération, les cantons et les communes. La partie principale de l'initiative, à savoir l'augmentation de l'imposition des revenus du capital (comme les revenus locatifs, les intérêts et les dividendes), rapportera environ 6,8 milliards de francs. La suppression des privilèges fiscaux aura également un grand effet : l'imposition des gains en capital (comme les bénéfices réalisés sur le cours des actions) rapporterait jusqu'à 2 milliards à elle seule, sans compter au minimum 1,4 milliard obtenus par l'abolition de divers autres privilèges. Au total, l'initiative générera des recettes supplémentaires d'environ 10 milliards. Environ 67 % de ce montant reviendra aux cantons et aux communes et 33 % à la Confédération.

Avec l'initiative 99 %, l'AVS profiterait également de recettes plus élevées : aujourd'hui, les propriétaires d'une entreprise qui travaillent dans cette entreprise ont la possibilité de toucher leur revenu sous forme de dividendes ou sous forme de salaires. Le traitement fiscal privilégié des dividendes a rendu la première option beaucoup plus attrayante, car les dividendes ne sont imposables qu'à hauteur de 50 à 70 % par rapport aux revenus salariaux si la personne possède au moins 10 % des parts d'une société. L'AVS souffre donc elle aussi de cette tendance car les dividendes ne sont pas soumis aux cotisations AVS, contrairement aux revenus salariaux. Ainsi, les privilèges fiscaux dont bénéficient les dividendes en ce qui concerne l'AVS causent des pertes annuelles de l'ordre de 300 à 350 millions de francs.

L'initiative 99% incite à verser les revenus toujours plus sous la forme de salaires et non de dividendes, ce qui permet de faire rentrer plus d'argent dans les caisses de l'AVS.

OÙ VA L'ARGENT ?

L'augmentation des primes de caisse-maladie et les coupes dans le système de santé et dans l'éducation sont prétendument justifiées par un manque d'argent disponible. Mais c'est un prétexte mensonger que l'initiative 99 % attaque frontalement.

Les recettes supplémentaires annuelles de 10 milliards de francs devront servir à alléger les impôts des personnes aux revenus faibles et moyens. Elles peuvent également être utilisées pour la protection sociale et le renforcement du service public. Concrètement, l'initiative permettrait par exemple de réduire les primes d'assurance-maladie et de débloquer des fonds supplémentaires pour la formation continue, les crèches, le système de santé et les transports publics. Ces investissements font aujourd'hui cruellement défaut : nous avons derrière nous des décennies de coupes dans le système de santé et de formation, qui ont entraîné une détérioration des prestations publiques et rendu notre système plus vulnérable aux crises. La pandémie de coronavirus a révélé ce problème au grand jour, frappant un système de santé suisse poussé à ses limites depuis des années.

Grâce à l'initiative 99 %, nous pouvons renforcer le service public, aider les personnes aux faibles revenus et, surtout, rendre l'argent à celles et ceux qui ont travaillé pour le gagner. Les primes de caisse-maladie ne doivent pas devenir un luxe et sont déjà beaucoup trop chères. Les familles doivent avoir assez d'argent pour vivre !

CE QUE LA SUISSE PEUT GAGNER

DAVANTAGE DE JUSTICE !

L'initiative 99 % amène plus de justice. Durant la crise du coronavirus, nous avons vu une fois de plus que ce sont les salarié·e·s, les 99 %, qui font vivre notre société. Ce sont les infirmière*ers, les caissière*ers, les logisticien·ne·s, les pharmacien·ne·s, les enseignant·e·s, les accompagnatrice*eurs d'enfants ou encore les scientifiques qui créent la richesse dans notre société, tandis que le 1 % le plus riche s'approprient les fruits de leur travail. Celles et ceux qui doivent travailler

pour leur revenu devraient payer moins d'impôts sur celui-ci que les super-riches, qui vivent de revenus du capital chiffrés en milliards et sans même lever le petit doigt. Aujourd'hui déjà, le 1 % des personnes les plus riches possèdent plus de 43 % de la fortune totale en Suisse. Au cours des sept dernières années, les 300 personnes les plus riches ont doublé leur fortune, passant de 352 milliards à 707 milliards de francs, un montant complètement inimaginable. À titre comparatif, une infirmière devrait travailler plus de 100'000 ans pour avoir la même fortune que des multimilliardaires comme Hansjörg Wyss ou Gianluigi Aponte – elle aurait donc dû commencer de travailler environ 40'000 ans avant la première émigration hors d'Afrique.

L'initiative 99% empêche les profiteuses et profiteurs de s'enrichir encore plus grâce aux revenus du capital alors que les revenus faibles et moyens subissent toujours plus de pressions et que 155'000 personnes en Suisse n'arrivent pas à vivre de leur salaire. Nous voulons mettre fin à cette injustice et redistribuer l'argent aux personnes qui ont effectivement travaillé pour le gagner.

RENFORCER LA DÉMOCRATIE !

Dans une démocratie, toutes les personnes doivent avoir les mêmes droits et les mêmes opportunités politiques. L'inégalité criante des richesses en Suisse met ce principe en péril car un pouvoir financier démesuré est aussi un levier politique. Lorsque des super-riches comme Alfred Schindler et Christoph Blocher peuvent se permettre d'acheter des instituts universitaires et des journaux, et ainsi manipuler le discours public dans le sens de leurs intérêts personnels, la démocratie est tout autant menacée que lorsque les partis bourgeois défendent une politique clientéliste en faveur des riches qui les financent. Nous voyons aussi l'influence excessive des riches dans le financement des élections et des votations, comme celle sur l'initiative 99 %, combattue par l'association « Swiss Family Business », dont le conseil d'administration voit en son sein même des milliardaires comme Magdalena Martullo-Blocher et Klaus Endress défendre leurs propres privilèges.³⁷

Nous nous trouvons aujourd'hui dans un cercle vicieux qui menace de diviser notre société : plus les richesses se concentrent, plus l'influence du 1 % le plus riche augmente. Cela leur permet d'influencer les conditions-cadre politiques pour qu'elles soient toujours plus en leur faveur et ainsi accumuler encore plus d'argent. Par exemple, la charge fiscale des plus riches a été systématiquement allégée ces dernières années, comme dans le cadre de la Réforme de l'imposition des entreprises II ou les réductions de l'impôt sur les successions, et les super-riches de l'étranger peuvent même acheter des permis de séjour. Les conséquences négatives de la politique en faveur du 1 % le plus riche menacent notre vivre-ensemble : lorsque les inégalités se creusent, le bien-être physique et psychologique des personnes diminue, et la criminalité et la violence augmentent.

En outre, en raison du grand déséquilibre des forces politiques, un nombre croissant de personnes perdent confiance dans la politique et renoncent à y participer. Pour mettre fin à ces tendances néfastes, nous devons stopper la montée des inégalités sociales et redonner enfin le pouvoir aux 99 %.

³⁷ <https://swiss-family-business.ch/unternehmergruppe/vorstand/>

ALLÈGEMENT DES IMPÔTS SUR LES SALAIRES

ET RENFORCEMENT DU SERVICE PUBLIC

En Suisse, le système d'imposition et de taxation est globalement peu progressif et le pouvoir d'achat des personnes aux bas et moyens salaires stagne depuis 20 ans : elles travaillent énormément et ont toujours moins d'argent dans leur porte-monnaie à cause des loyers et des primes d'assurance-maladie. Le service public a également été massivement affaibli ces dernières années, en particulier dans les cantons – les prestations dans le domaine de la formation, des transports publics ainsi qu'au sein du système de santé ont été réduites de façon drastique. Ici aussi, les personnes qui en font les frais sont les 99 %, notamment - pour prendre un exemple actuel - les infirmières*ers, qui ont dû porter toute la société à travers la pandémie de coronavirus malgré un système de santé en lambeaux à cause des coupes budgétaires à répétition.

Avec l'initiative 99 %, nous voulons changer cela : elle générera des recettes annuelles supplémentaires de 10 milliards de francs suisses pour la Confédération et les cantons, qui devront être utilisées pour alléger la charge pesant sur les travailleuses et travailleurs en réduisant les impôts sur les revenus faibles et moyens ou en développant le service public de manière ciblée. Plus précisément, avec l'initiative, nous pourrions :

- Développer les transports publics ou les rendre plus abordables, afin d'assurer une mobilité respectueuse du climat et abordable pour toutes et tous.
- Financer des crèches gratuites, afin que la Suisse puisse enfin progresser en matière d'égalité et soulager en premier lieu les femmes de la double charge de la garde des enfants et de l'activité professionnelle.
- Investir dans le système de santé et dans la réduction des primes d'assurance-maladie d'assurance maladie pour aider les familles et les personnes aux faibles revenus à faire face à l'un de leurs plus gros postes de dépenses.
- Financer les offres de formation continue, afin que les personnes travaillant dans des secteurs en déclin ou mauvais pour le climat aient des perspectives d'avenir.

Ainsi, nous pouvons faire en sorte que les personnes qui créent la richesse et la prospérité de notre société aient enfin plus d'argent dans leur porte-monnaie. Avec l'initiative 99 %, nous renforçons également l'AVS car les privilèges fiscaux pour les revenus du capital qui ont été imposés trop faiblement au cours des dernières années ont entraîné des pertes annuelles de 300 à 350 millions de francs pour l'AVS. Nous récupérons cet argent avec l'initiative 99 %, renforçant ainsi ainsi la partie la plus solidaire de notre système de retraite.

PROTECTION CONTRE LES CRISES ET L'INSTABILITÉ ÉCONOMIQUE

Lorsque les personnes super-riche reçoivent plus d'argent, elles l'utilisent souvent pour spéculer de manière improductive sur les marchés financiers, car elles ont plus d'argent que ce qui pourrait être dépensé pour des biens de consommation en une vie entière. En parallèle, les personnes à faibles et moyens revenus sont de plus en plus endettées, ce qui déstabilise l'économie et mène à des crises. Ces personnes à faibles et moyens revenus ont également de moins en moins d'argent à leur disposition en raison de la concentration croissante des richesses,

ce qui affaiblit la demande en biens de consommation et nuit donc également aux entreprises qui les vendent.

Ce problème est reconnu depuis longtemps également au-delà des rangs de la gauche : en 2017, le Fonds monétaire international a dénoncé la diminution de l'imposition moyenne des revenus les plus élevés de 62 % à 35 % dans l'OCDE entre 1981 et 2015. L'organisation pourtant néolibérale propose donc une augmentation de la progression et une imposition plus lourde des plus hauts revenus.³⁸ Pendant la pandémie de coronavirus, un grand nombre d'économistes, et même des super-riches, ont appelé à une augmentation des impôts sur les plus riches et les gagnant·e·s de la crise pour renforcer l'économie et les services publics.

Cette prise de conscience s'est maintenant étendue au débat économique général : le système se divise à cause des inégalités, et les 99 % et les petites entreprises en souffrent directement. L'initiative 99 % inverse cette tendance en redistribuant l'argent des super-riches dans le portefeuille des salarié·e·s.

AMÉLIORATION DE LA CONDITION DES FEMMES

Les femmes ne sont pas seulement moins bien payées³⁹, elles accomplissent également la majorité du travail non rémunéré – les mères qui s'occupent de leurs enfants, les filles qui prennent soin de parents malades, les femmes au foyer faisant la vaisselle « en vitesse » le soir.⁴⁰ Sans ce travail, notre société s'effondrerait en un claquement de doigts.

Néanmoins, cette énorme quantité de travail n'est aujourd'hui guère valorisée, et les femmes doivent accepter de lourdes pertes économiques, car cette charge du travail de care les oblige à travailler à temps partiel. L'inégalité salariale prévalente et la proportion plus faible de travail rémunéré font qu'aujourd'hui, en Suisse, les femmes gagnent environ 108 milliards de francs de moins que les hommes et ce malgré une charge de travail identique⁴¹. Cela correspond à un écart de revenu d'environ 25 000 francs par femme en Suisse. En conséquence, les femmes sont surreprésentées dans les groupes disposant des revenus les plus faibles.⁴² Aujourd'hui, la pauvreté est prédominairement féminine : avec un taux de 8,5 %, le taux de pauvreté des femmes est nettement supérieur à celui des hommes (6,2 %).⁴³

Le combat de l'initiative 99 % contre les inégalités sociales est aussi un combat féministe pour corriger le déséquilibre des forces entre les genres. Nous remettons le travail au premier plan,

38 <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/umverteilen-wenn-lagardes-leute-so-toenen-wie-linke/story/20516585>

39 Selon la Confédération suisse, les femmes gagnent en moyenne environ 12,5 % de moins que les hommes. Pour les postes de direction, ce chiffre atteint même près de 20 % de moins. Une grande partie de l'écart salarial ne peut s'expliquer que par la discrimination. Cf. Strub/Bannwart 2017: Analyse des salaires des femmes et des hommes à l'aide de l'enquête sur la structure des salaires 2014.

40 En Suisse, les femmes travaillent environ 30 heures par semaine sans être rémunérées. Cf. Office fédéral de la statistique 2016 : Enquête suisse sur la population active (ESPA).

41 <https://www.moneta.ch/es-waere-ein-riesiger-befreiungsschlag>

42 Près de 20 % des femmes doivent vivre avec les salaires les plus bas. La proportion pour les hommes est près de trois fois plus faible. Cf. Derungs et al 2014: Égalité entre les femmes et les hommes.

43 La pauvreté frappe principalement les femmes (Caritas Schweiz (2019))

même lorsqu'il est non rémunéré. Nous allégeons la charge pesant sur les petits revenus et alourdissant celle pesant sur les revenus du capital. Les recettes supplémentaires permettraient par exemple de soutenir les crèches et autres établissements de garde d'enfants, et ainsi de soulager les femmes de façon ciblée.

LES AFFIRMATIONS DE NOS ADVERSAIRES

« LES RICHES PARTIRONT »

Cet argument est déterré à chaque nouveau projet fiscal mais est systématiquement réfuté scientifiquement. La concurrence intercantonale pourrait motiver les cantons à baisser leur impôt sur le revenu, mais cela n'en vaut en réalité pas la peine. En effet, malgré l'arrivée potentielle de quelques riches, cela ne suffira en aucun cas à contrebalancer les pertes fiscales découlant de la mesure en question. Diverses études confirment ce propos, tout comme l'expérience zurichoise relative à l'abolition des forfaits fiscaux. Un autre facteur s'ajoute à cela dans le cadre de l'initiative 99% : la mobilité fiscale des riches entre les cantons suisses est nettement supérieure à cette même mobilité entre différents pays. Mais comme notre initiative propose une augmentation de l'impôt dans tous les cantons, les super-riches ne trouveront aucun intérêt fiscal à déplacer leur domicile vers un autre canton.

De plus, même avec l'adoption de l'initiative 99%, la Suisse resterait un pays où l'impôt est faible pour les super-riches. Cette adoption perfectionnera en revanche d'autres atouts de taille tels qu'une infrastructure bien développée ou une stabilité et une sécurité politiques élevées. Au vu de ces remarques, il faut partir du principe que l'initiative 99% aura de toute manière un effet positif sur les finances, ce que même le journal libéral zurichois NZZ admet.

Ce que montre les études autour de l'impôt sur la fortune en Suisse, c'est le problème de l'évasion et la fraude fiscale. Plus le taux d'impôt est faible, plus la richesse déclarée des plus riches sera élevée. Schmidheiny et al. écrivent dans leur étude : «Près de la moitié de l'accroissement visible des richesses après une réduction d'impôt semble s'expliquer par de nouvelles graduelles et sournoises auto-déclarations d'impôt d'actifs précédemment cachés».

Ce qui permet de lutter contre ce phénomène, ce n'est en aucun cas la baisse des impôts, mais l'augmentation des ressources de l'administration fiscale pour traquer les super-riches qui ne paient pas leurs impôts contrairement aux salarié·e·s ordinaires.

Nous ne sommes plus prêt·e·s à subir le chantage des super-riches. Dans une démocratie, toutes les voix doivent compter de la même manière, même si les plus riches tentent de nous prendre en otage par des menaces de départ ou d'évasion fiscale. Si nous cédon·s à ces menaces, le résultat final sera un système qui n'est qu'à l'écoute des plus riches, ce qui n'a plus rien à voir avec la démocratie.

« L'INITIATIVE EST NUISIBLE POUR LES PME »

L'initiative ne propose pas d'imposer différemment les entreprises. Elle ne parle que du 1% des personnes physiques les plus riches, qui payent déjà des impôts. En aucun cas cette initiative n'augmentera l'imposition des PME. Au contraire, elle leur assure une meilleure stabilité. Grâce à la redistribution des richesses, le pouvoir d'achat de la population augmente. Les entreprises actives localement comme les restaurants ou les coiffeurs en profitent directement. Pour saisir cela, il suffit d'un exemple simple : un cinquième des ménages les plus modestes consacre 88 % de chaque franc supplémentaire à la consommation, alors que ce chiffre tombe à 42 % pour les ménages les plus riches.

Au lieu de mieux imposer les dividendes des entreprises, l'initiative 99% se concentre sur le revenu du capital des personnes physiques. Tombent sous ce terme **les dividendes**, perçus individuellement par les actionnaires d'une entreprise, **les gains en capital**, obtenus par la vente d'actions ou d'entreprises, ou encore **les intérêts**.

Les propriétaires de la grande majorité des PME ne seront pas concerné·e·s par une taxation plus forte du revenu du capital, simplement car 56% des entreprises en Suisse ne paient aucun impôt sur leurs bénéfices. Cela signifie qu'elles ne font pas de bénéfice et que de ce fait elles sont incapables de distribuer sous une forme quelconque un revenu du capital. À ce chiffre s'ajoutent les 34% d'entreprises qui ne paient pas plus de 10'000 francs d'impôt. Les propriétaires de celles-ci, ne parviennent que très rarement à un revenu du capital supérieur à 100'000 francs. Et finalement, les propriétaires de PME restantes dont le revenu du capital excède les 100'000 francs seront taxé·e·s davantage, ce qui est juste et important.

Pour ce qui est des propriétaires de PME qui travaillent également dans leur entreprise, ils et elles ont aujourd'hui le choix de se rémunérer par un salaire ou des dividendes. Avec l'initiative 99%, les privilèges fiscaux des dividendes disparaîtront, ce qui poussera les propriétaires à opter pour une rémunération par des salaires, dont l'imposition restera inchangée. L'initiative permet donc de valoriser le travail fourni au sein des entreprises, y compris par les personnes qui en sont les propriétaires.

Ensuite, et contrairement aux dividendes, les gains en capital ne sont pas toujours taxés l'année où le profit est réalisé. Le gain peut s'accumuler pendant plusieurs années pour n'être obtenu qu'une seule fois lors de la vente, comme par exemple des actions détenues pendant des années et vendues toutes au même instant. Les opposant·e·s à l'initiative affirment que cela contraindrait des propriétaires de PME à devoir vendre leur entreprise afin de payer leurs impôts, et que cette imposition empêcherait ainsi des transferts ou ventes d'entreprises pleines de réussite.

Les deux accusations sont frauduleuses : la majorité des pays de l'UE ont déjà un impôt sur les gains en capital sans que les scénarios alarmistes de nos opposant·e·s ne se soient concrétisés. Tout comme dans ces nombreux pays, nous proposons que les gains en capital ne soient imposés que lorsqu'ils sont effectivement réalisés. Ainsi, les augmentations de valeur des biens n'entraîneront une hausse d'impôt que lorsque l'argent nécessaire au paiement de la charge fiscale aura été effectivement distribué.

La vente d'entreprise n'est pas non plus rendue plus difficile par l'initiative 99%. Nos adversaires prétendent que les propriétaires de PME augmenteraient le prix de vente de leur entreprise en raison de la charge fiscale attendue et que les entreprises familiales seraient mises en danger car ne pouvant pas être transmises entre générations. Mais toute augmentation du prix de vente est une pure spéculation. Les expert·e·s des banques suisses, ainsi qu'une étude de la Banque *Raiffeisen* situent les enjeux actuels de la transmission d'entreprise dans un tout autre domaine. La banque *Raiffeisen* indique que le prix est un critère important pour de nombreux·ses entrepreneurs·euses au début du processus de succession, mais plus le processus d'acquisition s'intensifie moins il devient important. Les plus grands défis liés à la passation d'entreprise se situent soit dans le domaine émotionnel soit dans le domaine d'une planification difficile. Une imposition plus élevée des revenus du capital ne changera rien à cette situation.

« AU BOUT DU COMPTE, CE SONT LES BAS REVENUS QUI SOUFFRIRONT »

Cette affirmation est fautive à double titre. Quiconque perçoit un revenu du capital supérieur à 100 000 francs ne dispose pas d'un « faible revenu » ; toutes les autres personnes ne sont pas concernées par une augmentation de l'imposition dans le cadre de l'initiative 99%. De même, l'idée selon laquelle la baisse des impôts pour les riches se répercute vers le bas (« coulent goutte à goutte vers le bas »), créant ainsi la prospérité pour tou-te-s (théorie du ruissellement (trickle-down economics)), a été réfutée par plusieurs études. Les réductions d'impôts pour les 1 % les plus riches conduisent à une augmentation significative de l'inégalité des revenus, mais elles n'ont aucun effet positif sur les indicateurs économiques tels que le PIB par habitant ou le chômage. La baisse des impôts pour les riches profite aux riches... et à personne d'autre.⁴⁴

Rien ne prouve donc que les faibles revenus auraient à endurer une augmentation des impôts pour favoriser les riches. Bien au contraire : avec l'initiative 99 %, nous créons la possibilité de réduire la charge fiscale sur les revenus faibles et moyens et de renforcer le service public au profit des 99%.

« L'INITIATIVE DÉTRUIT LA SCÈNE SUISSE DES START-UPS »

Les opposant·e·s à l'initiative 99% affirment que les personnes souhaitant créer une start-up en Suisse ne le feraient plus par peur d'une imposition future plus élevée. Or, cela va à l'encontre des affirmations des entreprises elles-mêmes, pour qui l'imposition n'est pas un facteur déterminant dans leur choix du lieu d'implantation. Ainsi, selon une étude du think tank Avenir Suisse, proche du PLR, les facteurs de localisation les plus importants pour les PDGs sont en effet la facilité d'accès à une main d'œuvre qualifiée et la qualité du réseau de transports régionaux. Suivent ensuite une offre de formation de qualité et un faible niveau de charge administrative⁴⁵.

Pour presque tous ces facteurs de localisation, un renforcement du service public tel que proposé par l'initiative 99% joue un rôle prépondérant.

44 Hope & Limberg (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich

45 [Sondage auprès de PDGs concernant la qualité de la place économique](#)

D'autres points importants entrent en jeu dans le choix du lieu d'implantation d'une entreprise et qui ont encore moins à voir avec les critères habituels de concurrence : selon un sondage de l'association professionnelle Bitkom, la proximité avec ses ami-e-s et sa famille est le critère de localisation le plus important, et de loin. En plus d'infrastructures de qualité et de la disponibilité de personnel qualifié, les fondatrices et fondateurs de start-ups accordent également une grande importance à la qualité de vie du lieu d'implantation, comme par exemple les possibilités de loisirs et l'offre culturelle⁴⁶. La liste des lieux les plus populaires pour fonder une start-up confirme cela. Ainsi, les trois lieux les plus appréciés - Londres, Tel-Aviv et Stockholm - sont les trois situés dans des pays qui disposent d'une imposition des gains en capital. L'existence de cet impôt ne semble donc pas nuire à la popularité des ces villes pour les starts-up⁴⁷.

« DES IMPÔTS PLUS ÉLEVÉS NUISENT AUX INVESTISSEMENTS »

Ce mythe est lui aussi mobilisé lors de chaque votation fiscale pour nous faire croire que les impôts sont mauvais pour l'économie et qu'ils doivent être abaissés à tout prix. Avec des taux d'imposition plus élevés, les actionnaires devraient se verser des dividendes encore plus élevés, afin de pouvoir préserver leurs rendements et pouvoir payer leurs impôts. Cet argent manquerait alors dans l'économie. Voilà donc pourquoi les baisses d'impôts seraient nécessaires. Cette affirmation peut être doublement infirmée.

D'une part, ces dernières années les impôts sur les entreprises et le capital n'ont cessé d'être réduits voire supprimés. Malgré tous ces cadeaux fiscaux, le niveau d'investissement est resté stable. En ce qui concerne les réformes portant sur les impôts sur les revenus du capital, des études menées aux Etats-Unis et en Suède parviennent aux mêmes conclusions. L'effet des impôts sur les revenus du capital sur le volume d'investissement est marginal d'un point de vue macroéconomique. L'argent perdu en raison des réformes fiscales de ces dernières années n'a pas été réinvesti comme promis dans notre économie mais a directement fini dans les poches du 1% le plus riche.

D'autre part, le volume de fortune utilisé pour la spéculation continue d'augmenter, alors que les investissements stagnent. Les volumes échangés dans ce domaine correspondent aux multiples de la production réelle. Ces mécanismes contribuent à la fortune des super-riches, qui engrangent de la sorte des revenus du capital sans fournir de prestation en échange. L'argent que nous perdons en baissant les impôts ne revient pas dans l'économie réelle. Il se dirige dans un système fictif, qui ne bénéficie qu'au 1% le plus riche.

En revanche, l'imposition plus grande des gains en capitaux réalisés ou des dividendes est un incitatif à maintenir la valeur dans l'entreprise, et donc à procéder à des investissements et créer de l'emploi.

46 [Startups : les raisons personnelles décisives pour le choix du lieu d'implémentation](#)

47 [Startup Genome](#)

INITIATIVE

99%



OUI À L'INITIATIVE 99 % !

**INFORMATIONS ET ARGUMENTS
SUR L'INITIATIVE 99 % (ALLÉGER LES
IMPÔTS SUR LES SALAIRES, IMPOSER
ÉQUITABLEMENT LE CAPITAL)**

L'INITIATIVE 99 % : POUR LA JUSTICE ET UN

SERVICE PUBLIC FORT !

Un OUI à l'initiative 99 % signifie...

... plus de justice !

En Suisse, la richesse est créée par les 99 % de la population qui, chaque jour, travaillent dans des bureaux, des supermarchés ou des hôpitaux, et non par une poignée de super-riches qui laissent leur argent leur offrir des rendements massifs sans qu'elles et ils n'aient besoin de travailler. En imposant davantage les plus grands revenus de la fortune, nous rendons l'argent aux personnes qui contribuent réellement à notre société.

... un service public fort et un allègement des impôts sur les salaires !

L'augmentation des loyers et des primes d'assurance-maladie dévore une part toujours plus grande du revenu des gens. L'initiative 99% réduit la charge pesant sur les salaires grâce à des diminutions d'impôts et un renforcement du service public, notamment par le biais d'une augmentation des subsides pour les primes d'assurance-maladie, des investissements dans les crèches ou encore par le développement des transports publics.

... moins de crises sur le dos des 99 % !

Avec l'augmentation des inégalités de richesse, notre système économique menace de causer sa propre perte. La concentration de la richesse entre les mains d'une petite minorité favorise les crises économiques, tandis que le pouvoir d'achat de l'ensemble de la population diminue. Ce sont les 99 % qui en souffrent, et aussi les petites entreprises.

... un pas vers un avenir féministe !

En Suisse, les femmes effectuent toujours deux fois plus de travail non rémunéré que les hommes au sein du ménage et reçoivent un salaire inférieur pour le même travail. Dans notre pays, la pauvreté est avant tout féminine. L'initiative 99 % permet de développer le service public et de soulager les personnes aux bas revenus, ce qui profitera en particulier aux femmes.

... un renforcement de la démocratie !

L'inégalité sociale menace de déchirer notre société. Les super-riches achètent des groupes de presse entiers et influencent la politique par du lobbying et des campagnes électorales coûteuses, ce qui donne lieu à un rapport de force anti-démocratique jouant en défaveur des 99%. Notre initiative veut inverser cette tendance.

DE QUOI S'AGIT-IL ?

En Suisse, les inégalités de richesse augmentent depuis des années. Le 1 % le plus riche de la population possède désormais plus de 43 % de la richesse totale. Cette évolution est en grande partie due aux revenus du capital, soit les dividendes, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les intérêts, grâce auxquels les plus riches se mettent chaque année des milliards dans les poches.

L'initiative 99 % veut enfin imposer plus équitablement ces revenus obtenus sans lever le petit doigt : les revenus du capital de plus de 100 000 francs suisses seront imposés une fois et demie de plus que les revenus du travail. Les 10 milliards de francs de recettes fiscales générées en plus devront soulager les personnes disposant de bas ou moyens revenus, par exemple en baissant leurs impôts ou en investissant dans les services publics.

CONTENU

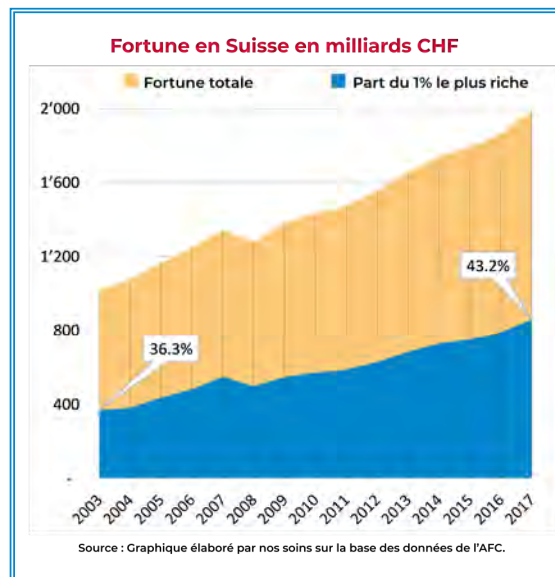
Contexte	4
Augmentation des inégalités de richesse	4
Les revenus du capital – moteurs de l'inégalité	6
Allègement fiscal du capital, pression sur le travail	8
Le pouvoir politique des plus riches	10
L'inégalité entraîne des crises et nuit à la société	11
Les inégalités : un affront envers les travailleuses et travailleurs	12
La digitalisation et l'automatisation : un renforcement du capital	13
La crise du coronavirus entraîne de nouvelles divisions	13
L'initiative 99 %	15
Texte de l'initiative	15
Que veut l'initiative ?	15
Impact de l'initiative	16
Exemple de calcul	16
Qui est concerné ?	17
Recettes supplémentaires	17
Où va l'argent ?	18
Ce que la Suisse peut gagner	18
Davantage de justice !	18
Renforcer la démocratie !	19
Allègement des impôts sur les salaires et renforcement du service public	20
Protection contre les crises et l'instabilité économique	20
Amélioration de la condition des femmes	21
Les affirmations de nos adversaires	22
« Les riches partiront »	22
« L'initiative est nuisible pour les PME »	23
« Au bout du compte, ce sont les bas revenus qui souffriront »	24
« L'initiative détruit la scène suisse des start-ups »	24
« Des impôts plus élevés nuisent aux investissements »	25

CONTEXTE

AUGMENTATION DES INÉGALITÉS DE RICHESSE

Aujourd'hui, la Suisse est l'un des pays les plus riches du monde. Il n'y a aucun pays où la richesse moyenne est plus élevée qu'en Suisse. Au cours des dernières décennies, la prospérité en Suisse a fortement augmenté, mais cette croissance n'a profité qu'à une minorité de la population. Alors qu'en 2003 le 1% le plus riche possédait environ 36% de la fortune totale en Suisse, cette part s'élève aujourd'hui à plus de 43%.

Les augmentations les plus importantes ont été enregistrées chez les plus riches des riches : en 2003, les 300 personnes les plus riches de Suisse possédaient un total de 352 milliards de francs¹. En 2020, ce chiffre atteignait 707 milliards de francs, soit une augmentation de 355 milliards. Ainsi, les 300 personnes les plus riches ont augmenté leur patrimoine de 2,4 millions de francs par heure en moyenne. Depuis 100 ans de prise en compte de l'inégalité de richesses dans les statistiques en Suisse, jamais la fortune des 0,1 % les plus riches n'a été aussi élevée qu'aujourd'hui.²



En bas de l'échelle de la distribution des richesses, les choses sont bien différentes : en Suisse, une personne sur quatre ne possède aucune fortune ou est même endettée.³ Alors que les riches deviennent de plus en plus riches et bénéficient de privilèges inimaginables, le nombre de personnes vivant dans la pauvreté augmente : en 2019, 735 000 personnes étaient concernées en Suisse, soit près d'une personne sur dix. Parmi elles, 155 000 personnes ont un emploi mais n'arrivent malgré cela pas à s'en sortir dignement⁴. Les personnes disposant d'un revenu moyen sont également soumises à une pression croissante : la hausse des primes d'assurance-maladie et des loyers absorbe une part toujours plus grande des salaires.

1 [300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch](#)

2 Lampart, Galusser, Schüpbach (2015): Rapport 2015 de l'USS sur la répartition des salaires

3 [Répartition des richesses – Le monde s'enrichit, mais est-ce suffisant pour tous ?](#)

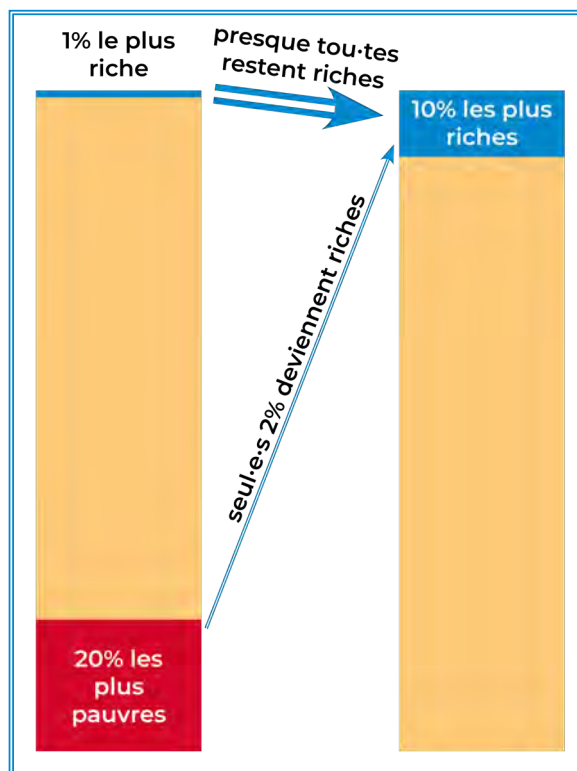
4 <https://www.caritas.ch/fr/ce-que-nous-disons/faits-et-chiffres/pauvrete-en-suisse.html>

Le mythe de l'ascension sociale

Les portes du club exclusif des super-riches ne s'ouvrent que rarement : celui ou celle qui a le privilège d'y entrer n'en sort généralement pas. 99 % des personnes qui faisaient partie du 1 % le plus riche en 2003 faisaient toujours partie des 10% les plus riches 10 ans plus tard. De l'autre côté, la probabilité que des personnes passent du bas de l'échelle à son sommet est extrêmement faible : à peine 2 % des personnes provenant du 5% le plus pauvre parviennent à entrer dans le club des 10 % les plus riches.⁵

Contrairement à ce que le mythe mensonger de la méritocratie voudrait nous faire croire, les grandes fortunes en Suisse sont généralement issues d'un environnement familial privilégié. Cela est particulièrement frappant lorsqu'on regarde les héritages élevés, qui augmentent constamment depuis des années.

En 2010, un peu moins de 60 milliards de francs étaient hérités chaque année en Suisse. Aujourd'hui, ce montant atteint 95 milliards de francs, ce qui correspond à environ 13,5 % du PIB total.



Seule une petite minorité touche un héritage élevé : à peine 1,5 % des héritages sont supérieurs à un million.⁶ De plus, les personnes bénéficiant de ces héritages sont avant tout des personnes disposant d'une fortune et de revenus situés dans les tranches supérieures. Le canton de Berne nous apprend également que le 1 % des personnes au plus hauts revenus bénéficie de près de 42% des héritages dépassant les 2 millions. De plus, les personnes appartenant au 1% le plus riche reçoivent en moyenne 75 000 francs en héritages et en donations.⁷

La majorité de la population profite de moins en moins de ces énormes transferts de richesse : alors qu'en 1990, pour chaque franc hérité, 4,1 centimes environ finissaient en mains publiques par le biais de l'impôt sur les successions, cette contribution n'est aujourd'hui plus que de 1,4 centime. En Suisse, la richesse se transmet au sein des familles, et celles et ceux qui n'ont pas eu la chance de naître dans un environnement privilégié ont peu de chances d'atteindre le sommet de la pyramide des richesses.

5 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

6 <https://www.srf.ch/news/schweiz/rekordjahr-2020-95-milliarden-so-viel-erben-schweizer-2020#:~:text=SRF%20News%3A%2095%20Milliarden%20Franken,in%20der%20Schweiz%20ist%20geerbt>

7 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

Les plus grandes fortunes s'envolent

Alors que la Suisse est l'un des pays les plus inégalitaires en termes de répartition des richesses, elle se classe dans le dernier tiers des pays où les inégalités de revenu sont les plus grandes. Ce résultat est surprenant mais confirme un constat important : l'inégalité flagrante des richesses en Suisse ne découle pas seulement de l'inégalité des salaires, mais aussi de fortunes exorbitantes dont la croissance s'envole. Le moteur de cette concentration croissante de richesses sont les revenus du capital, remplissant d'argent les comptes des plus riches sans que ces personnes n'aient à lever le petit doigt et contribuant ainsi à accentuer également les inégalités de revenu.

LES REVENUS DU CAPITAL – MOTEURS DE L'INÉGALITÉ

Par revenus du capital, nous entendons les parts du revenu qui ne sont pas gagnées par le travail salarié ou l'activité indépendante, ni qui ne naissent d'un droit comme une assurance sociale, mais qui sont gagnés comme rendement d'actifs placés. Cela comprend les dividendes, les intérêts, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les revenus locatifs. Les revenus du capital et les revenus du travail ont la même origine : la valeur est créée au sein des entreprises et est ensuite répartie sous forme de salaires pour les travailleuses et travailleurs, et sous forme de revenus du capital pour les propriétaires des entreprises et les grand·e·s actionnaires. La part du capital n'est pas toujours distribuée immédiatement mais peut être laissée dans l'entreprise pour générer de futurs bénéfices. Il en résulte une augmentation de valeur, qui peut par exemple permettre de réaliser des bénéfices lors de la vente d'une action grâce à la montée de son cours (l'action est achetée lorsqu'elle est bon marché et revendue plus chère) .

Néanmoins, il y a ici un conflit d'intérêt évident entre les travailleuses et les possédant·e·s. En effet, des salaires plus élevés entraînent des profits plus faibles pour le capital, et vice versa. Mais ce conflit est toujours remporté par celles et ceux qui possèdent car le pouvoir de décision final sur la gestion de l'entreprise leur appartient.

Qu'est-ce que les revenus du capital ?

Par revenus du capital, nous entendons les parts du revenu qui ne sont pas gagnées par le travail salarié ou l'activité indépendante, ni qui ne naissent d'un droit comme une assurance sociale, mais qui sont gagnées comme rendement d'actifs placés. Cela comprend les dividendes, les intérêts, les bénéfices sur les actions, les gains en capitaux et les revenus locatifs.

Notre système économique actuel fonctionne selon un schéma clair : celles et ceux qui possèdent du capital placent leur argent, avec lequel on achète des moyens de production et emploie des travailleuses et travailleurs. La force de travail investie génère une plus-value, qui est la différence entre les coûts de production et le prix de vente obtenu. Seul·e·s les personnes qui possèdent le capital gèrent cette plus-value. L'un des moyens les plus faciles de l'augmenter, et d'ainsi verser plus de revenus du capital aux grand·e·s actionnaires, est de réduire les coûts salariaux : pour ce faire, les salaires sont soumis à une pression à la baisse, les employé·e·s sont poussé·e·s à la performance et les emplois qui ne sont pas rentables sont supprimés.

Les 33 plus grandes entreprises suisses cotées en bourse permettent de voir comment la valeur créée est répartie entre travail et capital en Suisse. En 2019, les versements aux actionnaires de ces entreprises ont atteint 63 milliards de francs, tandis que les salaires des 1,6 million d'employé·e·s de ces entreprises se sont élevés à 140 milliards de francs⁸. Un franc sur trois produit par les employé·e·s a fini dans les poches des propriétaires du capital sans qu'elles et ils ne lèvent le petit doigt.

Seul·e·s les plus riches y gagnent

Selon la comptabilité nationale¹⁰, plus de 70 milliards de francs sont distribués chaque année sous forme de revenus du capital à des personnes physiques en Suisse. Ce montant ne comprend pas les gains en capital¹¹,

qui sont les profits provenant par exemple de la vente d'actions, ni les revenus locatifs^{11a}. Aucun chiffre n'est disponible à ce sujet en ce qui concerne la Suisse, mais l'observation d'autres pays montre qu'ils jouent un rôle crucial dans le revenu des plus riches. Ainsi, aux Etats-Unis, le 1% disposant des plus hauts revenus tire 36% de son revenu total des gains en capitaux.

Les revenus locatifs joueraient également un rôle important dans l'explication de la grande différence entre le degré d'inégalité des richesses et le degré d'inégalité des revenus en Suisse. Nulle part ailleurs en Europe est le taux de propriété du logement plus faible qu'en Suisse. Alors qu'environ 70 % des personnes vivant dans l'Union européenne sont propriétaires de leur habitation, ce chiffre avoisine à peine 40 % dans notre pays.⁹ Combiné avec des loyers excessivement élevés, cela résulte en une redistribution inhabituellement élevée de 15 milliards de francs chaque année des poches des locataires vers celles des riches propriétaires.¹⁰

L'écrasante majorité des revenus du capital est perçue par les Suissesses et les Suisses les plus riches. Les petit·e·s épargnant·e·s qui touchent des intérêts sur leur compte d'épargne ou qui ont investi quelques milliers de francs en actions ont ici un poids négligeable.

Qu'est-ce que les gains en capitaux ?

Les gains en capitaux sont une catégorie particulière de revenus du capital. Ils consistent en la réalisation de profits grâce à l'achat d'un placement bon marché et sa vente à un prix supérieur. Les gains en capitaux peuvent par exemple être réalisés lors de la vente de biens immobiliers, d'entreprises ou d'actions. Dans ce dernier cas, on parle de bénéfice sur les actions ou de bénéfice sur les cours d'actions. Les sociétés par actions ont le choix de verser annuellement des dividendes ou de laisser les bénéfices au sein de l'entreprise, afin que le cours de ses actions monte et que les actionnaires puissent réaliser des bénéfices sur les actions lors de la vente de leurs parts. Aujourd'hui, ces profits de plusieurs milliards ne sont pas imposés en Suisse.

8 Étude d'Unia sur les écarts salariaux 2020

9 <https://www.capital.de/immobilien/das-sind-die-laender-mit-den-meisten-und-den-wenigsten-hausbesitzern>

10 <https://www.mieterverband.ch/mv/politik-positionen/news/referenzzinssatz/raiffeisenbank-vor-ueberhitzung.html>

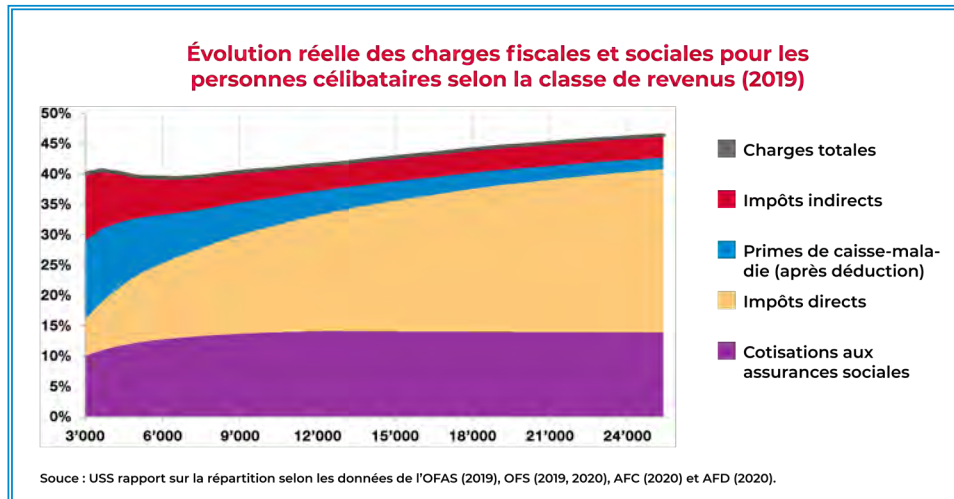
Si les revenus du capital étaient proportionnels à la taille de la fortune investie, l'écrasante majorité irait déjà au 1 % le plus riche.¹¹ Mais ils ne sont pas proportionnels : une étude réalisée pour la Suisse montre que les rendements du capital sur les actifs financiers appartenant au 1 % le plus riche sont plus de deux fois supérieurs aux rendements des actifs des personnes disposant d'une richesse située sur la médiane.¹² De plus, ce calcul ne prend pas en compte les gains en capital, qui feraient encore plus pencher la balance en faveur du 1 %, car plus une personne est riche, plus elle détient d'actions et de titres, et plus elle perçoit de gains de cours. Pour chaque franc dont ils et elles disposent, les riches obtiennent donc des revenus du capital plus élevés que le reste de la population. Il n'est donc pas étonnant que le 1% le plus riche concentre aujourd'hui 60 % des revenus du capital totaux de Suisse. La concentration de richesse a donc tendance à toujours plus s'auto-renforcer.

ALLÈGEMENT FISCAL DU CAPITAL, PRESSION SUR LE TRAVAIL

La concentration des richesses était par le passé considérée comme dangereuse et combattue par les États par des efforts de redistribution. L'exemple classique est le « New Deal » de Roosevelt, qui a introduit de vastes programmes sociaux financés par des impôts plus élevés et un taux d'imposition maximal de 79 %.

Depuis le tournant néo-libéral des années 1970, ces efforts ont gentiment laissé place à des réductions d'impôts pour les plus riches au nom de la « concurrence internationale ». De nombreux revenus du capital et gains ont même été totalement exonérés d'impôts durant les dernières années. La

Suisse a été l'une des pionnières de cette course vers le bas et a réduit l'impôt sur le revenu des hauts salaires de 15 % depuis 1984. De plus, les grand·e·s actionnaires, qui possèdent plus de 10% des actions d'une entreprise donnée, se voient imposé·e·s sur



seulement 70% de leurs dividendes sur le plan fédéral et au minimum 50% de leurs dividendes sur le plan cantonal. Contrairement à de nombreux autres pays, la Suisse ne dispose pas du tout d'impôt sur les gains en capitaux. Les impôts sur le revenu effectivement payés par les plus riches en Suisse ne sont plus réellement progressifs, car elles et ils profitent de la concurrence fiscale entre les cantons et les communes pour être imposé·e·s au taux le plus faible¹³.

11 Cf. les chiffres sur la répartition des richesses en Suisse

12 [Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data](#) by Marc Brunner, Jonas Meier, Armando Naef : SSRN

13 Roller & Schmidheiny (2016): Effective Tax Rates and Effective Progressivity in a Fiscally Decentralized Country

Mais de façon générale aussi, la progression des impôts et des taxes est extrêmement faible en Suisse, notamment parce que les primes de caisse-maladie ne sont pas financées par des impôts progressifs.¹⁴

Réductions d'impôts pour le capital

Outre la baisse générale des taux d'imposition, un déplacement de la charge fiscale a également été observé : le capital, ainsi que les bénéficiaires et les revenus qui en découlent, sont généralement moins taxés. La liste des réformes en faveur du capital est longue. Nous nous limiterons donc ici à celles qui ont été mises en œuvre entre 1998 et 2016. Toutes les réformes fiscales fédérales et cantonales énumérées ont entraîné chaque année d'importantes pertes fiscales, mais des estimations précises manquent pour un grand nombre d'entre elles :

- Suppression de l'impôt sur les successions pour les descendant·e·s direct·e·s (environ 2 milliards de francs de pertes fiscales)
- Introduction de régimes fiscaux pour les sociétés à statut particulier, comme le privilège accordé aux sociétés holding
- Réduction des droits de timbre de 2001 à 2012 (600 millions de francs de pertes fiscales)
- Réforme de l'imposition des entreprises I : barème fiscal proportionnel et suppression de l'impôt sur le capital
- Réduction des impôts fonciers (environ 1 milliard de francs de pertes fiscales)
- Réforme de l'imposition des entreprises II : principe de l'apport en capital et imposition privilégiée des dividendes (1,6 à 2,2 milliard de francs de pertes fiscales)
- Exonération de l'impôt anticipé sur les obligations convertibles contingentes (perte fiscale de 21 millions de francs)

Ces dernières années, le capital a ainsi bénéficié de réductions d'impôts qui coûtent au moins 5 à 6 milliards de francs par an au secteur public, soit l'équivalent des dépenses militaires annuelles totales de la Suisse.¹⁵ Et ce n'est encore sans compter les réformes pour lesquelles les estimations de pertes ne sont pas disponibles.

En parallèle, les pressions sur la consommation et les revenus du travail n'ont fait qu'augmenter, par exemple via la hausse de la taxe sur la valeur ajoutée, de l'impôt sur le tabac ou l'augmentation des cotisations aux assurances sociales. En conclusion, les plus riches ont bénéficié d'allègements fiscaux massifs ces dernières années, alors que les 99 % paient davantage.

La concurrence fiscale internationale détruit la prospérité

Cette politique ne peut non seulement difficilement être légitimée du point de vue de la justice, mais elle est aussi vouée à l'échec à long terme : même si un pays réussit à attirer quelques immigrant·e·s fortuné·e·s grâce à des baisses d'impôts agressives, cet avantage n'est que temporaire car il disparaît aussitôt que d'autres pays font de même. Dans cette course vers le bas, les perdant·e·s sont au final presque tous les États mais surtout les 99 %, qui ne peuvent pas profiter d'importantes ressources fiscales. Et les gagnants sont les 1 % les plus riches, comme l'a bien montré l'économiste Thomas Piketty¹⁶ : la richesse a augmenté massivement, et les revenus du capital représentent une part de plus en plus importante de l'économie.

14 Union syndicale suisse (2020) : Rapport sur la répartition 2020

15 https://www.efv.admin.ch/efv/fr/home/finanzberichterstattung/bundeshaushalt_ueb/ausgaben.html

16 Piketty T. (2013): Le Capital au XXIe siècle

Dans un monde de plus en plus interconnecté et globalisé, les populations de nombreux pays font régulièrement face aux menaces des riches de déplacer leurs capitaux vers un autre pays moins cher et avantageux fiscalement. Nous ne voulons plus subir de chantage : nous exigeons qu'au moins une partie de l'argent du 1 % le plus riche soit redistribué et bénéficie à l'ensemble de la population.

LE POUVOIR POLITIQUE DES PLUS RICHES

Ce n'est pas un hasard si les plus riches ont été massivement privilégiés au niveau fiscal ces dernières années : plus d'argent signifie également plus de pouvoir politique. De plus en plus d'argent afflue chaque année dans les campagnes politiques, et seules les personnes les plus riches peuvent se permettre de telles dépenses. Elles exercent également leur influence par du travail de lobbying massif, la mise en place de think tanks influents, l'achat de groupes de presse ou d'instituts universitaires entiers.¹⁷

Cette influence des riches sur la politique est encore accrue par une faible participation des personnes à faibles revenus dans la vie politique et leur mécontentement de la démocratie.¹⁸ Beaucoup de personnes ne sont aujourd'hui simplement pas convaincues qu'elles peuvent obtenir une réelle amélioration de leurs conditions de vie avec les rapports de force en vigueur. Il est légitime de se demander quel poids réel ont encore les 99 % dans les décisions politiques prises et si ces dernières ne sont pas principalement influencées par une petite minorité de riches. Cette thèse semble se vérifier au moins aux États-Unis, pays occidental où les inégalités ont le plus augmenté ces dernières années : alors que les préférences politiques des personnes au revenu moyen n'ont presque aucune influence sur la mise en œuvre ou non d'une revendication, elle est par contre massivement influencée par les souhaits des personnes appartenant aux 10% des revenus les plus élevés¹⁹. Ces constats ne sont pas directement transposables à la Suisse, mais l'augmentation des inégalités sociales reste une menace réelle pour le fonctionnement de la démocratie suisse et nous devons agir à temps.

Enfermé·e-s dans un cercle vicieux

Il est grand temps que nous sortions du cercle vicieux actuel : plus les richesses se concentrent, plus les règles du jeu politique s'adaptent aux intérêts du 1 % le plus riche. En conséquence, leur fortune s'accroît encore davantage et leur permet de gagner encore plus d'influence politique.

Les politiques des dernières décennies menacent de s'intensifier : l'imposition des super-riches et les grand·e-s actionnaires est systématiquement allégée, tandis que les personnes disposant d'un revenu faible ou moyen paient la facture.

17 Cf. le nouvel « Institut de politique économique » de l'Université de Lucerne, financé par le milliardaire Alfred Schindler

18 Schäfer (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa

19 Gilens M./Page B. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics

Privilèges et traitements de faveur pour les super-riches

Le pouvoir politique des plus riches ne se manifeste pas seulement dans l'organisation de la politique financière et fiscale suisse ; du fait de leur domination, ils obtiennent également des privilèges juridiques et l'accès à des ressources dont de nombreuses personnes auraient urgemment besoin pour survivre. En Suisse, les personnes ayant les revenus les plus élevés sont par exemple à l'origine d'émissions de CO2 par habitant-e 20 fois supérieures à celles des 50 % de personnes les plus pauvres.²⁰

En plus, les personnes riches peuvent souvent se permettre d'acheter des autorisations de séjour et contourner les restrictions sur la propriété immobilière pour les personnes vivant à l'étranger, car la politique locale en est fortement tributaire.²¹ Dans de nombreux autres pays, les super-riches peuvent même acheter des passeports et les utiliser pour voyager sans visa dans le monde entier.

L'INÉGALITÉ ENTRAÎNE DES CRISES ET NUIT À LA SOCIÉTÉ

L'augmentation des inégalités économiques pose non seulement une question majeure de justice, mais elle fragilise également le fonctionnement de notre économie.

Du fait de la réallocation des richesses du bas vers le haut, l'argent ne fait pas que changer de mains, il est aussi utilisé différemment. Les plus riches ont aujourd'hui plus d'argent que l'on ne pourrait en dépenser en une vie entière. Par exemple, la conseillère nationale UDC et milliardaire Magdalena Martullo-Blocher devrait dépenser plus d'un demi-million de francs par jour jusqu'à la fin de sa vie pour pouvoir se débarrasser de tout son argent. La situation est la même pour d'autres personnes super-riches. Ainsi, un grand nombre d'entre elles investissent une part grandissante de leurs actifs sur les marchés financiers, où aucun bien réel n'est produit. Si les marchés financiers ont été conçus à l'origine pour assurer le financement des entreprises, ils sont aujourd'hui toujours plus utilisés pour des spéculations nuisibles visant uniquement à grossir les fortunes des super-riches.

Surendettement et crises économiques

De récentes études étatsuniennes montrent que la concentration des richesses entraîne non seulement des investissements improductifs, mais aussi un endettement de plus en plus important des personnes à faible revenu. Les banques accordent en effet des prêts avantageux aux personnes les plus pauvres pour pouvoir placer l'épargne croissante des riches.²² En raison de la stagnation des revenus, ces personnes pauvres se retrouvent obligées de s'endetter, en particulier si elles souhaitent s'offrir des symboles de statut social pour dissimuler leur mauvaise situation économique.²³ L'endettement croissant des ménages les plus pauvres entraîne une instabilité économique, qui touche alors davantage les personnes à faible revenu, car elles sont souvent les premières à perdre leur emploi en cas de crise économique. En parallèle, la concentration des richesses continue d'augmenter au sommet de la pyramide de répartition des

20 Chancel & Piketty (2015): Carbon and inequality: From Kyoto to Paris

21 <https://www.srf.ch/news/schweiz/aufenthaltsrecht-fuer-reiche-goldene-visa-spalten-die-politik>; Lex Koller gebrochen: Behörden drücken bei reichen Ausländern alle Augen zu

22 [How the 1 percent's savings buried the middle class in debt](#)

23 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis

richesses.²⁴ Cette spirale de l'endettement, due à l'accroissement des inégalités, est à l'origine de la crise économique mondiale de 2008²⁵.

Le pouvoir d'achat stagne – le système s'autodétruit

En Suisse, la situation n'est pas encore aussi dramatique qu'aux États-Unis, mais la tendance vers un accroissement des inégalités des richesses est claire. En même temps, cet argent manque pour les personnes actives disposant de bas et moyens revenus, dont le pouvoir d'achat stagne. Ainsi, entre 2000 et 2019, les personnes aux salaires les plus bas ont vu leur revenu disponible diminuer, tandis que le revenu disponible des personnes aux salaires moyens n'a augmenté que de 100 à 300 francs, soit de 15.– au maximum par an²⁶. Cette stagnation du pouvoir d'achat entraîne une diminution des dépenses de consommation et une baisse de la demande, et donc de la production²⁷. Un nombre croissant d'organisations internationales, telles que le Fonds monétaire international (FMI), la Banque mondiale et l'OCDE, sonnent l'alerte face aux conséquences des inégalités sur les performances économiques²⁸. Dans une étude, le FMI conclut qu'une réduction des inégalités et une redistribution plus importante favoriseraient le développement économique²⁹. Désormais, même des forces modérées comme le président américain Joe Biden veulent enterrer la théorie du ruissellement pour de bon : les réductions d'impôts pour les riches ne profitent précisément qu'aux riches.³⁰

Les inégalités menacent également de diviser notre société. Qu'il s'agisse du nombre de personnes en prison, des problèmes de santé, de la violence, de la consommation de drogue, des maladies psychiques, des horaires de travail prolongés ou encore du manque de vie communautaire, tous ces problèmes sont plus prononcés dans les sociétés où l'inégalité des revenus est plus forte.³¹ Dans les sociétés fortement inégalitaires, comme les États-Unis, elle conduit même à une augmentation de l'écart de l'espérance de vie entre les personnes à faible et celles à haut revenu, qui diminue même de façon générale malgré la hausse du PIB.³²

LES INÉGALITÉS : UN AFFRONT ENVERS LES TRAVAILLEUSES ET TRAVAILLEURS

Les pages précédentes l'ont bien montré : dans notre société, les grandes inégalités de richesse et la domination des super-riches posent d'énormes problèmes. Mais l'accroissement des inégalités sociales est plus qu'un problème d'efficacité ; c'est aussi un affront envers les travailleuses et travailleurs qui triment du matin au soir pour faire tourner notre société.

La prospérité de notre société est créée par les caissière*ers, les infirmière*ers, les enseignant-e-s

24 [Wealth Inequality and Private Savings: The Case of Germany](#)

25 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis; Wising (2013): Wage stagnation, rising inequality and the financial crisis of 2008

26 Union syndicale suisse (2020) : Rapport sur la répartition 2020

27 Union syndicale suisse (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft - Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur

28 OCDE (2014)

29 Ostry, Berg, Zangarides (2014): Redistribution, Inequality, and Growth (IMF Staff Note)

30 <https://www.theguardian.com/business/2021/apr/29/biden-trickle-down-economics-us-president>

31 Wilkinson und Piketty (2011): The Spirit Level: Why Greater Equality Makes Societies Stronger

32 [Life Expectancy and Inequality in Life Expectancy in the United States | SIEPR](#).

et les employé·e·s de bureau, ainsi que par toutes les personnes, principalement des femmes, qui travaillent gratuitement pour élever des enfants, cuisiner ou s'occuper de parents âgé·e·s. Malgré cela, la majeure partie de la valeur créée finit dans les poches des profiteuses et profiteurs super-riches qui accumulent des milliards de francs de revenus du capital sans même lever le petit doigt, au détriment des salaires des travailleuses et travailleurs.

Au cours des dernières décennies, le système fiscal a été remodelé par le 1 % le plus riche et ses complices en leur faveur. Nous remettons aujourd'hui en question ce pouvoir et ces privilèges. Nous voulons un système fiscal au service des gens – et non du capital. Dans notre pays, les riches ont un pouvoir incroyable : les politicien·ne·s bourgeois·es sont à la solde de celles et ceux qui les financent, tandis que les lobbies des banques et de la pharma régissent la politique. Enfin et surtout, l'initiative lutte précisément contre ce que les néolibéraux redoutent : ce n'est pas le 1 % le plus riche qui doit déterminer la politique, mais nous toutes et tous. C'est la population qui doit fixer les règles du jeu selon lesquelles l'économie doit fonctionner. Les personnes salariées doivent enfin récupérer la part de la prospérité économique qui leur revient et ne doivent plus payer de leur sueur les milliards de bénéfices des super-riches.

La redistribution des richesses et du pouvoir est bien un impératif de justice, car il y a longtemps que la légitimation de la fortune des super-riches par leur travail ne passe plus.

En comparaison, une infirmière devrait travailler et économiser pendant plus de 100 000 ans sans dépenser un seul centime pour devenir aussi riche que Magdalena Martullo-Blocher. Pour y arriver aujourd'hui, elle aurait ainsi dû commencer à travailler des dizaines de milliers d'années avant que les premiers humains ne marchent sur le continent européen.

En conséquence, si nous voulons créer un monde juste, les privilèges de naissance doivent arrêter de compter plus que le travail.

LA DIGITALISATION ET L'AUTOMATISATION : UN RENFORCEMENT DU CAPITAL

Le développement de l'économie du savoir, le renforcement massif de la propriété intellectuelle, l'automatisation et l'économie 4.0 en général, sont des facteurs qui renforcent massivement la productivité du capital, et le pouvoir des grandes entreprises et des super-riches qui possèdent le savoir. Toutefois, seuls peu de projets visent à permettre de rendre à la population les bénéfices du progrès. Il devient fondamental de permettre à toutes et tous de pouvoir profiter des progrès technologiques et des avancées, plutôt que de nous retrouver dans une société où seuls les plus riches auront le contrôle de l'essentiel des moyens de production et donc du pouvoir. Une taxation plus forte du gain en capital permet de redistribuer la valeur produite par le savoir à l'ensemble de la population, plutôt que de la laisser dans les mains des personnes qui concentrent le pouvoir.

LA CRISE DU CORONAVIRUS ENTRAÎNE DE NOUVELLES DIVISIONS

La pandémie de coronavirus a clairement montré qui étaient les véritables piliers de notre société : le personnel soignant des hôpitaux, les logisticien·ne·s des centres de tri de colis, les caissière*ers des magasins, les pharmacienn·e·s, les enseignant·e·s, les accompagnatrice*eurs d'enfants ou encore les personnes chargées de l'élimination des déchets. Nous étions reconnaissant·e·s que les jardinière*ers fleurissent nos jardins, parcs et balcons pendant le confi-

nement, ou que des technicien·ne·s assurent le fonctionnement de notre bureau en télétravail. Après la crise, nous nous réjouissons aussi de pouvoir de nouveau être servis au restaurant, que le personnel du guichet des CFF et de l'agence de voyages puisse nous vendre les vacances que nous avons tant attendues et que des agent·e·s d'entretien nettoient les stades de football et les salles de concert après notre passage.

La lutte des classes par les dominant·e·s s'intensifie

Malgré cela, les accomplissements impressionnants des salarié·e·s n'ont pas été valorisés et les salaires réels risquent de stagner en 2021 en réponse à la crise.³³ Les ménages ayant des bas revenus ont subi une baisse allant jusqu'à 20 % de leur revenu, ou ont perdu leur emploi, tandis que la consommation des ménages pauvres fut diminuée par manque d'argent et la fonte de leurs économies.³⁴

La baisse du pouvoir d'achat menace également la reprise de l'activité des indépendant·e·s et des PME, abandonné·e·s par la majorité parlementaire de droite pendant la crise. Afin de sécuriser les profits des groupes immobiliers, la droite a empêché une exonération partielle des loyers pour les PME, durement touchées par le coronavirus, et a agi pour que les dividendes des grands actionnaires puissent continuer d'être versés par millions, et ce même aux entreprises qui bénéficiaient du chômage partiel, financé par l'argent de l'Etat.

Par conséquent, les inégalités sociales se sont aggravées dans le monde entier au cours de cette année de crise de 2020. Ainsi, Credit Suisse prévoit que la richesse du 1 % le plus riche a augmenté de 6,1 % en 2020.³⁵ Rien que les six milliardaires suisses les plus riches ont vu leur fortune croître de 15,5 milliards de francs entre mars 2020 et février 2021, ce qui représente plus que l'ensemble des dépenses de la Confédération liées au coronavirus en 2020. Par ailleurs, les plus riches n'ont pas été touché·e·s par la plupart des autres conséquences de la pandémie. Les personnes les plus pauvres ont été non seulement plus durement touchées par les pertes économiques liées à la crise, mais leur santé physique et mentale s'est également davantage détériorée. Concernant les personnes issues de quartiers socio-économiquement moins favorisés de Suisse, elles ont été moins souvent testées, sont tombées plus souvent malades et ont dû être hospitalisées plus souvent pour des raisons liées au coronavirus. En conséquence, elles étaient deux fois plus susceptibles d'arriver aux soins intensifs et 20 % plus susceptibles de mourir.³⁶

33 [Prévisions conjoncturelles du KOF : fragile relance de l'économie.](#)

34 [Coronavirus crisis is exacerbating inequality in Switzerland – KOF Swiss Economic Institute | ETH Zurich](#)

35 Credit Suisse (2020): Global Wealth Report 2020

36 Riou et al. (2021): Socioeconomic position and the cascade from SARS-CoV-2 testing to COVID-19 mortality: Analysis of nationwide surveillance data

L'INITIATIVE 99 %

TEXTE DE L'INITIATIVE

Initiative populaire fédérale « Alléger les impôts sur les salaires, imposer équitablement le capital »

La Constitution fédérale est modifiée comme suit :

Art. 127a Imposition du revenu du capital et du revenu du travail

1 Les parts du revenu du capital supérieures à un montant défini par la loi sont imposables à hauteur de 150 %.

2 Les recettes supplémentaires qui découlent de l'imposition à hauteur de 150 % au lieu de 100 % des parts du revenu du capital au sens de l'al. 1 sont affectées à une réduction de l'imposition des personnes disposant de petits ou moyens revenus du travail ou à des paiements de transfert en faveur de la prospérité sociale.

3 La loi règle les modalités.

QUE VEUT L'INITIATIVE ?

Il y a des gens qui doivent travailler pour vivre, et il y a des gens qui font travailler les autres pour elles et eux. Dans ce contexte, l'initiative 99 % veut taxer plus fortement les profiteuses et profiteurs qui ne vivent que des revenus de leur capital, et donc du travail des autres. Les salarié·e·s doivent enfin disposer de plus d'argent pour vivre. À cette fin, la part des revenus du capital qui dépasse un montant que le Parlement devra déterminer devra être imposée selon un facteur 1,5.. Cela concerne particulièrement les dividendes, les bénéfices réalisés sur les actions, les intérêts, les gains en capitaux et les revenus locatifs. En revanche, la valeur locative, les rentes versées et les revenus issus de l'activité indépendante seront exemptées de l'augmentation de l'imposition.

Alors que certains revenus du capital tels que les bénéfices sur les actions ne sont imposés aujourd'hui que dans des cas exceptionnels en Suisse et que l'initiative entraînera effectivement une nouvelle imposition de ces revenus, la plupart des revenus du capital sont déjà imposés aujourd'hui et l'initiative ne fera qu'augmenter leur imposition.

Notre initiative ne change pas les taux d'imposition mais modifie le calcul du revenu imposable : les hauts revenus du capital y seront désormais comptés une fois et demie. Cela s'appliquera à tous les niveaux de l'État, c'est-à-dire aux communes, aux cantons et à la Confédération. C'est donc une modification de la base imposable, ce qui ne constitue pas un nouvel outil dans la législation fiscale. Aujourd'hui, les grand·e·s actionnaires sont imposé·e·s à un taux privilégié : si elles ou ils possèdent au moins 10 % des actions d'une société donnée, ils-elles ne doivent payer des impôts que sur 0,7 fois le montant de leur dividendes au niveau fédéral et au minimum

sur 0,5 fois le montant leurs dividendes au niveau cantonal (alors que le revenu du travail est imposé entièrement).

Le seuil à partir duquel les revenus du capital devront être imposés à hauteur d'une fois et demi sera déterminé par le Parlement. Nous proposons un montant exonéré de 100 000 francs pour les personnes seules. Ainsi, l'application de l'initiative ne toucherait pas les petits épargnant-e-s, mais seulement les super-riches qui amassent tellement de revenus du capital qu'ils et elles n'ont pas besoin de travailler.

Seules les personnes qui gagnent plus de 100 000 francs issus exclusivement de revenus du capital sont concernées par l'augmentation de l'imposition. Le montant exonéré ne comprend donc pas d'éventuels revenus salariaux. Dans le cas de personnes mariées, dans un partenariat enregistré ou détenant un placement de capital sur une longue durée, un montant exonéré différent peut être fixé. De nombreux pays considèrent déjà la durée de détention d'un actif dans l'imposition des gains en capital.

Les recettes fiscales supplémentaires seront utilisées pour alléger la charge fiscale de la population en général. À cette fin, l'initiative prévoit deux options complémentaires : une réduction de l'imposition des revenus salariaux faibles et moyens (par exemple, les revenus imposables inférieurs à 100 000 francs) et une augmentation des transferts en faveur de la prospérité sociale peuvent être augmentés, par exemple en versant davantage de subsides aux primes d'assurance-maladie et en investissant dans les crèches, les transports publics ou les offres de formation continue.

IMPACT DE L'INITIATIVE

EXEMPLE DE CALCUL

L'initiative propose que le montant exonéré soit déterminé par le Parlement, et les parts du revenu qui dépasseront ce montant seront multipliées par 1,5. C'est donc une augmentation du revenu imposable pour le calcul des recettes fiscales. Dans l'exemple qui suit, nous utiliserons un montant exonéré de 100'000 francs, tel que le nous proposons pour l'application de l'initiative.

Avec un rendement de 3%, une personne qui a investi 170 millions de francs toucherait à l'heure actuelle environ 5,1 millions de revenus du capital imposables. Les premiers 100'000 francs étant exonérés, 5 millions sont multipliés par 1,5, ce qui donne 7,5 millions, et les 100'000 francs non concernés par le facteur 1,5 sont ajoutés à nouveau. Cette personne aurait donc un nouveau revenu imposable de 7,6 millions au lieu de 5,1 millions, ce qui augmente logiquement le montant de l'impôt. Le revenu imposable est ensuite multiplié par le taux d'imposition applicable pour déterminer l'impôt dû.

170 mio	Fortune imposable investie
$170 \text{ mio} \times 3\% = 5.1 \text{ mio.}$	Revenu du capital attendu (actuel)
$5.1 \text{ mio.} - 100'000 = 5 \text{ mio.}$	Soustraction du montant exonéré
$5 \text{ mio.} \times 1.5 = 7,5 \text{ mio.}$	Nouveau revenu imposable au-dessus du montant exonéré
$7,5 \text{ mio.} + 100'000 = 7,6 \text{ mio.}$	Revenu imposable total
$7,6 \text{ mio.} \times \text{taux d'imposition}$	Montant de l'impôt

Exemple impôt cantonal Zoug :

5,1 mio. x 8% = 326'399 CHF impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7,6 mio. x 8% = 486'399 CHF impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

Exemple impôt cantonal Grisons :

5.1 Mio x 11% = 561'000 CHF impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7.6 Mio x 11% = 836'000 CHF impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

Exemple impôt cantonal Fribourg :

5.1 Mio x 13.5% = 688'500 CHF impôt cantonal dû sans l'initiative 99%

7.6 Mio x 13.5% = 1'026'000 CHF impôt cantonal dû avec l'initiative 99%

QUI EST CONCERNÉ ?

En raison du haut montant exonéré, seul·e·s les plus riches sont concerné·e·s par l'initiative. Pour arriver à 100 000 francs de revenu du capital tel que proposé, il est nécessaire de disposer d'un peu plus de 3 millions de francs de fortune investie, avec un rendement supposé de 3,37 %. En Suisse, ce ne sont que 60 000 contribuables en Suisse qui possèdent une telle fortune – soit environ 1 % de la population. Toutefois, il est peu probable que les personnes qui détiennent une fortune de 3 millions de francs soient plus fortement imposées par l'initiative. En effet, les gens n'investissent en règle générale pas toute leur fortune dans des placements profitables, car certains de leurs actifs sont des biens de consommation qui ne génèrent pas de bénéfices sur une base régulière, comme une maison occupée par son propriétaire.

Une personne dont le revenu dépasserait de peu le montant exonéré de 100 000 francs ne serait soumise qu'à une légère charge fiscale supplémentaire.

Les entreprises ne sont explicitement pas concernées par cette taxation plus lourde car l'initiative ne vise que les personnes physiques.

RECETTES SUPPLÉMENTAIRES

L'initiative lutte contre l'évasion fiscale et impose plus lourdement les revenus du capital. Cela générera des recettes supplémentaires de plusieurs milliards de francs pour la Confédération, les cantons et les communes. La partie principale de l'initiative, à savoir l'augmentation de l'imposition des revenus du capital (comme les revenus locatifs, les intérêts et les dividendes), rapportera environ 6,8 milliards de francs. La suppression des privilèges fiscaux aura également un grand effet : l'imposition des gains en capital (comme les bénéfices réalisés sur le cours des actions) rapporterait jusqu'à 2 milliards à elle seule, sans compter au minimum 1,4 milliard obtenus par l'abolition de divers autres privilèges. Au total, l'initiative générera des recettes supplémentaires d'environ 10 milliards. Environ 67 % de ce montant reviendra aux cantons et aux communes et 33 % à la Confédération.

Avec l'initiative 99 %, l'AVS profiterait également de recettes plus élevées : aujourd'hui, les propriétaires d'une entreprise qui travaillent dans cette entreprise ont la possibilité de toucher leur revenu sous forme de dividendes ou sous forme de salaires. Le traitement fiscal privilégié des dividendes a rendu la première option beaucoup plus attrayante, car les dividendes ne sont imposables qu'à hauteur de 50 à 70 % par rapport aux revenus salariaux si la personne possède au moins 10 % des parts d'une société. L'AVS souffre donc elle aussi de cette tendance car les dividendes ne sont pas soumis aux cotisations AVS, contrairement aux revenus salariaux. Ainsi, les privilèges fiscaux dont bénéficient les dividendes en ce qui concerne l'AVS causent des pertes annuelles de l'ordre de 300 à 350 millions de francs.

L'initiative 99% incite à verser les revenus toujours plus sous la forme de salaires et non de dividendes, ce qui permet de faire rentrer plus d'argent dans les caisses de l'AVS.

OÙ VA L'ARGENT ?

L'augmentation des primes de caisse-maladie et les coupes dans le système de santé et dans l'éducation sont prétendument justifiées par un manque d'argent disponible. Mais c'est un prétexte mensonger que l'initiative 99 % attaque frontalement.

Les recettes supplémentaires annuelles de 10 milliards de francs devront servir à alléger les impôts des personnes aux revenus faibles et moyens. Elles peuvent également être utilisées pour la protection sociale et le renforcement du service public. Concrètement, l'initiative permettrait par exemple de réduire les primes d'assurance-maladie et de débloquer des fonds supplémentaires pour la formation continue, les crèches, le système de santé et les transports publics. Ces investissements font aujourd'hui cruellement défaut : nous avons derrière nous des décennies de coupes dans le système de santé et de formation, qui ont entraîné une détérioration des prestations publiques et rendu notre système plus vulnérable aux crises. La pandémie de coronavirus a révélé ce problème au grand jour, frappant un système de santé suisse poussé à ses limites depuis des années.

Grâce à l'initiative 99 %, nous pouvons renforcer le service public, aider les personnes aux faibles revenus et, surtout, rendre l'argent à celles et ceux qui ont travaillé pour le gagner. Les primes de caisse-maladie ne doivent pas devenir un luxe et sont déjà beaucoup trop chères. Les familles doivent avoir assez d'argent pour vivre !

CE QUE LA SUISSE PEUT GAGNER

DAVANTAGE DE JUSTICE !

L'initiative 99 % amène plus de justice. Durant la crise du coronavirus, nous avons vu une fois de plus que ce sont les salarié·e-s, les 99 %, qui font vivre notre société. Ce sont les infirmière*ers, les caissière*ers, les logisticien·ne-s, les pharmacien·ne-s, les enseignant·e-s, les accompagnatrice*eurs d'enfants ou encore les scientifiques qui créent la richesse dans notre société, tandis que le 1 % le plus riche s'approprient les fruits de leur travail. Celles et ceux qui doivent travailler

pour leur revenu devraient payer moins d'impôts sur celui-ci que les super-riches, qui vivent de revenus du capital chiffrés en milliards et sans même lever le petit doigt. Aujourd'hui déjà, le 1 % des personnes les plus riches possèdent plus de 43 % de la fortune totale en Suisse. Au cours des sept dernières années, les 300 personnes les plus riches ont doublé leur fortune, passant de 352 milliards à 707 milliards de francs, un montant complètement inimaginable. À titre comparatif, une infirmière devrait travailler plus de 100'000 ans pour avoir la même fortune que des multimilliardaires comme Hansjörg Wyss ou Gianluigi Aponte – elle aurait donc dû commencer de travailler environ 40'000 ans avant la première émigration hors d'Afrique.

L'initiative 99% empêche les profiteuses et profiteurs de s'enrichir encore plus grâce aux revenus du capital alors que les revenus faibles et moyens subissent toujours plus de pressions et que 155'000 personnes en Suisse n'arrivent pas à vivre de leur salaire. Nous voulons mettre fin à cette injustice et redistribuer l'argent aux personnes qui ont effectivement travaillé pour le gagner.

RENFORCER LA DÉMOCRATIE !

Dans une démocratie, toutes les personnes doivent avoir les mêmes droits et les mêmes opportunités politiques. L'inégalité criante des richesses en Suisse met ce principe en péril car un pouvoir financier démesuré est aussi un levier politique. Lorsque des super-riches comme Alfred Schindler et Christoph Blocher peuvent se permettre d'acheter des instituts universitaires et des journaux, et ainsi manipuler le discours public dans le sens de leurs intérêts personnels, la démocratie est tout autant menacée que lorsque les partis bourgeois défendent une politique clientéliste en faveur des riches qui les financent. Nous voyons aussi l'influence excessive des riches dans le financement des élections et des votations, comme celle sur l'initiative 99 %, combattue par l'association « Swiss Family Business », dont le conseil d'administration voit en son sein même des milliardaires comme Magdalena Martullo-Blocher et Klaus Endress défendre leurs propres privilèges.³⁷

Nous nous trouvons aujourd'hui dans un cercle vicieux qui menace de diviser notre société : plus les richesses se concentrent, plus l'influence du 1 % le plus riche augmente. Cela leur permet d'influencer les conditions-cadre politiques pour qu'elles soient toujours plus en leur faveur et ainsi accumuler encore plus d'argent. Par exemple, la charge fiscale des plus riches a été systématiquement allégée ces dernières années, comme dans le cadre de la Réforme de l'imposition des entreprises II ou les réductions de l'impôt sur les successions, et les super-riches de l'étranger peuvent même acheter des permis de séjour. Les conséquences négatives de la politique en faveur du 1 % le plus riche menacent notre vivre-ensemble : lorsque les inégalités se creusent, le bien-être physique et psychologique des personnes diminue, et la criminalité et la violence augmentent.

En outre, en raison du grand déséquilibre des forces politiques, un nombre croissant de personnes perdent confiance dans la politique et renoncent à y participer. Pour mettre fin à ces tendances néfastes, nous devons stopper la montée des inégalités sociales et redonner enfin le pouvoir aux 99 %.

³⁷ <https://swiss-family-business.ch/unternehmergruppe/vorstand/>

ALLÈGEMENT DES IMPÔTS SUR LES SALAIRES

ET RENFORCEMENT DU SERVICE PUBLIC

En Suisse, le système d'imposition et de taxation est globalement peu progressif et le pouvoir d'achat des personnes aux bas et moyens salaires stagne depuis 20 ans : elles travaillent énormément et ont toujours moins d'argent dans leur porte-monnaie à cause des loyers et des primes d'assurance-maladie. Le service public a également été massivement affaibli ces dernières années, en particulier dans les cantons – les prestations dans le domaine de la formation, des transports publics ainsi qu'au sein du système de santé ont été réduites de façon drastique. Ici aussi, les personnes qui en font les frais sont les 99 %, notamment - pour prendre un exemple actuel - les infirmières*ers, qui ont dû porter toute la société à travers la pandémie de coronavirus malgré un système de santé en lambeaux à cause des coupes budgétaires à répétition.

Avec l'initiative 99 %, nous voulons changer cela : elle générera des recettes annuelles supplémentaires de 10 milliards de francs suisses pour la Confédération et les cantons, qui devront être utilisées pour alléger la charge pesant sur les travailleuses et travailleurs en réduisant les impôts sur les revenus faibles et moyens ou en développant le service public de manière ciblée. Plus précisément, avec l'initiative, nous pourrions :

- Développer les transports publics ou les rendre plus abordables, afin d'assurer une mobilité respectueuse du climat et abordable pour toutes et tous.
- Financer des crèches gratuites, afin que la Suisse puisse enfin progresser en matière d'égalité et soulager en premier lieu les femmes de la double charge de la garde des enfants et de l'activité professionnelle.
- Investir dans le système de santé et dans la réduction des primes d'assurance-maladie d'assurance maladie pour aider les familles et les personnes aux faibles revenus à faire face à l'un de leurs plus gros postes de dépenses.
- Financer les offres de formation continue, afin que les personnes travaillant dans des secteurs en déclin ou mauvais pour le climat aient des perspectives d'avenir.

Ainsi, nous pouvons faire en sorte que les personnes qui créent la richesse et la prospérité de notre société aient enfin plus d'argent dans leur porte-monnaie. Avec l'initiative 99 %, nous renforçons également l'AVS car les privilèges fiscaux pour les revenus du capital qui ont été imposés trop faiblement au cours des dernières années ont entraîné des pertes annuelles de 300 à 350 millions de francs pour l'AVS. Nous récupérons cet argent avec l'initiative 99 %, renforçant ainsi ainsi la partie la plus solidaire de notre système de retraite.

PROTECTION CONTRE LES CRISES ET L'INSTABILITÉ ÉCONOMIQUE

Lorsque les personnes super-riche reçoivent plus d'argent, elles l'utilisent souvent pour spéculer de manière improductive sur les marchés financiers, car elles ont plus d'argent que ce qui pourrait être dépensé pour des biens de consommation en une vie entière. En parallèle, les personnes à faibles et moyens revenus sont de plus en plus endettées, ce qui déstabilise l'économie et mène à des crises. Ces personnes à faibles et moyens revenus ont également de moins en moins d'argent à leur disposition en raison de la concentration croissante des richesses,

ce qui affaiblit la demande en biens de consommation et nuit donc également aux entreprises qui les vendent.

Ce problème est reconnu depuis longtemps également au-delà des rangs de la gauche : en 2017, le Fonds monétaire international a dénoncé la diminution de l'imposition moyenne des revenus les plus élevés de 62 % à 35 % dans l'OCDE entre 1981 et 2015. L'organisation pourtant néolibérale propose donc une augmentation de la progression et une imposition plus lourde des plus hauts revenus.³⁸ Pendant la pandémie de coronavirus, un grand nombre d'économistes, et même des super-riches, ont appelé à une augmentation des impôts sur les plus riches et les gagnant-e-s de la crise pour renforcer l'économie et les services publics.

Cette prise de conscience s'est maintenant étendue au débat économique général : le système se divise à cause des inégalités, et les 99 % et les petites entreprises en souffrent directement. L'initiative 99 % inverse cette tendance en redistribuant l'argent des super-riches dans le portefeuille des salarié-e-s.

AMÉLIORATION DE LA CONDITION DES FEMMES

Les femmes ne sont pas seulement moins bien payées³⁹, elles accomplissent également la majorité du travail non rémunéré – les mères qui s'occupent de leurs enfants, les filles qui prennent soin de parents malades, les femmes au foyer faisant la vaisselle « en vitesse » le soir.⁴⁰ Sans ce travail, notre société s'effondrerait en un claquement de doigts.

Néanmoins, cette énorme quantité de travail n'est aujourd'hui guère valorisée, et les femmes doivent accepter de lourdes pertes économiques, car cette charge du travail de care les oblige à travailler à temps partiel. L'inégalité salariale prévalente et la proportion plus faible de travail rémunéré font qu'aujourd'hui, en Suisse, les femmes gagnent environ 108 milliards de francs de moins que les hommes et ce malgré une charge de travail identique⁴¹. Cela correspond à un écart de revenu d'environ 25 000 francs par femme en Suisse. En conséquence, les femmes sont surreprésentées dans les groupes disposant des revenus les plus faibles.⁴² Aujourd'hui, la pauvreté est prédominamment féminine : avec un taux de 8,5 %, le taux de pauvreté des femmes est nettement supérieur à celui des hommes (6,2 %).⁴³

Le combat de l'initiative 99 % contre les inégalités sociales est aussi un combat féministe pour corriger le déséquilibre des forces entre les genres. Nous remettons le travail au premier plan,

38 <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/umverteilen-wenn-lagardes-leute-so-toenen-wie-linke/story/20516585>

39 Selon la Confédération suisse, les femmes gagnent en moyenne environ 12,5 % de moins que les hommes. Pour les postes de direction, ce chiffre atteint même près de 20 % de moins. Une grande partie de l'écart salarial ne peut s'expliquer que par la discrimination. Cf. Strub/Bannwart 2017: Analyse des salaires des femmes et des hommes à l'aide de l'enquête sur la structure des salaires 2014.

40 En Suisse, les femmes travaillent environ 30 heures par semaine sans être rémunérées. Cf. Office fédéral de la statistique 2016 : Enquête suisse sur la population active (ESPA).

41 <https://www.moneta.ch/es-waere-ein-riesiger-befreiungsschlag>

42 Près de 20 % des femmes doivent vivre avec les salaires les plus bas. La proportion pour les hommes est près de trois fois plus faible. Cf. Derungs et al 2014: Égalité entre les femmes et les hommes.

43 La pauvreté frappe principalement les femmes (Caritas Schweiz (2019))

même lorsqu'il est non rémunéré. Nous allégeons la charge pesant sur les petits revenus et alourdissant celle pesant sur les revenus du capital. Les recettes supplémentaires permettraient par exemple de soutenir les crèches et autres établissements de garde d'enfants, et ainsi de soulager les femmes de façon ciblée.

LES AFFIRMATIONS DE NOS ADVERSAIRES

« LES RICHES PARTIRONT »

Cet argument est déterré à chaque nouveau projet fiscal mais est systématiquement réfuté scientifiquement. La concurrence intercantonale pourrait motiver les cantons à baisser leur impôt sur le revenu, mais cela n'en vaut en réalité pas la peine. En effet, malgré l'arrivée potentielle de quelques riches, cela ne suffira en aucun cas à contrebalancer les pertes fiscales découlant de la mesure en question. Diverses études confirment ce propos, tout comme l'expérience zurichoise relative à l'abolition des forfaits fiscaux. Un autre facteur s'ajoute à cela dans le cadre de l'initiative 99% : la mobilité fiscale des riches entre les cantons suisses est nettement supérieure à cette même mobilité entre différents pays. Mais comme notre initiative propose une augmentation de l'impôt dans tous les cantons, les super-riches ne trouveront aucun intérêt fiscal à déplacer leur domicile vers un autre canton.

De plus, même avec l'adoption de l'initiative 99%, la Suisse resterait un pays où l'impôt est faible pour les super-riches. Cette adoption perfectionnera en revanche d'autres atouts de taille tels qu'une infrastructure bien développée ou une stabilité et une sécurité politiques élevées. Au vu de ces remarques, il faut partir du principe que l'initiative 99% aura de toute manière un effet positif sur les finances, ce que même le journal libéral zurichois NZZ admet.

Ce que montre les études autour de l'impôt sur la fortune en Suisse, c'est le problème de l'évasion et la fraude fiscale. Plus le taux d'impôt est faible, plus la richesse déclarée des plus riches sera élevée. Schmidheiny et al. écrivent dans leur étude : «Près de la moitié de l'accroissement visible des richesses après une réduction d'impôt semble s'expliquer par de nouvelles graduelles et sournoises auto-déclarations d'impôt d'actifs précédemment cachés».

Ce qui permet de lutter contre ce phénomène, ce n'est en aucun cas la baisse des impôts, mais l'augmentation des ressources de l'administration fiscale pour traquer les super-riches qui ne paient pas leurs impôts contrairement aux salarié·e·s ordinaires.

Nous ne sommes plus prêt·e·s à subir le chantage des super-riches. Dans une démocratie, toutes les voix doivent compter de la même manière, même si les plus riches tentent de nous prendre en otage par des menaces de départ ou d'évasion fiscale. Si nous cédon·s à ces menaces, le résultat final sera un système qui n'est qu'à l'écoute des plus riches, ce qui n'a plus rien à voir avec la démocratie.

« L'INITIATIVE EST NUISIBLE POUR LES PME »

L'initiative ne propose pas d'imposer différemment les entreprises. Elle ne parle que du 1% des personnes physiques les plus riches, qui payent déjà des impôts. En aucun cas cette initiative n'augmentera l'imposition des PME. Au contraire, elle leur assure une meilleure stabilité. Grâce à la redistribution des richesses, le pouvoir d'achat de la population augmente. Les entreprises actives localement comme les restaurants ou les coiffeurs en profitent directement. Pour saisir cela, il suffit d'un exemple simple : un cinquième des ménages les plus modestes consacre 88 % de chaque franc supplémentaire à la consommation, alors que ce chiffre tombe à 42 % pour les ménages les plus riches.

Au lieu de mieux imposer les dividendes des entreprises, l'initiative 99% se concentre sur le revenu du capital des personnes physiques. Tombent sous ce terme **les dividendes**, perçus individuellement par les actionnaires d'une entreprise, **les gains en capital**, obtenus par la vente d'actions ou d'entreprises, ou encore **les intérêts**.

Les propriétaires de la grande majorité des PME ne seront pas concerné·e·s par une taxation plus forte du revenu du capital, simplement car 56% des entreprises en Suisse ne paient aucun impôt sur leurs bénéfices. Cela signifie qu'elles ne font pas de bénéfice et que de ce fait elles sont incapables de distribuer sous une forme quelconque un revenu du capital. À ce chiffre s'ajoutent les 34% d'entreprises qui ne paient pas plus de 10'000 francs d'impôt. Les propriétaires de celles-ci, ne parviennent que très rarement à un revenu du capital supérieur à 100'000 francs. Et finalement, les propriétaires de PME restantes dont le revenu du capital excède les 100'000 francs seront taxé·e·s davantage, ce qui est juste et important.

Pour ce qui est des propriétaires de PME qui travaillent également dans leur entreprise, ils et elles ont aujourd'hui le choix de se rémunérer par un salaire ou des dividendes. Avec l'initiative 99%, les privilèges fiscaux des dividendes disparaîtront, ce qui poussera les propriétaires à opter pour une rémunération par des salaires, dont l'imposition restera inchangée. L'initiative permet donc de valoriser le travail fourni au sein des entreprises, y compris par les personnes qui en sont les propriétaires.

Ensuite, et contrairement aux dividendes, les gains en capital ne sont pas toujours taxés l'année où le profit est réalisé. Le gain peut s'accumuler pendant plusieurs années pour n'être obtenu qu'une seule fois lors de la vente, comme par exemple des actions détenues pendant des années et vendues toutes au même instant. Les opposant·e·s à l'initiative affirment que cela contraindrait des propriétaires de PME à devoir vendre leur entreprise afin de payer leurs impôts, et que cette imposition empêcherait ainsi des transferts ou ventes d'entreprises pleines de réussite.

Les deux accusations sont frauduleuses : la majorité des pays de l'UE ont déjà un impôt sur les gains en capital sans que les scénarios alarmistes de nos opposant·e·s ne se soient concrétisés. Tout comme dans ces nombreux pays, nous proposons que les gains en capital ne soient imposés que lorsqu'ils sont effectivement réalisés. Ainsi, les augmentations de valeur des biens n'entraîneront une hausse d'impôt que lorsque l'argent nécessaire au paiement de la charge fiscale aura été effectivement distribué.

La vente d'entreprise n'est pas non plus rendue plus difficile par l'initiative 99%. Nos adversaires prétendent que les propriétaires de PME augmenteraient le prix de vente de leur entreprise en raison de la charge fiscale attendue et que les entreprises familiales seraient mises en danger car ne pouvant pas être transmises entre générations. Mais toute augmentation du prix de vente est une pure spéculation. Les expert·e·s des banques suisses, ainsi qu'une étude de la Banque *Raiffeisen* situent les enjeux actuels de la transmission d'entreprise dans un tout autre domaine. La banque *Raiffeisen* indique que le prix est un critère important pour de nombreux·ses entrepreneurs·euses au début du processus de succession, mais plus le processus d'acquisition s'intensifie moins il devient important. Les plus grands défis liés à la passation d'entreprise se situent soit dans le domaine émotionnel soit dans le domaine d'une planification difficile. Une imposition plus élevée des revenus du capital ne changera rien à cette situation.

« AU BOUT DU COMPTE, CE SONT LES BAS REVENUS QUI SOUFFRIRONT »

Cette affirmation est fautive à double titre. Quiconque perçoit un revenu du capital supérieur à 100 000 francs ne dispose pas d'un « faible revenu » ; toutes les autres personnes ne sont pas concernées par une augmentation de l'imposition dans le cadre de l'initiative 99%. De même, l'idée selon laquelle la baisse des impôts pour les riches se répercute vers le bas (« coulent goutte à goutte vers le bas »), créant ainsi la prospérité pour tou-te-s (théorie du ruissellement (trickle-down economics)), a été réfutée par plusieurs études. Les réductions d'impôts pour les 1 % les plus riches conduisent à une augmentation significative de l'inégalité des revenus, mais elles n'ont aucun effet positif sur les indicateurs économiques tels que le PIB par habitant ou le chômage. La baisse des impôts pour les riches profite aux riches... et à personne d'autre.⁴⁴

Rien ne prouve donc que les faibles revenus auraient à endurer une augmentation des impôts pour favoriser les riches. Bien au contraire : avec l'initiative 99 %, nous créons la possibilité de réduire la charge fiscale sur les revenus faibles et moyens et de renforcer le service public au profit des 99%.

« L'INITIATIVE DÉTRUIT LA SCÈNE SUISSE DES START-UPS »

Les opposant·e·s à l'initiative 99% affirment que les personnes souhaitant créer une start-up en Suisse ne le feraient plus par peur d'une imposition future plus élevée. Or, cela va à l'encontre des affirmations des entreprises elles-mêmes, pour qui l'imposition n'est pas un facteur déterminant dans leur choix du lieu d'implantation. Ainsi, selon une étude du think tank Avenir Suisse, proche du PLR, les facteurs de localisation les plus importants pour les PDGs sont en effet la facilité d'accès à une main d'œuvre qualifiée et la qualité du réseau de transports régionaux. Suivent ensuite une offre de formation de qualité et un faible niveau de charge administrative⁴⁵.

Pour presque tous ces facteurs de localisation, un renforcement du service public tel que proposé par l'initiative 99% joue un rôle prépondérant.

44 Hope & Limberg (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich

45 [Sondage auprès de PDGs concernant la qualité de la place économique](#)

D'autres points importants entrent en jeu dans le choix du lieu d'implantation d'une entreprise et qui ont encore moins à voir avec les critères habituels de concurrence : selon un sondage de l'association professionnelle Bitkom, la proximité avec ses ami-e-s et sa famille est le critère de localisation le plus important, et de loin. En plus d'infrastructures de qualité et de la disponibilité de personnel qualifié, les fondatrices et fondateurs de start-ups accordent également une grande importance à la qualité de vie du lieu d'implantation, comme par exemple les possibilités de loisirs et l'offre culturelle⁴⁶. La liste des lieux les plus populaires pour fonder une start-up confirme cela. Ainsi, les trois lieux les plus appréciés - Londres, Tel-Aviv et Stockholm - sont les trois situés dans des pays qui disposent d'une imposition des gains en capital. L'existence de cet impôt ne semble donc pas nuire à la popularité des ces villes pour les starts-up⁴⁷.

« DES IMPÔTS PLUS ÉLEVÉS NUISENT AUX INVESTISSEMENTS »

Ce mythe est lui aussi mobilisé lors de chaque votation fiscale pour nous faire croire que les impôts sont mauvais pour l'économie et qu'ils doivent être abaissés à tout prix. Avec des taux d'imposition plus élevés, les actionnaires devraient se verser des dividendes encore plus élevés, afin de pouvoir préserver leurs rendements et pouvoir payer leurs impôts. Cet argent manquerait alors dans l'économie. Voilà donc pourquoi les baisses d'impôts seraient nécessaires. Cette affirmation peut être doublement infirmée.

D'une part, ces dernières années les impôts sur les entreprises et le capital n'ont cessé d'être réduits voire supprimés. Malgré tous ces cadeaux fiscaux, le niveau d'investissement est resté stable. En ce qui concerne les réformes portant sur les impôts sur les revenus du capital, des études menées aux Etats-Unis et en Suède parviennent aux mêmes conclusions. L'effet des impôts sur les revenus du capital sur le volume d'investissement est marginal d'un point de vue macroéconomique. L'argent perdu en raison des réformes fiscales de ces dernières années n'a pas été réinvesti comme promis dans notre économie mais a directement fini dans les poches du 1% le plus riche.

D'autre part, le volume de fortune utilisé pour la spéculation continue d'augmenter, alors que les investissements stagnent. Les volumes échangés dans ce domaine correspondent aux multiples de la production réelle. Ces mécanismes contribuent à la fortune des super-riches, qui engrangent de la sorte des revenus du capital sans fournir de prestation en échange. L'argent que nous perdons en baissant les impôts ne revient pas dans l'économie réelle. Il se dirige dans un système fictif, qui ne bénéficie qu'au 1% le plus riche.

En revanche, l'imposition plus grande des gains en capitaux réalisés ou des dividendes est un incitatif à maintenir la valeur dans l'entreprise, et donc à procéder à des investissements et créer de l'emploi.

46 [Startups : les raisons personnelles décisives pour le choix du lieu d'implémentation](#)

47 [Startup Genome](#)

I TEMI PIÙ IMPORTANTI IN BREVE INFORMAZIONI E ARGOMENTI A FAVORE DELL'INIZIATIVA 99%

INDICE

Contesto	1
Cosa vuole l'iniziativa?	3
Cosa può guadagnare la Svizzera con un Sì all'iniziativa 99%	4
Argomentazione contrarie	6
Elenco delle referenze	9

CONTESTO

Oggi la Svizzera è uno dei paesi più ricchi del mondo. Negli ultimi decenni, la ricchezza in Svizzera è aumentata notevolmente, ma solo una piccola minoranza ha beneficiato di questa crescita: se nel 2003 l'1% più ricco possedeva il 36% della ricchezza totale svizzera, oggi questa quota supera il 43%¹. La crescita maggiore è stata dei patrimoni delle 300 persone più ricche, che dal 2003² hanno raddoppiato la propria ricchezza fino ad arrivare a 707 miliardi di franchi³.

Mentre questo 1% diventa sempre più ricco e riceve privilegi inimmaginabili, le condizioni economiche diventano più difficili per le persone con redditi medi e bassi: l'aumento dei premi di cassa malati e degli affitti divora una parte sempre più grande dei loro salari. Inoltre, molti servizi pubblici hanno subito la politica dei tagli. Anche il numero di persone che vivono in povertà è in aumento: Quasi una persona su dieci è ora colpita dalla povertà⁴.

1 Calcolo proprio secondo la metodologia del rapporto di distribuzione USS (2020) basato sulla statistica della ricchezza degli individui in tutta la Svizzera (2017) (Dati: Amministrazione federale delle imposte (2020)).

2 swissinfo (2003).

3 SRF (2020).

4 Caritas Schweiz (2020).

La disuguaglianza della ricchezza in Svizzera peggiora di anno in anno. Le porte del club esclusivo dell'1% sono chiuse. In Svizzera, storicamente chi è diventato* miliardari* lo è rimasto. Il 99% delle persone che appartenevano all'1% più ricco nel 2003 erano ancora tra il 10% più ricco 10 anni dopo⁵.

Allo stesso tempo, la probabilità che persone con redditi medio e bassi divengano molto ricche è incredibilmente bassa⁶. La ricchezza massiccia in Svizzera non è il risultato di un duro lavoro, ma di alte eredità e di beni già esistenti che si moltiplicano. Un motore centrale di questo sviluppo sono i redditi di capitale, che ogni anno riversano miliardi nei conti dell'1% senza che debba alzare un dito.

Per reddito da capitale intendiamo qualsiasi guadagno che non è generato dal lavoro salariato, dai diritti di sicurezza sociale o dal lavoro autonomo, ma è invece un guadagno derivante dalla ricchezza investita. Questo include dividendi, interessi, reddito da locazione e guadagni di capitale. Un reddito da capitale è sempre un reddito ottenuto a spese di altr*. Ciò include i dividendi, per esempio: essi riducono i salari delle persone che effettivamente creano il valore nelle aziende. Uno sguardo a 33 delle maggiori società quotate in Svizzera dà un'idea di quanto la creazione di valore sia erosa dai redditi da capitale: nel 2019, più del 30% del denaro versato è andato ad azionist* invece che a* dipendenti⁷.

Secondo i conti nazionali, una media di 70 miliardi di franchi in reddito da capitale è distribuita a persone private⁸ in Svizzera ogni anno. Di questi miliardi, circa il 60% finisce nelle tasche dell'1%⁹ più ricco. Il reddito da capitale è quindi un motore continuo di redistribuzione dal basso verso l'alto.

Negli ultimi anni, la concentrazione della ricchezza è stata ulteriormente esacerbata da numerosi progetti di sgravi fiscali per le persone ricche, che costano miliardi alle casse pubbliche ogni anno. Un esempio sono i privilegi fiscali introdotti per gli/le* azionist*, i cui dividendi sono ora tassati con un'aliquota inferiore rispetto al reddito salariale della popolazione attiva¹⁰. Allo stesso tempo, il carico fiscale sulle spalle delle persone con redditi bassi e medi è aumentato e la progressione reale delle tasse e dei contributi è fortemente diminuita¹¹. Non è una coincidenza: una concentrazione di denaro significa sempre una concentrazione di potere. Oggi, i/le* super-ricch* comprano interi gruppi mediatici, fanno lobbying e pagano costose campagne di voto, potendo quindi plasmare sempre più le regole del gioco politico a loro piacimento. Dobbiamo rompere questo pericoloso circolo vizioso, perché l'aumento della disuguaglianza sta diventando sempre più un problema per tutta la società. L'aumento della disuguaglianza di ricchezza non limita solo il funzionamento della nostra democrazia aumentando la pressione sui redditi bassi e medi, ma danneggia anche lo sviluppo economico.

5 Martínez, I.Z. (2020), p. 41.

6 Martínez, I.Z. (2020), S. 39.

7 UNIA Lohnschere-Studie (2020), p. 6.

8 Ufficio federale di statistica (2020b).

9 Calcolo proprio basato sui risultati della ricerca del Cantone di Berna (esp. Brunner, M. et al. (2020), p. 9f) e sulla distribuzione della ricchezza calcolata secondo l'AFC (2020) e l'USS (2020).

10 Per una panoramica dettagliata delle mancate entrate derivanti dalla sola riforma II dell'imposta sulle società, si veda USS (2016).

11 Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020), p. 21.

Mentre le persone con redditi bassi e medi spendono il loro denaro per consumare e quindi danno impulso all'economia¹², i/le super-ricchi* oggi possiedono più denaro di quanto si possa spendere in una vita. Gli investimenti nell'economia reale sono quindi stagnanti da anni¹³ e sempre più denaro è riservato alla speculazione sui mercati finanziari, aumentando così la vulnerabilità alle crisi economiche. Chi soffre è il 99% e le piccole e medie imprese.

Con l'Iniziativa 99% vogliamo porre fine al pericoloso aumento della disuguaglianza sociale e creare finalmente più giustizia, restituendo il denaro al 99% che lavora ogni giorno per la prosperità della nostra società.

COSA VUOLE L'INIZIATIVA?

L'Iniziativa 99% vuole finalmente tassare più pesantemente l'1% più ricco, che ottiene miliardi in redditi da capitale non legati al lavoro, e alleviare le persone che devono lavorare ogni giorno per il proprio salario. A questo scopo, il reddito da capitale dovrebbe essere tassato 1,5 volte se eccede il limite di esenzione fissato. I dividendi, gli utili azionari realizzati, gli interessi e i redditi da locazione sarebbero maggiormente colpiti. Al contrario, il valore locativo, i pagamenti pensionistici e il reddito da lavoro autonomo dovranno essere esentati dall'aumento della tassazione.

L'iniziativa non cambia le attuali aliquote fiscali, ma solo il calcolo del reddito imponibile. Questo vale anche per i comuni, i cantoni e il governo federale.

Il livello al di sopra del quale il reddito da capitale è tassato 1,5 volte sarà determinato dal Parlamento. Noi proponiamo un importo di esenzione di 100.000 franchi per le persone singole. Questo assicura che i piccoli risparmiatori non siano colpiti, ma solo i/le super-ricchi*, che ricevono così tanto reddito da capitale da non dover lavorare.

Esempi dell'impatto dell'Iniziativa 99%:

Il signor S. ha investito 170 milioni. Da questo investimento riceve un rendimento annuo di 5,1 milioni (3% di rendimento). Il reddito di capitale superiore a 100.000 franchi è contato 1,5 volte grazie all'iniziativa 99%, il che significa 7,5 milioni di franchi. Poi si aggiunge di nuovo l'importo esente da imposte di 100'000 franchi, che non è interessato dall'iniziativa. Il signor S. ha quindi ora un reddito di capitale imponibile di 7,6 milioni, invece dei 5,1 milioni della situazione attuale.

La signora K. possiede una casa, che affitta. Riceve 30.000 franchi di affitto all'anno. Inoltre, la signora K. possiede azioni per un valore di 70.000 franchi, che le fruttano dividendi per 2.100 franchi (3% di rendimento). In totale, la signora K. ha un reddito da capitale di 32.100 franchi. Questo è inferiore all'importo di 100'000 CHF e non è quindi interessato dall'iniziativa.

12 Lampart, D. (2010), p. 10.

13 Ufficio federale di statistica (2020a).

Perciò, solo l'1% più ricco della popolazione sarebbe colpito da una tassazione più elevata, perché chiunque riceva 100.000 franchi di reddito da capitale dovrebbe aver investito almeno tre milioni di franchi (assumendo un rendimento del 3%).

In Svizzera, solo circa 80.000 contribuenti - cioè circa l'1% della popolazione - possono investire tali cifre¹⁴. Le aziende non sarebbero esplicitamente tassate più pesantemente con l'iniziativa, in quanto colpisce solo le persone fisiche.

L'iniziativa 99% genererebbe un gettito fiscale supplementare di circa 10 miliardi di franchi. Circa due terzi di questa cifra andranno ai cantoni e ai comuni, e un terzo al governo federale. I lavoratori a basso e medio reddito dovrebbero beneficiare di queste entrate aggiuntive, sia attraverso sgravi fiscali che attraverso investimenti nel sociale. Concretamente, l'iniziativa permette, per esempio, di ridurre i premi di cassa malati o di fare investimenti a lungo attesi nella formazione continua, negli asili nido o nei trasporti pubblici. Se le entrate supplementari fossero distribuite equamente tra tutta la popolazione svizzera, ogni persona in Svizzera avrebbe ogni anno 1170 franchi in più nel suo portafoglio.

Con l'iniziativa 99%, anche l'AVS beneficerebbe di maggiori entrate: oggi, chi possiede azioni di aziende per cui lavora ha la possibilità di scegliere se vuole ricevere il proprio reddito come stipendio o come dividendi. Una conseguenza degli sgravi fiscali sui dividendi dei grandi azionisti è che si opti spesso per questi ultimi. Poiché i redditi da capitale, a differenza dei redditi da lavoro, non sono soggetti ai contributi AVS, l'AVS perde ogni anno circa 300-350 milioni di franchi¹⁵. Con l'iniziativa 99%, aboliremo questo pericoloso incentivo e genereremo entrate supplementari per l'AVS.

COSA PUÒ GUADAGNARE LA SVIZZERA

CON UN SÌ ALL'INIZIATIVA 99%

PIÙ GIUSTIZIA!

La ricchezza in Svizzera è creata dal 99% che lavora ogni giorno negli uffici, nei supermercati o negli ospedali, e non da una manciata di super-ricch* che vivono di profitti senza lavorare. Con una maggiore tassazione delle persone ricche, restituiamo il denaro a chi ha veramente creato la ricchezza della nostra società - perché oggi l'1% più ricco possiede già oltre il 43% della ricchezza totale in Svizzera. Vogliamo fermare questa ingiustizia e ridistribuire il denaro alle persone che hanno lavorato per produrlo.

¹⁴ Secondo i dati della Statistica sulla ricchezza delle persone fisiche in tutta la Svizzera dell'Amministrazione federale delle contribuzioni (2020), circa 81.730 persone avevano un patrimonio netto di più di 3 milioni di franchi nel 2017. Questo corrisponde allo 0,96% (cioè poco meno dell'uno per cento) della popolazione residente permanente dello stesso anno (8.484.130 persone, secondo l'Ufficio federale di statistica). Tuttavia, poiché non tutto il patrimonio netto è normalmente investito, ancora meno persone sono interessate dall'iniziativa nella sua attuazione.

¹⁵ USS (2016), p. 5.

UN RAFFORZAMENTO DELLA DEMOCRAZIA!

La disuguaglianza sociale minaccia di fare a pezzi la nostra società. I/e* super-ricch* comprano interi gruppi mediatici e influenzano la politica attraverso il lobbismo e le costose campagne di voto. Il risultato sono rapporti di potere antidemocratici a spese del 99%. Anche questi minacciano la nostra coesistenza: con l'aumento della disuguaglianza, il benessere fisico e psicologico delle persone diminuisce ed il crimine e la violenza aumentano. Inoltre, a causa del grande squilibrio del potere politico, sempre più persone perdono fiducia nella politica e rinunciano a parteciparvi. Per fermare queste tendenze dannose, dobbiamo fermare l'aumento della disuguaglianza sociale e ridare finalmente voce al 99%.

UN SERVIZIO PUBBLICO FORTE E UN SOLLIEVO PER I SALARI!

L'aumento degli affitti e dei premi di cassa malati stanno divorando una parte sempre più grande del reddito delle persone che lavorano, mentre i cantoni hanno tagliato massicciamente sull'istruzione, sui trasporti pubblici e sul sistema sanitario negli ultimi anni. Oggi, le persone con redditi bassi e medi spendono circa il 40% del loro reddito in tasse, assicurazione sanitaria e previdenza sociale - quasi quanto le persone che guadagnano molto, che devono spendere circa il 45% del loro reddito per questo¹⁶. Questo significa che è rimasto poco della tanto decantata tassazione progressiva.

L'iniziativa 99% alleggerisce il peso sulla popolazione attiva attraverso riduzioni fiscali e permette un rafforzamento del servizio pubblico, ad esempio attraverso riduzioni di premi più elevate, investimenti in asili o un'espansione del trasporto pubblico.

MENO CRISI SULLE SPALLE DEL 99%!

Con l'aumento della disuguaglianza di ricchezza, il nostro sistema economico potrebbe andare in pezzi. La concentrazione della ricchezza nelle mani di una piccola minoranza favorisce le crisi economiche, mentre il potere d'acquisto della popolazione diminuisce. Il 99% e le piccole imprese in particolare soffrono.

Anche le organizzazioni internazionali come il Fondo Monetario Internazionale (FMI), l'OCSE e la Banca Mondiale stanno avvertendo i pericoli della crescente disuguaglianza. Uno studio del FMI conclude che una minore disuguaglianza e una maggiore redistribuzione promuoverebbero lo sviluppo economico.¹⁷

UN PASSO VERSO UN FUTURO FEMMINISTA!

Le donne in Svizzera svolgono ancora il doppio lavoro, quello domestico non retribuito e ricevono salari più bassi a parità di mansioni. Senza questo lavoro gratuito, la nostra società crollerebbe in un attimo. Tuttavia, questo enorme lavoro è poco apprezzato oggi e le donne devono accettare

¹⁶ Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020), p. 21.

¹⁷ Ostry, J.D. et al. (2014), p. 25.

dure perdite economiche perché il peso del lavoro di cura le costringe spesso a lavorare a tempo parziale. La disuguaglianza salariale e il lavoro domestico non retribuito fanno sì che le donne guadagnino oggi in Svizzera circa 108 miliardi di franchi svizzeri in meno degli uomini¹⁸, nonostante lo stesso carico di lavoro. Di conseguenza, le donne sono sovrarappresentate nei redditi più bassi: La povertà in Svizzera è quindi prevalentemente femminile. Con l'Iniziativa 99%, permettiamo un'espansione del servizio pubblico e un alleggerimento dei redditi bassi, di cui beneficiano soprattutto le donne.

ARGOMENTAZIONE CONTRARIE

«TUTTI I/LE* RICCH* SE NE VANNO»

Diversi studi¹⁹ e l'esperienza precedente mostrano che i cantoni non beneficiano di imposte sul reddito più basse nel complesso. Le perdite fiscali delle persone che già vivono nel cantone di solito superano le entrate dovute a* poch* ricch* che vi si trasferiscono. Inoltre, la mobilità fiscale delle persone ricche all'interno dei cantoni svizzeri è molto più alta di quella tra paesi diversi²⁰. Con l'iniziativa 99%, le tasse saranno aumentate in tutti i cantoni. Perciò le persone ricche non potranno semplicemente spostare la loro residenza in un altro cantone per evitare di pagare le tasse. Anche se l'iniziativa 99% fosse approvata, la Svizzera sarebbe ancora un luogo di residenza a bassa tassazione per i/le* super-ricch* e offre comunque altri fattori di sicurezza importanti, come un'infrastruttura ben sviluppata o un alto grado di stabilità politica.

Per noi è anche chiaro che non siamo più dispost* a farci ricattare da questa gente. In una democrazia, tutti i voti devono contare allo stesso modo, anche se i/le* più ricch* vogliono ricattarci andandosene.

«L'INIZIATIVA DANNEGGIA LE PMI E RENDE PIÙ DIFFICILE AVVIARE LE IMPRESE»

L'iniziativa non tassa le aziende, ma solo l'1% più ricco delle persone tassabili. L'iniziativa non porta quindi in alcun modo a un maggiore onere per le PMI. Al contrario, l'iniziativa 99% rafforza le PMI: grazie alla redistribuzione della ricchezza, il potere d'acquisto della popolazione aumenta, e ne beneficerebbero le imprese locali come i ristoranti o i parrucchieri. Per esempio, le famiglie a più basso reddito spendono l'88% di ogni franco per consumare, mentre questa cifra è solo del 42% per le famiglie più ricche²¹.

Anche la maggior parte delle persone che possiede PMI non sarebbe toccata dalla maggiore tassazione dei dividendi: il 56% delle aziende in Svizzera non paga alcuna imposta sull'utile aziendale²². Queste società non realizzano quindi alcun profitto che potrebbero distribuire in

18 Wehrli, K. (2019).

19 Per una panoramica dello stato attuale della ricerca, vedi Martínez, I. (2021), p. 33.

20 Brülhart, M. / Parchet, R. (2014).

21 Ufficio federale di statistica (2019).

22 Schäfer, F. (2015).

qualsiasi forma come reddito da capitale. Inoltre, oltre il 34% delle aziende paga un massimo di 10.000 franchi di tasse. Anche i/e* loro proprietari* raramente superano la soglia di 100.000 franchi di reddito da capitale. Per /le* proprietari* di PMI che raccolgono più redditi da capitale, è giusto e importante tassare equamente queste somme elevate con l'iniziativa 99%.

Chi si oppone all'iniziativa 99% sostiene anche che la tassazione delle plusvalenze porterebbe le PMI a dover vendere le loro aziende a cifre più alte per pagare le tasse e che i trasferimenti o le vendite di successo delle aziende verrebbero impediti. La realtà è diversa: la maggior parte dei paesi dell'UE ha già una tassa sulle plusvalenze, senza che si siano verificati questi scenari.

«ALLA FINE, SONO I REDDITI BASSI A SOFFRIRE»

L'affermazione che basse tasse per i/e* ricch* creano prosperità per tutti è stata ormai confutata da diversi studi. I tagli alle tasse per l'1% più ricco portano ad un aumento significativo della disuguaglianza, ma non hanno alcun effetto positivo sul PIL o sulla disoccupazione²³. Degli sconti fiscali ai/alle super-ricch* non beneficia nessun altro.

Non c'è alcuna prova che i redditi bassi debbano soffrirebbero a causa delle tasse più alte per l'1%, al contrario: con l'iniziativa 99%, creiamo la possibilità di alleggerire i redditi bassi e medi dalle tasse e di rafforzare il servizio pubblico a beneficio del 99%.

«L'INIZIATIVA STA DISTRUGGENDO LA SCENA DELLE START-UP IN SVIZZERA»

Chi si oppone all'iniziativa 99% sostiene che chi crea le start-up non fonderà più la propria azienda in Svizzera in futuro per paura di tasse più alte. Questo è contraddetto dai sondaggi delle aziende e dei fondatori di start-up in particolare, che non considerano la tassazione in sé un importante fattore di delocalizzazione, ma citano invece come criteri importanti la vicinanza ad amic* e familiari, la qualità della vita nella sede dell'azienda, la facile disponibilità di manodopera qualificata e buoni collegamenti di trasporto sovregionali²⁴. Per molti di questi fattori di localizzazione, un rafforzamento del servizio pubblico, come offerto dall'iniziativa 99%, è di importanza centrale.

Se guardiamo la lista dei luoghi più popolari per le start-up in Europa, questo quadro è confermato. Le tre località più popolari - Londra, Tel-Aviv e Stoccolma - sono tutte in paesi che hanno già una tassa sulle plusvalenze. La tassa non sembra danneggiare la loro popolarità tra gli imprenditori start-up.

²³ Hope, D. / Limberg, J. (2020), p. 21.

²⁴ Zürcher, B. (2010), p. 12.

«TASSE PIÙ ALTE OSTACOLANO GLI INVESTIMENTI»

I nostri avversari sostengono che con aliquote fiscali più alte, chi possiede azioni dovrebbe pagare dividendi più alti per mantenere i propri rendimenti e pagare le tasse. Questo denaro verrebbe quindi presumibilmente a mancare nell'economia e ostacolerebbe gli investimenti. Questa affermazione può essere confutata due volte.

Negli ultimi decenni, le imposte sulle società e sul capitale sono state ripetutamente ridotte o eliminate del tutto in Svizzera. Nonostante tutti questi regali fiscali, il tasso di investimento è rimasto lo stesso²⁵. Gli studi sulle riforme delle imposte sui redditi da capitale negli Stati Uniti²⁶ e in Svezia²⁷ giungono a conclusioni simili: L'effetto delle imposte sui redditi da capitale sul livello degli investimenti è estremamente piccolo in termini macroeconomici. Le perdite delle riforme fiscali degli ultimi decenni non sono fluite nell'economia reale come promesso, ma direttamente nelle tasche dell'1% più ricco. Gran parte di questo denaro è usato per la speculazione dei mercati finanziari, che non crea valore ma rende il nostro sistema economico più soggetto a crisi. La maggiore tassazione delle plusvalenze realizzate e dei dividendi, d'altra parte, crea un incentivo a mantenere il valore nell'azienda e quindi a fare investimenti e creare posti di lavoro.

25 Ufficio federale di statistica (2020a).

26 Yagan, D. (2015), p. 15.

27 Alstadsæter, A. et al. (2017), p. 75.

ELENCO DELLE REFERENZE

- Alstadsæter, A. et al. (2017): Do dividend taxes affect corporate investment? In: Journal of Public Economics 151, 74–83. DOI: 10.1016/j.jpubeco.2015.05.001.
- Brühlhart, M. / Parchet, R. (2014): Erbschaftssteuern und Mobilität der Steuerzahler. In: Die Volkswirtschaft - Plattform für Wirtschaftspolitik.
- Brunner, M. et al. (2020): Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data. In: SSRN Electronic Journal. DOI: 10.2139/ssrn.3743616.
- Bundesamt für Statistik (2019): Haushaltseinkommen und -ausgaben (sämtliche Tabellen der Jahre 2015-2017).
- Bundesamt für Statistik (2020a): Investitionsquote. In: VGR 2020 - Wohlfahrtsmessung - Auswirkungen auf Bestände.
- Bundesamt für Statistik (2020b): Kontensequenz | VGR 2019. In: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung VGR.
- Caritas Schweiz (2020): Armut in der Schweiz.
- Eidgenössische Steuerverwaltung: Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen (2017). In: 2020.
- Hope, D. / Limberg, J. (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich.
- Lampart, D. (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft-Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur.
- Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020): Verteilungsbericht 2020.
- Martínez, I. (2021): Beggar-Thy-Neighbour Tax Cuts: Mobility After a Local Income and Wealth Tax Reform in Switzerland. DOI: 10.3929/ethz-b-000463387.
- Martínez, I.Z. (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland - Alexandria. Washington, DC.
- Ostry, J.D. et al. (2014): Redistribution, Inequality, and Growth.
- Schäfer, F. (2015): Mehr als die Hälfte aller Firmen zahlt keine Steuern. In: Tages-Anzeiger.
- SGB (2016): Steuerausfälle der Unternehmenssteuerreform II: Schätzung. Bern.
- SRF (2020): «Bilanz»-Ranking - Das sind die reichsten Menschen der Schweiz. In: Schweizer Radio Fernsehen SRF - News.
- swissinfo (2003): 300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch. In: swissinfo.ch.
- UNIA (2020): Lohnschere-Studie 2020.
- Wehrli, K. (2019): «Es wäre ein riesiger Befreiungsschlag» - moneta - Magazin für Geld und Geist. In: moneta.
- Yagan, D. (2015): Capital Tax Reform and the Real Economy: The Effects of the 2003 Dividend Tax Cut.
- Zürcher, B. (2010): CEO-Umfrage zur Standortqualität in der Schweiz.

Sperrfrist bis Dienstag, 18.05.2021, 11.00 Uhr



99%
NEIN
NON
NO

Komitee «Nein zu 99%» - 18. Mai 2021

**Medienkonferenz zur Lancierung der Kampagne gegen die
99%-Initiative der Juso**

SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association

Referentinnen und Referenten

- **Alexandra Janssen**, CEO Ecofin Portfolio Solutions AG
- **Dieter Weber**, Partner und Präsident des VR Tax Partner AG, Vorstandsmitglied Swiss Family Business
- **Dr. Hans-Martin Schneeberger**, Inhaber und Präsident des VR Schneeberger AG Lineartechnik, Vorstandsmitglied Swiss Family Business
- **Delphine Bachmann**, Präsidentin CVP (Die Mitte) Genf, Abgeordnete des Grossen Rates
- **Nicolas Bürer**, Managing Director Digitalswitzerland

Inhalt

99%
NEIN
NON
NO

- **Weshalb die Initiantinnen und Initianten sich irren (Janssen)**
- **Wie die 99%-Initiative Familienunternehmen und Startups trifft – Resultate Studie (Weber)**
- **Wie die 99%-Initiative die Familienunternehmen schwächt (Schneeberger)**
- **Wie die 99%-Initiative die Innovationsszene zerstört (Bachmann)**
- **Familienunternehmen und Innovationsstandort Schweiz als Hauptbetroffene der 99%-Initiative (Bürer)**

Breit abgestütztes Komitee

SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association



99%
NEIN
NON
NO

99%
NEIN
NON
NO

Alexandra Janssen, CEO Ecofin Portfolio Solutions AG

Weshalb die Initiantinnen und Initianten sich irren:

*«Die 99%-Initiative würde zu tieferen Investitionen führen.
Das wirkt sich negativ auf die Arbeitsproduktivität aus.
Tiefere Löhne wären die Folge.»*

Weshalb die Argumente der Initiantinnen und Initianten falsch sind

1. Die Vermögenskonzentration in der Schweiz ist deutlich kleiner, als von den Initiantinnen und Initianten behauptet. Fast die Hälfte des Volksvermögens liegt in den Pensionskassen und in den Eigenheimen und gehört somit den Arbeitnehmern.
2. Die Markteinkommen sind in der Schweiz so gleichmässig verteilt wie in keinem anderen Industrieland.
3. Die Schweiz hat eine sehr progressive Einkommensbesteuerung und – als eines der wenigen Industrieländer – eine Vermögenssteuer. Das trifft vermögende Personen besonders stark.

Weshalb die Argumente der Initiantinnen und Initianten falsch sind

4. Kapital wird in der Schweiz vierfach besteuert (Gewinnsteuer, Kapitalsteuer, Einkommenssteuer auf Dividenden, Vermögenssteuer). Als Folge davon ist der Kapitalstock in der Schweiz zu klein (suboptimal).
5. Würde Kapitaleinkommen noch stärker besteuert, würde noch weniger investiert. Der Kapitalstock würde sinken. Die internationale Mobilität des Kapitals verstärkt diesen Effekt.
6. Sinkt der Kapitalstock, sinken Arbeitsproduktivität und Löhne.
7. Die Einnahmen aus dieser Steuer wären viel kleiner als CHF 5 – 10 Mrd.

Dieter Weber, Partner und Präsident des VR Tax Partner AG

Wie die 99%-Initiative Familienunternehmen und Startups trifft:

«Mit der 99%-Initiative verliert die Schweiz stark an Attraktivität als Innovationsstandort und Standort für erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Gründerinnen und Gründer.»

Studie zu den Auswirkungen der 99%-Initiative



Die Studie zeigt die Auswirkungen einer Kapitaleinkommensbesteuerung im Umfang von 150% gemäss Initiative auf mittelständische Unternehmen, Familienunternehmen und Startups.

Die Studie finden Sie unter:

<https://nein-zu-99prozent.ch/downloads/>

Fokus und Design der Studie

- Im Fokus stehen die Auswirkungen der Initiative auf drei Bereiche:
 - die jährlich wiederkehrende Besteuerung;
 - die Unternehmensnachfolge;
 - den Ausstieg von Gründern aus ihren Startups mittels Verkaufs.
- Dargestellt wird die Besteuerung nach geltendem Recht und nach einer allfälligen Einführung der 99%-Initiative.
- Problem: unklarer Initiativtext! «Kapitaleinkommen», «über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag»

Eindeutige Folgerungen aus der Studie

- Folgerung 1 aus der Studie:
Erhöhter Mittelabfluss an den Staat bei der laufenden Besteuerung des Unternehmers und damit Mittelentzug aus den Familienunternehmen
- Folgerung 2 aus der Studie:
Die neue Kapitalgewinnsteuer erschwert Nachfolgelösungen in Familienunternehmen massiv
- Folgerung 3 aus der Studie:
Die neue Kapitalgewinnsteuer schwächt den Innovationsstandort Schweiz

Die Studie finden Sie unter: <https://nein-zu-99prozent.ch/>

Dr. Hans-Martin Schneeberger, Inhaber und Präsident des VR Schneeberger AG

Wie die 99%-Initiative die Familienunternehmen schwächt:

«Mit der 99%-Initiative fehlen den Familienunternehmen die Mittel für Investitionen.»

Mit der 99%-Initiative: Laufende Substanzentnahme aus den Unternehmen

- Die 99%-Initiative führt bei der laufenden Besteuerung eines Familienunternehmens zu einer **erheblichen Zusatzbelastung** der Unternehmerinnen und Unternehmer.
- Wird als eine Konsequenz der 99%-Initiative die Besteuerung der Dividende erhöht, müssen mehr Mittel aus dem Unternehmen abgezogen werden, um über den notwendigen Betrag für die Bezahlung der Vermögenssteuer zu verfügen.
- Diese Zusatzbelastung führt bei Familienunternehmen zu einem erheblichen jährlichen Abfluss von Steuermitteln an den Staat. Es bleiben weniger Mittel für Investitionen in Mitarbeitende, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur.

Mit der 99%-Initiative: Verschwinden der Familienunternehmen

- Die 99%-Initiative führt zu einer **höheren Verschuldung der Nachfolgeneration**, da der Verkaufspreis des Unternehmens erhöht werden muss.
- Da diese Schulden in den meisten Fällen durch das übernommene Unternehmen finanziert werden müssen, wird das Unternehmen geschwächt: Statt in Mitarbeitende und den Standort Schweiz zu investieren, müssen Mittel aus dem Unternehmen herausgelöst werden.
- Das gefährdet längerfristig nicht nur die Arbeitsplätze in den betroffenen Unternehmen, sondern erschwert den Übergabeprozess an die nachfolgende Generation.

Die Folge: Kein Anreiz für eine unternehmerische Tätigkeit

- Die 99%-Initiative führt bei Familienunternehmen zu einem erheblichen jährlichen Abfluss von Mitteln an den Staat. Diesen Abfluss muss im Ergebnis das Unternehmen tragen.
- Die laufende Substanzentnahme aus der Unternehmung schwächt ihr Innovationspotential und zerstört ihre Arbeitsplätze.
- Mit der 99%-Initiative **schwindet der Anreiz für eine unternehmerische Tätigkeit** in der Schweiz.

Delphine Bachmann, Präsidentin CVP (Die Mitte) Genf, Abgeordnete des Grossen Rates

Wie die 99%-Initiative die Innovationsszene zerstört:

«Mit der 99%-Initiative werden zahlreiche Arbeitsplätze in relevanten und zukunftsfähigen Branchen und Sektoren verloren gehen.»

Heute: Erfolgreiche und dynamische Innovations-Landschaft

- In der Schweiz hat sich in den letzten Jahren eine vitale Gründer:innen-Szene entwickelt. Startups haben in den vergangenen Jahren gegen 50'000 Jobs geschaffen.
- Gründerinnen und Gründer von Startups fokussieren ihre unternehmerische Energie oft voll in den erfolgreichen Aufbau eines neuen Geschäftsmodells. Erst mit dem Verkauf der Beteiligungsrechte am Jungunternehmen, oft an eine grössere Firma, können die Gründerinnen und Gründer eine angemessene Entschädigung für ihre Anstrengungen erzielen.
- Vielfach investieren Gründerinnen und Gründer die erzielten Gewinne wieder in neue Startups.

Mit der 99%-Initiative: Weniger Investitionen in die Innovations-Landschaft

- Mit der 99%-Initiative wird ein grosser Teil des Erlöses aus dem Verkauf des Startups wegbesteuert. Damit sinkt die Attraktivität für Investitionen in die Innovationsszene.
- Die 99%-Initiative macht Investments in die Innovations-Landschaft ökonomisch unattraktiv. Die Investitionen in zukunftssträchtige Firmen und Branchen werden deutlich zurückgehen.
- Mit der 99%-Initiative werden die Startups in Zukunft bis zu einem Drittel weniger Arbeitsplätze schaffen als heute: **Rund 20'000 Stellen werden nicht entstehen.**

Die Folge: Innovationsstandort verliert an Bedeutung und Arbeitsplätzen

- Die Initiative der JUSO führt im internationalen Vergleich zu einer massiven Schwächung des Innovationsstandorts Schweiz und ist für
- Der Innovationsstandort Schweiz, der auf junge, dynamische und innovative Startups angewiesen ist, **verliert an Substanz und Attraktivität und damit international an Bedeutung.**
- Mit der 99%-Initiative entstehen nicht nur deutlich weniger Arbeitsplätze in zukunftssträchtigen Branchen, bereits bestehende Unternehmen werden die Schweiz verlassen: Die 99%-Initiative ist für die Startup-Szene Schweiz tödlich.

Nicolas Bürer, Managing Director Digitalswitzerland

Familienunternehmen und Innovationsstandort Schweiz als Hauptbetroffene der 99%-Initiative:

«Die 99%-Initiative setzt die Zukunft des Werkplatzes und des Innovationsstandortes Schweiz aufs Spiel.»

99%-Initiative trifft Familienunternehmen und Innovations-Szene

- Die 99%-Initiative entzieht den Familienunternehmen und der Startup-Landschaft die finanziellen Mittel für Investitionen in Arbeitsplätze und Innovation.
- Unternehmerinnen und Unternehmer verbleiben weniger Ressourcen zur Innovationsförderung oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Der Anreiz nimmt ab, in die Schweizer Innovations-Landschaft zu investieren: Die aufstrebenden Familienunternehmen und Startups werden aus der Schweiz abgezogen oder entstehen gar nicht mehr hier.

Verlust von Arbeitsplätzen und Innovation als Konsequenz der 99%-Initiative

99%
NEIN
NON
NO

- Zahlreiche Arbeitsplätze in relevanten und zukunftsfähigen Branchen und Sektoren werden gefährdet oder ganz verloren gehen.
- Die Innovationsfähigkeit der Schweiz wird geschwächt.
- Die Zukunft des Arbeitsplatzes und des Innovationsstandortes Schweiz steht auf dem Spiel.

Deshalb setzen wir uns für ein NEIN ein

- Wir wollen, dass die Schweiz auch in Zukunft über produktive Familienbetriebe sowie eine attraktive und innovative Startup-Landschaft verfügt.
- Wir wollen ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben.
- Wir wollen Arbeitsplätze sichern.
- Wir wollen Innovation sichern.

Deshalb setzen wir uns für ein NEIN zur 99%-Initiative ein.

Senden Sie uns Ihre Fragen an die Referentinnen und Referenten per Whatsapp an die folgende Mobile-Nummer:

+41 78 789 14 22

Herzlichen Dank!

Wer wir sind

99%
NEIN
NON
NO

Über das Komitee «Nein zu 99%»

Das Komitee «Nein zu 99%» setzt sich gegen die schädliche 99%-Initiative und für die Zukunft des Schweizer Wirtschafts- und Innovationsstandorts ein. Die Aktivitäten des Komitees werden getragen von Swiss Family Business, Digitalswitzerland und der Swiss Entrepreneurs & Startup Association (SWESA). <https://nein-zu-99prozent.ch>

Über Swiss Family Business

Swiss Family Business ist eine Plattform von familien- und inhabergeführten Unternehmen. Als Interessenorganisation vertritt sie gegenüber den politischen Entscheidungsträgern, den Behörden und der Öffentlichkeit die Anliegen von Familienunternehmen und zählt heute über 370 Mitglieder aus der ganzen Schweiz. <https://swiss-family-business.ch/>

Über Digitalswitzerland

Digitalswitzerland ist eine schweizweite, branchenübergreifende Initiative, die darauf abzielt, die Schweiz als weltweit führenden Standort für digitale Innovation zu positionieren und zu verankern. Unter dem Dach von Digitalswitzerland arbeiten über 220 Verbandsmitglieder und politisch unabhängige Stiftungspartner eng zusammen, um dieses Ziel zu erreichen.

<https://digitalswitzerland.com/>

Über SWESA

SWESA will die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Startups und innovative KMU in der Schweiz nachhaltig verbessern. Der Verband engagiert sich für die Anliegen seiner momentan rund 150 Mitglieder, informiert aktuell und transparent und bildet zudem die Trägerschaft der parlamentarischen Gruppe für Startups und Unternehmertum.

<https://www.swesa.ch/>

Unser Co-Präsidium

- Delphine **Bachmann**, Präsidentin CVP (Die Mitte) Genf
- Yannick **Berner**, Geschäftsleitungsmitglied URMA AG, Next Generation Urma AG Werkzeugfabrik
- Dr. Hans-Jörg **Bertschi**, Präsident des VR Bertschi Group
- Nicolas **Bürer**, Managing Director Digitalswitzerland
- Marcel **Dobler**, Nationalrat FDP, Unternehmer
- Simon **Enderli**, Präsident SWESA
- Hans-Peter **Glaus**, CEO und Verwaltungsrat, Fritz Glaus & Co. AG
- Corina **Gredig**, Nationalrätin GLP, Leiterin Thinktank glp lab
- Franz **Grüter**, Nationalrat SVP, Unternehmer, Mitglied des Zentralvorstands Digitalswitzerland
- Diana **Gutjahr**, Nationalrätin SVP, Unternehmerin und Mitinhaberin Ernst Fischer AG
- Dr. Daniel **Heller**, Partner Farner Consulting AG
- Alexandra **Janssen**, CEO ECOFIN Portfolio Solutions AG
- Karim **Maizar**, Vorstandsmitglied SWESA
- Jordi **Montserrat**, Co-Founder und Managing Partner Venturelab AG
- Damian **Müller**, Ständerat FDP
- Dr. Luka **Müller**, Gründungspartner, MME
- Dr. Roy **Nussbaum**, Delegierter des VR R. Nussbaum AG
- Fabio **Regazzi**, Nationalrat Die Mitte, sgv-Präsident und Präsident des VR Regazzi Holding SA
- Maja **Riniker**, Nationalrätin FDP
- Peter **Schilliger**, Nationalrat FDP, Mitinhaber und Präsident des VR Herzog Haustechnik AG
- Andri **Silberschmidt**, Nationalrat FDP, Jungunternehmer kaisin.
- Raphael **Tobler**, Präsident Entrepreneur Club Winterthur
- Jobst **Wagner**, Präsident des VR REHAU VZ AG
- Dieter **Weber**, Partner und Präsident des VR Tax Partner AG



SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association

Kontakt

Ivan Jäggi, Geschäftsführer
Telefon +41 44 266 67 81
Mobile +41 78 789 14 22

E-Mail: info@nein-zu-99prozent.ch
Website: <https://nein-zu-99prozent.ch>

«Nein zu 99%»
Postfach 2407
CH-8021 Zürich 1

Blocage jusqu'au mardi 18.05.2021, 11 h



99%
NEIN
NON
NO

Comité «Non à l'initiative 99%» - 18 mai 2021

**Conférence de presse - Lancement de la campagne contre
l'initiative 99% de la JS Suisse**

SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association

Intervenantes et intervenants

- **Alexandra Janssen**, Directrice générale d'Ecofin Portfolio Solutions AG
- **Dieter Weber**, Associé et Président du conseil d'administration de Tax Partner AG, membre du comité de Swiss Family Business
- **Dr Hans-Martin Schneeberger**, Propriétaire et Président du conseil d'administration de Schneeberger AG Lineartechnik, membre du comité de Swiss Family Business
- **Delphine Bachmann**, Présidente du PDC Genève (Le Centre), députée au Grand Conseil
- **Nicolas Bürer**, Directeur général de Digitalswitzerland

Contenu



- **Pourquoi les défenseurs de l'initiative font erreur (Mme Janssen)**
- **Pourquoi l'initiative 99% concerne les entreprises familiales et les startups – Résultats de l'étude (M. Weber)**
- **Pourquoi l'initiative 99% affaiblirait les entreprises familiales (M. Schneeberger)**
- **Pourquoi l'initiative 99% menacerait l'innovation (Mme Bachmann)**
- **Les entreprises familiales et la Suisse en tant que place d'innovation, principales victimes de l'initiative 99% (M. Bürer)**

Un comité aux larges soutiens

SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association



99%
NEIN
NON
NO

99%
NEIN
NON
NO

Alexandra Janssen, DG d'Ecofin Portfolio Solutions AG

Pourquoi les défenseurs de l'initiative font erreur:

«L'initiative 99% entraînerait une diminution des investissements. Cela aurait un impact négatif sur la productivité du travail et le niveau des salaires.»

Pourquoi les arguments des défenseurs de l'initiative sont incorrects

1. La concentration des richesses en Suisse est bien moins importante que ce qu'ils avancent. Les caisses de retraite et les habitations constituent près de la moitié de la richesse du pays. Cette dernière est donc détenue par les salariés.
2. Les revenus issus du marché sont répartis de manière plus uniforme en Suisse que dans n'importe quel autre pays industrialisé.
3. En Suisse, l'imposition des revenus est très progressive. De plus, elle est l'un des rares pays industrialisés à disposer d'un impôt sur la fortune. Cette mesure touche les personnes fortunées de manière particulièrement forte.

Pourquoi les arguments des défenseurs de l'initiative sont incorrects

4. En Suisse, il existe quatre taxes différentes sur le capital (imposition sur les bénéfices, sur le capital, sur les dividendes et impôt sur la fortune). Par conséquent, le stock de capital en Suisse est trop faible (sous-optimal).
5. Si l'on venait à taxer davantage les revenus du capital, il y aurait encore moins d'investissements. Le stock de capital diminuerait – un effet renforcé par la mobilité internationale du capital.
6. Une diminution du stock de capital entraînerait une chute de la productivité du travail et des salaires.
7. Les recettes tirées de cet impôt seraient en outre largement inférieures à CHF 5 – 10 milliards.

Dieter Weber, Associé et Président du conseil d'administration de Tax Partner AG

Pourquoi l'initiative 99% concerne les entreprises familiales et les startups:

«L'initiative 99% nuit fortement à l'attractivité de la Suisse en tant que place d'innovation et territoire accueillant pour les entrepreneurs talentueux et les créateurs d'entreprises.»

Étude sur les répercussions de l'initiative 99%

99%
NEIN
NON
NO



Cette étude présente les répercussions d'une imposition des revenus du capital à hauteur de 150%, comme le souhaitent les défenseurs de l'initiative, pour les entreprises de taille moyenne, les entreprises familiales et les startups.

Vous trouverez cette étude à l'adresse suivante:

<https://non-a-99pourcent.ch/downloads-fr/>

Objet et conception de l'étude

- Cette étude analyse les répercussions de l'initiative dans trois domaines:
 - l'impôt annuel périodique;
 - la succession d'entreprise;
 - la revente des startups par leurs fondateurs.
- L'étude compare l'imposition selon le droit en vigueur et après l'introduction éventuelle de l'initiative 99%.
- Problème: le texte de l'initiative est imprécis! «Parts du revenu du capital», «supérieures à un montant défini par la loi»

Conclusions claires de l'étude

- Conclusion 1 de l'étude:
L'augmentation des ressources reversées à l'État en raison de l'imposition courante des entrepreneurs entraînerait une diminution des fonds des entreprises familiales
- Conclusion 2 de l'étude:
La nouvelle imposition des revenus du capital complexifierait considérablement la procédure de succession au sein des entreprises familiales suisses
- Conclusion 3 de l'étude:
La nouvelle imposition des revenus du capital affaiblirait la Suisse en tant que territoire d'innovation

Vous trouverez cette étude à l'adresse suivante: <https://non-a-99pourcent.ch/downloads-fr/>

Dr Hans-Martin Schneeberger, Propriétaire et Président du conseil d'administration de Schneeberger AG

Pourquoi l'initiative 99% affaiblirait les entreprises familiales:

«L'initiative 99% priverait les entreprises familiales des moyens d'investir.»

Avec l'initiative 99%: perte continue de la substance des entreprises

- Les répercussions de l'initiative 99% sur l'imposition courante d'une entreprise familiale représentent une **charge supplémentaire conséquente** pour les entrepreneurs.
- Si l'imposition des dividendes venait à augmenter en raison de l'adoption de l'initiative 99%, les entrepreneurs devraient réaliser des prélèvements de fonds accrus pour disposer des montants nécessaires au paiement de l'impôt sur la fortune.
- La charge supplémentaire sur les entreprises familiales induite par l'initiative représenterait un afflux de recettes fiscales annuelles conséquent pour l'État. Les fonds restants pour les investissements dans la recherche et le développement, les salaires et les infrastructures seraient moindres.

Avec l'initiative 99%: Disparition des entreprises familiales

- L'initiative 99% entraînerait aussi un **endettement plus important des successeurs** des entreprises familiales, car les entrepreneurs devraient augmenter le prix de revente de leur entreprise.
- Cet endettement étant en général financé par les entreprises, ces dernières s'en retrouveraient affaiblies. Les entreprises se verraient donc amputées de ressources qu'elles pourraient mettre à profit pour investir dans les salaires et dans l'économie suisse.
- À long terme, cela mettrait non seulement en péril les emplois dans les entreprises concernées, mais cela compliquerait également la transmission à la génération suivante.

Conséquence: cela saperait l'esprit d'entreprendre en Suisse

- Pour les entreprises familiales, l'initiative 99% représenterait une sortie considérable de ressources annuelles au profit de l'État. Cet afflux devrait être supporté par les entreprises.
- Or, la perte de substance progressive des entreprises constituerait une grave menace pour leur potentiel d'innovation, mais aussi pour les emplois.
- L'initiative 99% saperait l'esprit d'entreprise en Suisse.

Delphine Bachmann, Présidente du PDC Genève (Le Centre), députée au Grand Conseil

Pourquoi l'initiative 99% menacerait l'innovation:

«L'initiative 99% entraînerait la destruction de nombreux emplois dans des secteurs porteurs et pertinents.»

Aujourd'hui: un environnement dynamique et attractif, propice à l'innovation

- Ces dernières années, un écosystème vital de créateurs et créatrices d'entreprise s'est développé en Suisse. Les startups ont permis la création de près de 50'000 emplois au cours des dernières années.
- Les fondateurs de startups concentrent bien souvent leur énergie au développement réussi d'un nouveau modèle d'entreprise, et renoncent ce faisant à se verser un salaire. Ce n'est qu'à la revente de leur entreprise, souvent à une entreprise plus grande, qu'ils obtiennent une compensation adéquate pour les efforts consentis.
- La plupart du temps, ils réinvestissent aussitôt les bénéfices réalisés dans de nouvelles startups.

Avec l'initiative 99%: moins d'investissements pour l'innovation

- Avec l'initiative 99%, les créateurs seraient taxés sur une grande partie du produit de la vente. L'attractivité de la Suisse en matière d'investissements pour l'innovation en pâtirait.
- L'initiative 99% saperait l'attractivité économique des investissements en faveur de l'innovation. Les investissements dans des entreprises et dans des secteurs porteurs diminueraient fortement.
- Avec l'initiative 99%, les startups pourraient à l'avenir créer jusqu'à un tiers d'emplois de moins qu'aujourd'hui: ce serait donc près de 20'000 emplois qui ne verraient pas le jour.

Conséquence: recul massif de la Suisse en tant que place innovante et destruction d'emplois

- L'initiative de la JS Suisse entraînerait un affaiblissement considérable de la Suisse en tant que place innovante par rapport aux autres pays du monde.
- Vidée de sa substance et de son attrait en tant que terre d'innovation, alors même qu'elle dépend de startups jeunes, dynamiques et novatrices, la Suisse s'en trouverait affaiblie sur la scène internationale.
- L'initiative 99% entraînerait une forte diminution des créations d'emplois dans les secteurs porteurs. Par ailleurs, des entreprises existantes quitteraient également le pays.

Nicolas Bürer, Directeur général de Digitalswitzerland

Les entreprises familiales et la Suisse en tant que place d'innovation, principales victimes de l'initiative 99%:

«L'initiative 99% met en péril l'avenir de la Suisse en tant que lieux de travail et territoire d'innovation.»

L'initiative 99% touche les entreprises familiales et la Suisse en tant que place innovante

- L'initiative 99% prive les entreprises familiales et les startups des ressources financières nécessaires pour investir dans la création d'emplois et l'innovation.
- Les entrepreneurs disposeraient ainsi de moins de ressources pour la création d'emplois ou le soutien à l'innovation.
- Cela réduirait l'incitation à investir en faveur de l'innovation en Suisse: les startups émergentes et les nouvelles entreprises familiales quitteraient le pays ou ne verraient tout simplement pas le jour.

Destruction d'emplois et recul de l'innovation comme conséquences de l'initiative 99%

- De nombreux emplois dans des secteurs porteurs et pertinents seraient menacés voire même détruits si l'initiative 99% venait à être adoptée.
- La capacité d'innovation de la Suisse s'en trouverait grandement affaiblie.
- C'est l'avenir de la Suisse en tant que lieux de travail et territoire d'innovation qui est en jeu.

99%
NEIN
NON
NO

Par conséquent, nous disons NON à l'initiative 99%

- Nous voulons que la Suisse conserve ses entreprises familiales productives et qu'elle reste un territoire attractif doté de startups innovantes à l'avenir.
- Nous souhaitons que notre pays reste une place économique attractive.
- Nous entendons préserver l'emploi.
- Nous voulons protéger l'innovation.

Par conséquent, nous disons NON à l'initiative 99%.

Envoyez vos questions à nos intervenantes et à nos intervenants par Whatsapp au numéro de téléphone portable suivant:

+41 78 789 14 22

Merci beaucoup!

Qui nous sommes

99%
NEIN
NON
NO

À propos du comité «Non à l'initiative 99%»

Le comité «Non à l'initiative 99%» s'oppose à l'initiative 99% préjudiciable et s'engage en faveur de l'avenir de la Suisse en tant que place économique innovante. Les activités du comité sont portées par Swiss Family Business, Digitalswitzerland et la Swiss Entrepreneurs & Startup Association (SWESA). <https://non-a-99pourcent.ch/>

À propos de Swiss Family Business

Swiss Family Business est une plateforme d'entreprises indépendantes et familiales. Elle représente les intérêts des entreprises familiales face aux décideurs politiques, aux autorités et à l'autorité publique et compte aujourd'hui plus de 370 membres dans toute la Suisse. <https://swiss-family-business.ch/>

À propos de Digitalswitzerland

Digitalswitzerland est une initiative suisse multisectorielle dont l'objectif est de positionner et d'ancrer la Suisse en tant que leader mondial de l'innovation numérique. Sous l'égide de Digitalswitzerland, les plus de 220 membres de l'association et partenaires apolitiques de la fondation travaillent en étroite collaboration pour atteindre ce but. <https://digitalswitzerland.com/>

À propos de la SWESA

La SWESA s'emploie à améliorer durablement les conditions-cadres politico-économiques en Suisse pour les startups et les PME du pays. L'association s'engage à défendre les intérêts de ses quelque 150 membres, fournit des informations actuelles et transparentes et apporte son concours au groupe parlementaire en charge des startups et de l'entrepreneuriat.

<https://www.swesa.ch/>

Les membre de la co-présidence

- Delphine **Bachmann**, Présidente, députée au Grand Conseil PDC Genève
- Yannick **Berner**, Membre du conseil exécutif d'URMA AG, Next Generation Urma AG Werkzeugfabrik
- Dr. Hans-Jörg **Bertschi**, Président du conseil d'administration Bertschi Group
- Nicolas **Bürer**, Managing Director digitalswitzerland
- Marcel **Dobler**, Conseiller national PLR, Entrepreneur
- Simon **Enderli**, Président SWESA
- Hans-Peter **Glaus**, Directeur général et conseil d'administration Glaus & Co. AG
- Corina **Gredig**, Conseillère nationale PVL, Directrice Thinktank glp lab
- Franz **Grüter**, Conseiller national UDC, Entrepreneur, membre du conseil d'administration digitalswitzerland
- Diana **Gutjahr**, Conseillère nationale UDC, Entrepreneur et copropriétaire Ernst Fischer AG
- Dr. Daniel **Heller**, Associé Farnet Consulting AG
- Alexandra **Janssen**, CEO ECOFIN Portfolio Solutions AG
- Karim **Maizar**, Membre du comité directeur SWESA
- Jordi **Montserrat**, Co-Founder und Managing Partner Venturelab AG
- Damian **Müller**, Conseiller des États PLR
- Dr. Luka **Müller**, Associé fondateur MME
- Dr. Roy **Nussbaum**, Délégué du conseil d'administration R. Nussbaum AG
- Fabio **Regazzi**, Conseiller national, le centre sgv-Président, Président du conseil d'administration Regazzi Holding SA
- Maja **Riniker**, Conseillère nationale PLR
- Peter **Schilliger** Conseiller national PLR, Copropriétaire, Président du conseil d'administration Herzog Haustechnik
- Andri **Silberschmidt**, Conseiller national PLR, Jeune entrepreneur kaisin.
- Raphael **Tobler**, Président Entrepreneur Club Winterthur
- Jobst **Wagner**, Président du conseil d'administration REHAU VZ AG
- Dieter **Weber**, Associé et Président du conseil d'administration Tax Partner AG



99%
NEIN
NON
NO

SFB SWISS FAMILY
BUSINESS 

digital**switzerland**

 **SWESA**
Swiss Entrepreneurs & Startup Association

Contact

Ivan Jäggi, Pour le bureau
téléphone +41 44 266 67 81
mobile +41 78 789 14 22

e-mail: info@nein-zu-99prozent.ch
Site web: <https://non-a-99pourcent.ch/>

«Non à l'initiative 99%»
Case Postale 2407
CH-8021 Zurich 1

99%
NEIN
NON
NO

Comunicato stampa – embargo fino a martedì 18.05.2021, ore 11.00

Il comitato «No al 99%» lancia una campagna di voto

Iniziativa 99%: perdita di innovazione e di posti di lavoro in Svizzera

Il comitato «No al 99%», che gode di ampio sostegno, lancia oggi la sua campagna di voto contro la pericolosa iniziativa 99% della GISO. La cerchia dei soggetti colpiti dall’iniziativa è molto più ampia e inclusiva di quanto i promotori vogliano farci credere: non l’1%, bensì il 99%! L’iniziativa colpirebbe duramente soprattutto la maggior parte delle imprese familiari svizzere: a queste l’iniziativa sottrarrebbe i mezzi finanziari per investire in collaboratori, ricerca e sviluppo, infrastrutture. L’iniziativa priverebbe le startup svizzere del settore innovazione, in rapido sviluppo, dei necessari investimenti: i capitali non affluirebbero più in Svizzera, ma sarebbero dirottati verso altri paesi. Se la Svizzera vuole avere anche in futuro aziende familiari produttive e un settore dell’innovazione dinamico e attrattivo, l’iniziativa 99% deve essere respinta. Il popolo e i cantoni voteranno l’iniziativa il 26 settembre 2021.

L’iniziativa della GISO intende tassare, a partire da una determinata soglia, il reddito da capitale in ragione del 150% e introdurre un’imposta sulle plusvalenze, sebbene in Svizzera i redditi da capitale siano già pesantemente tassati sopra la media dei paesi industrializzati: con la tassazione degli utili e dei dividendi e con l’imposizione sul patrimonio. L’iniziativa 99% non è solo estrema nella richiesta, ma anche notevolmente problematica nell’applicazione. Le conseguenze sarebbero disastrose, soprattutto per la maggior parte delle imprese familiari svizzere nonché per il panorama svizzero dell’innovazione e delle startup: gli imprenditori avrebbero a disposizione meno risorse per promuovere l’innovazione o per creare nuovi posti di lavoro, e sarebbe praticamente impossibile trasferire, mediante successione, il patrimonio aziendale costruito nel corso di tanti anni. Lo stimolo a intraprendere un’attività imprenditoriale diminuirebbe. Inoltre, l’iniziativa 99% ridurrebbe la motivazione a investire nel panorama svizzero dell’innovazione. Le startup in piena espansione verrebbero delocalizzate o non nascerebbero neanche più in Svizzera.

Imprese familiari doppiamente colpite

Nell’imposizione corrente dell’impresa familiare, l’iniziativa 99% comporterebbe oneri aggiuntivi considerevoli per gli imprenditori. Tali oneri aggiuntivi determinerebbero un rilevante flusso annuale di uscite fiscali dalle imprese familiari verso lo stato. Si tratta di risorse che verrebbero a mancare all’azienda. Si verificherebbe una continua diminuzione dei fondi: rimarrebbero meno risorse da investire in collaboratori, ricerca e sviluppo, infrastrutture. In ultima analisi questo metterebbe a rischio i posti di lavoro nelle aziende colpite. L’iniziativa 99% distruggerebbe perciò lo stimolo a svolgere l’attività imprenditoriale in Svizzera.

L'iniziativa 99% avrebbe anche effetti negativi sulla successione nelle imprese familiari, in quanto comporterebbe un maggiore indebitamento della generazione subentrante. Poiché questi debiti nella maggior parte dei casi devono essere finanziati mediante l'impresa rilevata, questa ne risulterebbe indebolita: le risorse così attinte non potrebbero più essere investite in collaboratori e in Svizzera. A lungo termine, questo non solo metterebbe a rischio i posti di lavoro nelle imprese interessate, ma renderebbe più difficile il trasferimento alla generazione successiva. Infine, aumenterebbe anche il rischio di non pervenire al finanziamento per mancanza di erogatori di credito: in tal caso il subentrante fallirebbe e l'impresa dovrebbe essere liquidata.

Meno innovazione e meno posti di lavoro per i settori del futuro

In Svizzera negli ultimi anni si è sviluppato un vitale tessuto di startup, che hanno creato 50'000 posti di lavoro. Questa dinamica sta continuando. Con l'iniziativa 99% l'attrattività della Svizzera per i fondatori di imprese che investono in innovazione diminuirebbe drammaticamente, poiché una grossa parte dei proventi di vendita della startup finirebbe in imposte. Per mancanza di liquidità, nella fase iniziale delle startup le possibilità di percepire uno stipendio sono fortemente limitate. Solo con la vendita dei diritti di partecipazione alla startup, spesso a un'azienda più grande, i fondatori possono ottenere un compenso adeguato all'impegno profuso. Con la perdita di attrattività economica delle startup dovuta all'iniziativa 99%, gli investimenti in Svizzera nel campo dell'innovazione diminuirebbero nettamente. Senza investimenti verrebbero generati molti meno posti di lavoro in settori con buone prospettive future. In pratica, con l'iniziativa 99% si perderebbero 20'000 nuovi impieghi. Con l'iniziativa 99% della GISO, tutta la Svizzera in quanto sede di innovazione perderebbe risorse e attrattività.

Una campagna congiunta per il NO

Poiché l'iniziativa 99% comporta effetti negativi ad ampio raggio, Swiss Family Business, Digitalswitzerland e la Swiss Entrepreneurs & Startup Association (SWESA) hanno deciso di unire le loro forze nel comitato «No al 99%» e di schierarsi insieme contro l'iniziativa 99%. I relatori sottolineano i motivi per cui l'iniziativa deve essere decisamente respinta:

- **Alexandra Janssen, CEO di Ecofin Portfolio Solutions AG, membro di Swiss Family Business:** «L'iniziativa 99% ridurrebbe l'entità degli investimenti. Questo si ripercuoterebbe negativamente sulla produttività del lavoro. Il risultato sarebbero salari più bassi».
- **Dieter Weber, partner e Presidente di VR Tax Partner AG, membro del direttivo di Swiss Family Business:** «Con l'iniziativa 99% la Svizzera quale sede di innovazione e di imprese e startup di successo perderebbe notevolmente di attrattività».
- **Dr. Hans-Martin Schneeberger, titolare e Presidente di VR Schneeberger AG Lineartechnik, membro del direttivo di Swiss Family Business:** «Con l'iniziativa 99% alle imprese familiari mancherebbero le risorse per gli investimenti».

- **Delphine Bachmann, Presidente di PPD Ginevra, Deputata del Gran Consiglio:** «Con l’iniziativa 99% andrebbero persi moltissimi posti di lavoro, in comparti e settori importanti e con ottime prospettive».
- **Nicolas Bürer, Managing Director di Digitalswitzerland:** «L’iniziativa 99% mette a repentaglio il futuro della Svizzera come luogo di lavoro e sede di innovazione».

La conferenza stampa sarà trasmessa in streaming sul nostro canale YouTube:

<https://www.youtube.com/channel/UCC3BHoj1RpBAGp2aliksg2A/featured>

Contatto e ulteriori informazioni

Ivan Jäggi

Telefono +41 78 789 14 22

Sito web: <https://no-a-99percento.ch/>

E-mail: info@nein-zu-99prozent.ch

Sul comitato «No al 99%»

Il comitato «No al 99%» si impegna contro la dannosa iniziativa 99% e per il futuro della Svizzera quale sede di operatività economica e di innovazione. Le attività del comitato sono sostenute da Swiss Family Business, Digitalswitzerland e dalla Swiss Entrepreneurs & Startup Association (SWESA). <https://no-a-99percento.ch/>

Su Swiss Family Business

Swiss Family Business è una piattaforma di imprese familiari e imprese gestite dai titolari. In quanto organizzazione di tutela di interessi, rappresenta le istanze delle imprese familiari presso i decisori politici, le autorità e il pubblico, e attualmente conta oltre 370 membri in tutta la Svizzera. <https://swiss-family-business.ch/>

Su Digitalswitzerland

Digitalswitzerland è un’iniziativa intersettoriale di livello nazionale che ha lo scopo di posizionare e radicare la Svizzera come sede di innovazione digitale leader nel mondo. Oltre 220 membri e partner donatori politicamente indipendenti collaborano a stretto contatto sotto l’egida di Digitalswitzerland per conseguire questo obiettivo.

<https://digitalswitzerland.com/>

Su SWESA

SWESA si propone di migliorare durevolmente le condizioni generali di politica economica per startup e PMI innovative in Svizzera. L’associazione si impegna per le esigenze dei circa 150 soci, fornisce informazioni aggiornate e trasparenti, inoltre è responsabile del gruppo parlamentare per startup e imprenditoria. <https://www.swesa.ch/>